

»Meine Meinung zählt!«



- VERLÄSSLICH
- VERANTWORTLICH
- BÜRGERNAH

BÜRGERGUTACHTEN ZU DEN ECKPUNKTEN
DER KOMMUNAL- UND VERWALTUNGSREFORM
IN RHEINLAND-PFALZ

Verlässlich
Verantwortlich
Bürgernah

**Bürgergutachten zu den Eckpunkten
der Kommunal- und Verwaltungsreform
in Rheinland-Pfalz**

Inhalt

	Grußwort des Ministerpräsidenten Kurt Beck	5
	Vorwort von Hans-Liudger Dienel	7
	Danksagung	9
1.	Die wichtigsten Empfehlungen im Überblick	14
2.	Ausgangssituation und Auftrag	20
3.	Allgemeines zum Verfahren	24
4.	Ablauf der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz	30
4.1.	Standorte	30
4.2.	Zufallsauswahl	32
4.3.	Arbeitsprogramm	33
5.	Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter	50
5.1.	Geschlechterverteilung	50
5.2.	Altersverteilung	51
5.3.	Berufsspektrum	52
6.	Verfahrensbewertung	54
7.	Ergebnisse	60
7.1.	Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung (1. Tag)	62
7.1.1.	Einführung (Arbeitseinheit (AE) 1)	62
7.1.2.	Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt? (AE2)	64
7.1.3.	Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung (AE3)	69
7.1.4.	Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung (AE4)	72
7.1.5.	Zusammenfassung: Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung	76
7.2.	Zukunftsfähige Gebietsstrukturen (2. Tag)	78
7.2.1.	Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstruktur (AE5)	79
7.2.2.	Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Anforderungen (AE6)	83
7.2.3.	Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit (AE7)	88
7.2.4.	Anreize für neue Strukturen (AE8)	92
7.2.5.	Zusammenfassung: Zukunftsfähige Gebietsstrukturen	95
7.3.	Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit (3. Tag)	96
7.3.1.	Was heißt Bürgernähe heute? (AE9)	97
7.3.2.	Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement (AE10)	100
7.3.3.	Kooperationen und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge (AE11)	106
7.3.4.	Politikerhearing (AE12)	111
7.3.5.	Zusammenfassung: Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit	111
7.4.	Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept (4. Tag)	112
7.4.1.	Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept (AE13/14)	113
7.4.2.	Offene Themen (AE15)	125
7.4.3.	Verfahrensbewertung, Ausblick und Verabschiedung (AE16)	129
7.4.4.	Zusammenfassung: Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept	129
	Anhang	132
	Impressum	190



Grußwort des Ministerpräsidenten

Die Kommunal- und Verwaltungsreform gehört zu den bedeutendsten aktuellen politischen Vorhaben in Rheinland-Pfalz. Die Weiterentwicklung und Optimierung der bestehenden Strukturen ist insbesondere aufgrund demografischer Veränderungen und der damit verbundenen Herausforderungen in unserem Land ein wichtiger und notwendiger Schritt. Wie eine moderne und effiziente Verwaltung in Zukunft aussehen soll, ist aber nicht nur eine Frage, über die politische Mandats- und Funktionsträger beraten und entscheiden sollen. Deshalb war und ist es uns besonders wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv an der Reformdiskussion beteiligen können.

Das vorliegende Bürgergutachten ist das Ergebnis aus sechs Planungszellen, die im Juni dieses Jahres in verschiedenen Orten unseres Landes durchgeführt wurden. Die Planungszellen waren Teil einer breit angelegten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diesem wichtigen Reformprojekt. Bereits in den Monaten April und Mai fanden fünf Bürgerkongresse zur Kommunal- und Verwaltungsreform statt, an denen rund 800 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen und ihre Kritik, ihre Wünsche und Vorschläge für eine zukunftsfähige Verwaltung eingebracht haben.

Die Planungszellen boten die Chance, die Ergebnisse der Bürgerkongresse aufzugreifen und zu vertiefen. Insgesamt rund 150 Bürgerinnen und Bürger haben sich an diesem Verfahren beteiligt. Mit viel Kreativität erarbeiteten sie Vorschläge und Empfehlungen für eine moderne und bürgernahe Verwaltung. Mit hohem Sachverstand haben sie sich an den Diskussionen beteiligt und als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu komplexen und schwierigen Themen wie der Neuverteilung von Verwaltungsaufgaben und -zuständigkeiten, interkommunaler Zusammenarbeit oder möglicher Gebietsveränderungen zu Wort gemeldet.

Das vorliegende Gutachten präsentiert die Ergebnisse der Planungszellen einer breiten Öffentlichkeit. Die Landesregierung wird sich intensiv mit den erarbeiteten Vorschlägen und Empfehlungen auseinandersetzen. Sie werden in den weiteren Reformprozess einfließen und entscheidenden Einfluss auf Leitlinien und Eckpunkte der Reform haben. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist für uns eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir mit der Reform Lösungen für die Herausforderungen an eine effiziente und bürgernahe Verwaltung finden, die von den Menschen in unserem Land mitgetragen werden.

Ich danke allen Beteiligten ganz herzlich dafür, dass sie sich die Zeit genommen haben, um mit großem Engagement an den Planungszellen mitzuwirken. Mein Dank gilt auch dem nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung für die kompetente Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Beteiligungsverfahrens.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kurt Beck', with a stylized flourish extending to the right.

Kurt Beck
Ministerpräsident



Klare Leitlinien für die Kommunal- und Verwaltungsreform!

Vorwort von Hans-Liudger Dienel

Erstmals in Deutschland haben Landespolitik und Verwaltung das für die Zukunft des Landes zentrale, politisch umkämpfte und thematisch anspruchsvolle Entscheidungsfeld einer umfassenden Kommunal- und Verwaltungsreform für eine direkte Bürgerbeteiligung geöffnet. Für diesen mutigen Schritt, die Bürgerinnen und Bürger des Landes ergebnisoffen um Empfehlungen für die Eckpunkte der Reform zu bitten, gebührt der Landesregierung großes Lob. Andernorts werden der Bürgerbeteiligung oft generös die weniger wichtigen „Sonntagnachmittagsthemen“ überantwortet.

Für ihren Mut werden Politik und Verwaltung von den im Zufall ausgewählten Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern reich belohnt: mit klaren Empfehlungen, die sich in diesem Bürgergutachten wiederfinden.

An drei Standorten in Rheinland-Pfalz, in Vallendar, Pirmasens und Prüm, haben rund 150 im Zufall ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sich durch Expertenvorträge über die verschiedenen Aspekte der Kommunal- und Verwaltungsreform informiert, kontroverse Positionen von Politikern und Lobbyisten kennen gelernt und sich in Kleingruppendiskussionen eine Meinung darüber gebildet, was bei der Kommunal- und Verwaltungsreform besonders beachtet werden sollte. Ihre Empfehlungen sind eindeutig und wegweisend. Sie zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger reformfreudig sind und insbesondere angesichts der zukünftigen demografischen Entwicklung Reformbedarf sehen. Sie wollen nicht, dass alles so bleibt wie es ist, sondern richten ihre Empfehlungen an den Anforderungen der Zukunft aus, ohne Bewährtes und Bewahrenswertes aufzugeben.



Entscheidend für das Zustandekommen der hier vorgestellten Ergebnisse sind die im Zufall ausgewählten Bürgerinnen und Bürger, die sich mit großem Engagement der Erarbeitung von Empfehlungen für die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz gewidmet haben. Ihrem Einsatz gilt deshalb an erster Stelle mein ganz herzlicher Dank!

Bei meiner Kollegin Dr. Birgit Böhm und meinem Kollegen Nicolas Bach möchte ich mich für die Vorbereitung, Durchführung und Moderation der Planungszellen und die Erstellung des Bürgergutachtens bedanken. Für die Moderation der Planungszellen bedanke ich mich auch ganz herzlich bei Raban Fuhrmann und Ilse Burgass. Mein besonderer Dank gilt schließlich unserem Kollegen und freien Mitarbeiter Benno Trütken (Forum B) für seinen Beitrag zur Konzeption und Durchführung der Planungszellen. Am Standort Prüm hat er auch moderiert. Die enge Kooperation mit ihm war ein wichtiger Baustein für den Erfolg. Wir freuen uns schon auf die nächsten gemeinsamen Planungszellen. Prof. Helmut Klages hat die Konzeption der Agenda für die Planungszellen durch seinen Rat unterstützt, wofür ich mich an dieser Stelle ebenfalls bedanken möchte.

Dr. Hans-Liudger Diemel

*Geschäftsführer nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH*

Danksagung

Das vorliegende, durch Planungszellen erstellte Bürgergutachten ist das Ergebnis der engagierten Arbeit von Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern, unterstützt von vielen Referentinnen und Referenten aus Politik und Wirtschaft, von Moderationsteams, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Für ihren großen Einsatz möchten wir allen Personen danken, welche die Planungszellen und das vorliegende Bürgergutachten ermöglicht haben. Insgesamt haben an den sechs Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz an den drei verschiedenen Standorten Vallendar, Pirmasens und Prüm rund 150 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter teilgenommen. Sie haben sich jeweils vier Tage Zeit genommen, um ihre Erfahrungen, Ideen und Vorstellungen in Diskussionen zu Empfehlungen für die „Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung“, für „zukunftsfähige Gebietsstrukturen“ und „neue, bürgernahe Formen der Zusammenarbeit“ zu verdichten, die in dem vorliegenden Bürgergutachten dokumentiert sind.

Unser Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und die zielführenden Empfehlungen!

Peter Abel	Stefanie Empel	Tim Kambach
Karl-Heinz Abramowski	Michael Erlemann	Selma Karrenbrock-Suna
Manfred Agné	Jörg Feder	Dr. Rainer Kastrop
Rosalia Alff	Bogdan Fedorko	Oswald Keschtges
Nina Allar	Karin Feick-Müller	Michael Killewald
Stefan Arens	Walther Fischer	Matthias Klasen
Marcus Baldauf	Heinrich Forster	Nikolaus Klassen
Hans-Georg Balthasar	Josef Freichels	Reinhold Knieper
Horst Bauer	Andreas Freier-Palm	Bernd Köhler
Hermine Becker	Werner Gansen	Josef Kremer
Kirstie Berger	Martina Geister	Maximilian Kreuter
Gertrud Bettler	Karl Gierten	Sebastian Kuntz
Susanne Bildhauer	Kai Gottschalk	Erich Kylius
Nadine Blauth	Werner Gräf	Rudolf Lammes
Daniel Boddenberg	Michèle Gullus	Silvia Lehnen
Josefine Bollig	Laura Haas	Charlotte Lehr
Lothar Brandt	Thomas Hahn	Andrea Leilich
Oxana Bunin	David Hockertz	Jacqueline Letschert
Dr. Dorothea Caspers	Andrea Hohn	Rainer Loscheider
Martina Cordes	Sigrid Holze	Edith Löser
Ilona Dausmann	Andreas Hosdorf	Helmut Lukas
Daniel Diederich	Heinz Hoyer	Michael Maas
Gertrud Diehl	Günzel Hübner-Afacan	Andreas Margraff
Andrea Djifroudi	Martina Huppertz	Judith Martin
Johann Düsich	Martin Jung	Rosemarie Martz

Sven Mayer	Rainer Rodermann	Anna Sohns
Carina Merck	Birgit Ruble	Christian Sommer
Franz Mereien	Rolf Salinger	Waltraud Steffan
Franz Metzler	Peter Salmins	Christine Stoß
Hans-Joachim Meudt	Andreas Salzmann	Michael Szczepanski
Jörg Meyer	Karin Schaaf	Dietmar Tarnow
Günter Mohr	Werner Schäfer	Alexa Thiel
Dieter Molitor	Uta Schäfer	Jürgen Thies
Hanif Naz	Robert Schäfer	Elena Trost
Gernot Neusser	Hubert Scheuern	Hildegard Trumm
Bernhard Nickels	Danika Schmidt	Stefan Tylla
Annelie Ohliger	Karin Schmidt	Renate Viktorius
Inge Palzkill	Herbert Schmitt	Renate Vogl
Michael Parolin	Heinz-Werner Schneider	Fred Wagner
Lydia Pflipsen	Thomas Schuhmacher	Henrik Weber
Maria Pilzecker	Uwe Schultz	Bernhard Weidel
Doris Piperata	Elke Schulze	Silke Weimann-Byers
Walburga Pirotte	Winfried Schwahlen	Natalia Wiegel
Erwin Pütz	Inge Schwarz	Stefan Winter
Dirk Reckhaus	Hildegard Serwas	Lydia Winter
Joachim Reinhardt	Dorothea Smolarek	Monique Wirges
Rita Richter	Helga Sofsky-Guckenmus	Martin Wolfsteiner
Jens Röckel	Josef Sohns	Albert Zimmermann

Weiterer Dank gilt den Referentinnen und Referenten, die mit ihren ein-
führenden Kurzreferaten die Grundlage für die Arbeit in den Kleingruppen
lieferten. Es handelt sich hierbei um Expertinnen und Experten aus verschie-
denen Themengebieten.

Dr. Ludwig Böckmann

*Referatsleiter im Statistischen
Landesamt Rheinland-Pfalz*

Heike Bohn

*Bürgermeisterin der Verbands-
gemeinde Hillesheim*

Peter Frey

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Bad Kreuznach*

Birger Hartnuß

*Referent in der Leitstelle Bürger-
gesellschaft und Ehrenamt der
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz*

Dr. Frank Heuberger

*Leiter der Leitstelle Bürger-
gesellschaft und Ehrenamt der
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz*

Jürgen Johannsen

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Höhr-Grenzhausen*

Dr. Kai Masser

*Forschungsreferent beim
Deutschen Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung
Speyer*

Gerhard Micosatt

*Referent der FORA
Forschungsgesellschaft für
Raumfinanzpolitik mbH*

Ulrike Nauheim-Skrobek

*Dozentin an der Fachhochschule
für öffentliche Verwaltung
Rheinland-Pfalz in Mayen*

Dieter Schöffmann

*Gesellschafter/Geschäftsführer
der Vis-a-Vis Agentur für
Kommunikation GmbH*

Dr. Stefan Spitzer

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Kusel*

Hubert Stubenrauch

*Leitender Ministerialrat im
Ministerium des Innern und für
Sport Rheinland-Pfalz*

Dr. Ralf Vandamme

*Fachberater Bürgerschaftliches
Engagement Städtetag Baden-
Württemberg*

Andreas Wagenführer

*Referent im Ministerium
des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz*

Ulrich K. Weisgerber

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Traben-Trarbach*

Roland Wernig

*Leitender Planer der Planungs-
gemeinschaft Region Trier*

Wir möchten uns zusätzlich bei den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern bedanken, die sich die Zeit genommen haben, um im Rahmen des Politikerhearings, das am Ende des dritten Tages der Planungszellen stattfand, die Fragen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zu beantworten und verschiedene Aspekte der Kommunal- und Verwaltungsreform zu diskutieren.

Heike Bohn

*Bürgermeisterin der Verbands-
gemeinde Hillesheim, parteilos*

Uwe Erner

*Bürgermeister der Stadt Herdorf,
parteilos*

Hans-Günter Fischer

*Bürgermeister Verbands-
gemeinde Linz am Rhein und
ehrenamtlicher Bürgermeister
der Gemeinde Ockenfels, CDU*

Dr. Herbert Fleischer

*Fraktionsvorsitzender im
Kreistag Mayen-Koblenz, FDP*

Brigitte Heitmann-Weiß

*Fraktionsvorsitzende im
Verbandsgemeinderat Vallendar,
SPD*

Hans Joachim Kreisel

*Landesvorsitzender der
Vereinigung Liberaler
Kommunalpolitiker, Mitglied
im kommunalen Beirat im
Landesvorstand und Kommunal-
politischer Sprecher der FDP-RLP*

Ulrich Lauth

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Hauenstein, CDU*

Berthold Martin

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Wallhalben, FWG*

Dieter Müller

*Bezirksvorsitzender der FWG
in der Region Trier*

Fred Pretz

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Vallendar, SPD*

Aloysius Söhngen

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Prüm, CDU*

Bernd Spindler

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Kyllburg, SPD*

Axel Wassyl

*Bürgermeister der Verbands-
gemeinde Offenbach an der
Queich, parteilos*

Thomas Wollenweber

*Bürgermeister der Stadt
Annweiler am Trifels, SPD*

Ebenso bedanken wir uns bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bürgerkongresse, die am ersten Tag der Planungszellen ihre Eindrücke von diesen Veranstaltungen mit den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern teilten und den Staffeln der Bürgerbeteiligung symbolisch weitergegeben haben.

Manfred Ecker

Gudrun Hormes

Wilfried Kehr

Wir möchten uns ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz sowie den Evaluatoren der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, bedanken.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz:

Anja Heuß

Eric Schaefer

Bernhard Schröder

Hubert Stubenrauch

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz:

Birger Hartnuß

Dr. Frank Heuberger

Universität Koblenz-Landau, Campus Landau:

Dipl. Sozialwiss. Mathias König

Dipl. Sozialwiss. Wolfgang König

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Leitung)

Für seine Beratung möchten wir uns auch bei **Prof. Dr. Helmut Klages** vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer bedanken.

Besonderer Dank gilt den Moderatorinnen und Moderatoren und den Assistentinnen und Assistenten der Planungszellen sowie den weiteren Teammitgliedern, die den erfolgreichen Ablauf der Planungszellen und die Erstellung des Bürgergutachtens ermöglicht haben.

Ilse Burgass

Ansgar Düben

Sascha Franz

Raban D. Fuhrmann

Andreas Lippert

Yvonne Lücke

Jenny Schmithals

Tom Tischendorf

Benno Trütken

Silvia Voltz



Die wichtigsten Empfehlungen im Überblick

1. Die wichtigsten Empfehlungen im Überblick

Die von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern entwickelten Empfehlungen zu den Eckpunkten der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz haben eine klare, erkennbare Ausrichtung:

1. Lokalität:

Landespolitik soll Kommunen und Verwaltung vor Ort stark machen, die kommunale Handlungsfähigkeit soll gestärkt und nicht geschwächt werden.

2. Neue Prioritätensetzung bei Aufgaben und Gebietsstrukturen:

Kommunen und Verwaltung sollen auf den demografischen Wandel und die Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft reagieren.

3. Mehr Bürgerbeteiligung und neue Partnerschaften:

Bürger wollen Verantwortung übernehmen und sich an politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen, dafür soll die Politik die Bedingungen verbessern. Neue Partnerschaften sollen da entstehen, wo Kommunen nur noch begrenzten Gestaltungsspielraum haben.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gehen davon aus, dass diese Vorschläge, zügig umgesetzt, Kommunen und Verwaltung zukunftsfähig machen werden.

Lokalität und Verantwortung vor Ort

- Verlagerung von Aufgaben von oben nach unten, besonders auf die Verbandsgemeinde, und Stärkung der Verbandsgemeinden in ihrer Aufgabenzuständigkeit
- Modernisierung und Optimierung der Verwaltung zu einer bürger- und ortsnahen, kostengünstigen, mobilen und aufsuchenden, effektiven, effizienten und serviceorientierten Dienstleistungseinrichtung sowie verstärkter Einsatz neuer Technologien
- Sicherung einer möglichst ortsnahen Aufgabenerledigung an einem Standort und aus einer Hand
- Erhalt der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Kommunen und Übernahme möglichst vieler Aufgaben durch die Kommunen
- Bei Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene Zuständigkeiten zusammen legen, Bürgernähe nutzen, Fachkompetenz gewährleisten, Überlastung vermeiden, Arbeitsplätze schaffen und sichern, Kosten einsparen sowie Objektivität und Einheitlichkeit von Gebühren und Verwaltungspraxis wahren

Neue inhaltliche Schwerpunkte

- Konsequente Vorbereitung der Kommunen und Verwaltung auf die demografische Entwicklung
 - Zentrale Aufgaben der Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft: Bildung, Soziales, Kultur, Grundversorgung (auch medizinisch), Infrastruktur, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Familien- und Seniorenförderung und Anpassung des ÖPNV
 - Gewährleistung ortsnaher Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen mit kommunaler Zuständigkeit, Förderung lebenslangen Lernens und generationsübergreifender Unterstützung
-

Berücksichtigung der demografischen Entwicklung

- Bewahrung der Vorteile kleinerer Gebietsstrukturen wie Bürgernähe, Ortskenntnis, Vertrautheit, lokale und kulturelle Identität, Effizienz, kurze Wege, Bürgerengagement und Selbstbestimmung
- Bei der Gestaltung größerer Gebietsstrukturen Nutzung von Vorteilen wie Fachkompetenz, Effizienz, Synergieeffekte, kurze Abläufe, Objektivität, Einsparungen und Einheitlichkeit, bessere Interessenvertretung gegenüber Land, Bund und EU und gerechter sozialer Lastenausgleich
- Erhaltung der dreistufigen Kommunalstruktur aus kreisfreier Stadt bzw. Landkreis, Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde

Sparsamkeit und Effizienz

- Sicherung der Zukunftsfähigkeit kleiner Gemeinden und Kommunen durch Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zur Kosteneinsparung und Erhaltung des Wirtschaftsstandortes, Erfahrungsaustausch und Kompetenzzusammenlegung bei Bewahrung von Selbständigkeit und regionaler Identität
 - Schaffung neuer Gebietsstrukturen nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und zur Berücksichtigung der demografischen Entwicklung durch Zusammenlegung von Kleinstgemeinden, Optimierung der Verbandsgemeinden und Reduzierung der Anzahl der Kreise und der Mittelbehörden
-

Bürgerbeteiligung

- Ausbau der direkten Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik durch mehr Bürgerentscheide und Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, durch mehr Bürgerbefragungen, Information und Bürgerversammlungen
- Nachhaltige Steigerung der politischen Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen als wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung
- Neue Strukturen für die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in eine Prozess-, Qualitäts- und Erfolgskontrolle von Politik und Verwaltung

Bürgerschaftliches Engagement

- Erhalt und Förderung von Ehrenamt
- Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in den Bereichen Soziales, Jugendarbeit, Pflege öffentlicher Anlagen, Kultur und Sport, Seniorenförderung und generationenübergreifende Projekte

Verantwortungsgemeinschaften und Kooperation

- Zukünftige Sicherung der Grundversorgung durch neue Partnerschaften zwischen Kommune, Bürgerschaft und Wirtschaft in den Bereichen Kinderbetreuung, Schule und Jugendarbeit, Umweltschutz und Landschaftspflege, Kunst und Kultur sowie Erhalt öffentlicher Gebäude und Flächen
 - Partnerschaften statt Privatisierung, Verbleib der wichtigsten Aufgaben in der Hand der Kommunen
-

Fazit

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fordern von der Kommunal- und Verwaltungsreform, den zukünftigen Herausforderungen beherzt, konstruktiv und mit Mut zu neuen Lösungen zu begegnen. Sie fordern nicht, dass alles so bleibt, wie es ist. Verwaltung muss sich weiter zu einer bürgernahen Dienstleitungseinrichtung modernisieren. Kommunen und Verwaltung sollen den Anforderungen durch die demografische Entwicklung und die wirtschaftliche Globalisierung aktiv und vorsorgend entgegenreten. Hierbei zeigen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter großes Vertrauen in den demokratischen Staat, fordern von ihm Gestaltungswillen und Engagement und wollen insbesondere die Position der Kommunen stärken. Möglichst viele Aufgaben sollen von oben auf die kommunale Ebene verlagert und möglichst ortsnah erfüllt werden, wobei übergeordnete Strukturen als Serviceeinrichtungen zur Steigerung von Effizienz, Qualität und Kompetenz der Verwaltung vor Ort wichtig sind. Die Bürgerinnen und Bürger fordern verstärktes Engagement insbesondere im Bereich der Bildung als lebenslanges Lernen, um in einer globalisierten Gesellschaft zukunftsfähig zu bleiben. Bildung muss aber nicht nur modern sein, sondern dort angeboten werden, wo die Menschen sind, also ortsnah bleiben. In Bezug auf die Aufgabenverlagerung von oben nach unten zeigen die Bürgerinnen und Bürger großen Reformwillen.

Auch zukünftige Gebietsstrukturen müssen den Anforderungen der regionalen demografischen Entwicklung und der globalisierten Welt entsprechen. Dafür empfehlen sie vorrangig eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und eine moderate Bildung größerer Strukturen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Politik und Verwaltung sollen auf allen Ebenen, aber insbesondere im Bereich der Kommunen, deutlich mehr Elemente der direkten Demokratie aufnehmen. Von dieser Stärkung der Demokratie versprechen sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch eine Verbesserung der Qualität und Effizienz kommunaler Leistungen.

Bürgerschaft und Wirtschaft sollen da helfen, die Grundversorgung und Daseinsvorsorge zu sichern, wo der Staat oder die Kommune nicht mehr alleine handlungsfähig ist. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen dabei auch selbst mehr Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und die zivilgesellschaftliche Infrastruktur stärken. Im Gegenzug verlangen sie aber auch mehr Beteiligung der Engagierten am politischen Entscheidungsprozess.



Ausgangssituation und Auftrag

2. Ausgangssituation und Auftrag

Die Erwartungen an den Staat und damit die Aufgaben des Staates auf Landesebene und kommunaler Ebene haben sich seit der letzten großen Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz durch die Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft deutlich verändert. Dieser Wandel ist insbesondere durch eine geringere Bevölkerungszahl und einen größeren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung sowie durch technologischen Fortschritt, Europäisierung, Globalisierung und Regionalisierung und einen engen finanziellen Spielraum der öffentlichen Hand geprägt. Als Reaktion auf diesen Wandel sind entscheidungsstarke, leistungsfähige und reformfreundige Kommunen und Verwaltungen Voraussetzung für die Gestaltung nachhaltiger, bürgerfreundlicher und finanzierbarer Strukturen.

Ausgangssituation

Die letzte Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz liegt rund drei Jahrzehnte zurück. Die seitdem bestehende Gebietsstruktur aus Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen und verbandsfreien Städten und Gemeinden, den damals neu geschaffenen Verbandsgemeinden sowie den Ortsgemeinden, weist dabei im Vergleich zu anderen Bundesländern eine große Vielfalt in Bezug auf die Einwohnerzahl und Fläche innerhalb einer Gebietsform auf. Die Verwaltungsstruktur, bestehend aus zentraler Landesebene mit Landesoberbehörden und Ministerien, der mittleren Ebene und der kommunalen Ebene, wurde zuletzt vor zehn Jahren angepasst. Im Zuge dieser Umgestaltung wurden auf der mittleren Ebene die drei Bezirksregierungen abgeschafft und dafür drei neue Mittelbehörden eingeführt: Eine Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und zwei Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD).

Seit 2006 bereitet die Landesregierung nun eine neue Kommunal- und Verwaltungsreform vor. Im Rahmen dieser Vorbereitung wurde im April 2008 vom Ministerrat die Aufgabenkritik in Form der 65er-Liste als Verhandlungsbasis für die Reform vorgelegt. Diese Liste enthält vorrangig Vorschläge für Aufgabenverlagerungen von der Landesebene auf die Ebene der Mittelbehörden und von den Mittelbehörden auf die kommunalen Ebenen. Seit 2007 werden in einem zweistufigen Prozess Bürgerinnen und Bürger an der Vorbereitung der Reform beteiligt. Ziel ist es, dass die Kommunalwahlen im Jahr 2014 auf der Grundlage der neuen Strukturen stattfinden können.

Die Frage, warum zum jetzigen Zeitpunkt erneut eine Reform in Rheinland-Pfalz notwendig erscheint, wird mit Bezug auf Entwicklungen beantwortet, die sich heute für die kommenden Jahrzehnte abzeichnen: Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, die neuen Anforderungen für Kommunen und Verwaltung und die Chancen durch moderne Technologien. So wird beispielsweise die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz zukünftig sinken, es wird – regional in unterschiedlichem Ausmaß – insgesamt deutlich weniger junge Menschen geben, aufgrund der höheren Lebenserwartung wird der Anteil hoch betagter Menschen innerhalb der Bevölkerung steigen.

Diese Veränderung wird Kommunen und Verwaltung vor neue Anforderungen stellen, gleichzeitig bieten sich aber durch moderne Technologien, etwa mit der wachsenden Nutzung des Internets in der Bevölkerung, auch neue Möglichkeiten, Aufgaben zu erledigen.

Wie lassen sich angesichts solcher Entwicklungen Gebietsstrukturen, Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben und Verfahrensabläufe optimieren? Wie können dabei regionale Identität, Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und eine hohe Qualität der Verwaltungsdienstleistungen gewährleistet werden? Um diese Fragen geht es im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform und damit um das Ziel, Effizienz, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe von Kommunen und Verwaltung nachhaltig zu gewährleisten.

Auftrag

Erstmals wurde von einer Landesregierung beschlossen, die Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes bei der Beantwortung dieser Fragen mit einzubeziehen und sie an dem komplexen und langfristigen Vorhaben einer Kommunal- und Verwaltungsreform direkt zu beteiligen. Diese frühzeitige und intensive Beteiligung ermöglicht es, die Alltagserfahrung der Bürgerinnen und Bürger mit Kommunen und Verwaltung kreativ und produktiv in die Vorbereitung der Kommunal- und Verwaltungsreform mit einzubringen. Sie erhöht außerdem die Chancen auf eine Akzeptanz der Entscheidungen, die getroffen werden, und damit auf eine Nachhaltigkeit der Veränderungen im Rahmen der Reform.

Anfang 2008 hat die Landesregierung das nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH mit der Durchführung von sechs Planungszellen zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Kommunal- und Verwaltungsreform beauftragt. Diese Planungszellen sind Teil der ersten Stufe eines zweistufigen Bürgerbeteiligungsprozesses, mit dem



Rheinland-Pfalz neue Wege bei der bürgernahen Optimierung der Kommunen und der Verwaltung des Landes beschreitet.

Die erste Stufe der Bürgerbeteiligung zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wurde zwischen Herbst 2007 und Herbst 2008 mit drei Verfahren durchgeführt: Regionalkonferenzen, Bürgerkongresse und Planungszellen. Bereits 2007 fanden neun landesweite Regionalkonferenzen statt, durch die 2.500 überwiegend haupt- und ehrenamtliche politische Mandatsträger beteiligt wurden. Anfang April bis Ende Mai 2008 haben rund 800 Bürgerinnen und Bürger auf fünf eintägigen Bürgerkongressen ihre Erfahrungen, Ideen, Wünsche und Anregungen zur Kommunal- und Verwaltungsreform eingebracht. Diese Bürgerkongresse wurden öffentlich bekannt gemacht und standen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Die Bürgerkongresse widmeten sich drei Themen: Den negativen und positiven Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Kommunen und Verwaltung, ihren Visionen für die Verwaltung der Zukunft und ihren Ideen für Morgen, also ihren Vorschlägen für Verwaltung und Kommunen in Rheinland-Pfalz. Aufgabe der Planungszellen, die im Juni 2008 durchgeführt wurden, war es, die Hauptthemen der Regionalkonferenzen und Bürgerkongresse aufzugreifen und empfehlungsorientiert zu vertiefen. Durch die für das Verfahren Planungszelle/Bürgergutachten typische Einladung von im Zufall ausgewählten Personen wurde der Teilnehmerkreis für die Beteiligung an der Kommunal- und Verwaltungsreform insbesondere um solche Personen erweitert, die sich allein auf der Basis einer öffentlichen Bekanntmachung nicht beteiligt hätten. Es handelt sich dabei um ganz normale Bürgerinnen und Bürger, die keine spezifischen Interessengruppen vertreten.

Die Anzahl der Personen, die an einer Planungszelle teilnehmen können, ist auf rund 25 begrenzt. Diese Gruppe diskutiert vier Tage lang auf der Basis von Experteninformationen und verabschiedet Empfehlungen. Damit wird ein weiterer Unterschied zu den vorangegangenen Verfahren deutlich: Planungszellen bieten durch ihren zeitlichen Umfang und eine breite Informationsbasis die Möglichkeit, erste Ideen und Empfehlungen noch einmal zu durchdenken, sie zu detaillieren und abschließend gemeinsame Empfehlungen zu formulieren. Durch eine Quantifizierung entsteht zudem ein Ranking der Empfehlungen, d.h. die wichtigsten Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planungszellen werden auf den Punkt gebracht.

Die Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wurden, wie der gesamte Prozess der Bürgerbeteiligung, wissenschaftlich durch die Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, begleitet und bewertet.

Das hier vorliegende Bürgergutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz dokumentiert die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, die an den sechs Planungszellen teilgenommen haben. Diese Empfehlungen bieten zusammen mit den Ergebnissen der Regionalkonferenzen und Bürgerkongresse konkrete und umfassende Empfehlungen für das Leitbild zur Kommunal- und Verwaltungsreform und bereiten die zweite Stufe der Bürgerbeteiligung vor, die 2009 stattfinden wird.



Allgemeines zum Verfahren

3. Allgemeines zum Verfahren

Das Verfahren Planungszelle/Bürgergutachten ist ein Beteiligungsverfahren, dem die Idee zugrunde liegt, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Sachentscheidungen politisch stärker mit einbezogen werden sollten. Das Verfahren ermöglicht es ihnen, Verantwortung zu übernehmen und ihrer Rolle als Souverän innerhalb der Demokratie gerecht zu werden. Das Verfahren wurde in den 1970er Jahren von Prof. Peter C. Dienel an der Universität Wuppertal entwickelt und seither zu verschiedenen Themen im In- und Ausland eingesetzt.

Eine Planungszelle ist eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die Lösungen für eine vorgegebene Aufgabenstellung erarbeitet. Die Gruppe wird dabei durch eine Moderation begleitet. Die Empfehlungen der Gruppen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst.

Folgende Merkmale charakterisieren das Verfahren Planungszelle/ Bürgergutachten:

1. Neutrale Organisation: Das Verfahren wird durch einen neutralen Durchführungsträger vorbereitet und durchgeführt. Der Prozess wird in der Regel durch einen Moderator und eine Moderatorin begleitet.
2. Festgelegtes Arbeitsprogramm: Der Auftraggeber gibt das Thema oder die Fragestellung vor, aus der mit dem neutralen Durchführungsträger ein Arbeitsprogramm entwickelt wird.
3. Zufallsauswahl: Die Auswahl der rund 25 Bürgerinnen und Bürger erfolgt per Zufall durch eine Stichprobenziehung aus dem Einwohnermeldeamt. Sie werden im Rahmen der Planungszelle Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter genannt.
4. Mehrtägige Dauer: Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter arbeiten vier Tage an einer konkreten Problemstellung.
5. Freistellung und Aufwandsentschädigung: Während der vier Tage der Planungszelle werden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter von ihren alltäglichen Verpflichtungen freigestellt und erhalten eine Aufwandsentschädigung.
6. Experteninformation: Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen vermitteln den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern Informationen zum jeweiligen Themenbereich.
7. Beratung in Kleingruppen mit wechselnder Zusammensetzung: Die Diskussionen und Beratungen finden in Kleingruppen zu je fünf Personen statt, deren Zusammensetzung ständig wechselt.
8. Politikeranhörung: Am dritten Tag der Planungszellen findet eine Politikeranhörung (Politikerhearing) statt, das Mitgliedern unterschiedlicher Fraktionen die Möglichkeit gibt, ihre Positionen zur Thematik vorzustellen und Fragen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zu beantworten.
9. Dokumentation der Ergebnisse in einem Bürgergutachten: Die Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst, dem Auftraggeber übergeben und veröffentlicht.

Die Organisation der Planungszellen, die Programmerstellung, die Auswahl der Referenten und Referentinnen und die Zusammenstellung der Ergebnisse liegen in der Hand eines neutralen und unabhängigen Durchführungsträgers. Der gesamte Prozess muss in Vorbereitungstreffen zwischen dem Auftraggeber und dem Durchführungsträger vorstrukturiert und vorbereitet werden, um den reibungslosen, erfolgreichen Ablauf zu gewährleisten. Das vom Auftraggeber vorgelegte und zu bearbeitende Thema wird in einzelne Arbeitseinheiten gegliedert.

Die Auswahl der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erfolgt durch eine Zufallsstichprobe, die aus der mit dem Auftraggeber festgelegten Region beim Einwohnermeldeamt gezogen wird. Die Zufallsauswahl garantiert eine heterogene Zusammensetzung, die verschiedene Altersstufen und soziale Schichten berücksichtigt und beide Geschlechter möglichst gleichberechtigt beteiligt. An einer Planungszelle können alle gemeldeten Bürgerinnen und Bürger zwischen 16 und 80 Jahren teilnehmen.

Eine Planungszelle umfasst rund 25 Personen, so dass immer fünf Kleingruppen parallel arbeiten. Die Kleingruppen werden mit Hilfe eines Losverfahrens von Arbeitseinheit zu Arbeitseinheit neu zusammengesetzt. Dieses Vorgehen hat folgende Vorteile: Es garantiert eine möglichst faire Gesprächssituation, in dem es die Auswirkungen der Gruppendynamik, z.B. die Meinungsführerschaft einzelner Personen, minimiert. Und es stellt sicher, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sukzessive die Ansichten der anderen Personen in der Planungszelle kennen lernen. Damit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an einer Planungszelle ermöglicht wird, können Angestellte in der Regel für den Zeitraum der Planungszelle Bildungsurlaub beantragen. Für Selbständige kann eine Verdienstausschüttung vereinbart werden. Die Aufwandsentschädigung, die jede Bürgergutachterin und jeder Bürgergutachter erhält, soll für die Kosten aufkommen, die durch die Teilnahme an der Planungszelle





entstehen. Angeboten wird auch eine Kinderbetreuung oder eine Übernahme der dafür entstehenden Kosten.

Die Sicherung einer hinreichenden Informiertheit ist eine Grundvoraussetzung jeder Beteiligung an einem Beratungs- und Bewertungsprozess. Zu Beginn jeder einzelnen Arbeitseinheit erhalten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter deshalb von Expertinnen und Experten oder Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern in Kurzreferaten eine Einführung in das vorliegende Thema. Diese Informationen bilden die Diskussionsgrundlage für die Arbeit in den Kleingruppen. Eine Politikeranhörung, die in der Regel am dritten Tag stattfindet, bietet die Möglichkeit, auch die Positionen von Mitgliedern unterschiedlicher politischer Parteien zur Thematik der Planungszelle zu erfahren und Fragen zu stellen.

Die Beratung und Diskussion und damit die Erarbeitung der Empfehlungen und Vorschläge findet ausschließlich in den Kleingruppen statt. Dort diskutieren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Detailprobleme, bilden sich ihre Meinung und verabschieden gemeinsam Empfehlungen. Der Meinungsbildungsprozess findet also vorrangig in den Kleingruppen, und nicht im Plenum statt. Die Kleingruppendiskussionen werden auch nicht durch Moderatoren begleitet, da dies die Beratungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beeinflussen könnte. Die Arbeitssituation in den Kleingruppen räumt den einzelnen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern viele Ausdrucks-, Identifikations- und Abwägungschancen ein.

Um die Ergebnisse der Planungszelle gegenüber überproportionalen Einflüssen einzelner Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter abzusichern, werden in der Regel parallel mehrere Planungszellen zu einer Fragestellung durchgeführt.

Das Verfahren arbeitet zwingend ergebnisoffen. Die per Zufall ausgewählten Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter entscheiden und beraten stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Zufallsauswahl und die mehrtägige intensive Arbeit bilden die Grundlage für die Akzeptanz der Ergebnisse der Planungszellen in der Bevölkerung.

Die wesentlichen Vorteile des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten sind:

- **Unabhängigkeit von Lobbys:** Die befristete Tätigkeit als Bürgergutachterin und Bürgergutachter schützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Planungszelle vor dem Einfluss organisierter Interessen und der Abgabe von Gefälligkeitsgutachten. Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter können nicht befördert oder wiedergewählt werden und können deshalb auch unpopuläre Entscheidungen treffen.
- **Sachorientierung der Lösungen:** Aus den Erfahrungen bei der Durchführung des Verfahrens wird deutlich, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Planungszellen das Gesamtinteresse vor Einzelinteressen stellen und in ihrer Arbeit das Gemeinwohl fördern wollen. Die Ergebnisse sind in einem hohen Maße sachorientiert.
- **Steigerung der Ergebnisakzeptanz durch Zufallsauswahl:** Durch die Zufallsauswahl sind die Ergebnisse der Planungszellen repräsentativ legitimiert. Die Empfehlungen haben in der Regel eine hohe Akzeptanz, da in den Empfehlungen eines Bürgergutachtens der Bürgerwille greifbar wird. Die bunte Mischung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Planungszelle sorgt dafür, dass Menschen miteinander reden, die normalerweise keinen Kontakt zueinander hätten.
- **Breite Einsatzmöglichkeiten:** Planungszellen können zu unterschiedlichen Themen arbeiten. Grundsätzlich können konfliktäre und innovationsorientierte Aufgaben unterschieden werden. Zur Klärung von Konflikten und zur Überwindung von Paralysesituationen sind Planungszellen ganz besonders gut geeignet. Die zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger sind dem Thema gegenüber neutraler, haben in der Regel keine unmittelbaren Eigeninteressen und sind durch die Befristung des Gutachteramts nicht in der Gefahr, berufs- und karriereorientierte Standpunkte zu vertreten. Sie nehmen zudem eine Rolle als Vertreter des Gesamtinteresses und nicht der spezifischen Betroffeneninteressen ein. Die Bürgerbeteiligung durch Planungszellen fördert die Bereitschaft, für das Ganze zu denken und zu handeln. Planungszellen können auch für die Suche nach neuen, innovativen Lösungen im Rahmen von Zukunftsplänen eingesetzt werden. Hierbei steht die Entwicklung von zukunftsfähigen Ideen im Zentrum, die durch die intensive Beschäftigung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit den Themenfeldern, durch die Diskussionen und gegenseitigen Anregungen entstehen können. Der Prozess setzt dabei ein hohes Maß an lokalem Wissen frei. Durch die alltagsnahe Sicht, die unterschiedlichen fachlichen Hintergründe der Bürgerinnen und Bürger und die eingeräumte Zeit, sind die Ergebnisse in hohem Maße praxis- und umsetzungsorientiert. Der Ablauf einer Planungszelle ist in der Regel standardisiert. Jeder Tag ist in vier Arbeitseinheiten zu je 90 Minuten aufgeteilt. Zwischen den Arbeitseinheiten gibt es jeweils eine 30-minütige Kaffeepause. Nach der zweiten Arbeitseinheit gibt es eine 60-minütige Mittagspause, in der ein Mittagessen serviert wird.

Typischerweise besteht die Arbeitseinheit einer Planungszelle aus drei Teilen:

1. Einführung in das Thema durch Expertenvortrag
2. Diskussion in Kleingruppen
3. Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeiten und Punktierung im Plenum

Im ersten Teil werden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch einen Expertenvortrag in das Thema der Arbeitseinheit eingeführt. Es können auch zwei Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen ihre unterschiedlichen Positionen präsentieren. Die Kurzvorträge dauern in der Regel ca. 20 Minuten, anschließend haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ca. 10 Minuten Gelegenheit für Fragen. Zu Beginn der Kleingruppenphase werden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter per Zufall in Gruppen von jeweils 5 Personen eingeteilt. Jede Kleingruppe erhält eine Arbeitsfrage, anhand dieser Frage oder Aufgabe wird das Thema im zweiten Teil der Arbeitseinheit in rund 40 Minuten diskutiert und die Empfehlungen werden schriftlich festgehalten, z.B. auf Moderationskarten. Im dritten Teil einer Arbeitseinheit, für den ca. 20 Minuten vorgesehen sind, präsentiert jeweils eine Sprecherin oder ein Sprecher einer Kleingruppe die Ergebnisse im Plenum. Mit Hilfe der Moderation werden thematisch gleiche Vorschläge von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern als Vorschläge zusammengefasst. Abschließend bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Klebepunkte ausgehändigt, mit denen sie die präsentierten Ergebnisse gewichten können.

Die Ergebnisse einer oder mehrerer parallel oder hintereinander stattfindender Planungszellen werden in einem Bürgergutachten dokumentiert, das dem Auftraggeber überreicht und veröffentlicht wird. Planungszellen und Bürgergutachten sind ein beratendes Verfahren. Die Umsetzung der Empfehlungen durch den Auftraggeber ist nicht verpflichtend. In der Regel finden Planungszellen aber zu höchst relevanten politischen Themen statt, bei denen die Auftraggeber hohes Interesse an den Ergebnissen und Lösungsvorschlägen der Bürgerinnen und Bürger haben.



Ablauf der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

4. Ablauf der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

Dieses Kapitel beschreibt die Vorbereitung und den konkreten Ablauf der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Neben der Darstellung der Standorte, an denen die Planungszellen durchgeführt wurden, erläutert es die Zufallsauswahl der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter und beschreibt das Arbeitsprogramm mit dem Inhalt der einzelnen Arbeitseinheiten.

4.1. Standorte

Ziel der Bürgerbeteiligung zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz ist es, die Meinungen, Ansichten und Empfehlungen möglichst unterschiedlicher Bürgerinnen und Bürger des Landes in den Reformprozess einfließen zu lassen. Deshalb wurde in Abstimmung mit dem Auftraggeber beschlossen, die Planungszellen in verschiedenen Regionen des Landes durchzuführen und dabei unterschiedlich strukturierte Räume zu berücksichtigen. Als Strukturtypen wurden städtischer, verstädterter und ländlicher Raum vorgeschlagen. In diesem Sinne wurden folgende Standorte ausgewählt:

- Städtischer Raum: Kreisfreie Stadt Pirmasens und Verbandsgemeinde Pirmasens-Land
- Verstädterter Raum: Verbandsgemeinde Vallendar und Stadt Bendorf
- Ländlicher Raum: Verbandsgemeinde Prüm und Verbandsgemeinde Arzfeld

Die im Folgenden angegebenen Einwohnerzahlen und Flächenangaben beziehen sich alle auf den Stand vom 31.12.2007 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (vgl. <http://www.infothek.statistik.rlp.de/lis/onlinedb/index.asp> mit Zugriff am 01.08.2008). Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf den Stand März 2008 der Bundesagentur für Arbeit (<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000200/html/sgb2/bmas/index.shtml>, SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche, Zugriff am 01.08.2008). Die kreisfreie Stadt Pirmasens liegt im Süden des Landes Rheinland-Pfalz und ist zugleich Verwaltungssitz des Landkreises Südwestpfalz. Die Einwohnerzahlen der Stadt sind seit den 1970er Jahren von ca. 57.000 auf heute ca. 41.900 Einwohner zurück gegangen. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 682 Einwohnern je km². Pirmasens ist durch seine früher stark ausgeprägte Schuhindustrie bekannt, die jedoch seit den 1970er Jahren zunehmend abgebaut wurde, da sich diese industrielle Branche in andere Länder verlagert hat. Die Arbeitslosenquote für die Stadt Pirmasens lag im März 2008 bei 14,2%. Die Verbandsgemeinde Pirmasens-Land liegt in der unmittelbaren Umgebung der kreisfreien Stadt Pirmasens, in der sie auch

ihren Verbandsgemeindesitz hat. In der Verbandsgemeinde leben ca. 13.000 Einwohner, was einer Bevölkerungsdichte von 91 Einwohnern pro km² entspricht. Im Gegensatz zu der hohen Arbeitslosenquote in der Stadt Pirmasens liegt die Arbeitslosenquote des umgebenden Landkreises Südwestpfalz, zu dem die Verbandsgemeinde Pirmasens Land gehört, deutlich geringer bei 5,3%.

Die Verbandsgemeinde Vallendar liegt im Nordosten des Landes Rheinland-Pfalz, östlich von Koblenz im Landkreis Mayen-Koblenz. Sie entstand in ihrer heutigen Form 1970 und umfasst die Gemeinden Niederwerth, Urbar, Weitersburg und die Stadt Vallendar, die auch Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung ist. In der Verbandsgemeinde Vallendar leben ca. 15.500 Einwohner, was einer Bevölkerungsdichte von 581 Einwohnern pro km² entspricht. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Mayen-Koblenz lag im März 2008 bei 6,3%. Die Stadt Bendorf grenzt direkt nördlich an die Verbandsgemeinde Vallendar und gehört ebenfalls zum Landkreis Mayen-Koblenz. Die Stadt Bendorf hat ca. 17.000 Einwohner, was einer Bevölkerungsdichte von 722 Einwohnern je km² entspricht. Im 18. und 19. Jahrhundert als Industriestadt vorrangig durch Bergbau und Hüttenwesen geprägt, ist die Stadt Bendorf heute wirtschaftlich durch eine Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen aus Handel, Gewerbe, Handwerk und Dienstleistung gekennzeichnet. Für die Stadt Bendorf liegt bei der Bundesagentur für Arbeit keine Arbeitslosenquote vor, sondern nur eine absolute Zahl: im März 2008 waren 705 Personen in Bendorf arbeitslos.

Die Verbandsgemeinden Prüm und Arzfeld liegen beide im Eifelkreis Bitburg-Prüm im äußersten Nordwesten des Landes Rheinland-Pfalz, der direkt an Belgien und Luxemburg grenzt. Die Verbandsgemeinde Prüm ist mit einer Fläche von 465 km² die größte Verbandsgemeinde des Landes Rheinland-Pfalz (zum Vergleich: Die Verbandsgemeinde Vallendar hat eine Fläche von 26 km², die Verbandsgemeinde Pirmasens-Land von 143 km²). Die Verbandsgemeinde Prüm umfasst 44 Gemeinden und hat ca. 21.500 Einwohner. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 46 Einwohnern pro km².



Auch bei der Verbandsgemeinde Arzfeld handelt es sich um eine verhältnismäßig große Verbandsgemeinde: sie hat eine Fläche von 265 km² und umfasst 43 Gemeinden. Hier wohnen ca. 9.800 Einwohner, was einer Bevölkerungsdichte von 37 Einwohnern je km² entspricht. Die Arbeitslosenquote im Eifelkreis Bitburg-Prüm ist mit 3,9% relativ niedrig.

4.2. Zufallsauswahl

Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, ist die Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine Planungszelle ein besonderes Merkmal des Verfahrens. Durch dieses methodische Vorgehen wird die Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, von Männern und Frauen und von verschiedenen Alters- und Berufsgruppen sicher gestellt (vgl. Kap. 5). Für die Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wurden für die oben angegebenen Standorte jeweils Zufallsstichproben aus dem Einwohnermelderegister gezogen. Hierzu wurde in Abstimmung mit dem Datenbeauftragten von Rheinland-Pfalz die Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH (KommWis) beauftragt, die für das landeseinheitliche Verfahren eines Einwohner- und Meldewesens verantwortlich ist und die Ziehung solcher Stichproben durchführt. Kriterien für die Auswahl waren ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern und ein Alter der Personen zwischen 16 und 80 Jahren. Die im Zufall ausgesuchten Bürgerinnen und Bürger wurden von der Staatskanzlei schriftlich eingeladen. Die Einladung enthielt

- eine persönliche Einladung des Ministerpräsidenten Kurt Beck,
- ein Anschreiben des nexus Instituts, das sich als neutraler Durchführungsträger vorstellte,
- ein Faltblatt, auf dem die wichtigsten Informationen zum Verfahren Planungszelle zusammengestellt waren und
- eine Rückantwortkarte, die es den Bürgerinnen und Bürger kostenfrei ermöglichte, zu- oder abzusagen oder weitere Informationen anzufordern.

Nach Beginn des Rücklaufs haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des nexus Instituts für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung zusätzlich telefonisch Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen, die sich noch nicht gemeldet hatten oder auf der Rückantwortkarte angegeben hatten, dass sie noch Informationsbedarf haben und unsicher sind, ob sie teilnehmen sollen.

Im Rahmen dieser Telefonate und anhand der Rückantwortkarten konnten auch Absagegründe erfasst werden. Zu den am häufigsten genannten Gründen zählen:

- Urlaub im Durchführungszeitraum der Planungszelle
- Gesundheitliche Gründe
- Pflege von Angehörigen
- Mangelndes Interesse am Thema
- Unvereinbarkeit mit Beruf, Schule, Ausbildung oder Studium
- Keine Genehmigung von Bildungsurlaub
- Arbeitsort in einem anderem Bundesland
- Auslandsaufenthalte

Insgesamt konnte die Zielgröße von 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den sechs Planungszellen (25 pro Planungszelle) bei wenigen kurzfristigen Absagen mit 144 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern weitestgehend erreicht werden.

Die Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform fanden in folgenden Zeiträumen statt:

- Vom 03. bis 06. Juni 2008 in Vallendar in der WHU – Otto Beisheim School of Management (mit 37 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern)
- Vom 10. bis 13. Juni 2008 in Pirmasens in den Messe- und Veranstaltungshallen Pirmasens (mit 52 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern)
- Vom 17. bis 20. Juni 2008 in Prüm im Jugendgästehaus Prüm (mit 55 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern)

4.3. Arbeitsprogramm

Das Programm für die Planungszellen wurde im Rahmen mehrerer Sitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei und des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, in einer Sitzung unter Teilnahme der wissenschaftlichen Begleitung durch die Universität Koblenz-Landau und für einzelne Arbeitseinheiten auch mit Expertinnen und Experten der Planungszellen erarbeitet. Dabei wurde sichergestellt, dass die Thematik der Bürgerkongresse in den Planungszellen aufgegriffen wird und die verschiedenen, im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform relevanten Aspekte berücksichtigt werden. Auf diese Weise wurde das Arbeitsprogramm in einem mehrstufigen Diskurs konzipiert. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das Arbeitsprogramm für die Planungszellen entwickelt, das die folgende Tabelle im Überblick zeigt:

Zeit	3./10./17. Juni: Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung	4./11./18. Juni: Zukunftsfähige Gebietsstrukturen
08:30–10:00 (09:30–11:00)	<i>Arbeitseinheit 1</i> Einführung Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?	<i>Arbeitseinheit 5</i> Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstruktur Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen? Welche Vorteile haben größere Strukturen?
10:00–10:30 (11:00–11:30)	<i>Kaffeepause</i>	<i>Kaffeepause</i>
10:30–12:00 (11:30–13:00)	<i>Arbeitseinheit 2</i> Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt? Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft? Welche Aufgaben können eventuell wegfallen?	<i>Arbeitseinheit 6</i> Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Anforderungen Was sollte unbedingt bewahrt werden? Welche neuen Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?
12:00–13:00 (13:00–14:00)	<i>Mittagspause</i>	<i>Mittagspause</i>
13:00–14:30 (14:00–15:30)	<i>Arbeitseinheit 3</i> Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?	<i>Arbeitseinheit 7</i> Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit Was spricht für neue Strukturen? Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?
14:30–15:00 (15:30–16:00)	<i>Kaffeepause</i>	<i>Kaffeepause</i>
15:00–16:30 (16:00–17:30)	<i>Arbeitseinheit 4</i> Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?	<i>Arbeitseinheit 8</i> Anreize für neue Strukturen Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

5./12./19. Juni:

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

Arbeitseinheit 9

Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

Kaffeepause

Arbeitseinheit 10

Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wie möchten Sie als Bürgerinnen und Bürger in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden? Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

Mittagspause

Arbeitseinheit 11

Kooperationen und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben könnten in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden? Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

Kaffeepause

Arbeitseinheit 12

Politikerhearing

6./13./20. Juni:

Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept / Offene Themen

Arbeitseinheit 13/14

Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept

Kaffeepause

Arbeitseinheit 13/14

Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept

Mittagspause

Arbeitseinheit 15

Offene Themen

Kaffeepause

Arbeitseinheit 16

Verfahrensbewertung, Ausblick und Verabschiedung

An jedem Standort wurden jeweils zwei Planungszellen parallel um eine Stunde zeitversetzt durchgeführt. Durch dieses Vorgehen konnten die Expertinnen und Experten ihre thematischen Einführungen in beiden Planungszellen vor Ort nacheinander halten. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter beider Planungszellen erhielten identische Informationen. Teilweise erfolgte aufgrund der zeitlich dichten Folge der Planungszellen zwischen den Standorten bei einzelnen Arbeitseinheiten ein Expertenwechsel, dabei handelte es sich aber jeweils um Expertinnen und Experten mit einem ähnlichen Hintergrund an Fachwissen und Erfahrung (Arbeitseinheit 6, 7, 10 und 11).

Der Ablauf der einzelnen Arbeitseinheiten fand in der Regel entsprechend der im Kapitel 3 erläuterten Abfolge statt. Ausnahmen werden hier an der gegebenen Stelle erwähnt.

Die Gewichtung der Ergebnisse einer Arbeitseinheit durch das Verteilen von Klebepunkten fand im Anschluss an die Ergebnispräsentation der Kleingruppen im Plenum statt. Hierbei erhielt jede Bürgergutachterin und jeder Bürgergutachter pro Frage jeweils sechs Klebepunkte. Es durften je Vorschlag (Cluster) höchstens zwei Klebepunkte vergeben werden. Eine Ausnahme bildeten die Zuspitzungsfragen der Arbeitseinheit 13/14: Für die Bewertung der Zuspitzungsfragen zu den Themen „Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung“ und „Zukunftsfähige Gebietsstrukturen“ erhielten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter jeweils nur einen Punkt. Für die Beurteilung der beiden Zuspitzungsfragen des Themas „Zukunftsfähige Gebietsstrukturen“ erhielten sie jeweils zwei Punkte. Eine weitere Ausnahme bildete die zweite Frage der elften Arbeitseinheit „Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?“. Hierfür standen den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern drei Klebepunkte zur Verfügung, die sie frei verteilen durften. Im Folgenden wird das Programm der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform im Detail erläutert:

Die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform umfasst im Wesentlichen drei Bereiche, die reformiert bzw. optimiert werden sollen: Die Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben, die Verfahrensabläufe und die kommunalen Gebietsstrukturen. Diese drei Bereiche greifen jedoch auch ineinander.



Tag 1 war dem Thema „**Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung**“ gewidmet. Hierbei erhielten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Informationen über die Hintergründe und Notwendigkeiten einer Kommunal- und Verwaltungsreform, setzten sich mit aktuellen und möglichen zukünftigen Aufgaben der Kommune und Verwaltung auseinander und wurden über mögliche Aufgabenverlagerungen im Zuge der Reform informiert.

Arbeitseinheit 1 (Einführung) führte die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zunächst kurz in das Verfahren Planungszelle/Bürgergutachten und das Thema Kommunal- und Verwaltungsreform ein. Der Ablauf der kommenden Tage wurde verdeutlicht und die Rolle der Planungszellen im Kontext der Bürgerbeteiligung zur Kommunal- und Verwaltungsreform beschrieben. Zusätzlich hat an dieser Stelle eine Bürgerin oder ein Bürger, die an den Bürgerkongressen teilgenommen hatten, ihre bzw. seine Eindrücke von diesen Veranstaltungen den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern geschildert und somit symbolisch den Staffelstab der Beteiligung weitergegeben. Anschließend bestand zum ersten Mal die Möglichkeit, sich in Kleingruppen zusammenzufinden und sich anhand der Frage „*Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?*“ auszutauschen und in die Thematik einzuarbeiten. Die Erfahrungen wurden gesammelt, im Plenum präsentiert, aber nicht gewichtet.

Arbeitseinheit 2 (Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?) erläuterte die Hintergründe für eine Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Hierbei wurden vor allem die aktuelle demografische Entwicklung (sinkende Einwohnerzahlen und Alterung der Gesellschaft) und die damit zusammenhängenden Folgen und Herausforderungen für die Gesellschaft vorgestellt. Die geringe Zuwanderung reicht aktuell nicht mehr aus, um die sinkenden Einwohnerzahlen aufgrund der niedrigen Geburtenraten auszugleichen. Die Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz wird bis



2050 von heute gut 4 Millionen um 14,9% auf 3,45 Million sinken. Zugleich steigt die Lebenserwartung der Deutschen, so dass der Anteil der älteren Bevölkerung auch in Rheinland-Pfalz kontinuierlich steigen wird. Die bereits erwähnte niedrige Geburtenrate führt zusätzlich zu einem parallel sinkenden Anteil der jungen Bevölkerung. Bis 2035 wird in Rheinland-Pfalz der Anteil der über 65jährigen um voraussichtlich 39% steigen, während der Anteil der unter 20jährigen voraussichtlich um 26% sinkt. Diese Entwicklung kann heute nicht mehr verhindert werden, da die Personen, von denen hier gesprochen wird, bereits leben. Die demografische Entwicklung wird Folgen für die Ausgestaltung der Gesellschaft haben, da eine veränderte Bevölkerungszusammensetzung auch andere Bedürfnisse und Notwendigkeiten nach sich zieht. So wird es im Rahmen der sozialen Infrastruktur veränderte Bedarfe an Wohnraum, Pflege und medizinischer Versorgung geben. Auch der ÖPNV und die Abfallversorgung werden sich auf die veränderte gesellschaftliche Struktur einstellen müssen. Die Kommunen und die Verwaltung müssen bereits heute Maßnahmen ergreifen, um auf diesen Wandel reagieren zu können. In den Kleingruppen gingen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter folgenden Fragen nach: *„Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?“* und *„Welche Aufgaben können eventuell wegfallen?“*.

Arbeitseinheit 3 (Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung) stellte den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern durch die Experteninformation verschiedene Aufgaben der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung vor. Hierbei wurden aktuell wichtige Aufgaben und die Zuständigkeiten der verschiedenen kommunalpolitischen Einheiten bei der Aufgabenerledigung erläutert. Zu den öffentlichen Aufgaben gehört alles, was nicht in privater Form durchgeführt werden kann oder soll. Was in den Aufgabenbereich der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung gehört, wandelt sich und passt sich an die jeweiligen Bedürfnisse der Gesellschaft an. So gehören heute unter anderem der Umweltschutz, Bildung, öffentliche

Sicherheit und Ordnung, Bau- und Planungswesen und Soziales zu den zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand. Zuständig für die Erledigung der Aufgaben sind der Bund, die Länder und die Kommunen. Zu den Aufgaben der Kommunen gehören die Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung, wie z.B. Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung, aber auch freiwillige Aufgaben wie z.B. der Betrieb von Schwimmbädern und Museen. Bei den Pflichtaufgaben bestimmt der Gesetzgeber, ob die Kommunen diese Aufgaben erfüllen müssen. Wie sie durchgeführt werden, können die Kommunen jedoch selbst entscheiden. Die Kommunen werden aber auch direkt im Auftrag des Bundes oder des Landes tätig, indem ihnen Verwaltungsaufgaben dieser Bereiche übertragen werden, wie z.B. das Pass- und Meldewesen. Nachdem die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in der vorhergehenden Einheit die neuen Aufgaben einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft definiert hatten, ging es jetzt darum, Prioritäten zu setzen anhand folgender Frage: *„Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?“*.

Arbeitseinheit 4 (Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung) informierte die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter über die Struktur der Landesverwaltung von Rheinland-Pfalz und Vorschläge für die Verlagerung von Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform. Die Landesverwaltung besteht aus den Obersten Landesbehörden (den Ministerien), den oberen Landesbehörden mit landesweiter Zuständigkeit (z.B. Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Statistisches Landesamt), den oberen Landesbehörden mit regionaler Zuständigkeit (z.B. Struktur- und Genehmigungsbehörden, Polizeipräsidien), den unteren Landesbehörden (z.B. Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, Kreisverwaltungen, Schulen, Finanzämter) und den Landesbetrieben (z.B. Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz). Anhand ausgewählter Beispiele aus der 65er Liste, in der die Vorschläge zur Aufgabenverlagerung der Landesregierung enthalten sind, wurde verdeutlicht, welche Aufgaben im Zuge einer Reform nach unten verlagert werden könnten. *„Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?“*, anhand dieser Fragen setzten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit der Verlagerung von Aufgaben auseinander.

Tag 2 befasste sich mit dem Thema „**Zukunftsfähige Gebietsstrukturen**“.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter informierten sich über die Gebietsstrukturen und damit auch den räumlichen Zuschnitt der Verwaltung. Hierbei stand die Frage im Zentrum, inwieweit die gegenwärtigen Gebietsstrukturen des Landes Rheinland-Pfalz geeignet sind, künftigen Herausforderungen zu begegnen. In vier Arbeitseinheiten erhielten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zunächst grundlegende Informationen zu den aktuellen Gebietsstrukturen in Rheinland-Pfalz. Sie diskutierten, was aus ihrer Sicht bewahrt werden sollte und welche neuen Anforderungen zu berücksichtigen sind. Außerdem setzten sie sich mit den Argumenten für neue Strukturen und für eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit auseinander. Empfehlungen für mögliche Anreize zur Bildung neuer Strukturen bzw. zur Zusammenlegung von Kommunen bildeten den Abschluss des zweiten Tages.

Arbeitseinheit 5 (Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstruktur) bot den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern eine Übersicht über den aktuellen Gebietsaufbau des Landes Rheinland-Pfalz. Anhand von zwei Beispielen (Baugenehmigung und Aufstellungsverfahren für den regionalen Raumordnungsplan) wurden die Auswirkungen der aktuellen Gebietsstrukturen auf den Verwaltungsprozess erläutert. Die Gebietsstrukturen des Landes Rheinland-Pfalz bestehen aus der staatlichen Ebene mit der Landesregierung, den Ministerien und den Mittelinstanzen (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Struktur- und Genehmigungsdirektionen) und darunter der kommunalen Ebene aus Landkreisen, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die kommunale Ebene in Rheinland-Pfalz besonders kleinteilig. Es ist das Bundesland mit den, bezogen auf die Bevölkerungszahl, meisten Ortsgemeinden, die allerdings in Verbandsgemeinden zusammengefasst sind. Im Ländervergleich wird jedoch auch deutlich, dass die Personalausgaben der Gemeinden und Zweckverbände auf die Anzahl der jeweiligen Anwohner in Rheinland-Pfalz vergleichsweise niedrig sind (Platz 3 im deutschlandweiten Vergleich). Ein weiteres Charakteristikum sind die vielen Ebenen, die es in Rheinland-Pfalz gibt. Von oben nach unten die Landesregierung (Ministerien), auf der mittleren Ebene neben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion auch die nach unten abgestuften Dienstleistungszentren, und auf der unteren Ebene die Landkreise (oder kreisfreien Städte) und schließlich die Gemeinden. Als Folge der gegenwärtigen Gebietsstruktur sind die Verwaltungsprozesse zum einen teilweise sehr zeitaufwendig, da verschiedene Instanzen bei der Bearbeitung eines Gegenstandes befragt werden müssen, zum anderen ist es hierdurch aber möglich, räumlich ausdifferenzierte, politisch beschlossene Stellungnahmen zu erhalten. Im Rahmen dieser Arbeitseinheit diskutierten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Fragen „*Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?*“ und „*Welche Vorteile haben größere Strukturen?*“



Arbeitseinheit 6 (Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Anforderungen) erörterte im Rahmen der Thematik zukunftsfähiger Gebietsstrukturen das, was es zu bewahren, und neue Anforderungen, die es zu berücksichtigen gilt. Hier standen zwei Referenten zur Verfügung. Ein Referent vermittelte die Position des Bewahrenswertes, ein zweiter Referent die Position der neuen Anforderungen.

Als bewahrenswert wurde insbesondere die Verbandsgemeinde in ihrer Aufgabenwahrnehmung dargestellt. Als Argumente dafür wurde ihr Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens auf der unteren kommunalen Ebene und ihre Identität stiftende Rolle angeführt. Die Verbandsgemeinden sollen in ihrer Struktur und Funktion erhalten bleiben, aber an eventuelle Herausforderungen angepasst werden, indem sie z.B. neue Aufgaben zusätzlich übernehmen. Das Potential hierfür sei gegeben.

Im Rahmen der neuen Anforderungen wurden die demografische Entwicklung, begrenzte finanzielle Ressourcen und, damit einhergehend, ein notwendiger Bürokratieabbau sowie die neuen technologischen Möglichkeiten angeführt. Zum Abbau von Bürokratie wird es als sinnvoll erachtet, alle Aufgaben, welche die persönliche Anwesenheit der Bürgerinnen und Bürger erfordern, auf die Ebene der Verbandsgemeinde zu verlagern. Bezüglich der demografischen Entwicklung wurde deutlich, dass, neben den neuen Aufgabengebieten, die zukünftige staatliche Finanzierung ein weiteres Problem darstellt: Neben den geringeren Staatseinnahmen in einer immer älter werdenden Gesellschaft, werden zusätzlich die bereits vorhandenen Staatsschulden die finanziellen Spielräume verkleinern. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es notwendig, die kommunalen Strukturen zu optimieren, d. h. vor allem effizienter zu machen. Hierfür, so der Vorschlag bei dieser Position, seien Mindestgrößen zu definieren und Aufgaben neu zu verteilen, um Personalaufwand und Finanzausstattungen optimieren zu können.



Im Anschluss an die Darstellung dieser beiden Positionen bildeten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ihre eigene Meinung zu dieser Thematik anhand folgender Fragen: „*Was sollte unbedingt bewahrt werden?*“ und „*Welche neuen Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?*“.

Arbeitseinheit 7 (Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit) beschäftigte sich mit der Frage, ob neue Gebietsstrukturen oder eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit geeigneter sind, um die zukünftigen Herausforderungen insbesondere durch die demografische Entwicklung zu bewältigen. Beide Konzepte schließen sich jedoch nicht wechselseitig aus, sondern sind auch parallel einsetzbar. Wie bereits in der sechsten Arbeitseinheit, waren auch in dieser Arbeitseinheit zwei Referenten anwesend, die jeweils eine der beiden Positionen vorstellten. Die interkommunale Zusammenarbeit wurde als eine gute Möglichkeit dargestellt, um bereits existierende kommunale Strukturen weiterzuentwickeln, ohne die Struktur der kommunalen Einheiten tiefgreifend zu verändern. Aufgaben können durch die Bildung von Zweckverbänden, z.B. im Bereich der Wasserwirtschaft, effizienter erledigt werden. Für neue (größere) Gemeindestrukturen wurden als Argumente die demografische Entwicklung, die Globalisierung, der Aufgabenzuwachs und die Siedlungsentwicklung angeführt. Aufgrund der demografischen Entwicklung verringert sich die Einwohnerzahl, wodurch die Verwaltungsleistungen bei einer Pro-Kopf-Berechnung immer teurer werden. Auch die Einnahmen nehmen bei sinkender Bevölkerungszahl kontinuierlich ab. Im Rahmen der Globalisierung wird der internationale Wettbewerb immer schärfer. Dies erfordert günstige Standortkosten und wirtschaftliches Denken in regionalen Maßstäben. Immer komplexer werdende Aufgaben machen ein größeres Fachwissen notwendig. Eine weitere Aufgabenübertragung des Landes auf die Gemeinden erfordert eine höhere Verwaltungsleistung der Kommunen. Im Rahmen der Siedlungsentwicklung bedeutet eine Abwanderung aus den

Städten in das Umland Steuer- und Einkommensverluste, ohne dass es zu einer Entlastung im Aufgabenbereich kommt. Zudem lässt die steigende räumliche Verflechtung den Koordinationsbedarf steigen.

„Was spricht für neue Strukturen?“ und „Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?“, diese beiden Fragen sollten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter anregen, die Argumente abzuwägen und weitere Empfehlungen zur Thematik zukünftiger Gebietsstrukturen abzugeben.

Die **Arbeitseinheit 8** (Anreize für neue Strukturen) informierte die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter über unterschiedliche Anreize, die den Kommunen geboten werden könnten, um freiwillig der Schaffung neuer Gebietsstrukturen, in der Regel einer Zusammenlegung, zuzustimmen. Hierbei wurden verschiedene Arten von Anreizen und ihr jeweiliger Zweck vorgestellt.

Grundsätzlich kann zwischen finanziellen und nichtfinanziellen Anreizen unterschieden werden. Bei finanziellen Anreizen sind Einmalzahlungen eines Festbetrages denkbar oder auch längerfristige Zahlungen des prozentualen Anteils eines vorher festgelegten Faktors. Nichtfinanzielle Anreize können zum Beispiel die Zusage für die Ausrichtung einer landesweiten Veranstaltung, wie des Rheinland-Pfalz-Tages, oder aber auch die Veränderung des Status im Landesentwicklungsprogramm sein, wodurch neue Bau- und Gewerbegebiete ausgeschrieben werden könnten.

Zweck solcher Anreize soll es sein, kurzfristig entstehende Kosten und Mehrbelastungen durch den Zusammenschluss für die beteiligten Kommunen erträglicher zu machen und somit längerfristige Kosteneinsparung zu erreichen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wurden aufgefordert, durch die Beantwortung der Frage „Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?“ ihre Empfehlungen zu diesem Thema abzugeben.

Tag 3 der Planungszellen stellte mit dem Thema „**Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit**“ zwei Themenbereiche in den Mittelpunkt, die eng miteinander zusammenhängen: Zum einen wird die Bürgernähe von Verwaltung und Politik, Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement betrachtet. Hierbei entwickelten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter konkrete Vorstellungen von Bürgernähe, der Bürgerbeteiligung und möglichen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements.

Zum anderen wurden neue Formen der Kooperation und neue Partnerschaften für die gemeinsame Aufgabenbewältigung näher beleuchtet, bei denen es um die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft und damit ebenfalls um eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern geht. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter formulierten ihre Vorstellungen davon, welche Aufgabenfelder zukünftig in Kooperation von Kommunen, Wirtschaft und bürgerschaftlichen Gruppen erledigt werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage beantwortet, wie innerhalb solcher neuer Partnerschaften Entscheidungen getroffen werden sollten.

Außerdem fand am Ende des dritten Tages eine Politikeranhörung statt, auf der kommunalpolitische Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Fraktionen ihre Positionen zur Kommunal- und Verwaltungsreform vorstellten und Fragen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter beantworteten.

Arbeitseinheit 9 (Was heißt Bürgernähe heute?) beleuchtete im Rahmen des Expertenvortrags den Begriff der Bürgernähe genauer. Die verschiedenen Aspekte dieses Begriffs wurden erläutert. Neben einer ortsnahen, serviceorientierten Verwaltung gehört zu diesen Aspekten auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungsprozessen. Bürgerbeteiligung heißt, die Wünsche, Bedürfnisse, Bewertungen und Problemwahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfragen und ernst zu nehmen. Die Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune können bei der Entscheidung zu verschiedenen Themen einbezogen werden. Hierzu gehören unter anderem die Gestaltung öffentlicher Plätze oder Gebäude, die Verkehrsregelung (z.B. Einführung von Einbahnstraßen/Fußgängerzonen), Gewerbeansiedlungen oder die Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen. In diesem Zusammenhang wurde auch das Konzept des Bürgeramtes vorgestellt, das verschiedene Verwaltungsdienstleistungen bündelt und an einem Ort anbietet. Bürgerämter werden bei Befragungen zur Kundenzufriedenheit sehr positiv bewertet. Als Hauptgrund für die hohe Wertschätzung und den Erfolg der Bürgerämter wurde die Bürger- und Kundenfreundlichkeit genannt. Dies äußert sich in der Bündelung oft benötigter Leistungen, verbesserten Öffnungszeiten, kurzen Wartezeiten und schneller Bearbeitung von Anfragen. Letzteres wird insbesondere durch den Einsatz moderner Technologien erreicht.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter waren aufgefordert, anhand der Frage „*Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?*“ ihre Vorstellungen und Empfehlungen zu formulieren.

Arbeitseinheit 10 (Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement) beschäftigte sich mit der aktuellen Rolle der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements. Der Begriff bürgerschaftliches Engagement ist ein Sammelbecken für verschiedene traditionelle und neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten sowie politischer Beteiligung und Mitbestimmung. Obwohl der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“, wie gerade erläutert, sowohl ehrenamtliche Tätigkeiten als auch verschiedene Maßnahmen der Bürgerbeteiligung umfasst, werden in diesem Bürgergutachten bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung getrennt behandelt. Das bürgerschaftliche Engagement konzentriert sich in diesem Kontext vor allem auf den Aspekt der Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten, während sich die Bürgerbeteiligung auf die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess bezieht. Ziel ist die Etablierung einer Bürgergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gesellschaft teilhaben und das Gemeinwesen verantwortlich mitgestalten. Zusätzlich wurden aktuelle Daten zur Entwicklung und Ausgestaltung des bürgerschaftlichen Engagements in Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik



Deutschland präsentiert, die dessen Stellenwert verdeutlichen sollten. Die Daten zeigen, dass die Anzahl bürgerschaftlich Engagierter zwischen 1999 und 2004 von 33% auf 39% Prozent gestiegen ist. Rheinland-Pfalz liegt hierbei über dem Bundesdurchschnitt. Der größte Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ist Sport und Bewegung, weitere große Bereiche sind Schule/Kindergarten, Kirche und Religion sowie Kultur und Musik. Bei der Erläuterung der Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz wurde erwähnt, dass seit den 1990er Jahren insbesondere auf kommunaler Ebene zunehmend neue Beteiligungsinstrumente, wie z.B. Planungszellen oder Zukunftswerkstätten, erprobt werden. Des Weiteren wurde der gesetzliche Rahmen der direktdemokratischen Verfahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheid dargestellt. Hierbei wurde deutlich, dass Rheinland-Pfalz im deutschlandweiten Vergleich hohe Quoren für eine erfolgreiche Verabschiedung eines Bürgerbegehrens (15% der Wahlberechtigten) oder eines Bürgerentscheids (30% der Wahlberechtigten) hat. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sollten in dieser Arbeitseinheit folgende Fragen beantworten: *„Wie möchten Sie als Bürgerinnen und Bürger in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?“* und *„Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?“*.

Arbeitseinheit 11 (Kooperationen und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge) lenkte die Aufmerksamkeit der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auf die Möglichkeit einer gemeinsamen, partnerschaftlichen Erledigung von Aufgaben durch Kommunen, Wirtschaft und bürgerschaftliche Gruppen. Unter bürgerschaftlichen Gruppen werden hier sowohl organisierte Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, als auch einzeln engagierte Einwohnerinnen und Einwohner verstanden. Immer öfter werden Aufgaben, die ursprünglich ausschließlich durch den Staat (die Kommune) erfüllt wurden, durch neue Partnerschaften von Kommunen und Wirtschaft, Kommunen und bürgerschaftliche Gruppen

oder die Zusammenarbeit aller drei Gruppen erledigt. Bereiche, die sonst aus Rentabilitätsgründen geschlossen werden müssten, sollen durch diese Partnerschaften erhalten bleiben, Projekte, welche die Kommunen allein nicht umsetzen könnten, durch diese Partnerschaft realisiert werden. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff des Wohlfahrtsmixes eingeführt. Er umschreibt, dass an der Herstellung individueller und gesellschaftlicher Wohlfahrt viele verschiedene Akteure gleichzeitig beteiligt sein sollten. Hierzu gehören der Staat (die Kommune), Unternehmen, Wohlfahrtsorganisationen und aktive Bürgerinnen und Bürger. Durch ihr Engagement erhalten die Wirtschaft oder bürgerschaftliche Gruppen die Möglichkeit, sich aktiv an der Ausgestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen und Einfluss zu nehmen.

In der aktuellen Diskussion sollte es nicht darum gehen, ob ein Wohlfahrtsmix sinnvoll ist, sondern nur, wie er auszugestaltet ist. Das ausschließlich eine der soeben genannten Gruppen für das Gemeinwohl zuständig ist, erscheint heute nicht mehr realisierbar. Bei der Ausgestaltung solcher partnerschaftlicher Kooperationen ist darauf zu achten, dass ein Ausgleich zwischen den Interessen und Zielen der Akteure erzielt werden kann. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erarbeiteten in dieser Arbeitseinheit Empfehlungen für die Fragen „*Welche Aufgaben könnten in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?*“ und „*Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?*“.

In der **Arbeitseinheit 12** (Politikeranhörung) fand das Politikerhearing statt. Hier hatten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Möglichkeit, die Positionen lokaler Kommunalpolitiker verschiedener Parteien kennen zu lernen und Fragen zu stellen. Das Politikerhearing fand an jedem der drei Standorte mit beiden Planungszellen gemeinsam statt. Es wurde auf Fragen zurückgegriffen, die von den beiden Gruppen im Verlauf der ersten drei Tage gesammelt wurden. Jede Planungszelle wählte eine Sprecherin und einen



Sprecher zur Präsentation der Fragen. Diese wechselten sich beim Stellen der Fragen mit dem Sprecher und der Sprecherin der anderen Gruppe ab, so dass die Fragen beider Planungszellen gleichermaßen berücksichtigt wurden. Es gab aber auch Raum für spontane Fragen und Anmerkungen.

Tag 4 der Planungszellen war der Reflektion und Verdichtung der bisher erarbeiteten Ergebnisse gewidmet. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erhielten keine neuen Informationen und die bisher sehr einheitliche Struktur (s. Kapitel 3) der Arbeitseinheiten wurde aufgebrochen: Die ersten beiden Arbeitseinheiten des vierten Tages wurden zusammengelegt und die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter hatten die Möglichkeit, noch einmal ihre wichtigsten Empfehlungen an die Landesregierung zu formulieren. Anschließend bekamen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in einer thematisch offenen Arbeitseinheit die Gelegenheit, eigene Themen zu diskutieren. Den Abschluss der Planungszelle bildeten eine Verfahrensbeurteilung und die Verabschiedung.

Arbeitseinheiten 13 und 14 (Bündelung der Empfehlungen) dienten, zeitlich verknüpft, den Kleingruppen dazu, die aus ihrer Sicht jeweils fünf wichtigsten Empfehlungen für die Themenbereiche „Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung“, „Zukunftsfähige Gebietsstrukturen“ und „Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit“ zu formulieren. Hierfür wurden zu Beginn der Arbeitseinheit die Ergebnisse mit den Top-4-Wertungen der vergangenen drei Tage noch einmal präsentiert und anschließend hatten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ca. 90 Minuten Zeit, um zentrale Empfehlungen für die Landesregierung auszuarbeiten. Sie waren hierbei nicht an die Ergebnisse der vergangenen Tage gebunden, sondern konnten vor dem Hintergrund der Informationen und Erfahrungen, die sie in den drei Tagen gesammelt hatten, noch einmal neue Schwerpunkte setzen oder neue Empfehlungen einbringen. Im Rahmen der abschließenden Gewichtung der Ergebnisse wurden den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern zusätzlich vier Zuspitzungsfragen gestellt, bei denen die Antwortmöglichkeiten vorgegeben waren.

Arbeitseinheit 15 (Offene Themen) bot den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Möglichkeit, eigene Themen vorzuschlagen, die bisher noch nicht bearbeitet wurden oder die sie weiter vertiefen wollten. Jede Bürgergutachterin und jeder Bürgergutachter konnte ein Thema vorschlagen, für das sie oder er sich interessiert. Die Themen wurden auf Bögen an verschiedenen Stellen des Raumes an die Wände geklebt. Nach Interesse konnten sich nun die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter einem Thema zuordnen. Es gab hierbei keine Grenzen bei der Gruppengröße: Wenn es zu einem Thema sehr viele Interessenten gab, wurden zwei Kleingruppen gebildet. Die so entstandenen Kleingruppen zogen sich zur Beratung zurück und präsentierten anschließend ihre Empfehlungen im Plenum. Ähnlich wie in der ersten Arbeitseinheit wurden die Ergebnisse aber nicht weiter bepunktet, sondern blieben als Themensammlung erhalten, aus der deutlich

wird, was zusätzlich aus der Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter im Rahmen einer Kommunal- und Verwaltungsreform beachtet werden sollte.

Arbeitseinheit 16 (Verfahrensbewertung, Ausblick und Verabschiedung) war der Verfahrensbewertung und der Verabschiedung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gewidmet. Im Rahmen der Verfahrensbewertung fand eine Feedbackrunde statt, in der alle Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter persönliche Eindrücke und Anmerkungen zum Prozess der vergangenen vier Tage äußern konnten. Anschließend erhielten sie einen Fragebogen des nexus Instituts für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung zur internen Verfahrensbewertung. Ein weiterer Fragebogen wurde durch die unabhängige wissenschaftliche Begleitung der Universität Koblenz-Landau zur Bewertung des Verfahrens verteilt und eingesammelt. Vor der Verabschiedung wurden noch einige organisatorische Fragen geklärt, die insbesondere die Erstellung des Bürgergutachtens und dessen Übergabe betrafen. Hierbei wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter jeder Planungszelle aufgefordert, sich zum Korrekturlesen und für einen Beitrag bei der Übergabe des Bürgergutachtens zu melden. Aus jeder Planungszelle wurden mindestens zwei Personen zum Korrekturlesen der Vorabversion des Gutachtens und mindestens zwei Personen für einen Beitrag bei der Übergabe rekrutiert. Im Rahmen eines gemeinsamen Treffens beider Planungszellen fand dann an jedem Standort die Verabschiedung statt.



Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

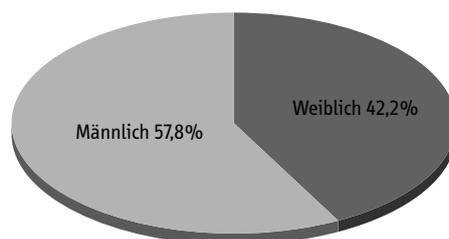
5. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

Insgesamt nahmen an den sechs Planungszellen an den drei Standorten *Valendar*, *Pirmasens* und *Prüm* 144 Bürgerinnen und Bürger teil. Ein wesentliches Element des Bürgerbeteiligungsverfahrens Planungszelle ist die Zufallsauswahl. Sie trägt zu einer möglichst ausgewogenen Teilnahme von Frauen und Männern, unterschiedlichen Generationen, sozialen Schichten und Berufsgruppen bei. Hierdurch fließen in die Ergebnisse des Bürgergutachtens gesamtgesellschaftliche Interessen ein, wodurch auch innerhalb der Bevölkerung die Akzeptanz gegenüber dem Gutachten erhöht wird. Das Auswahlverfahren berücksichtigte Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren. Aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme kann allerdings nicht immer eine exakt analoge Zusammensetzung entsprechend der tatsächlichen Wohnbevölkerung gewährleistet werden.

5.1. Geschlechterverteilung

57,8 Prozent der Teilnehmenden waren männlichen und 42,2 Prozent weiblichen Geschlechts. Damit war das männliche Geschlecht überrepräsentiert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz mit ca. 49% Männern und ca. 51% Frauen bei den Über-16-jährigen ein nahezu ausgewogenes Geschlechterverhältnis aufweist (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, 2008).

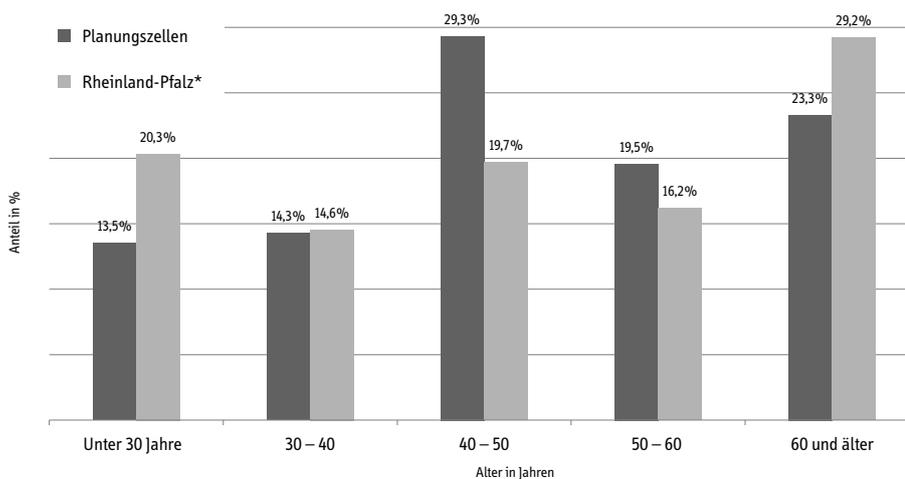
Zusammensetzung nach dem Geschlecht



5.2. Altersverteilung

Die Alterszusammensetzung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ist insgesamt ausgewogen, so dass alle Altersgruppen bei der Erarbeitung des Bürgergutachtens angemessen vertreten waren (s. Diagramm). Allerdings fällt auf, dass insbesondere die Gruppe der Unter-30-jährigen wie auch die der Über-60-jährigen in der Gegenüberstellung zur gesamten Bevölkerung von Rheinland-Pfalz unterrepräsentiert sind. Die stärkste Gruppe wird durch die 40-bis-50jährigen gestellt. Sie machen einen Anteil von insgesamt 29,3% aus und sind gegenüber der Referenzbevölkerung von Rheinland-Pfalz (19,7%) überrepräsentiert. Die Anteile der 30-bis-40jährigen und 50-bis-60jährigen entsprechen mit 14,3% (14,6%) bzw. 19,5% (16,2%) annähernd den Referenzwerten des gesamten Bundeslandes. Trotz dieser Variationen bei den Altersgruppen entspricht das Durchschnittsalter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planungszellen (47,8 Jahre) in etwa dem Durchschnittsalter des Landes Rheinland-Pfalz (46,5 Jahre). Bei der Berechnung des Landesdurchschnitts wurden nur Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 16 und 80 Jahren berücksichtigt, da nur diese zu den Planungszellen eingeladen worden sind.

Alterszusammensetzung



* Landesamt für Statistik Rheinland-Pfalz, Bevölkerungsstand: 31.12.2007

5.3. Berufsspektrum

Das Spektrum der genannten Tätigkeiten umfasst insgesamt eine Bandbreite von 55 Berufen (s. Tabelle). Etwa 35% der Beteiligten sind in der Privatwirtschaft tätig, fast 29% sind als Angestellte oder Beamte im öffentlichen Dienst beschäftigt. Eine große Gruppe machen Rentnerinnen und Rentner aus, die etwa ein Fünftel (20,7%) der Beteiligten stellt.

Assessor jur.	Landwirt
Angestellter US-Army Elektronik	Lehrerin
Arbeiter	Maler- und Lackierermeister
Bankkauffrau	Polizist
Baufacharbeiter	Programmierer
Bauingenieur	Rechtsanwalt
Bautechniker	Redakteurin
Betriebswirt	Referent
Betriebswirtin	Sachbearbeiter für Landespflege
Bundesbeamter	Schreiner
Büroangestellte	Selbstständiger Handelsvertreter
Dipl. Geograph	Senior-Experte Finanzen / Controlling
Dipl. Ing. Architektur	Soldat
Dipl. Ing. Maschinenbau	Sozialversicherungsfachangestellter
Dipl. Ing.(FH) Biotechnologie	Sparkassenangestellte
Dipl. Finanzwirt	Steuerberater
Dipl. Kaufmann	Suse-Administrator
Einzelhandelskauffrau	Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes
Erzieherin	Versicherungsfachfrau
Finanzbuchhalter	Versicherungskaufmann
Forstwirt	Verwaltungsangestellte
Hausfrau	Verwaltungsbeamter
Jugend- und Heimerzieher	Verwaltungsfachwirt
Justizbeamter	Wohnheimbetreuer
Koch	Zimmerermeister
Kraftfahrer	Zivildienstleistender
Krankenschwester	Zollbeamter i. Kontrolldienst
Kriminalbeamter	

Dank des stichprobengestützten Auswahlverfahrens bilden die beteiligten Gruppen einen Querschnitt verschiedener Berufe und unterschiedlicher in der Gesellschaft vertretener Einkommensklassen und sozialen Schichten ab.

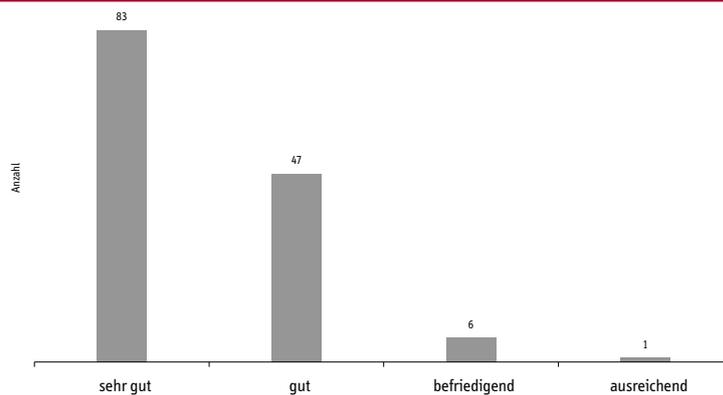


Verfahrensbewertung

6. Verfahrensbewertung

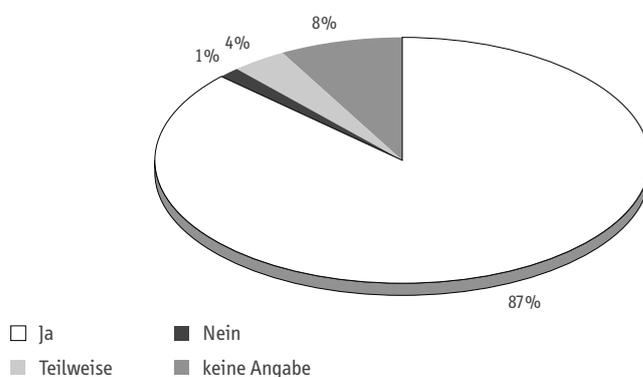
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden am Ende der viertägigen Veranstaltung nach ihren Eindrücken hinsichtlich der Planungszellen befragt. Dabei bewerteten von 137 Personen (7 Personen haben sich im Rahmen der Verfahrensbewertung nicht geäußert) fast zwei Drittel die Veranstaltung als „sehr gut“ (83) und ein Drittel (47) mit „gut“. Nur 6 Personen empfanden die vergangenen Tage lediglich als „befriedigend“ und nur eine Person vergab die Note „ausreichend“.

Wie würden Sie insgesamt den Ablauf der vergangenen vier Tage bewerten?



Diese sehr positive Wertung korrespondiert mit einer ausgeprägten Zufriedenheit mit den Arbeitsergebnissen der Planungszelle. So zeigen sich fast 87 Prozent mit den Ergebnissen zufrieden, 4 Prozent (dies entspricht 5 Personen) sind teilweise und nur 1 Prozent (dies entspricht 2 Personen) gar nicht zufrieden. Entsprechend würden auch über 98 Prozent der Gutachterinnen und Gutachter ihren Bekannten die Teilnahme an einem Bürgerbeteiligungsverfahren wie der Planungszelle empfehlen.

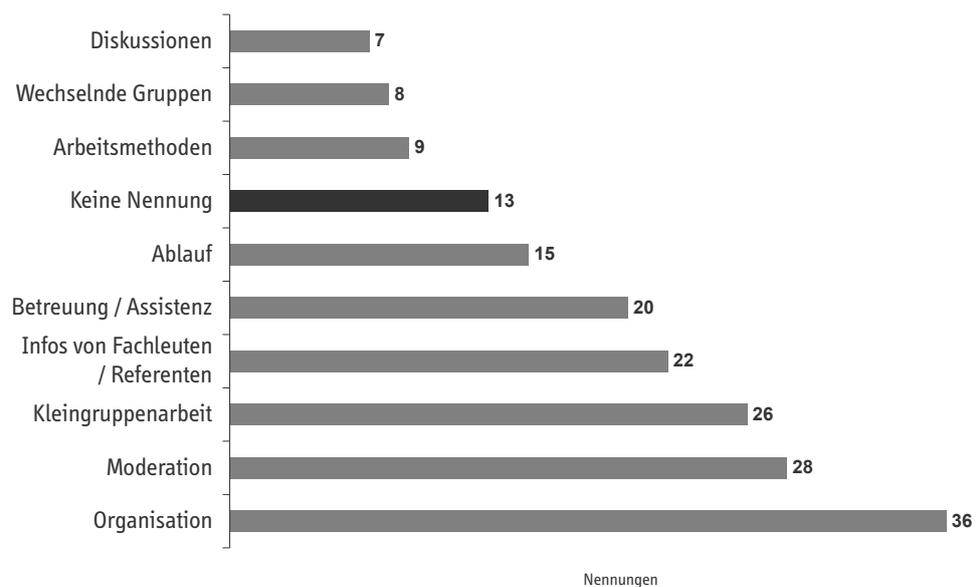
Sind Sie mit dem Ergebnis der Planungszelle zufrieden?





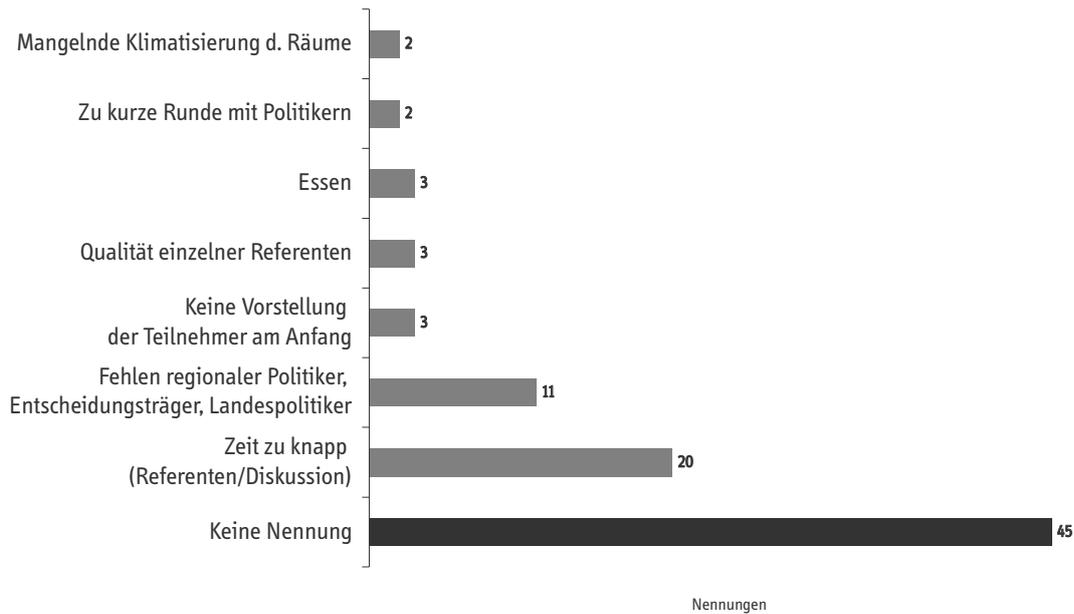
Neben verschiedenen standardisierten Erhebungen zu persönlichen Merkmalen beinhaltete der Fragebogen auch einige offene Fragen, bei denen die Befragten ohne vorgegebene Antwortkategorien ihre Meinung äußern konnten. Hierzu gehörte auch die Frage nach positiven und negativen Eindrücken. Im Einzelnen wurde insbesondere die Organisation der Veranstaltung (36 Nennungen), die Moderation (28 N.) und die Kleingruppenarbeit (26 N.) gelobt. Bemängelt wurde dagegen vorwiegend das insgesamt knappe Zeitbudget (20 N.) und die mangelnde Beteiligung regionaler Politiker und Entscheidungsträger (11 N.); ein Großteil (45 N.) benannte jedoch keinerlei Kritikpunkte.

Was hat Ihnen besonders gut gefallen? (Mehrfachnennung möglich*)



* in der Grafik wurden Aspekte mit mindestens 7facher Nennung aufgeführt

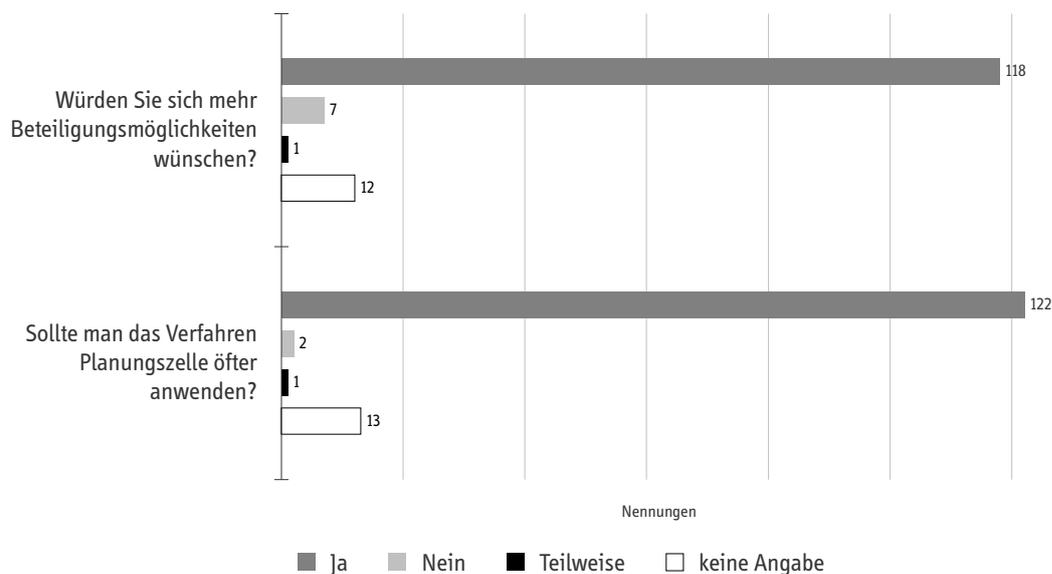
Was hat Sie gestört? (Mehrfachnennung möglich*)



* in der Grafik wurden Einzelnennungen nicht berücksichtigt

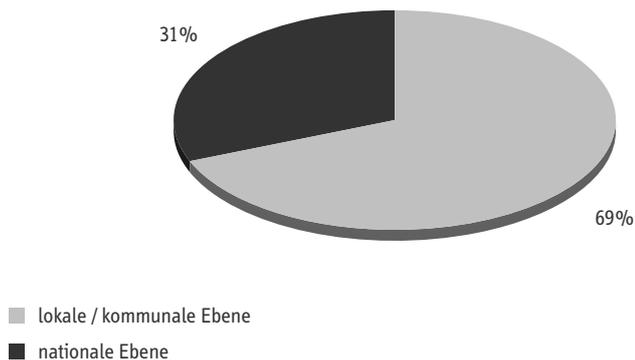
Insgesamt erfuhr das Verfahren Planungszelle eine große Zustimmung unter den Beteiligten: 122 Personen (88,4%) vertraten die Auffassung, dass diese Partizipationsform öfter angewendet werden sollte. Gestützt wird diese Ansicht durch den generellen Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, der von 118 der Teilnehmenden (85,5%) geäußert wurde. Hier ist es insbesondere die lokale bzw. kommunale Ebene (69%), für die mehr Bürgerbeteiligung begrüßt würde, aber auch hinsichtlich nationaler Entscheidungsprozesse (31%) wünschen sich die Befragten mehr bürgernahe Mitwirkungsmöglichkeiten.

Beteiligungsmöglichkeiten und Einsatz von Planungszellen





Auf welcher Ebene wünschen Sie mehr Beteiligungsmöglichkeiten ?



Thematisch sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ein sehr vielfältiges Anwendungsspektrum für die Methode, welches grundsätzlich alle gesellschaftsrelevanten Bereiche von Bildung und Schule über Kultur, Integration, Stadtplanung und vieles mehr umfasst. Das generelle Vertrauen der Befragten in die Planungszelle äußert sich auch bei dieser Frage, deren häufigste Beantwortung das Beteiligungsinstrument für „alle Projekte, die lokale Bedeutung haben“ (18 Nennungen), „alle wichtigen Entscheidungen“ (15) und „alle Themen, die sinnvoll erscheinen“ (12) qualifizieren.



Ergebnisse

7. Ergebnisse

Dieses Kapitel dokumentiert die Arbeitsergebnisse der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter und damit ihre Empfehlungen, die sie dem Auftraggeber und der Politik für die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz mit auf den Weg geben.

Um die Ergebnisse standortübergreifend zu präsentieren und die am höchsten bewerteten Empfehlungen herauszustellen, wurden die inhaltlich übereinstimmenden Vorschläge aus den verschiedenen Planungszellen jeweils zusammengefasst. Die sechs höchst punktierten Antworten oder Empfehlungen wurden dann in diesen Ergebnisteil aufgenommen. Im Anhang sind aber auch alle Einzelergebnisse der Planungszellen vollständig dokumentiert. Die Darstellung der Ergebnisse spiegelt in ihrer Gliederung die vier Tage der Planungszellen:

- Jeder Tag umfasst vier Arbeitseinheiten.
- Die Arbeitseinheiten sind chronologisch angeordnet, jeweils einzeln mit ihren Ergebnissen aufgeführt und ihre Thematik wird kurz erläutert (die ausführliche Beschreibung des Ablaufs der Arbeitseinheiten findet sich in Kapitel 4).
- Es folgt die Aufgabe bzw. Frage, die den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern gestellt wurde, in einem Teil der Arbeitseinheiten wurden auch zwei Fragen beantwortet.
- Zwei Graphiken präsentieren dann die sechs höchst punktierten Antworten bzw. Empfehlungen. Die erste Graphik zeigt diese Empfehlungen standortübergreifend mit ihrer absoluten Punktzahl. Die zweite Graphik zeigt sie mit ihrer in der Regel unterschiedlichen Wertung an den drei verschiedenen Standorten mit Prozentangaben. Diese Prozentangabe je Standort bezieht sich dabei auf die Summe der in dieser Arbeitseinheit am Standort abgegebenen Punkte.
- Die Empfehlungen werden anschließend in einem Text beschrieben, der auch auf die Einzelheiten der Vorschläge der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eingeht.
- Am Schluss einer Arbeitseinheit werden die Empfehlungen noch einmal kurz zusammen gefasst.
- Am Ende eines jeden Tages findet sich außerdem eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus den vier Arbeitseinheiten des Tages.

Der vierte Tag der Planungszelle bot den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern Gelegenheit, die Empfehlungen aus den ersten drei Tagen noch einmal zu überdenken und anschließend in einem Gesamtkonzept mit den Hauptforderungen zu bündeln. Die Empfehlungen aus den drei ersten Tagen werden damit in ihrer Bedeutung aber nicht gemindert. Im Gegenteil, sie detaillieren und vertiefen die Empfehlungen des Gesamtkonzepts.

Eine Besonderheit des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten ist der Meinungsbildungsprozess, der im Verlauf der Veranstaltung stattfindet.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter tauschen in den Kleingruppen Erfahrungen, Meinungen und Ideen aus und überdenken dabei ihre ursprünglichen Positionen. Dieser Prozess muss bei der Betrachtung der



Ergebnisse berücksichtigt werden: Die Ergebnisse einzelner Arbeitseinheiten sind im Zusammenhang des gesamten Planungszellenprozesses zu sehen. Im Verlauf einer Planungszelle kommt es vor, dass z.B. Empfehlungen des ersten Tages rückblickend aufgrund des zunehmenden Informationsaustausches und der Meinungsbildung in den Diskussionen zu einem späteren Zeitpunkt anders gewichtet werden. Dieses Phänomen wurde bei der Formulierung der wichtigsten Empfehlungen in Kapitel 1 berücksichtigt.

7.1. Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung (1. Tag)

Der erste Tag der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz hat den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern nach einer Einführung in Verfahren und Thema Informationen über die Gründe für eine Kommunal- und Verwaltungsreform, die Aufgaben von Kommune und Verwaltung und Vorschläge für Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilungen vermittelt. Die Empfehlungen zu diesen Themenbereichen sind in den Ergebnissen der ersten vier Arbeitseinheiten der Planungszelle dokumentiert.

7.1.1. Einführung (AE1)

Als Einstieg in das Thema Kommunal- und Verwaltungsreform haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in dieser Arbeitseinheit ihre Erfahrungen mit Kommunen und Verwaltungen ausgetauscht.

„Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?“

Positive Erfahrungen mit Kommunen und Verwaltung:

- Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Kompetenz und Engagement des Personals
- Flexible Öffnungszeiten
- Schneller Verfahrensablauf und unkomplizierte Bearbeitung
- Verständliche Vermittlung von Vorgängen
- Unbürokratische Entscheidungen
- Kurze Wege im Sinne guter Erreichbarkeit
- Auf kommunaler Ebene hohe Bürgernähe

Negative Erfahrungen mit Kommunen und Verwaltung:

- Unzureichende Öffnungszeiten: Kurz, unflexibel, ungünstig für Berufstätige
- Fehlender Service- und Dienstleistungsgedanke: Unfreundliches, inkompetentes, unflexibles Personal, unpersönliche und wenig engagierte Behandlung der Bürger, anonyme Callcenter, Bürger als „Bittsteller“ und „Nummer“
- Hoher Zeitaufwand: Weite Entfernung, lange Wartezeiten, lange Bearbeitungszeiten
- Unklare Zuständigkeiten: Mangelnde Transparenz über Verantwortungsbe-reiche, Hin- und Herschieben von Zuständigkeiten, zu wenig Kommunikation zwischen Verwaltungen, hoher Zeitaufwand für Bürger durch Zuständigkeit unterschiedlicher Behörden
- Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit: schwer verständliche Verfahren, Verordnungen und Formulare und zu viele Regelungen
- Hohe Kosten: zu hohe Gebühren und Bußgelder
- Ungenügende Information und Beratung
- Uneinheitlichkeit von Verwaltungen und Gebühren

- Mangelnde Diskretion: unzureichende Berücksichtigung des Datenschutzes
- Unzureichende und teure telefonische Erreichbarkeit: schlecht erreichbare Callcenter, gebührenpflichtige Servicenummern (01805)
- Auf Kreisebene weniger Bürgernähe und schlechtere Erreichbarkeit als auf kommunaler Ebene

Die Erfahrungen wurden gesammelt und ohne Punktierung präsentiert. Hier wurden die am häufigsten genannten positiven und negativen Erfahrungen zusammengestellt. Die detaillierte Auflistung der Erfahrungen findet sich im Anhang.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nannten deutlich mehr negative als positive Erfahrungen. Dieses Ergebnis verweist auf Verbesserungs- bzw. Reformbedarf. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass offenbar unterschiedliche Erfahrungen in ein und demselben Merkmal wie z.B. den Öffnungszeiten gemacht wurden. Hier gibt es in Einzelfällen positive Erfahrungen, etwa die Erfahrung flexibler Öffnungszeiten, häufiger werden aber Defizite gesehen.

**Empfehlungen zu Einführung (AE1) kurz gefasst
– abgeleitet aus den Erfahrungen der Bürgergutachterinnen und
Bürgergutachter mit Kommune und Verwaltung:**

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich für eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung:

- Lange, flexible Öffnungszeiten
- Serviceorientierung: Freundliches, kompetentes und engagiertes Personal
- Bündelung von Aufgaben und Kompetenzen
- Information, Transparenz und Nachvollziehbarkeit
- Flexibilität
- Gute Erreichbarkeit, kurze oder keine Wartezeiten
- Schnelle Bearbeitung auf allen Ebenen
- Erhaltung der, im Vergleich zum Kreis, größeren Bürgernähe und besseren Erreichbarkeit der Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde

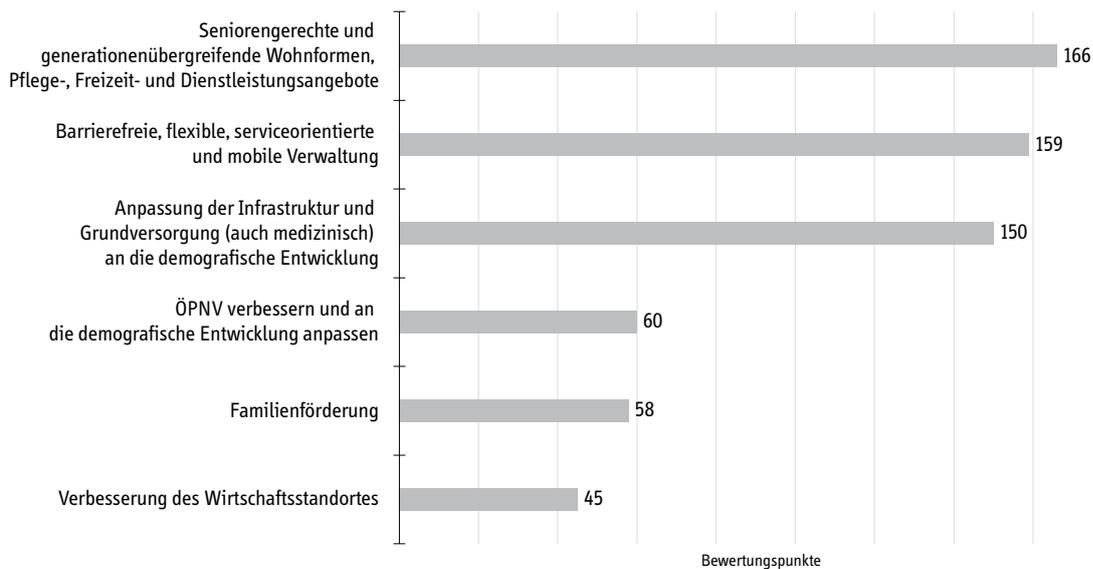
7.1.2. Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt? (AE2)

Thema dieser Arbeitseinheit waren die möglichen Gründe für eine Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz, insbesondere die demografische Entwicklung und daraus sich ableitende Anforderungen an und neue Aufgaben für Kommunen und Verwaltung.

„Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?“

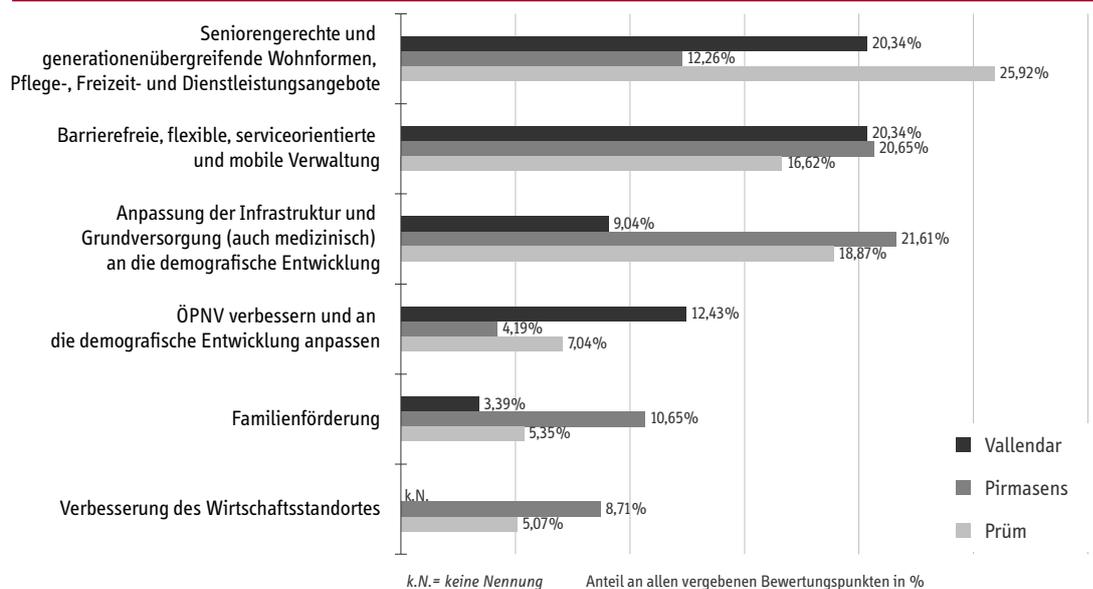
AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Neue Aufgaben



AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Neue Aufgaben





Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen Kommunen und Verwaltung nicht ausreichend auf die kommende demografische Entwicklung vorbereitet. Durch die Berücksichtigung der von ihnen am häufigsten punktierten Empfehlungen sollen Kommunen und Verwaltung auf diese Entwicklung reagieren.

Bei der Planung von Siedlungsflächen und beim Wohnungsbau empfehlen sie die Einrichtung von seniorengerechten und generationsübergreifenden Wohnformen, die das Zusammenleben von Jung und Alt fördern. Dafür fordern sie direkte Förderungsprogramme von den Kommunen. In diese Forderung integrieren sie auch die Verbesserung von Pflegeangeboten, hauptsächlich den Ausbau der Alterspflege und die Einrichtung von bezahlbaren Pflegediensten. Sie sprechen sich zudem für ein dezentralisiertes, auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmtes Freizeitprogramm und eine verbesserte Organisation der Betreuung aus.

Von der Verwaltung erwarten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft ein Umdenken: Sie soll sich in der Zukunft als serviceorientierte Dienstleistungseinrichtung verstehen. Ihr Service ist an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten, was sich vor allem in kundengemäßen und flexiblen Öffnungszeiten, freundlichen, kompetenten und hilfsbereiten Verwaltungsmitarbeitern, einer verständlichen Sprache und barrierefreien Zugängen zu den Verwaltungsgebäuden äußert. Im Zuge der demografischen Entwicklung, mit einem deutlich höheren Anteil älterer und hoch betagter Menschen, soll Verwaltung mobiler werden, zur aufsuchenden Verwaltung werden und zu den Menschen kommen. Ein Instrument dieser mobilen Verwaltung soll ein Bürgerbus sein, der zu festgelegten Zeiten in Gemeinden fährt, die über keine Verwaltungsorgane verfügen. Das Konzept der mobilen und aufsuchenden Verwaltung beinhaltet auch die Möglichkeit, nach Wunsch individuelle Termine im eigenen Heim des Bürgers zu vereinbaren. Weitere detaillierte Vorschläge zum Themenfeld einer bürgernahen Kommune und Verwaltung haben die

Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter im Verlauf des dritten Tages (s. Arbeitseinheit 9) erarbeitet.

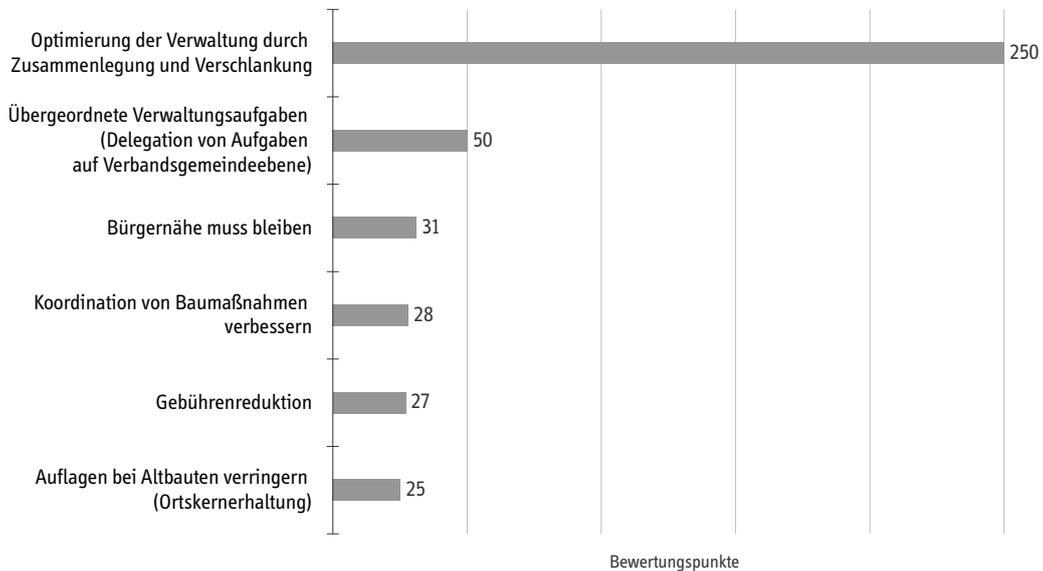
Infrastruktur bzw. Grundversorgung müssen auch angesichts der demografischen Entwicklung sicher gestellt und deshalb entsprechend angepasst werden. Anpassung bedeutet hier Sicherstellung, also nicht Streichung, sondern Ausrichtung an den zukünftigen Bedingungen. Neben der Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie und Abfall) gehören für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch eine flächendeckende medizinische Versorgung, Dienste wie die Feuerwehr und eine angemessene Verkehrsinfrastruktur zur Grundversorgung.

Der ÖPNV soll sein Angebot ebenfalls an die zukünftigen demografischen Gegebenheiten anpassen: Grundsätzlich muss die Mobilität älterer Menschen sicher gestellt werden. Dazu ist die Ausstattung von Nahverkehrsmitteln an den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren auszurichten. Im Einzelnen gehört hierzu die Einrichtung von Fahrdiensten und Ruftaxis, die flexibel auf die individuellen Bedürfnisse der Kundschaft eingehen können. Um die Zukunftsfähigkeit der Regionen zu sichern, sprechen sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für eine Förderung von Familien und eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes aus. Konkret fordern sie eine bessere Kinderversorgung, Kostensenkungen für Familien und gute Schulen und Bildungseinrichtungen vor Ort, um die Abwanderung von Familien in wirtschaftsstarke Ballungszentren zu verhindern. Sie sehen es auch als Aufgabe der Kommunen an, ihre Region als Wirtschaftsstandort zu verbessern, so dass sich vermehrt Unternehmen ansiedeln. Durch die neu entstehenden Arbeitsplätze soll ebenfalls der Wegzug jüngerer Einwohnerinnen und Einwohner verhindert werden.

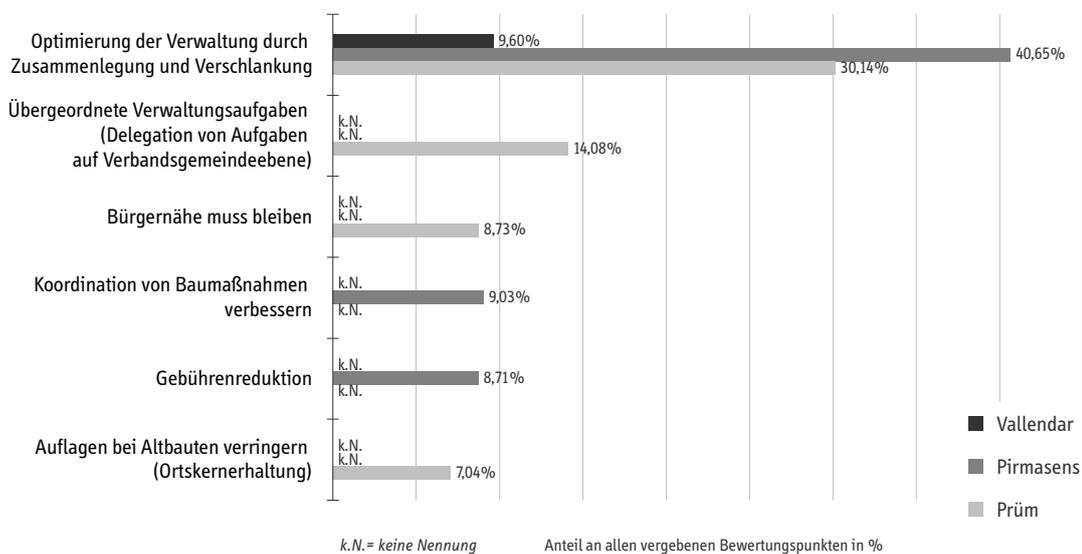


„Welche Aufgaben können eventuell wegfallen?“

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt? Welche Aufgaben können wegfallen? (Verbesserungseffekte)



AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt? Welche Aufgaben können wegfallen? (Verbesserungseffekte)



Viele Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen kaum Aufgaben von Kommunen und Verwaltung, die wegfallen können und bringen damit Staat und Kommunen offenbar ein grundsätzliches Vertrauen entgegen. Sie sehen aber Reformbedarf und formulieren daher Verbesserungsvorschläge. Das Hauptvotum zeigt hier: Gewünscht ist nicht weniger Staat oder ein Zurückschneiden öffentlicher Aufgaben, sondern eine handlungsfähige und gestaltungswillige Kommune. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter befürchten, dass ein Rückzug der Kommunen die Handlungsfähigkeit der

Gemeinden und die existierende Bürgernähe gefährden könnte. Aus ihrer Sicht muss das wesentliche Ziel eine sinnvolle Anpassung der vorhandenen Strukturen an die zukünftigen Herausforderungen sein.

Auch wenn nur wenige Aufgaben wegfallen können, fordern die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an erster Stelle Optimierung durch Zusammenlegung und Verschlinkung. Verwaltung soll effizienter werden. Hierfür empfehlen sie eine verbesserte Kooperation zwischen den Gemeinden in Form einer Zusammenführung verschiedener Arbeitsbereiche und einer Konzentration überschneidender Aufgabenfelder. Im Einzelnen schlagen sie dabei auch eine bessere Koordinierung des Bauwesens und eine Zusammenlegung der Bauabteilungen im Kreis vor. Auch eine Aufgabenverschiebung vom Kreis zu den Verbandsgemeinden erscheint ihnen möglich. Hierdurch könnten die Aufgaben effizienter und bürgernäher erledigt werden.

Empfehlungen zu „Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?“ (AE2) kurz gefasst:

- Kommunen und Verwaltung sollen handlungs- und gestaltungsfähig bleiben, möglichst viele Aufgaben weiter übernehmen und sich auf die Anforderungen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerungsstruktur von morgen schon heute vorbereiten!

Dafür empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter:

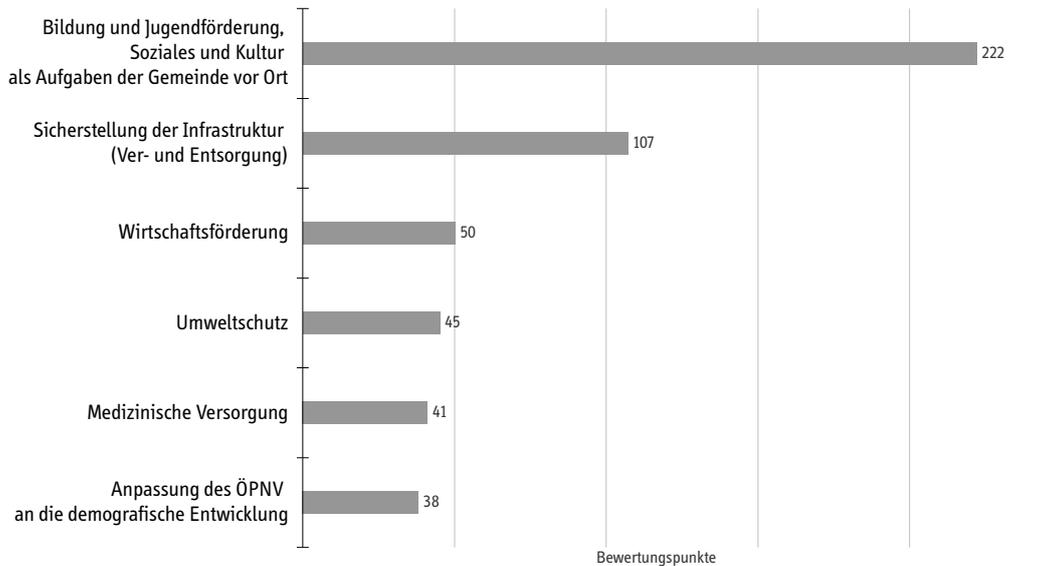
- Förderprogramme für seniorengerechte und generationsübergreifende Wohnformen
- Ausbau von Alterspflege-, Betreuungs- und Freizeitangeboten
- Bürger- und Ortsnähe erhalten, mobile und aufsuchende Verwaltung mit Service- und Dienstleistungsorientierung, Verwaltung soll zum Bürger kommen
- Optimierung und Kosteneinsparung bei Kommunen und Verwaltung durch Zusammenlegung, Verschlinkung und Kooperation
- Verlagerung von Aufgaben auf die Verbandsgemeindeebene
- Förderung von Familien, Kindertagesstätten und Schulen vor Ort bei den Menschen
- Sicherung von Infrastruktur und Grundversorgung
- Anpassung des ÖPNV an Bedürfnisse der älteren Bevölkerung
- Förderung der Regionen als Wirtschaftsstandort

7.1.3. Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung (AE3)

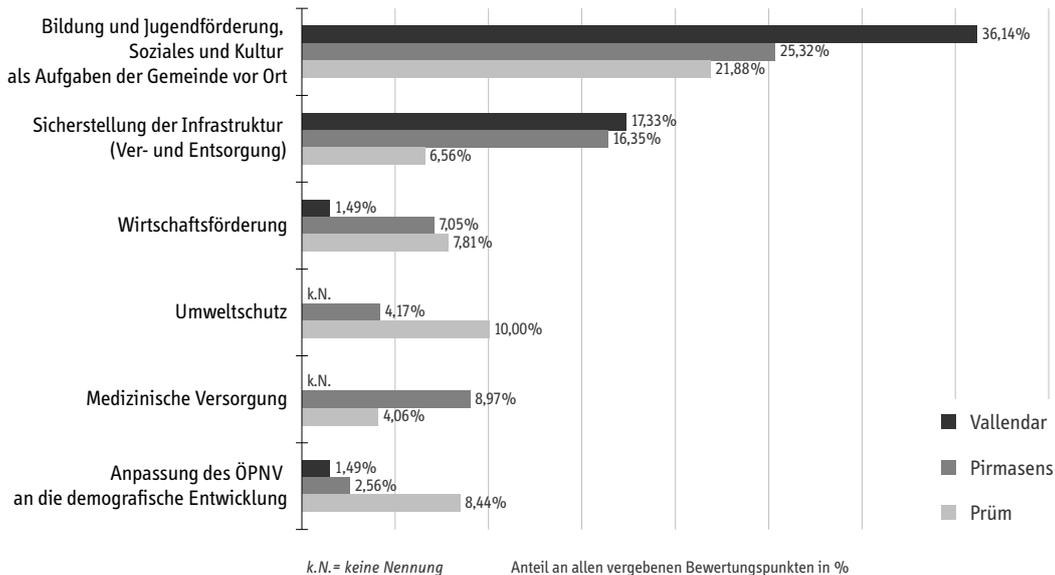
Die verschiedenen Aufgaben von Kommunen und Verwaltung wurden den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern in dieser Arbeitseinheit vorgestellt. Basierend auf der Beschäftigung mit vorhandenen und neuen Aufgaben stand als Diskussionsthema für die Kleingruppen nun die Herausarbeitung der wichtigsten Aufgaben im Zentrum.

„Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?“

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung Wichtigste Aufgaben



AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung Wichtigste Aufgaben





Mit ausgeprägtem Abstand zu den weiteren Empfehlungen und relativ hoher Übereinstimmung in den Standorten wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, dass Kommunen und Verwaltung Bildung, Jugend, Soziales und Kultur als wichtigste Aufgaben ansehen. Sie fordern die Ortsnähe von Kindergärten und Schulen, aber auch weiterer Einrichtungen für Jugendliche. Bildungseinrichtungen sollen da sein, wo die Menschen sind, und im Aufgabenbereich der Kommunen verbleiben. Bildung und Förderung soll in und von Gemeinden sicher gestellt werden. Der Bereich Bildung erstreckt sich hierbei jedoch nicht nur auf Kinder und Jugendliche: Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sprechen sich auch für eine verstärkte Förderung lebenslangen Lernens durch Volkshochschulen oder andere Institutionen und Initiativen aus. Darüber hinaus sollen im Bereich Soziales vor allem die Jugend- und Altenhilfen erhalten bleiben und durch Koordinierungsstellen der Generationen für eine gegenseitige generationsübergreifende Unterstützung ergänzt werden.

Als vorrangige Aufgabe sollen Kommunen und Verwaltung auch die Sicherstellung der Infrastruktur ansehen. Sie soll in kommunaler Hand bleiben. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zählen zum Bereich Sicherstellung der Infrastruktur auch die medizinische Versorgung und die Anpassung des ÖPNV an die demografische Entwicklung. Aber auch der Umweltschutz soll Kernaufgabe einer Kommune sein.

Wie schon in der vorhergehenden Arbeitseinheit empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch an dieser Stelle, dass der Staat (die Kommune) sich aktiv an der Wirtschaftsförderung beteiligen soll, um längerfristig Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen und die Regionen somit zukunftsfähig zu machen.

**Empfehlungen zu „Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung“
(AE3) kurz gefasst:**

- **Aufgaben sollten möglichst ortsnah erledigt werden!**

**Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, dass
Kommunen und Verwaltung folgende Aufgaben vorrangig erfüllen:**

- **Gewährleistung ortsnaher Kindergärten, Schulen und Jugendangebote:
Erhalt von Bildungseinrichtungen da, wo die Menschen leben**
 - **Förderung lebenslangen Lernens, Bildungsangebote
für die gesamte Lebensspanne**
 - **Erhalt von sozialer Sicherheit, besonders von Jugend- und Seniorenhilfe**
 - **Einrichtung von Koordinierungsstellen für
generationsübergreifende Unterstützung**
 - **Erhalt und Förderung von Kultureinrichtungen und -angeboten**
 - **Sicherstellung der Infrastruktur, insbesondere
ÖPNV und medizinische Versorgung**
 - **Aktive Beteiligung an Wirtschaftsförderung für die eigene Region**
-

7.1.4. Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung (AE4)

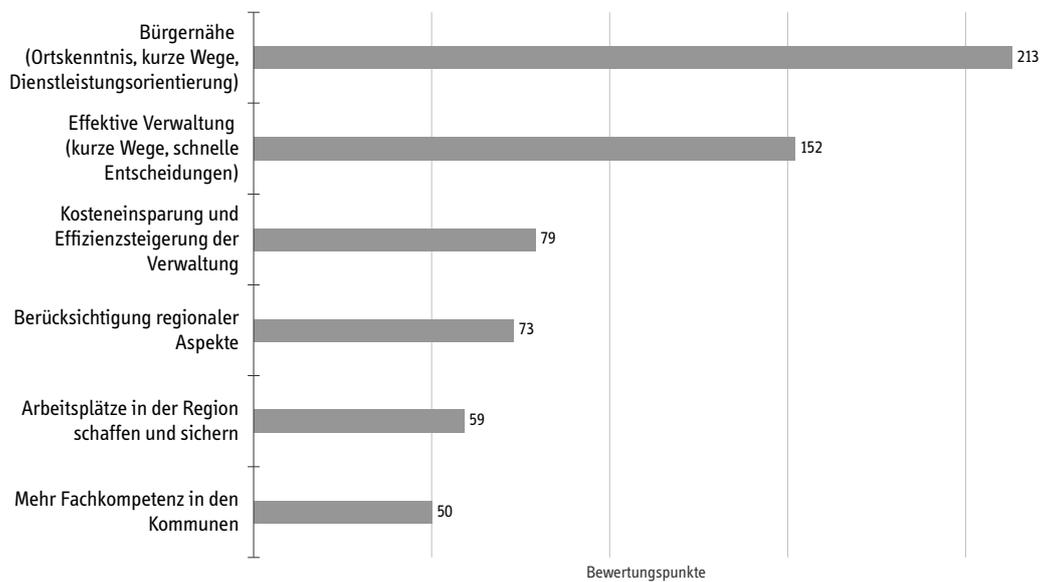
Anhand von Beispielen aus der 65-Liste wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter über Vorschläge zur Verlagerung von Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen einer zukünftigen Reform informiert und setzten sich mit den Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben auseinander.

„Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?“

Chancen:

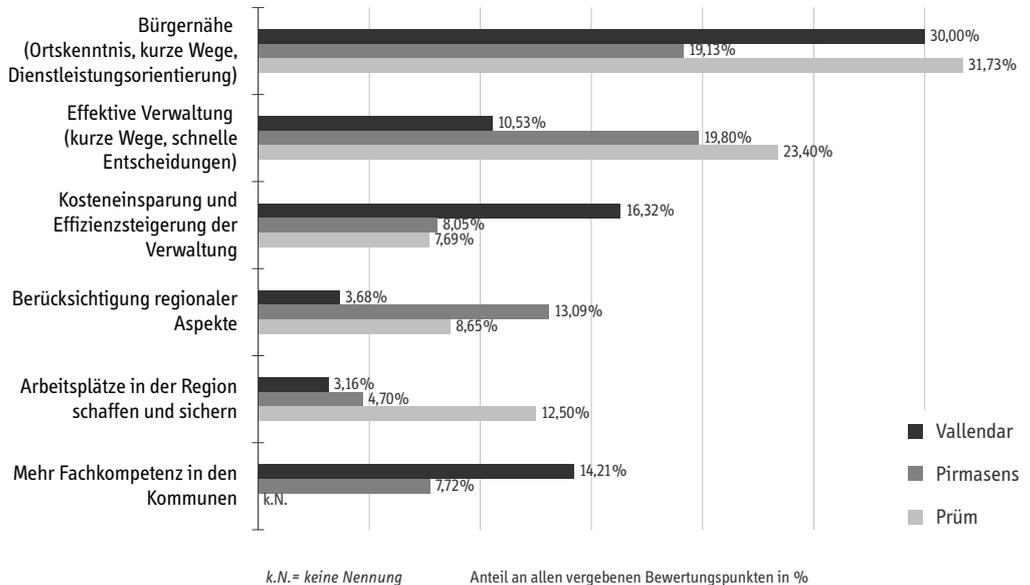
AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Chancen



AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Chancen



Als wesentliche Chance einer kommunalen Erledigung (Orts- und Verbandsgemeinde) von Aufgaben sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die bürgernahe und ortsnahe Bearbeitung von Aufgaben an. Konkret verbinden sie hier Ortskenntnis, kurze Wege und eine Dienstleistungsorientierung mit dem Begriff der Bürgernähe. Eine Chance bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben durch die Orts- und Verbandsgemeinden liegt aus ihrer Sicht auch in der Effektivität, in schnellen, lösungsorientierten Entscheidungen und dementsprechend auch einer zügigen Bearbeitung von Anliegen der Bürger.

Zusätzlich findet nach Meinung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch eine Aufgabenverlagerung und eine Stärkung der Orts- und Verbandsgemeinden bei der Aufgabebearbeitung auch eine Konzentration der Aufgabenzuständigkeiten statt. Es sind weniger verschiedene Verwaltungsebenen am Entscheidungsprozess beteiligt, was sowohl Zeit, als auch Kosten spart, und somit zu einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung beiträgt.

Des Weiteren können aus Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch eine Aufgabenverlagerung nach unten auch auf der Landkreisebene Kosten eingespart werden.

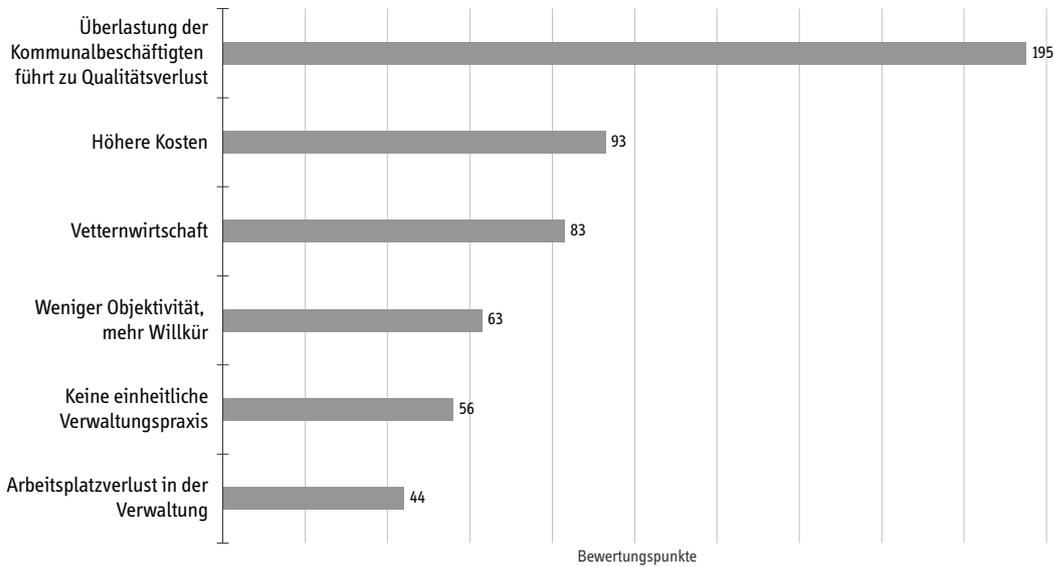
Ebenfalls genannte Chancen der Aufgabenverlagerung zu den Verbands- und Ortsgemeinden sind die Berücksichtigung von regionalen Gegebenheiten, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort und der Zuwachs an Kompetenzen und Fachwissen in den Kommunen.

Die möglichst ortsnahe Erledigung von Aufgaben ist ein wichtiges Anliegen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter. Aber sie sehen auch Risiken, die bei einer Verlagerung von Aufgaben auf die Orts- und Verbandsgemeindeebene unbedingt zu berücksichtigen sind bzw. nicht in Kauf genommen werden sollten.

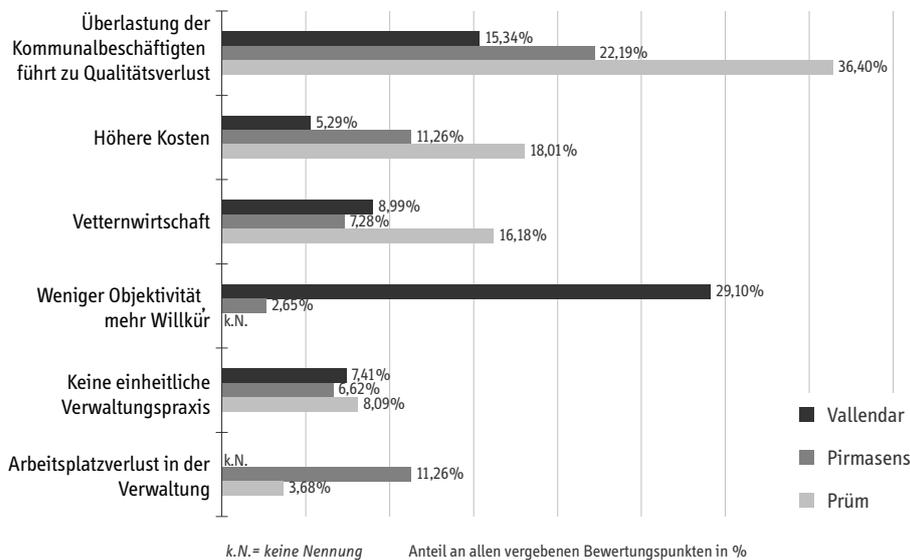


Risiken:

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung Risiken



AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung Risiken



Unter den Risiken einer kommunalen Aufgabenerledigung (Orts- und Verbandsgemeinde) sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine Überlastung der Kommunalbeschäftigten und damit einhergehend einen Qualitätsverlust mit einigem Abstand als Hauptrisiko an, auch wenn es hier zwischen den Standorten deutliche Unterschiede gibt. Aufgabenverlagerung auf die Orts- und Verbandsgemeindeebene darf nicht zu höheren Kosten führen, dieses Risiko führen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an zweiter Stelle an. Höhere Kosten könnten aus ihrer Sicht entstehen, wenn es

auf kommunaler Ebene zu einem höheren Personalaufwand kommt und die Aufgaben weniger effektiv erledigt werden. In Regionen, in denen Aufgaben abgezogen werden, könnte es außerdem zu einem Arbeitsplatzabbau in der Verwaltung kommen.

Als weitere Gefahren einer Verlagerung von Aufgaben auf die Orts- und Verbandsgemeindeebene benennen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Vetternwirtschaft, größere Willkür und fehlende Objektivität bei der Aufgabenerledigung. Beides resultiert für sie aus einer größeren Nähe der Verwaltungsmitarbeiter zu den anstehenden Entscheidungen. Im Falle der Vetternwirtschaft kann die Nähe zur Bevorzugung bestimmter Personen oder Unternehmen führen. Ebenso befürchten sie vermehrt willkürliche und weniger objektive Entscheidungen, da aufgrund der fehlenden Distanz die persönlichen Präferenzen der Verwaltungsmitarbeiter in die Entscheidungen einfließen könnten.

Zusätzlich sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter das Risiko einer unterschiedlichen Verwaltungspraxis in den Kommunen. Unterschiedliche Gebühren, eine ungleiche Auslegung von Rechtsnormen und eine uneinheitliche Bearbeitung identischer Vorgänge sind für sie Teilaspekte dieses Risikos.

Empfehlungen zu „Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung“ (AE4) kurz gefasst:

- Bei der Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene sollen Chancen genutzt und Risiken vermieden werden!

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen:

- Zusammenlegung von Aufgabenzuständigkeiten
- Nutzen von kommunaler Bürgernähe, kurzen Wegen, Dienstleistungsorientierung und Ortskenntnis
- Sicherung und Förderung von Fachkompetenz in den Kommunen
- Vermeidung von Überlastung der Kommunen
- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Verwaltung
- Kosteneinsparung
- Gewährleistung von Objektivität, Verhinderung von Vetternwirtschaft und Willkür
- Gewährleistung der Einheitlichkeit von Gebühren und Verwaltungspraxis

7.1.5. Zusammenfassung: Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

Die Erfahrungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit Kommunen und Verwaltung verweisen auf Optimierungsbedarf. Sie wünschen sich eine moderne, zukunftsfähige Verwaltung mit bürgerfreundlichen Öffnungszeiten, individuellen Terminmöglichkeiten und möglichst ohne Wartezeiten. Verwaltung soll mobil und aufsuchend sein. Serviceorientiertes Verwaltungspersonal soll engagiert, kompetent, freundlich und schnell die Anliegen bearbeiten und dabei möglichst flexibel und unbürokratisch vorgehen. Aufgaben und Kompetenzen sollen gebündelt werden. Der Erhalt der Bürgernähe, also gute Erreichbarkeit, Ortsnähe und Ortskenntnis, ist dabei ein einstimmig geäußerter Wunsch. Bürgernähe wird aus ihrer Sicht am besten durch die Beibehaltung und Stärkung der Verwaltung auf der kommunalen Ebene gewährleistet.

Kommunen und Verwaltung sollen sich schon heute auf die neuen Aufgaben vorbereiten, die sich durch eine demografische Entwicklung mit weniger Menschen und einem geringeren Anteil junger, dafür einem höheren Anteil alter und hoch betagter Menschen, ergeben. Auch wenn diese Entwicklung in Rheinland-Pfalz regional unterschiedlich ausfallen wird: alle Kommunen sollen handlungs- und gestaltungsfähig bleiben.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, dass die Politik schon heute stärker auf die demografische Entwicklung reagiert. Hier sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter noch deutlichen Handlungsbedarf! Sowohl im Bauwesen, als auch im ÖPNV und dem Bereich Pflege sollen Anpassungen an die kommenden Entwicklungen vorgenommen werden. An die zukünftige gesellschaftliche Struktur sollen Kommunen und Verwaltung sich mit zunehmend flexiblen, aufsuchenden und dienstleistungsorientierten Angeboten anpassen. Mit Förderprogrammen für seniorenrechtliche und generationsübergreifende Wohnformen, Ausbau von Alterspflege und



Betreuung und der Anpassung der Infrastruktur sollen Kommunen auf die alternde Gesellschaft reagieren. Aber auch die Förderung von Familien und die Wirtschaftsförderung möchten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter als zukünftige zentrale Aufgabe erfüllt sehen, um eine Abwanderung junger Menschen in Ballungsräume und damit eine Verödung und Verarmung ländlicher Regionen zu verhindern.

Zu den wichtigsten Aufgaben für die Zukunft sollen Kommunen und Verwaltung die Bereiche Bildung und Jugendförderung, Soziales und Kultur zählen. Auch die Sicherstellung der Grundversorgung soll weiterhin zum kommunalen Aufgabenbereich gehören. Im Unterschied zu den Vorschlägen der Landesregierung in der 65er-Liste mit Vorschlägen zur Verlagerung der Träger-schaften weiterführender Schulen auf die Landkreise bzw. der Grundschulen auf die Verbandsgemeinden (vgl. 65er Liste vom 08.04.2008, S. 5 und S. 27, Punkte 8.1-8.4), plädieren sie für einen Verbleib der Schulen in kommunaler Obhut, auf Orts- und Verbandsgemeindeebene. Die Bildung soll vor Ort, bei den Menschen bleiben und ein lebenslanges Bildungsangebot umfassen. Eine weitere zentrale Aufgabe der Kommune soll die Wirtschaftsförderung sein. Einer reinen Regulierung der Wirtschaft durch die Kräfte des Marktes stehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter skeptisch gegenüber.

Generell befürworten sie eine Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene, Aufgaben sollten möglichst ortsnahe erledigt werden. Sie sehen hier Chancen wie den Erhalt der Bürgernähe, Effektivität und Kosteneinsparungsmöglichkeiten, aber auch Risiken, die zu beachten sind, wie den Verlust von Arbeitsplätzen in der Verwaltung, zusätzliche Kosten, mangelnde Objektivität oder eine Uneinheitlichkeit bei Gebühren und in der Verwaltungspraxis.



7.2. Zukunftsfähige Gebietsstrukturen (2. Tag)

Aktuelle und mögliche zukünftige Gebietsstrukturen waren das Hauptthema des zweiten Tages der Planungszellen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Die Vorteile kleinteiliger und größerer Strukturen, Bewahrenswertes und neue Anforderungen, Argumente für neue Strukturen und für interkommunale Zusammenarbeit sowie mögliche Anreize für neue Strukturen wurden im Verlauf dieses Tages von den Kleingruppen diskutiert. Die Ergebnisse der folgenden fünften bis achten Arbeitseinheit dokumentieren die Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für zukunftsfähige Gebietsstrukturen in Rheinland-Pfalz.

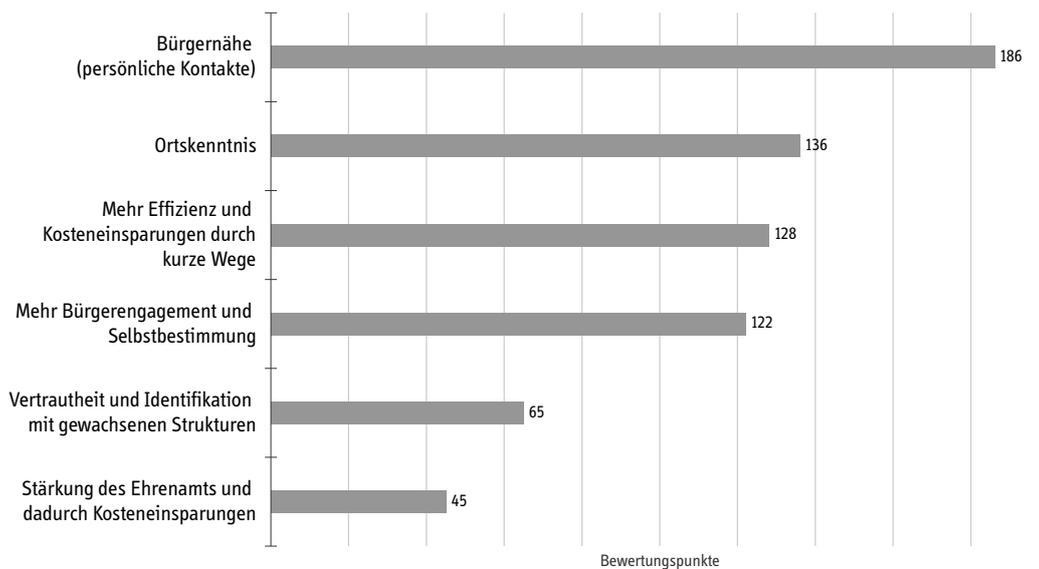
7.2.1. Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstruktur (AE5)

Nach der Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstrukturen durch Experten war das Abwägen von Vorteilen kleiner und großer Strukturen als Einarbeitung in das Thema des zweiten Tages Aufgabe der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in der fünften Arbeitseinheit.

„Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?“

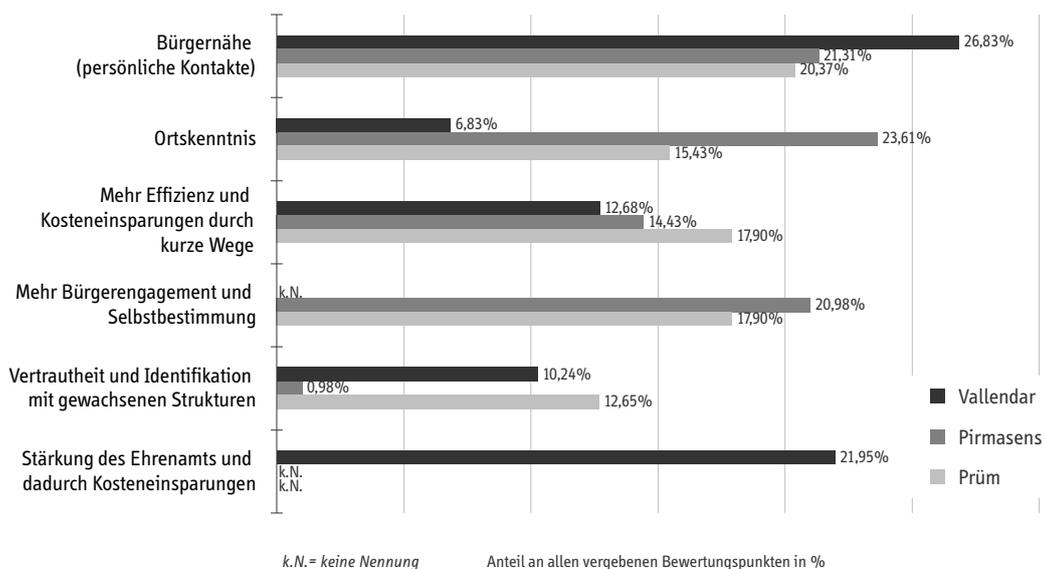
AE5: Gegenwärtige Gebietsstrukturen

Vorteile kleinteiliger Strukturen



AE5: Gegenwärtige Gebietsstrukturen

Vorteile kleinteiliger Strukturen



Mit hoher Übereinstimmung zwischen den Standorten ist für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erneut die große Bürgernähe ein wesentlicher Pluspunkt kleinteiliger Strukturen. Hierunter verstehen sie vor allem

die persönliche und individuelle Ansprache durch die Verwaltungsmitarbeiter und kurze Anfahrtswege.

Damit eng zusammenhängend führen sie die bessere Ortskenntnis des Verwaltungspersonals als weiteren Vorteil dieser Strukturen an. Ortskenntnis bewirkt aus ihrer Sicht ein tieferes Verständnis der örtlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten. Regionale Besonderheiten werden bei Entscheidungen besser beachtet.

Einen weiteren Vorzug kleiner Strukturen sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in größerer Effizienz und möglichen Kosteneinsparungen, die aufgrund von kurzen Verwaltungswegen erreicht werden können. Damit einher geht eine schnellere Bearbeitung von Anliegen.

Nach Meinung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter identifiziert sich die Einwohnerschaft kleinteiliger Strukturen stärker mit ihrer Gemeinde. Diese Vertrautheit und Identifikation mit gewachsenen Strukturen von geringerer Größe, also eine Orts- und Heimatbezogenheit, führen sie als einen weiteren Vorteil an. Sie stärken den Zusammenhalt und erhöhen das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

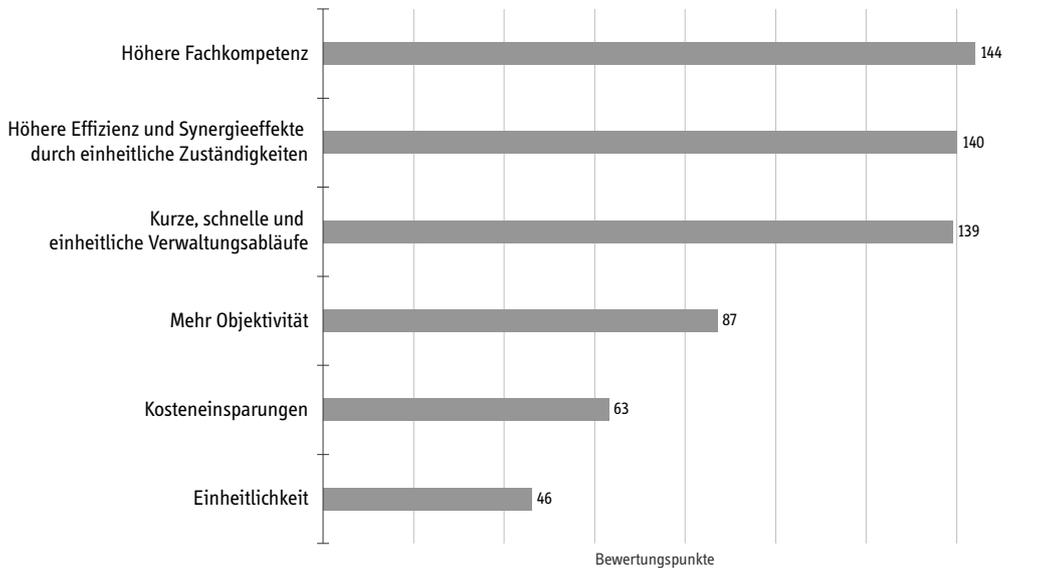
Die politisch-gesellschaftliche Selbstbestimmung der Bürgerschaft, also ihre Einflussmöglichkeiten auf das Ortsgeschehen und kommunale Entscheidungen, sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch kleinteilige Strukturen gefördert. Die starke Rolle des Ehrenamtes in kleineren Strukturen trägt dabei aus ihrer Sicht auch zu Kosteneinsparungen für Kommunen und Verwaltung bei.



„Welche Vorteile haben größere Strukturen?“

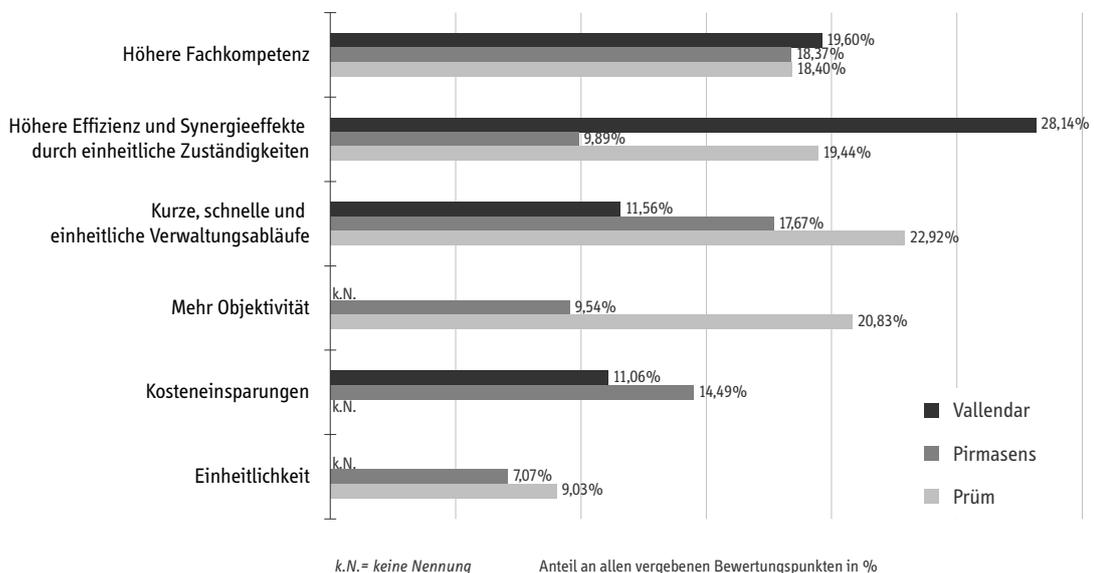
AE5: Gegenwärtige Gebietsstrukturen

Vorteile größerer Strukturen



AE5: Gegenwärtige Gebietsstrukturen

Vorteile größerer Strukturen



Die höhere Fachkompetenz und Effizienz ist nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an erster Stelle und mit hoher Übereinstimmung des Votums in den drei Standorten ein Vorteil größerer Strukturen. Diese sind eher in der Lage, Kompetenzen und Zuständigkeiten übersichtlich zu bündeln und Synergieeffekte zu nutzen, unter anderem durch einen verstärkten Einsatz von Informationstechnologien innerhalb der Verwaltung. Hierdurch verkürzt sich der Weg der Verwaltungsentscheidungen und die Einheitlichkeit von Verwaltungsabläufen wird gewährleistet. Die Zahl der

Entscheidungsträger verringert sich, was wiederum die Sachbearbeitung beschleunigt.

Kurze, schnelle und einheitliche Verwaltungsabläufe und eine Bündelung von Kompetenzen und Zuständigkeiten in großen Strukturen reduzieren für die Bürgerinnen und Bürger die Anzahl der Behördengänge. Eine so strukturierte Verwaltung ist zudem in der Lage, ein größeres Leistungsangebot zu bearbeiten.

Ein weiterer Vorzug großer Strukturen, den die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter anführen, ist die höhere Objektivität der Verwaltungsmitarbeiter. Persönliche Interessen treten bei Sachentscheidungen eher in den Hintergrund, Objektivität wird gewahrt, so dass willkürliche Entscheidungen und Vetternwirtschaft leichter vermieden werden können.

Durch größere Strukturen können Kosten eingespart werden. Aus der Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter liegt dies zum einen am gerade benannten Vorteil der Kompetenzbündelung, die eine Verkleinerung der Verwaltung ermöglicht, so dass Sach- und Personalkosten gespart werden können. Zum anderen können aber auch durch die Zusammenlegung von Gemeinden Kosteneinsparungen erzielt werden.

Empfehlungen zu „Darstellung der gegenwärtigen Gebietsstruktur“ (AE5) kurz gefasst:

- **Die Vorteile kleinerer und größerer Strukturen sollten bei einer Kommunal- und Verwaltungsreform sorgfältig abgewogen werden!**
 - **Zu den Vorteilen kleiner Strukturen gehören Bürgernähe, Ortskenntnis, Vertrautheit und Identifikation, Effizienz, Kosteneinsparung durch kurze Wege, Bürgerengagement und Selbstbestimmung**
 - **Zu den Vorteilen großer Strukturen gehören hohe Fachkompetenz und Effizienz, Synergieeffekte durch einheitliche Zuständigkeiten, kurze Abläufe, Objektivität, Einsparungen und Einheitlichkeit**
-

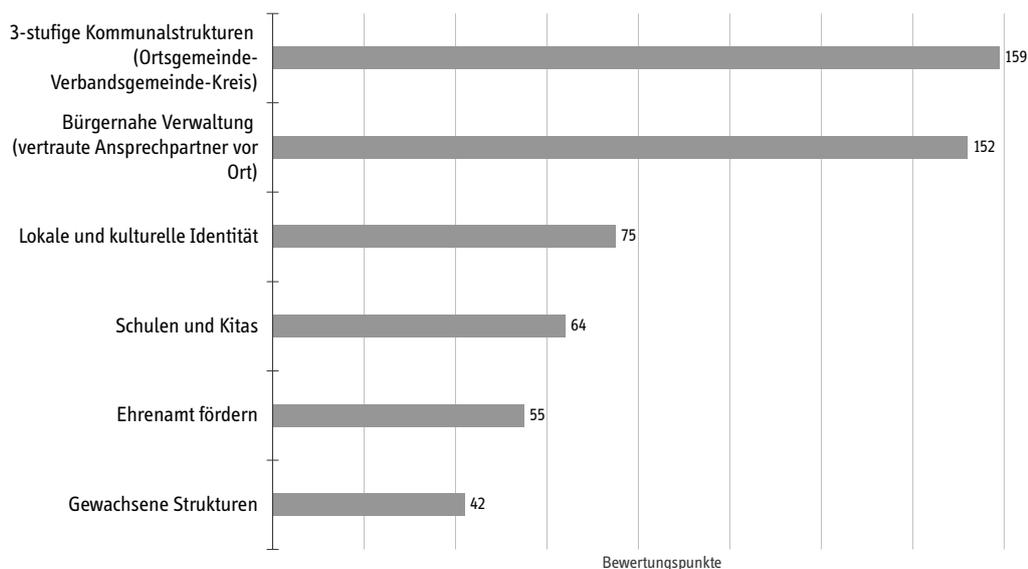
7.2.2. Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Anforderungen (AE6)

Bei der Auseinandersetzung mit zukunftsfähigen Gebietsstrukturen geht es auch darum, was bei Veränderungen zu bewahren ist und auf welche neuen Anforderungen Kommunen und Verwaltung unbedingt reagieren sollten. Die Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter hierzu sind in dieser sechsten Arbeitseinheit dokumentiert.

„Was sollte unbedingt bewahrt werden?“

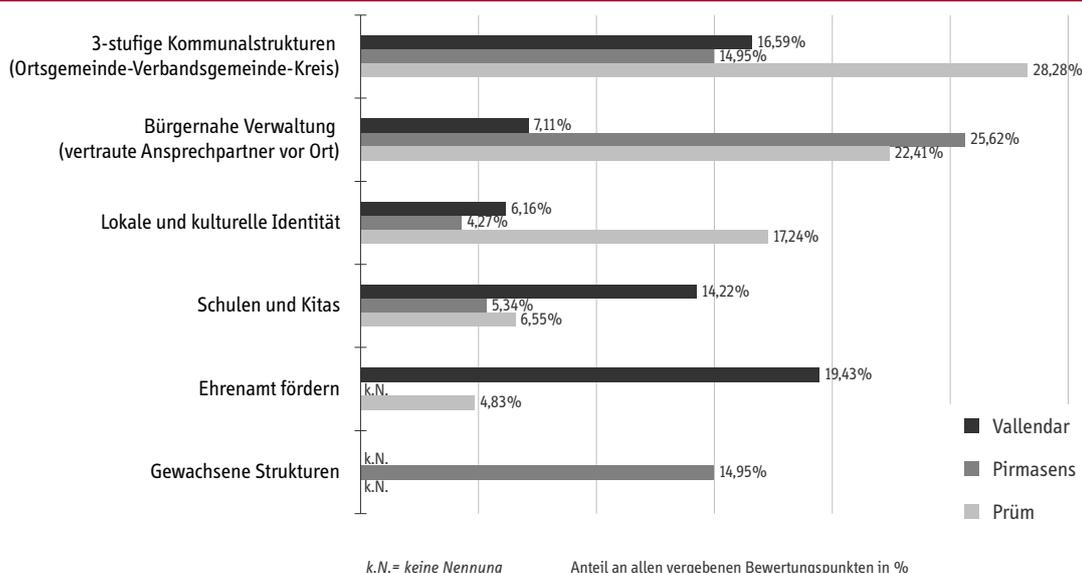
AE6: Gewachsene Strukturen

Was sollte unbedingt bewahrt werden?



AE6: Gewachsene Strukturen

Was sollte unbedingt bewahrt werden?





Bewahrt werden soll, so an erster Stelle das Plädoyer der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, die dreistufige Kommunalstruktur mit Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen. Insbesondere die Ortsgemeinde sehen sie als Garant der eigenständigen Entscheidungsfindung und wollen sie deshalb in ihrer Selbständigkeit erhalten. Orts- und Verbandsgemeinden sind als Anlaufstellen den Einwohnerinnen und Einwohnern bekannt, stellen die Bürgernähe der Verwaltung sicher und sind als Träger öffentlicher Einrichtungen zu bewahren. Die bürgernahe Verwaltung mit vertrauten Ansprechpartnern vor Ort wird hier vor allem an den Standorten Pirmasens und Prüm herausgestellt.

Die Forderung der Pirmasenser Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nach einem Erhalt der gewachsenen Strukturen verweist hierbei möglicherweise auf die Identifikation mit der bestehenden selbständigen Struktur einer kreisfreien Stadt: Eine Struktur, die sich bewährt hat, soll erhalten bleiben und, falls notwendig, optimiert werden.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, dass im Zuge einer Kommunal- und Verwaltungsreform die lokale und kulturelle Identität vor Ort erhalten bleibt. Eine Reform darf die Identifikation mit der Gemeinde und den Erhalt des kulturellen Lebens nicht gefährden.

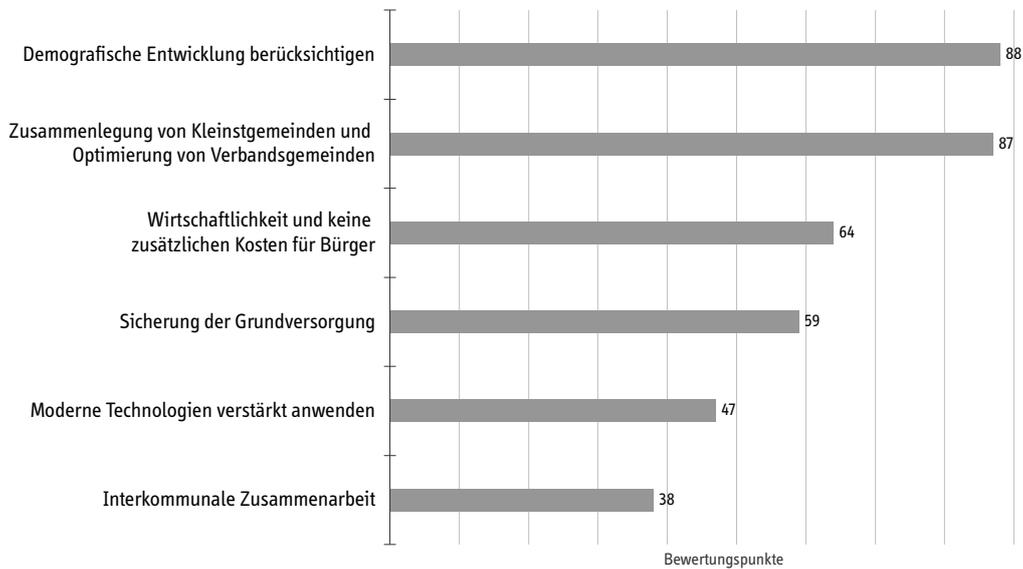
Wie bereits am ersten Tag betonen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch an dieser Stelle eine Zuständigkeit der Orts- und Verbandsgemeinden für Kindergärten und Schulen mit dem Ziel, die Gemeinde als Standort für diese Bildungseinrichtungen zu sichern. Kinder und Eltern sollen hierdurch die Möglichkeit haben, in der Gemeinde zu bleiben und keine übermäßig langen Wege auf sich nehmen zu müssen. Konkret wird die Verbandsgemeinde als geeigneter Träger für Schulen benannt.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen die Rolle des Ehrenamtes bewahren und möglichst ausbauen. Sie sind der Ansicht, dass dies besser in kleineren Strukturen gewährleistet werden kann. Besonders wichtig ist ihnen, dass die Institution des ehrenamtlichen Ortsgemeindebürgermeisters unangetastet bleibt.

„Welche neuen Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?“

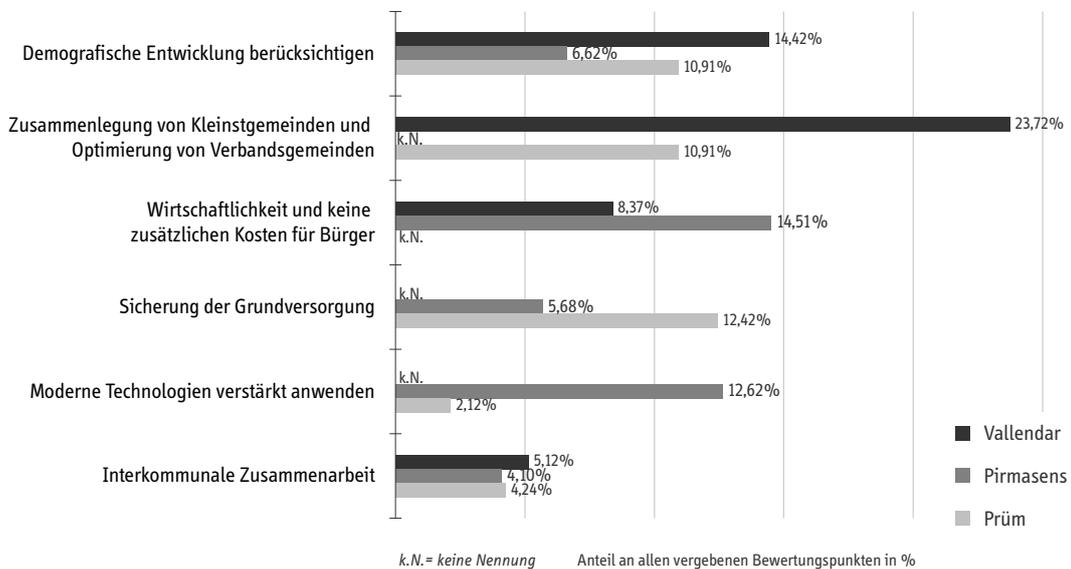
AE6: Gewachsene Strukturen

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?



AE6: Gewachsene Strukturen

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?



Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, dass eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf die Anforderungen durch die demografische Entwicklung reagiert. Insbesondere am Standort Vallendar schlagen sie dafür die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden, die Optimierung von Verbandsgemeinden und die Reduzierung der Anzahl der Landkreise bei gleichzeitiger Aufgabenverlagerung auf die Verbandsgemeinden vor. Eine Gebietsreform soll sich an der Leistungsfähigkeit der neu zu schaffenden Gebietsstrukturen orientieren. Das Vetorecht der Verbandsgemeinden soll

aber auch in einer optimierten Form erhalten bleiben. Sie sprechen sich im Zusammenhang mit den Anforderungen durch die demografische Entwicklung, wie auch schon in Arbeitseinheit 2, dafür aus, neue generationsübergreifende Wohnformen zu fördern, die Versorgung von Senioren zu sichern, diese durch entsprechende Rahmenbedingungen besser gesellschaftlich einzubinden und ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Aber auch für junge Menschen und Familien wollen sie angemessene Rahmenbedingungen schaffen, um der Überalterung der Gesellschaft entgegen zu wirken.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich, dass eine Reform der Gebietsstrukturen nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten erfolgt. Es muss insgesamt zu einer Kostenersparnis in Kommunen und Verwaltung kommen, aber nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Ein Abbau der vorhandenen Schulden der Kommunen muss Ziel einer solchen Reform sein. Eine weitere wichtige Anforderung an die Kommunen ist die Sicherung der Grundversorgung wie guter medizinischer Versorgung, Bereitstellung von Notfalldiensten und bessere Anbindung an den ÖPNV.

Um die gerade genannten Ziele zu erreichen, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine verstärkte Anwendung moderner Technologien (EDV und Online-Dienste) und – dies ein Vorgriff auf die nächste Arbeitseinheit – eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit, um gemeindeübergreifend Probleme lösen zu können. Sie schlagen hier etwa die Bildung überregionaler Verbünde zur gemeinsamen Wasserversorgung oder eine gemeinsame Nutzung von Bauhöfen vor.



Empfehlungen zu „Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Anforderungen“ (AE6) kurz gefasst:

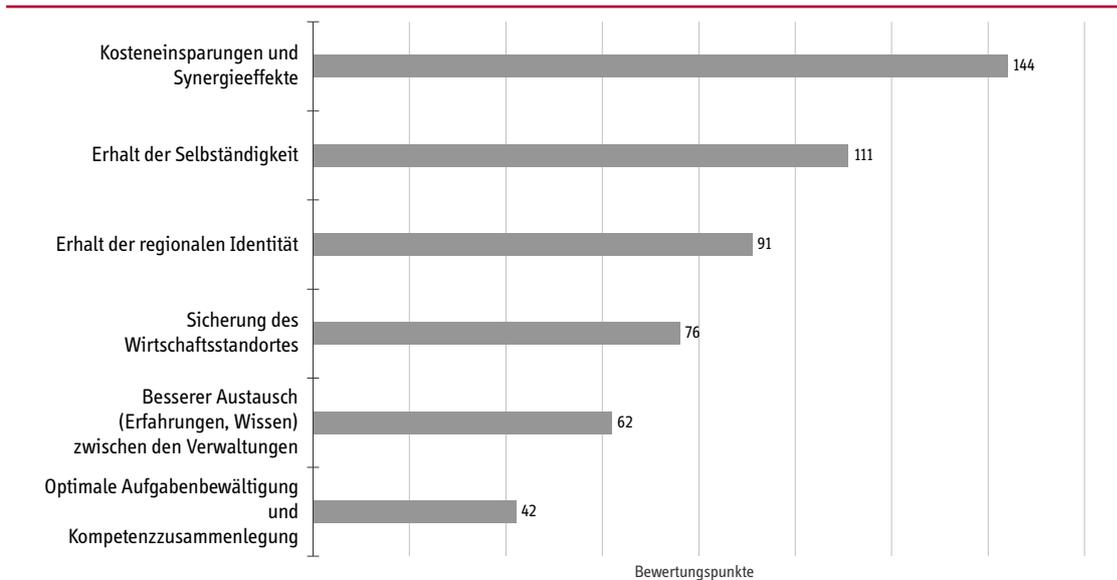
- **Erhaltung der dreistufigen Kommunalstruktur (Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde, Kreis)**
 - **Gewährleistung der Selbständigkeit der Ortsgemeinden, der Bürgernähe, der lokalen und kulturellen Identität**
 - **Zuständigkeit der Orts- und Verbandsgemeinden für möglichst ortsnahe Kindergärten und Schulen**
 - **Erhalt und Ausbau der Rolle des Ehrenamts**
 - **Berücksichtigung der demografischen Entwicklung**
 - **Zusammenlegung von Kleinstgemeinden, Optimierung von Verbandsgemeinden und interkommunale Zusammenarbeit**
 - **Wirtschaftlichkeit: Keine zusätzlichen Kosten für den Bürger durch Reform**
 - **Verstärkter Einsatz neuer Technologien**
 - **Sicherung der Grundversorgung**
-

7.2.3. Neue Strukturen und / oder interkommunale Zusammenarbeit (AE7)

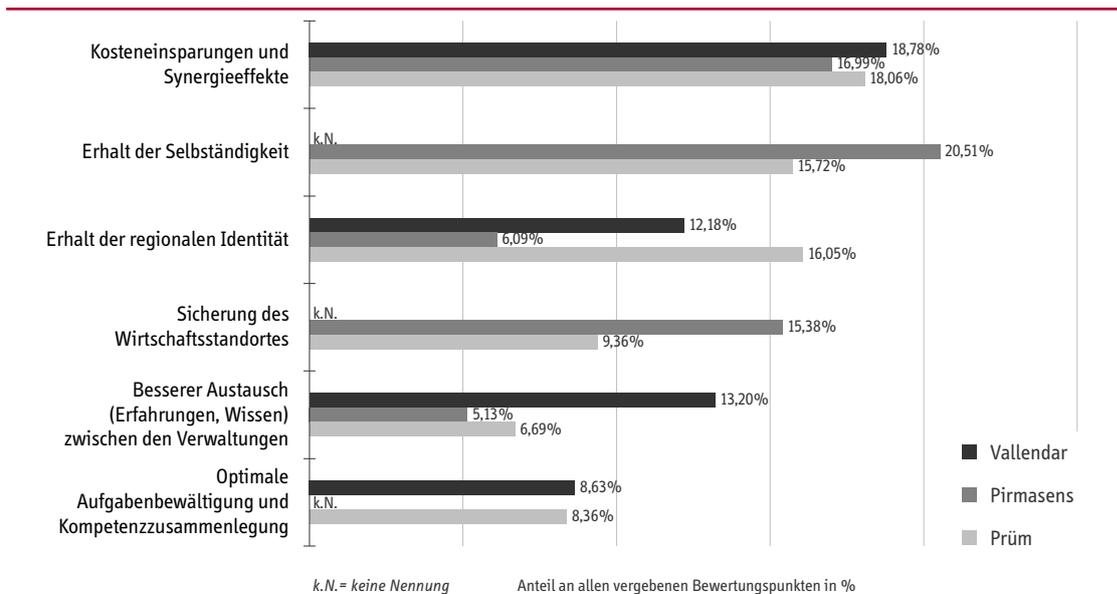
Der Austausch von Argumenten für neue Strukturen und für interkommunale Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt der siebten Arbeitseinheit. Beide Konzepte schließen sich jedoch nicht gegenseitig aus.

„Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?“

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?



AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?



Für interkommunale Zusammenarbeit sprechen nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, mit ähnlichem Votum an allen drei Standorten, wirtschaftliche Argumente. Eine verstärkte Zusammenarbeit führt

zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen. Wie bereits in der sechsten Arbeitseinheit erwähnt, können durch die Schaffung überregionaler Verbände größere Projekte leichter verwirklicht werden. So wird der Bau und Betrieb von Schwimmbädern oder Krankenhäusern durch interkommunale Zusammenarbeit leichter realisierbar. Verstärkte interkommunale Kooperation von Kommunen intensiviert den Erfahrungs- und Wissensaustausch, so dass ein Lernprozess eingeleitet werden kann, bei dem beide Seiten von den Ressourcen des Partners profitieren. Interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht aus der Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine Bündelung gemeinsamer Kräfte. Durch eine bessere Arbeitsteilung und die Zusammenlegung von Kompetenzen können Aufgaben optimal bewältigt werden, was eine höhere Dienstleistungsfähigkeit gestattet.

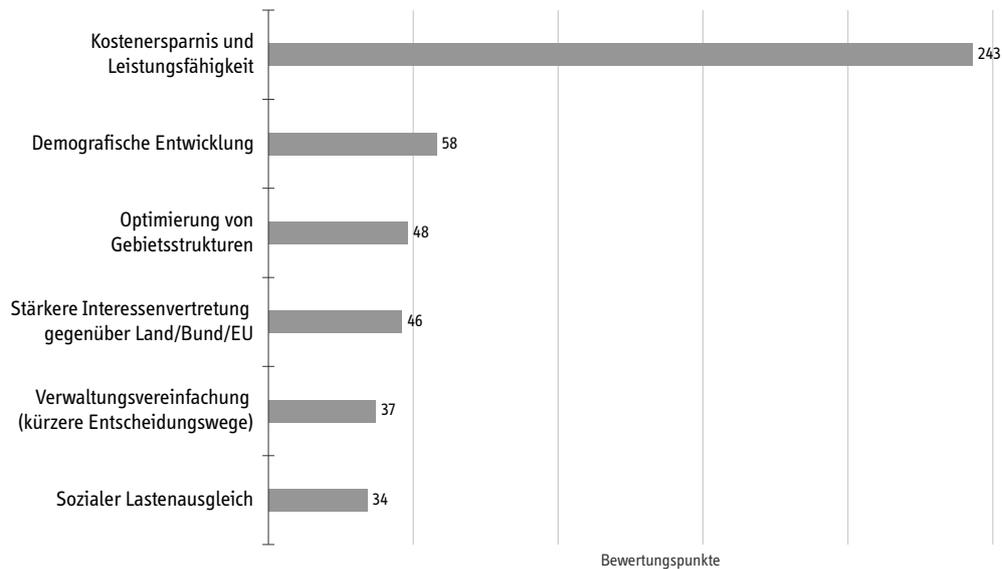
Die interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht aus Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch eine bessere Vermarktung der Regionen. So können insbesondere im Tourismusbereich durch einen gemeinsamen Marketingauftritt Synergien freigesetzt werden, die zu einer Sicherung des Wirtschaftsstandortes beitragen.

Als weiteren Vorteil der interkommunalen Zusammenarbeit sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter aber auch den Erhalt der Selbständigkeit der Kommunen und der regionalen Identität. Im Gegensatz zur Schaffung neuer Strukturen können im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Kommunen in ihrer aktuellen Struktur erhalten bleiben. Eine Zusammenarbeit erfolgt nur in den Bereichen, in denen es notwendig und sinnvoll erscheint. Der Zusammenhalt der Gemeinden kann durch interkommunale Zusammenarbeit bewahrt werden.

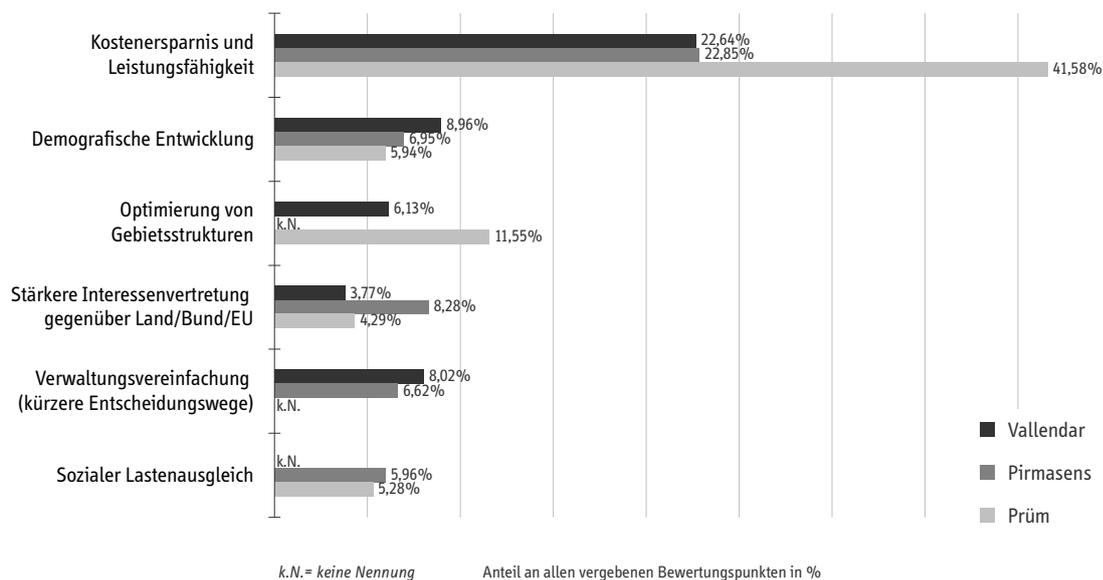


„Was spricht für neue Strukturen?“

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit Was spricht für neue Gebietsstrukturen?



AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit Was spricht für neue Gebietsstrukturen?



Auch für neue Gebietsstrukturen spricht nach Meinung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter das Wirtschaftlichkeitsargument. Eine Zusammenlegung und die Abschaffung doppelter Strukturen sparen Ressourcen und Kosten, die für andere Zwecke eingesetzt werden können. In größeren Strukturen lassen sich Aufgaben bündeln und schneller bearbeiten. Es besteht außerdem die Chance, verkrustete Strukturen aufzulösen und eine einheitliche, vereinfachte Verwaltung mit kürzeren Entscheidungswegen

zu schaffen. Durch neue Gebietsstrukturen kann Verwaltung effektiver und effizienter werden.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen auch die demografische Entwicklung als Argument für die Schaffung neuer Strukturen an. Größere Strukturen könnten auf die Alterung der Gesellschaft und die sinkenden Einwohnerzahlen angemessener reagieren. Für neue Strukturen spricht aus ihrer Sicht auch die Möglichkeit einer Optimierung existierender Gebietsstrukturen. Hierbei wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter insbesondere Kleinstgemeinden zusammenlegen bzw. eingemeinden. Sie empfehlen die Festlegung von Mindestgrößen (diese werden am vierten Tag in der Arbeitseinheit 13/14 unter den Empfehlungen zu den zukunftsfähigen Gebietsstrukturen konkretisiert) und schlagen in diesem Zusammenhang auch den Wegfall kleiner Landkreise und die Untergliederung extrem großer Gemeinden vor.

Als weitere Vorteile neu zu schaffender, größerer Gebietsstrukturen führen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter einen größeren Einfluss gegenüber Land, Bund oder der Europäischen Union an und einen gerechteren sozialen Lastenausgleich. Größere Einheiten haben ein stärkeres Gewicht bei Abstimmungen und können dadurch besser ihre Interessen vertreten und durchsetzen. Innerhalb größerer Gebietsstrukturen lassen sich zudem die vorhandenen Kosten auf eine breitere Basis verteilen, so dass ein gerechterer sozialer Lastenausgleich erreicht werden kann.

Empfehlungen zu „Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit“ (AE7) kurz gefasst:

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen bei der Reform der Gebietsstrukturen:

- **Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit! Das bringt Kosteneinsparung und Synergieeffekte bei Erhalt der Selbständigkeit und regionalen Identität, sichert den Wirtschaftsstandort, sorgt für besseren Austausch, Kompetenzzusammenlegung und optimale Aufgabenbewältigung.**
- **Optimierung der gegenwärtigen Gebietsstrukturen, falls es die Anforderungen der demografischen Entwicklung notwendig machen! Das bringt Kostenersparnis und Leistungsfähigkeit, stärkere Interessenvertretung gegenüber Land, Bund und EU, Verwaltungsvereinfachung und sozialen Lastenausgleich.**

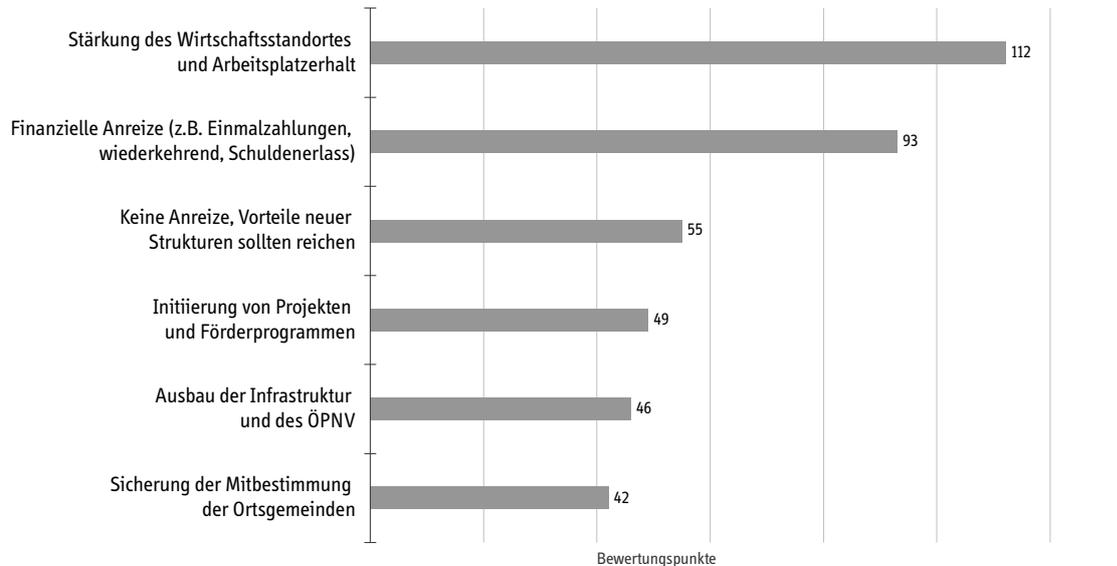
7.2.4. Anreize für neue Strukturen (AE8)

Es gibt unterschiedliche Anreizmöglichkeiten für die Bildung neuer Strukturen, insbesondere für die Zusammenlegung von Kommunen, die in der achten Arbeitseinheit durch den Expertenvortrag vorgestellt wurden. Welche Anreize die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter als sinnvoll ansehen, diese Frage beantworteten sie in der achten Arbeitseinheit.

„Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?“

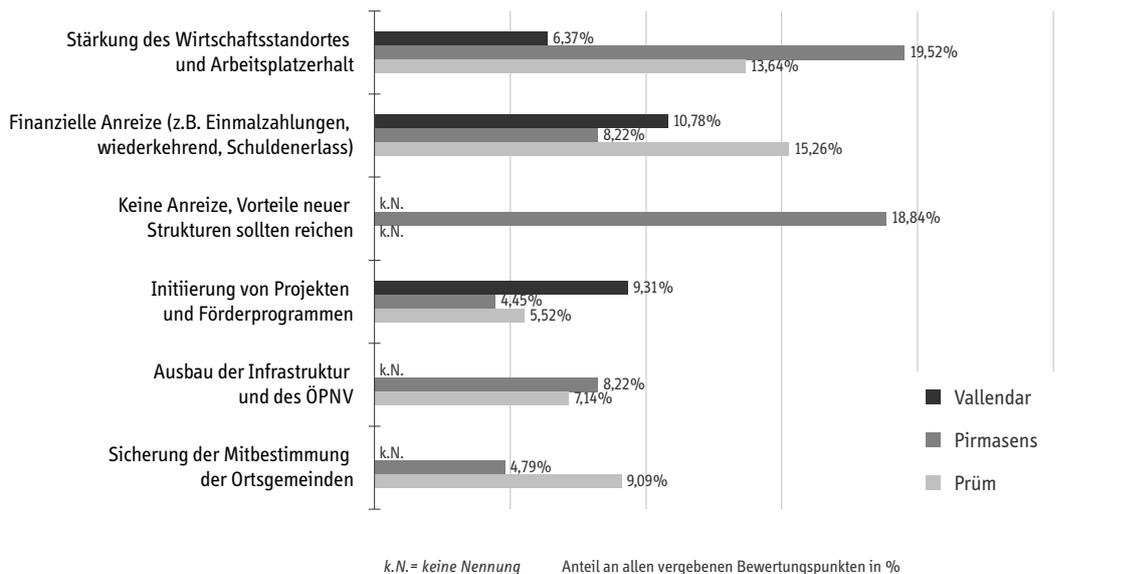
AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?



AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?





Als besonders wirkungsvolle Anreize empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und den Arbeitsplatzerthalt. Bei einem Zusammenschluss sollen neue Gebietsstrukturen eine Strukturförderung zur Verbesserung von Standortfaktoren und/oder eine Bezuschussung von Gewerbeansiedlungen erhalten. Durch die Ansiedlung der Außenstelle einer Behörde lassen sich neue Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Auch die Unterstützung von Imagekampagnen, welche die Region für Unternehmen interessanter machen sollen, kann Teil des Anreizprogramms sein.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erachten auch verschiedene Formen von finanziellen Anreizen als zweckmäßig. Sie schlagen folgende Formen vor:

- Steuererleichterungen und/oder Steuerbefreiungen für einen festgelegten Zeitraum
- zusätzliche Zahlung eines prozentualen Anteils der eingesparten Summe über einen festgelegten Zeitraum
- Einmalzahlungen in Form einer Pro-Kopf-Prämie und
- Zahlung eines festgelegten Sockelbetrags gekoppelt mit einer niedrigen Pro-Kopf-Prämie

Auch die Projektförderung ist aus ihrer Sicht eine Anreizmöglichkeit. So können, als Anreiz für eine Zusammenlegung von Kommunen, Projekte aus dem Bereich Kultur, Sport oder Freizeit gefördert werden. Die Kommune würde in diesem Fall eine zusätzliche finanzielle Unterstützung zum Beispiel beim Bau eines Schwimmbades, Theaters oder Sportplatzes erhalten. Besonders wichtig ist den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern der Ausbau des ÖPNV und der Infrastruktur. Auch für diese Bereiche empfehlen sie als Anreiz für einen Zusammenschluss eine besondere Förderung für den Ausbau in Aussicht zu stellen. Förderprogramme, z.B. die Übernahme von Fortbildungskosten für kommunale Mitarbeiter oder eine gezielte Unterstützung im Freizeit- oder Tourismusbereich sehen sie als weitere Anreizoption für eine Zusammenlegung. Ebenso sollte als Anreiz für einen Zusammenschluss

die Mitbestimmung der Ortsgemeinden zugesichert werden, so dass diese Einfluss auf die Landespolitik nehmen können.

Am Standort Pirmasens plädierte die Planungszelle 1 mit höchster Punktzahl dafür, auf Anreize ganz zu verzichten, weil die Kosteneinsparungen und die höhere Leistungsfähigkeit als Anreiz für einen Zusammenschluss ausreichen sollten.

Empfehlungen zu „Anreize für neue Strukturen“ (AE8) kurz gefasst:

Als Anreize für die Zusammenlegung von Strukturen empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter:

- Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Erhalt von Arbeitsplätzen
 - Finanzielle Leistungen
 - Förderung von Projekten und Programmen
 - Ausbau der Infrastruktur
 - Sicherung der Mitbestimmung der Ortsgemeinden
 - Aber auch: Vorteile der Zusammenlegung sollten Anreiz genug sein!
-

7.2.5. Zusammenfassung: Zukunftsfähige Gebietsstrukturen

Bei der Diskussion zukunftsfähiger Gebietsstrukturen sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Vorteile bei kleinen, aber auch bei großen Strukturen. Sie empfehlen, im Rahmen einer Reform die dreistufige Kommunalstruktur aus Kreis, Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde zu erhalten. Vor allem die Orts- und Verbandsgemeinden sind für sie Garant einer bürgernahen, d.h. persönlichen und individuellen Verwaltung, die gut erreichbar ist, schnell arbeitet und bei Entscheidungen die besonderen regionalen Gegebenheiten berücksichtigt. Die Selbständigkeit der Ortsgemeinden möchten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bewahren und die Zuständigkeit für und Ortsnähe von Kindergärten und Schulen bei den Kommunen (Orts- und Verbandsgemeinden) erhalten. Eine Gebietsreform darf die lokale und kulturelle Identität nicht gefährden, da sie diese als Voraussetzung für die Selbstbestimmung und das bürgerschaftliche Engagement in den Gemeinden ansehen.

Bei einer Gebietsreform ist für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die interkommunale Zusammenarbeit die erste Option. Sie soll verstärkt werden. Aber auch die Bildung größerer Strukturen soll erwogen werden. Für beide Optionen führen sie zum Teil die gleichen Vorteile an wie Kostenersparnis, Synergieeffekte oder Kompetenzzusammenlegung. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit sehen sie eher die Möglichkeit, Selbständigkeit und regionale Identität zu bewahren. Neue Gebietsstrukturen, konkret die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden und die Optimierung der Verbandsgemeinden, sind aus ihrer Sicht eher in der Lage, auf die demografischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und sinkender Einwohnerzahlen zu reagieren. Kosteneinsparung, höhere Fachkompetenz, Effektivität und Effizienz, Objektivität und Einheitlichkeit sprechen aus ihrer Sicht für größere Gebietseinheiten.

Im Rahmen einer Bildung neuer Gebietsstrukturen erscheint es als besonders wichtig, in jedem Einzelfall die konkreten Vorteile, insbesondere Effektivität, Effizienz und Kosteneinsparungen durch die größere Struktur aufzuzeigen und deutlich zu machen, wie die Vorteile kleinteiliger Strukturen (Bürgernähe, Identität) trotzdem erhalten bleiben können.

Als Anreize für eine Zusammenlegung von Gemeinden empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und den Erhalt von Arbeitsplätzen, finanzielle Leistungen, die Förderung von Projekten und Programmen, den Ausbau der Infrastruktur und die Sicherung der Mitbestimmung der Gemeinden. Aber es gibt auch die Empfehlung, auf Anreize ganz zu verzichten, weil die zu erwartenden Vorteile einer Zusammenlegung, besonders die Kostenersparnis, bereits Anreiz genug sein sollten.



7.3. Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit (3. Tag)

Am dritten Tag der Planungszellen erarbeiteten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Empfehlungen zu zwei weiteren, eng miteinander zusammenhängenden Themengebieten im Rahmen einer Kommunal- und Verwaltungsreform: Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit. Sie formulierten Ihre Ansprüche an Bürgernähe von Kommunen und Verwaltung, ihre Wünsche in Bezug auf Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement und ihre Empfehlungen für die zukünftige Zusammenarbeit von Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft. Der dritte Tag umfasste neben drei Arbeitseinheiten noch das Politikerhearing.

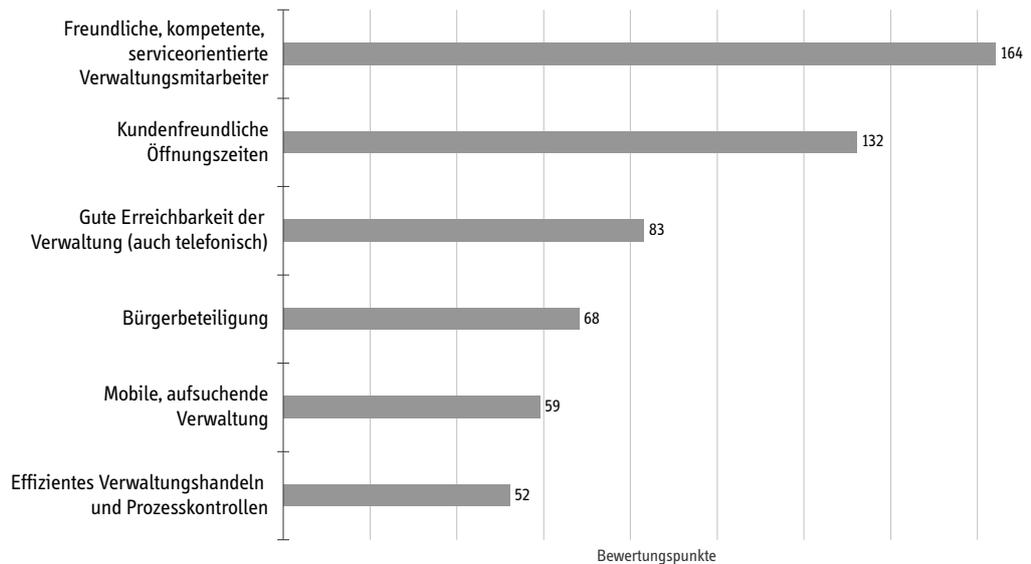
7.3.1. Was heißt Bürgernähe heute? (AE9)

Nach dem Expertenvortrag zum Thema Bürgernähe im Rahmen der neunten Arbeitseinheit formulierten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ihre Ansprüche an Bürgernähe, die heute und zukünftig von Kommunen und Verwaltung erfüllt werden sollten.

„Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?“

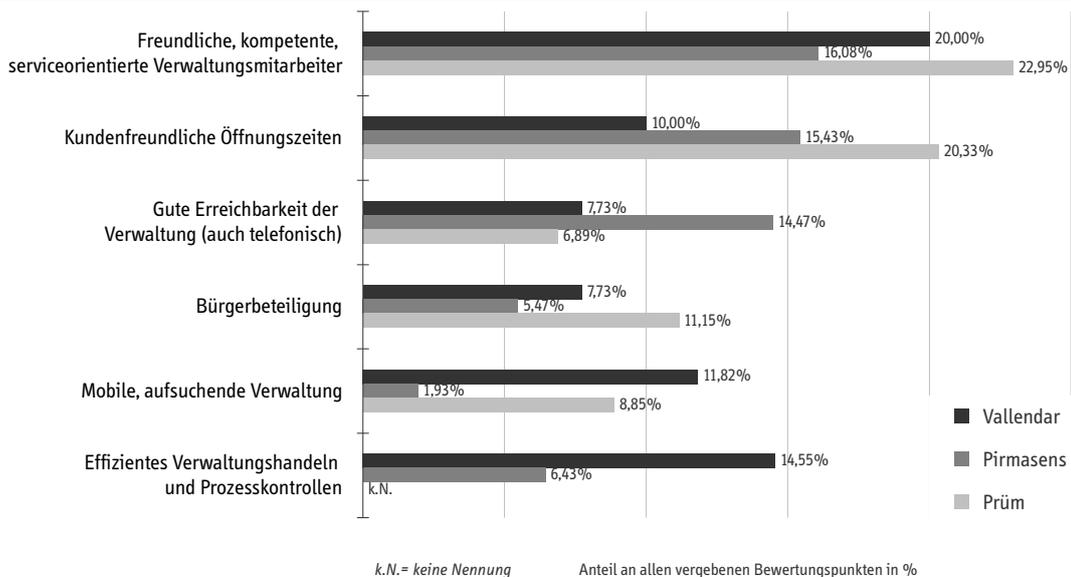
AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?



AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?



An erster Stelle, mit hoher Übereinstimmung der Voten an den drei Standorten, wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine kunden- und serviceorientierte Verwaltung. Sie wünschen sich freundliche und

kompetente Verwaltungsmitarbeiter, die ihnen aufgeschlossen begegnen, auf individuelle Fragen eingehen und auch beim Ausfüllen von Formularen behilflich sind. Verwaltung ist für sie dann bürgernah, wenn sie ihre Leistung selbst als Dienstleistung versteht und so viele Anliegen wie möglich aus einer Hand bearbeitet. Im Idealfall sind die Verwaltungsmitarbeiter so qualifiziert, dass sie in der Lage sind, möglichst viele verschiedene Anliegen an einer Stelle zu erledigen (z.B. Kfz-Anmeldung oder Eintragung der neuen Anschrift in den Personalausweis).

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich auch eine verständliche (Amts-)Sprache, um die Kommunikation zwischen Bürger und Behörde zu erleichtern. Die Arbeitsabläufe der Verwaltung sollen durch die Zusammenfassungen von Leistungen verschiedener Behörden effizienter werden. Zusätzlich sollen mit Hilfe einer Prozesskontrolle regelmäßig die bestehenden Verordnungen und das Verwaltungshandeln auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden. Wichtig ist den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern eine gute räumliche und telefonische Erreichbarkeit der Verwaltung. Das bedeutet, dass Verwaltung zentral gelegen, barrierefrei und gut an den ÖPNV angebunden sein muss. Auch die telefonische Erreichbarkeit muss gewährleistet sein. Dazu gehören kostenfreie Bürgertelefone, bei denen Erkundigungen ohne lange Warteschleifen eingeholt werden können. Mehrheitlich formulieren sie Vorbehalte gegenüber Callcentern.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen kundenfreundlichere Öffnungszeiten. Folgende Vorschläge wurden genannt:

- Öffnungszeiten von 08.00 – 20.00 Uhr
- Vereinbarung individueller Termine, auch außerhalb der offiziellen Sprechzeiten
- Schichtbetrieb von 07.00 – 23.00 Uhr und zusätzlich 1-2 Samstage innerhalb des Monats
- zweimal die Woche bis 20.00 Uhr und/oder einmal die Woche bis 22.00 Uhr (im Schichtmodell)
- Anpassung an die gängigen Ladenöffnungszeiten, auch am Samstag
- Umfragen, in denen die Bürgerinnen und Bürger über die konkreten Öffnungszeiten individuell entscheiden

Um die Erreichbarkeit der Verwaltung zusätzlich zu erhöhen und vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine mobile und aufsuchende Verwaltung:

- Bürgerbusse, die regelmäßig in Ortschaften ohne Verwaltungssitz fahren.
- Bürgerbusse, die regelmäßig speziell die Altersheime anfahren, um die dort lebenden, weniger mobilen Menschen aufzusuchen.
- Mobiler Verwaltungsservice, der nach telefonischer Absprache die Bürgerinnen und Bürger direkt zu Hause aufsucht. (Dieser Service wird insbesondere vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft als sinnvoll angesehen.)

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen grundsätzlich mehr an der Kommunalpolitik beteiligt werden. Neben der Einrichtung von Kummerkästen, in denen die Sorgen und Nöte der Einwohnerinnen und Einwohner gesammelt werden können, sollen die Kommunen bei wichtigen Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger durch Bürgerbefragungen verstärkt einbinden. Besonders wichtig ist ihnen, dass die Meinungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner von der Politik berücksichtigt und ernst genommen werden. Ein Teil der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter spricht sich dafür aus, dass die Ergebnisse der Bürgerbefragungen für die Politik verbindlich sein sollen.

Empfehlungen zu „Was heißt Bürgernähe heute?“ (AE9) kurz gefasst:

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich die Berücksichtigung folgender Ansprüche an Bürgernähe:

- **Verwaltung als Dienstleistungseinrichtung mit möglichst vielen Leistungen an einem Ort und möglichst mit nur einem Ansprechpartner**
- **Service- und kundenorientierte Verwaltungsmitarbeiter mit hoher Kompetenz und Engagement für individuelle Anliegen**
- **Kundenfreundliche, den Ladenöffnungszeiten angeglichene Öffnungszeiten mit individuellen Terminmöglichkeiten**
- **Gute örtliche und telefonische Erreichbarkeit und kostenloses Bürgertelefon**
- **Mobile und aufsuchende Verwaltung mit Bürgerbussen und Hausbesuchen**
- **Mehr Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik!**
- **Die Meinungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und möglichst verbindlich berücksichtigen!**

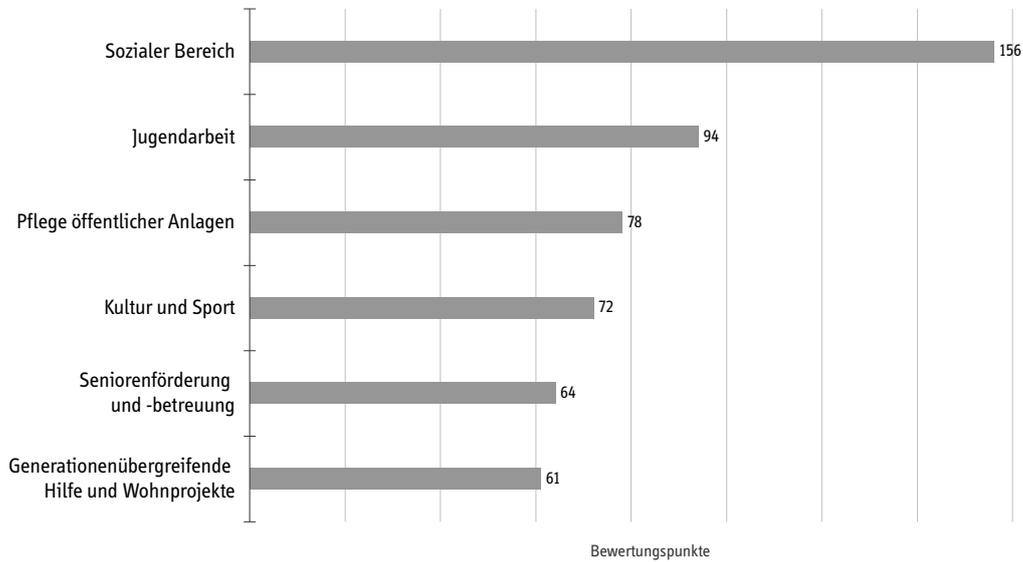


7.3.2. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement (AE10)

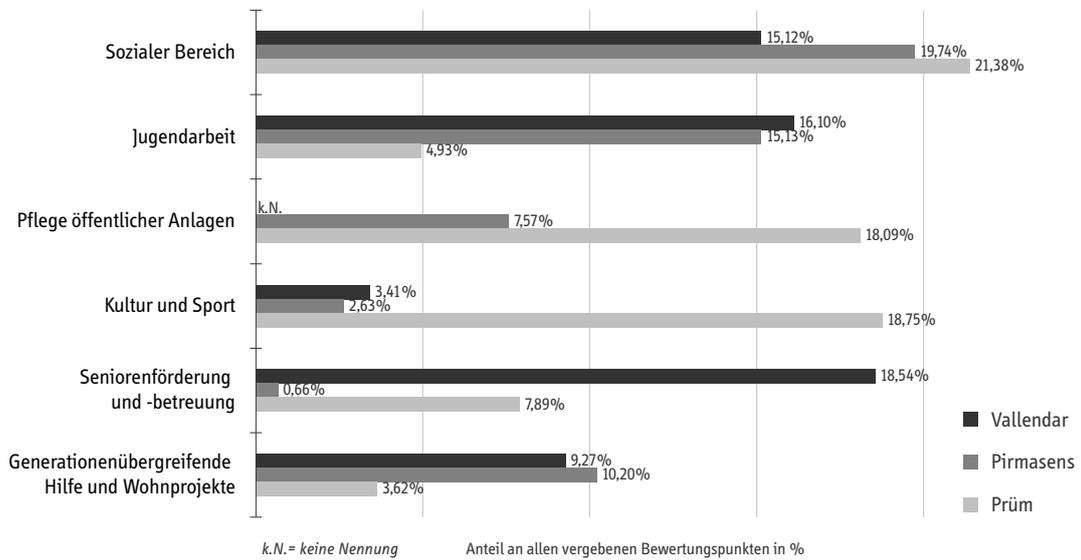
In der zehnten Arbeitseinheit befassten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit der Rolle von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement. Sie diskutierten in den Kleingruppen mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements und die Art und Weise, mit der sie in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden wollen. Wie bereits im Kapitel 4.3 erläutert, wird an dieser Stelle zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung unterschieden. Ersteres bezieht sich vor allem auf die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten, letzteres auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess.

„Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?“

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement
Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?



AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement
Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?



Besonders sprechen sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für ein verstärktes Engagement im sozialen Bereich aus. Zu diesem Bereich gehören für sie:

- Armenhilfe, Sammlung von Lebensmitteln für Arme und Bedürftige
- Unterstützung älterer und bedürftiger Personen zum Beispiel beim Einkauf oder Behördengängen
- Förderung und Betreuung von Seniorinnen und Senioren
- Hilfe für Familien in Krisensituationen
- Jugendarbeit
- Mitarbeit in Wohlfahrtsorganisationen
- Unterstützung von Behinderten
- Berufsberatung
- Nachbarschaftshilfe

Zur Jugendarbeit gehören für sie z.B. Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe, Ferienbetreuung, aber auch die Arbeit mit Jugendlichen im Verein, insbesondere im Sportverein. Weiterhin schlagen sie die Einrichtung von politischen und sozialen Anlaufstellen für Jugendliche vor, die unter anderem der Förderung der Bildung und des sozialen Verhaltens von Kindern und Jugendlichen dienen sollen und ebenfalls ehrenamtliche Mitarbeiter einschließen können.

Im Bereich der Seniorenförderung empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter neben der Schaffung von Altencafés oder einer Unterstützung der Arbeit der Altersheime, z.B. bei der Freizeitgestaltung oder einem Besuchs- oder Lesedienst für ältere und alleinstehende Personen, auch die Schaffung und Förderung von generationsübergreifenden Initiativen. Die Einführung von Wohnprojekten, in denen junge und alte Menschen gemeinsam zusammenleben, sollte Teil solcher Aktivitäten sein. Derartige Projekte sind in der Lage, einen intensiven Erfahrungsaustausch zu fördern, von dem nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter beide Seiten profitieren können.

Ein weiterer Aufgabenkreis, der sich aus Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für bürgerschaftliches Engagement eignet, ist die Pflege öffentlicher Anlagen. Hier sollen engagierte Anwohnerinnen und Anwohner zum Beispiel Patenschaften für Grünflächen oder Gewässer und damit Verantwortung für deren Pflege und Reinigung übernehmen. Sie schlagen in diesem Zusammenhang auch die Mitarbeit in gemeinnützigen Gruppierungen oder die Mithilfe bei Gemeinschaftsprojekten vor.

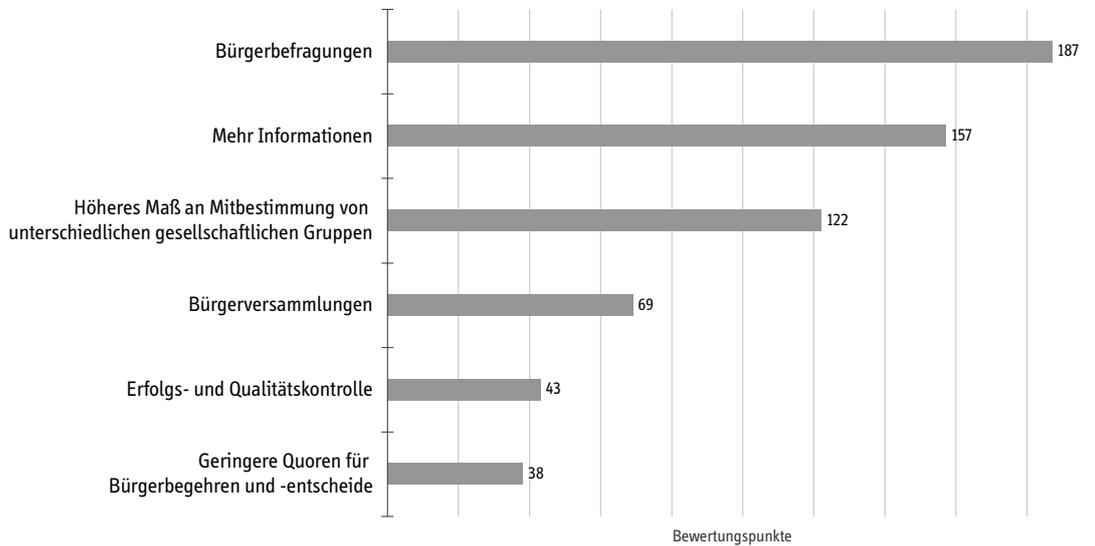
Für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sind auch die Bereiche Kultur und Sport mögliche Felder für bürgerschaftliches Engagement. Dazu gehören:

- Arbeit in Sport- oder Wandervereinen
- Vermittlung von Informationen aus dem Bereich Kultur und Geschichte, zum Beispiel als Fremdenführer
- Mitarbeit in Fördervereinen oder der Gemeindezeitung

„Wie möchten Sie als Bürgerinnen und Bürger in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?“

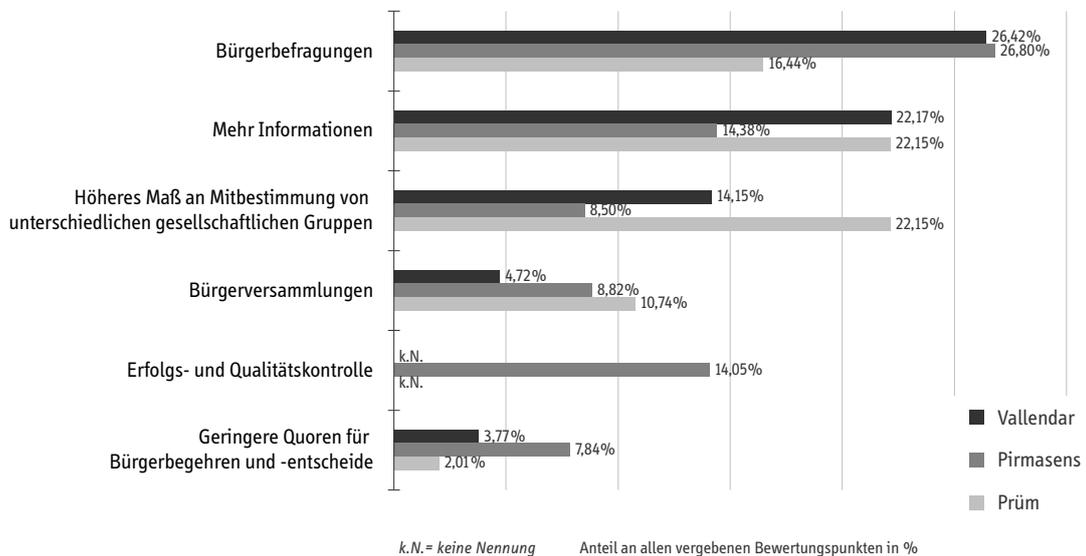
AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?



AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?



Mit deutlichem Votum wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zukünftig mehr an der Kommunalpolitik beteiligt werden. Sie fordern Bürgerbefragungen, mehr Information und eine stärkere Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Besonders empfehlen sie

die Einführung von Bürgerbefragungen bei wichtigen, kostenintensiven kommunalen Entscheidungen.

Sie schlagen zwei Varianten von Befragung vor: In der ersten Variante werden ausschließlich Betroffene befragt, in der zweiten Variante sollen alle Bürgerinnen und Bürger einer Kommune befragt werden. Wichtig ist ihnen, dass die Ergebnisse dieser Bürgerbefragungen in den politischen Prozess einfließen und die Kommunen über den Stand der Umsetzung oder die Gründe einer eventuellen Ablehnung berichten. Für die Durchführung der Bürgerbefragungen empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter den Einsatz verschiedener Medien wie Fragebögen oder den Einsatz des Internets.

Als weitere Methode der Bürgerbeteiligung fordern sie häufigere Bürgerversammlungen, in denen die Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, ihre Fragen direkt an die verantwortlichen Politiker zu stellen und ihre Vorstellungen und Meinungen zu präsentieren.

Sie wünschen sich auch eine bessere Informationspolitik und Transparenz als Grundlage für mehr Beteiligung. Sie wollen frühzeitig und in geeigneten Medien wie Zeitung, Internet oder kommunalem Newsletter über aktuelle Vorhaben informiert werden. Relevante Informationen sollen schnell und unkompliziert zugänglich und in einer verständlichen Sprache formuliert sein. Als ein weiteres Informationsmedium schlagen sie die Einführung von politischen Vorträgen vor, durch die sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über Hintergründe informieren können.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sicherstellen. Beide Geschlechter und Menschen mit verschiedenen Hintergründen (Herkunft, Altersgruppen) sollen beteiligt und bei der Durchführung oben genannter Verfahren berücksichtigt werden. Ein Teil der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sprach sich auch für eine bessere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Gremien aus. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sprechen sich auch für die Bildung eines Jugendrates aus.

Ein zentraler Wunsch zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung ist die Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Hierdurch sollen direktdemokratische Verfahren für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes Rheinland-Pfalz attraktiver gemacht werden und der Bürgerwille leichter Eingang in die Kommunalpolitik finden.

Weiterhin schlagen sie die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in eine Erfolgs- und Qualitätskontrolle der Politik vor. Wie Schöffen können diese die Funktion außen stehender Gutachter einnehmen und Prozess und Ergebnis politischer Entscheidungsfindung kontrollieren.



**Empfehlungen zu „Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“
(AE10) kurz gefasst:**

- Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Soziales, Jugendarbeit, Pflege öffentlicher Anlage, Kultur, Sport, Seniorenbetreuung und generationsübergreifende Unterstützung fördern.

Zum Thema Bürgerbeteiligung wollen sie:

- Mehr Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik
 - Mehr Bürgerbefragungen und Berücksichtigung ihrer Ergebnisse im politischen Handeln
 - Mehr Information und Transparenz über kommunalpolitische Fragen
 - Mehr Mitbestimmung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und angemessene Geschlechterrepräsentanz in den kommunalen Gremien
 - Mehr Bürgerversammlungen
 - Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in eine Erfolgs- und Qualitätskontrolle der Politik
 - Niedrigere Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
-

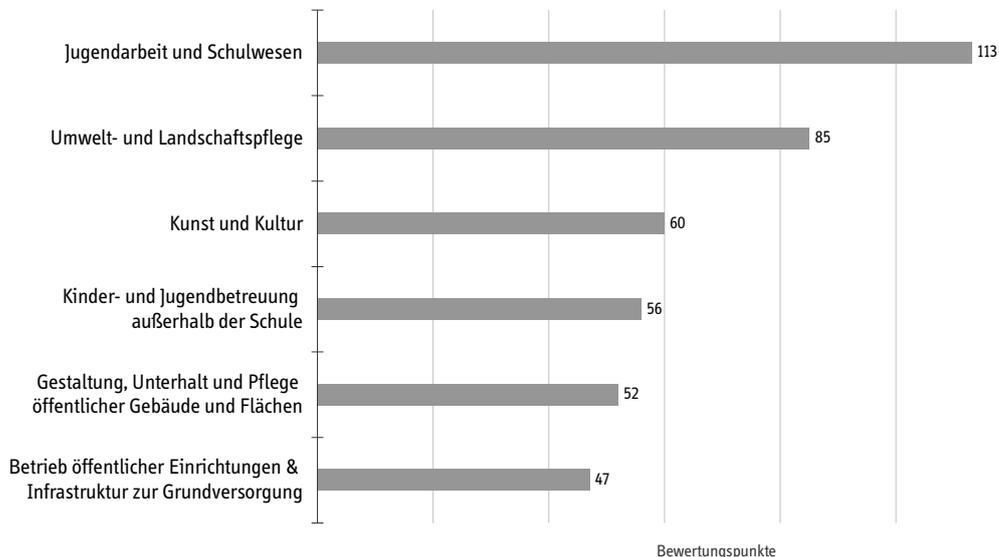


7.3.3. Kooperationen und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge (AE11)

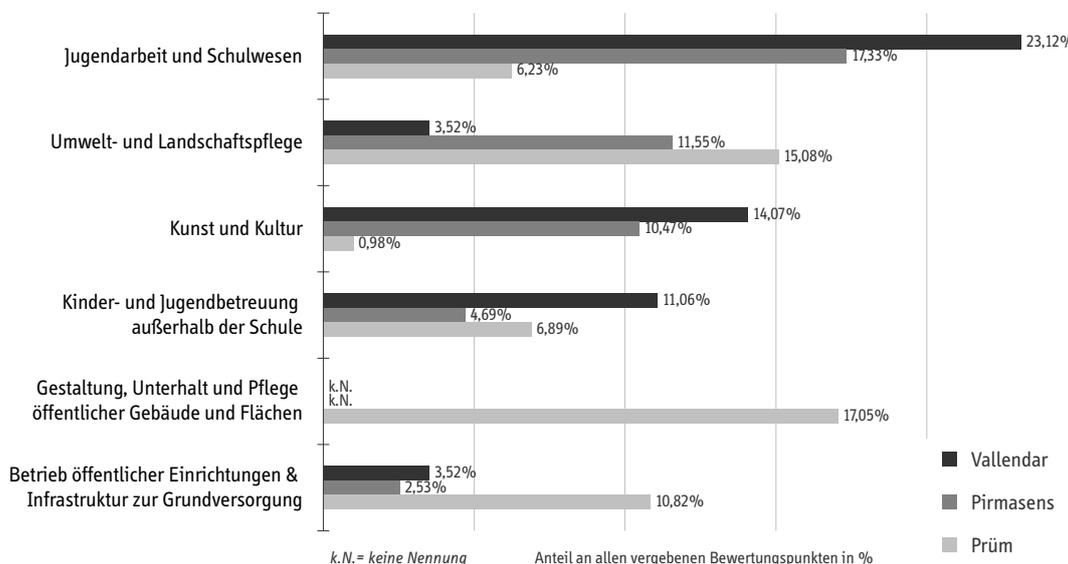
Die Frage nach der Zusammenarbeit von Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft für die Sicherstellung der Daseinsvorsorge stand im Mittelpunkt der elften Arbeitseinheit. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter diskutierten und verabschiedeten hier Empfehlungen dazu, welche Aufgaben in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt und wie im Rahmen solcher Partnerschaften Entscheidungen getroffen werden sollten.

„Welche Aufgaben könnten in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?“

AE11: Kooperation und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?



AE11: Kooperation und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?



An erster Stelle wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter neue Partnerschaften für den Bereich Jugendarbeit und Schulwesen. Die Trägerschaft der Schulen soll weiterhin in öffentlicher Hand bleiben, aber sie schlagen eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vor, etwa für effektive Praktika oder Schulpartnerschaften durch Unternehmen. Dabei

unterstützen die Unternehmen die Schulen mit finanziellen oder Sachmitteln (zum Beispiel Schulbüchern).

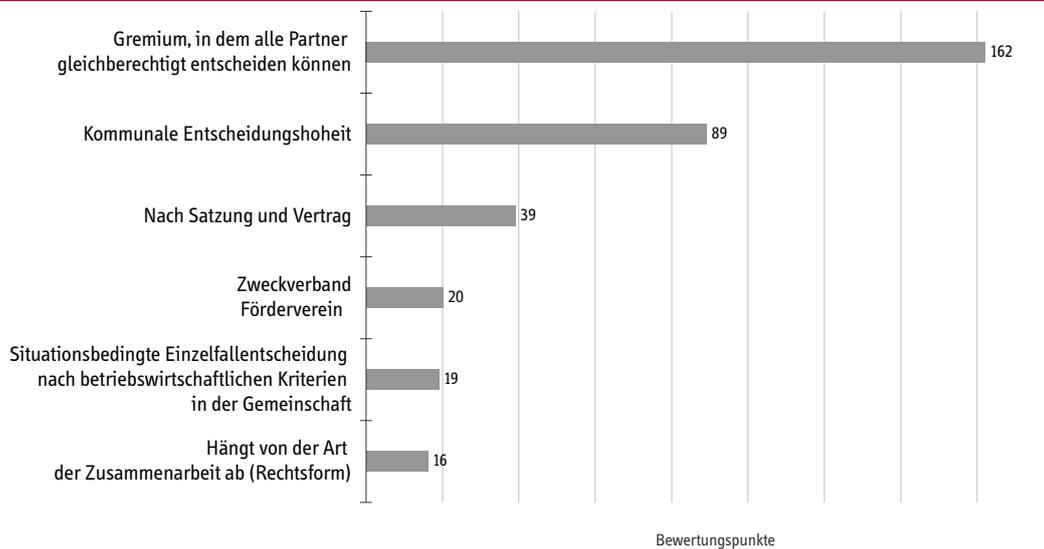
Bürgerschaftliche Gruppen, d.h. organisierte ehrenamtliche Gruppen, aber auch einzeln ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger sollen ebenfalls als Partner im Bereich Schule und Jugendarbeit tätig werden: Sie können beispielsweise die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Ganztags-schulen oder Jugendclubs übernehmen oder als Busbegleitung in Schulbus-sen mitfahren. Hier schlagen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch ein Modell der Jugendarbeit vor, in dem die Kommune die Räumlich-keiten stellt, die Bürgerinnen und Bürger die Einrichtung maßgeblich leiten und die Wirtschaft sich an der Finanzierung beteiligt.

Auch für den Bereich der Umwelt- und Landschaftspflege empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter neue Partnerschaften. Wie bereits in der vorhergehenden Arbeitseinheit schlagen sie vor, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen Partnerschaften für öffentliche Plätze/Grünflächen oder Gebäude übernehmen. Auch bei der Gestaltung und Neuerschließung öffentlicher Flächen sind Bürgerschaft und Wirtschaft als Partner einsetzbar: Die Materialien können von der Kommune oder Wirtschaft gestellt werden und bürgerschaftliche Gruppen übernehmen die Ausführung. Diesen Einsatz neuer Partnerschaften stellen sich die Bürger-gutachterinnen und Bürgergutachter auch für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und den Betrieb anderer öffentlicher Einrichtungen wie z.B. Schwimmbädern, Bibliotheken oder Krankenhäusern vor, z.B. mit Hilfe eines Betreibermodells durch Unternehmen oder bürgerschaftliche Gruppen. Kunst und Kultur sehen sie ebenfalls als mögliches Aufgabenfeld für neue Partnerschaften zwischen Kommunen, Wirtschaft und bürgerschaftlichen Gruppen. Wie auch schon bei anderen öffentlichen Einrichtungen empfehlen sie, dass die Wirtschaft durch Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen oder auch einzelner Theater oder Museen einen Beitrag für den Erhalt dieser Einrichtungen leistet.

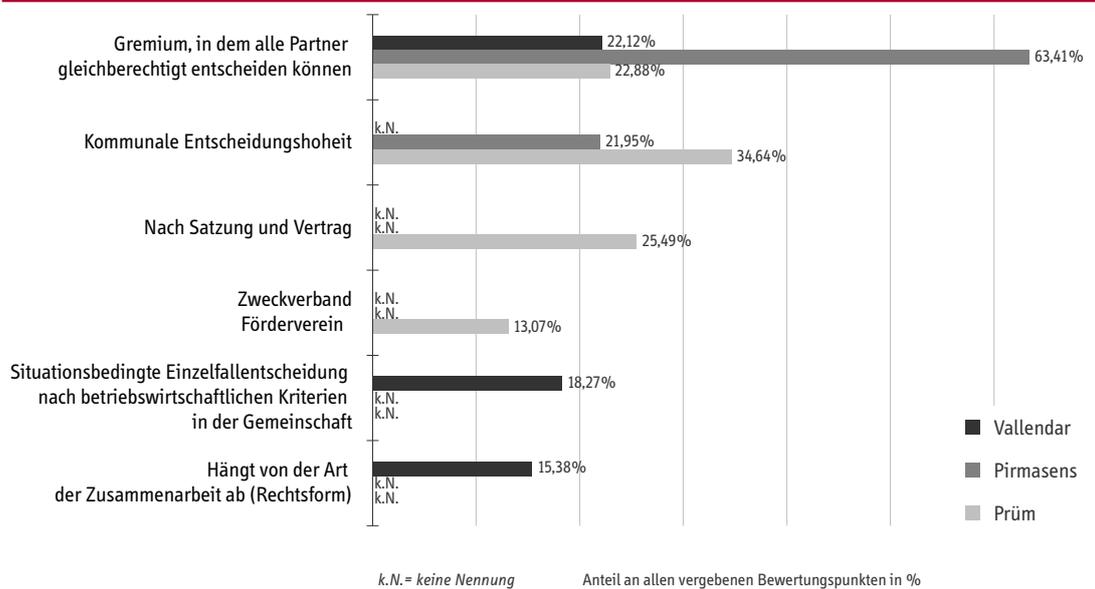
Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter plädieren damit insgesamt für die Bildung von Verantwortungsgemeinschaften, d.h. die wirkungsori-entiertere Zusammenarbeit von Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft für Bereiche, in denen die Kommune nur noch finanziell und personell begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten hat.

„Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?“

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?



AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?



Mit großer Mehrheit, durch ein sehr hohes Votum am Standort Pirmasens, wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, dass bei einer Zusammenarbeit zwischen Kommune, Bürgerschaft und Wirtschaft alle Partner gleichberechtigt entscheiden. Dies kann an einem runden Tisch oder im Rahmen eines anderen Gremiums erfolgen.

An zweiter Stelle empfehlen sie, die Entscheidungshoheit bei den Kommunen zu belassen. Hierfür wurde in Prüm vergleichsweise stark votiert. Die Rahmenbedingung und die Durchführung eines gemeinsamen Projekts sollen jedoch gemeinsam festgelegt werden.

Weitere Vorschläge der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter waren:

- die Festschreibung einer Satzung und/oder eines Vertrages, die in jedem einzelnen Fall die Entscheidungshoheit bestimmen,
- die Gründung eines Zweckverbandes oder Fördervereins und
- die Entscheidung in jedem Einzelfall, wobei betriebswirtschaftliche Kriterien maßgeblich sein sollen.

In Vallendar merkten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an, dass die Entscheidungsfindung von der Art der Zusammenarbeit abhängt, aus der sich eine bestimmte Rechtsform für die Kooperation ableiten lässt. Deshalb muss in jedem Einzelfall die Form der Entscheidungsfindung individuell bestimmt werden.

Empfehlungen zu „Kooperationen und Partnerschaften für die kommunale Daseinsvorsorge“ (AE11) kurz gefasst:

- **Neue Partnerschaften zwischen Kommune, Bürgerschaft und Wirtschaft empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für die Bereiche Schule und Jugendarbeit, außerschulische Kinder- und Jugendbetreuung, Umwelt- und Landschaftspflege, Kunst und Kultur sowie Unterhalt und Pflege öffentlicher Gebäude, Flächen, Einrichtungen und Infrastruktur. Sie plädieren für wirkungsorientierte Verantwortungsgemeinschaften da, wo die Kommune in ihrer Gestaltungsmöglichkeit begrenzt ist.**
 - **Bei der Zusammenarbeit im Rahmen von Partnerschaften zwischen Kommune, Bürgerschaft und Wirtschaft sollen Entscheidungen von allen Partnern gleichberechtigt getroffen werden oder entsprechend Satzung, Vertrag oder Rechtsform. Ein Teil der Bürgergutachter empfiehlt, dass die Kommune die Entscheidungshoheit behält.**
-

7.3.4. Politikerhearing (AE12)

Das Politikerhearing fand an den drei Standorten mit kommunalpolitischen Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fraktionen statt (s. Danksagung und Kapitel 6). Die Ergebnisse werden üblicherweise in einem Bürgergutachten nicht dokumentiert.

7.3.5. Zusammenfassung: Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

Bürgernähe heißt für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor allem eine örtlich und telefonisch gut erreichbare, freundliche, kompetente und serviceorientierte und in ihren Öffnungszeiten kundenfreundliche Verwaltung, die auf individuelle Bedürfnisse und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingeht und möglichst effizient arbeitet.

Der Rekurs auf die bereits zu Beginn der Planungszellen zusammengestellten Erfahrungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit Kommunen und Verwaltung zeigt, dass dieser Anspruch in verschiedenen Regionen oder Gemeinden in unterschiedlichem Ausmaß bereits erfüllt wird. Verwaltung soll aber noch bürgernäher werden. Insbesondere wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sie so reformieren, dass Aufgabenkompetenzen, die gegenwärtig noch verschiedene Verwaltungseinheiten erfüllen, an wenigen Stellen nach dem Vorbild des Bürgeramts gebündelt werden.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich nachdrücklich eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Sie wollen zum einen, dass Bürger selbst mehr Verantwortung in Bereichen übernehmen, die bisher hauptsächlich zur kommunalen Aufgabenkompetenz gehörten, wie Soziales, Bildung, Jugend und Seniorenförderung. Sie empfehlen ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement, um sich aktiv an der Gestaltung dieser gesellschaftlichen Kernbereiche zu beteiligen.

Zum anderen fordern sie im Gegenzug jedoch auch eine stärkere Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess, der durch den vermehrten Einsatz von Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen, eine verbesserte Informationspolitik durch die Kommunen und die Absenkung von Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erreicht werden soll.

Auch bezüglich neuer Partnerschaften empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, dass einige, auch sensible Bereiche wie Schule und Jugendarbeit, in Kooperationen mit bürgerschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft betrieben werden können. Wenn zukünftig der Staat bzw. die Kommunen nicht mehr alleine in der Lage sind, den gesamten Bereich der Grundversorgung zu gewährleisten, sollen Bürgerschaft und Wirtschaft den Staat bzw. die Kommunen unterstützen, um das Versorgungsniveau aufrecht zu erhalten.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sprechen sich jedoch nicht für eine verstärkte Privatisierung aus, sondern explizit für Kooperationen. Dies entspricht der Forderung nach einer kommunalen Grundversorgung aus der zweiten und dritten Arbeitseinheit.

7.4. Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept (4. Tag)

Am vierten Tag waren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nach einer Präsentation ihrer bisherigen Ergebnisse aufgefordert, die Empfehlungen der vorangegangenen drei Tage gegenseitig abzuwägen und zu einem Gesamtkonzept zu verdichten. Hier gab es keine weiteren Experteninformationen und die dreizehnte und vierzehnte Arbeitseinheit wurden für diesen Zweck zeitlich zusammen gefasst. Zusätzlich zur Abgabe der Empfehlungen boten Zuspitzungsfragen mit vorgegebenen Antwortkategorien zu jedem der drei Hauptthemen die Möglichkeit, das, was die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, noch einmal auf den Punkt zu bringen. Diesem Teil schloss sich die fünfzehnte Arbeitseinheit als ein offen gestalteter Block an, in dem Vorschläge für Themen gemacht wurden, welche die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gerne zusätzlich bearbeiten wollten und denen sie sich nach Interesse zuordneten. Den Abschluss der Planungszellen bildete die sechzehnte Arbeitseinheit mit Verfahrensbewertung, Ausblick auf die Übergabe des Gutachtens und Verabschiedung.

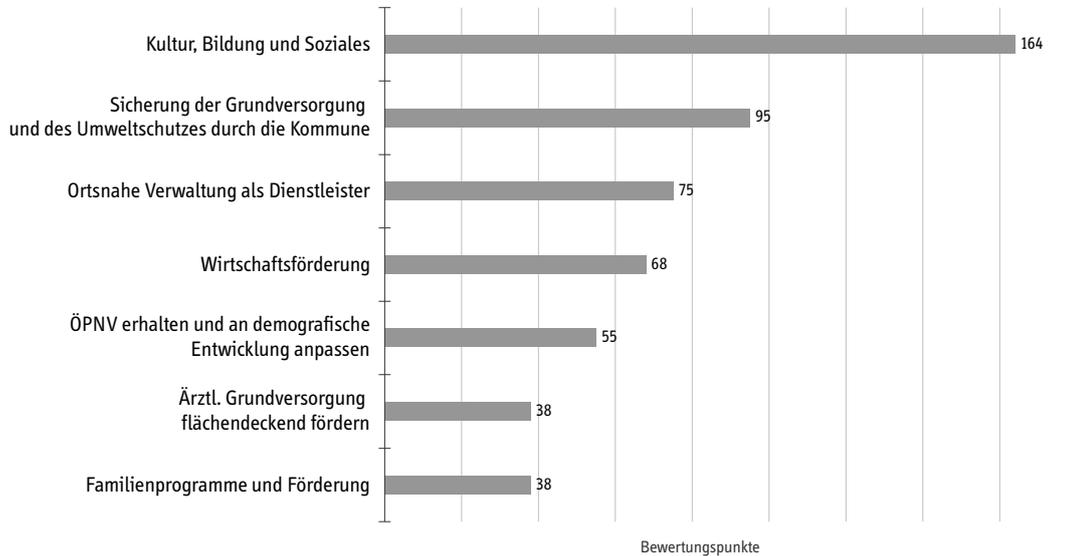


7.4.1. Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept (AE13/14)

Das wollen wir – Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

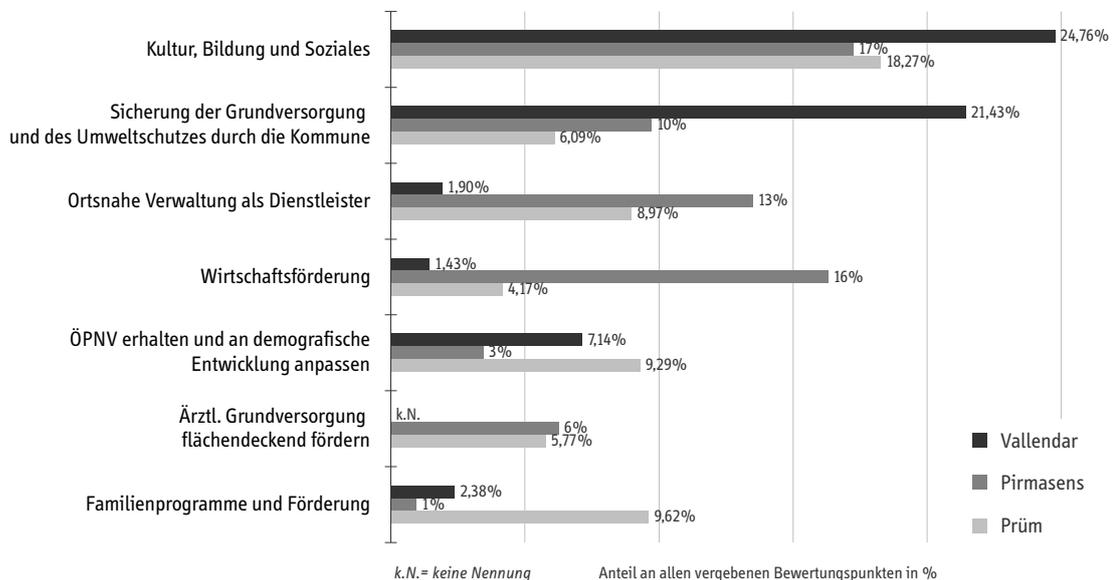
AE13/14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung



AE13/14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

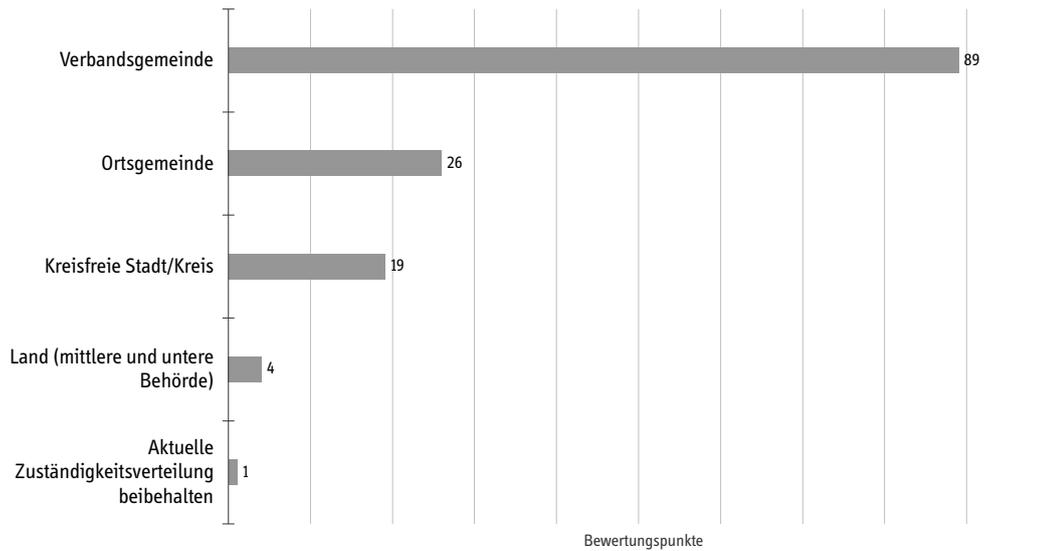


Was sollen die zukünftigen Kernkompetenzen und Kernaufgaben von Kommunen und Verwaltung sein? Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen mehrheitlich und mit relativ hoher Übereinstimmung an den drei Standorten, dass die Bereiche Kultur, Bildung und Soziales in kommunaler Hand verbleiben. Sie nehmen die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts als Herausforderung an. Bildung soll da sein, wo die Menschen

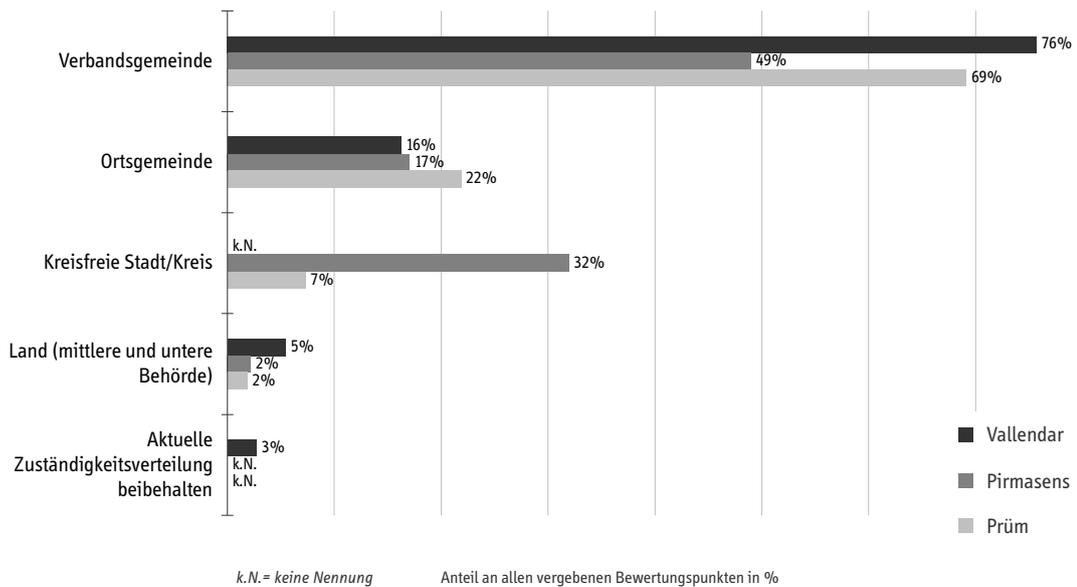
sind. Kindertagesstätten und Schulen sollen vor Ort bleiben und zusätzlich gefördert werden. Bildung ist nicht nur auf Kinder und Jugendliche zu beschränken. Kommunale Bildungslandschaften für lebenslanges Lernen sollen erhalten bleiben oder geschaffen werden. Bildungspolitik darf damit nicht blind sein für den räumlichen Aspekt und die gewünschte Ortsnähe, sie soll sich nicht nur an Zahlen orientieren. Die Kommune soll aber auch für außerschulische Freizeitaktivitäten geeignete Rahmenbedingungen bieten. Zu den Kernaufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung gehört aus Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch die Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung und des Umweltschutzes. Hierzu zählen sie, wie bereits in der zweiten und dritten Arbeitseinheit dokumentiert, verschiedene Aufgaben und Dienste. Die Kommune soll weiterhin für die Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Müll) zuständig sein, aber auch für den Erhalt und die Bereitstellung einer flächendeckenden ärztlichen Grundversorgung, die Anpassung des ÖPNV an den demografischen Wandel und die wirtschaftliche Stärkung der Standorte. Diese Aufgaben sollen unter Berücksichtigung der Anforderungen des Umweltschutzes erfüllt werden. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fordern eine Reform der Verwaltung in Richtung einer ortsnahen und serviceorientierten Dienstleistungseinrichtung, die eine schnelle, freundliche und kompetente Bearbeitung verschiedener Anliegen an einer Stelle sicherstellt. Teil dieses Konzeptes ist auch der von ihnen gewünschte Ansatz einer mobilen und aufsuchenden Verwaltung. Auch die Wirtschaftsförderung soll weiterhin Bestandteil der Aufgaben von Kommunen bleiben und noch ausgebaut werden. Ziele hierbei sind der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter schlagen vor, durch eine reduzierte Gewerbesteuer die Ansiedlung von Industrie zu erleichtern. Sie wünschen sich ein gezieltes Marketing für verschiedene Wirtschaftszweige und touristische Vermarktung, um ihre Regionen als Wirtschaftsstandort attraktiver für Unternehmen zu machen. Als Reaktion auf die kommenden demografischen Veränderungen empfehlen sie die Förderung von Familien und den Einsatz von Familienprogrammen, vor allem eine verbesserte Kinderbetreuung und finanzielle Entlastungen für Familien. Die Familienförderung und eine flächendeckende Förderung der ärztlichen Grundversorgung wurden hier mit gleicher Punktzahl platziert.

Die starke Betonung der Aufgabenzuständigkeit von Staat und Kommunen in den genannten Bereichen lässt auch hier die Interpretation zu, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in diese Ebenen großes Vertrauen haben und sich gestaltungs- und handlungsfähige Kommunen wünschen. Kultur, Bildung und Soziales wird vor allem in der wirtschaftlich stabilen oder sogar prosperierenden Region am Standort Vallendar als zentrale Aufgabe hervorgehoben, während sich in Pirmasens, einer Region mit Strukturproblemen, die Wirtschaftsförderung als ebenso bedeutsames Anliegen in den Vordergrund schiebt. Für Familienprogramme wird besonders am Standort Prüm, also in der ländlichen Region, votiert. Diese Forderung galt vor zwei Jahrzehnten noch eher als traditionell, gilt aber heute wieder als wichtige Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit.

AE13/14: Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?



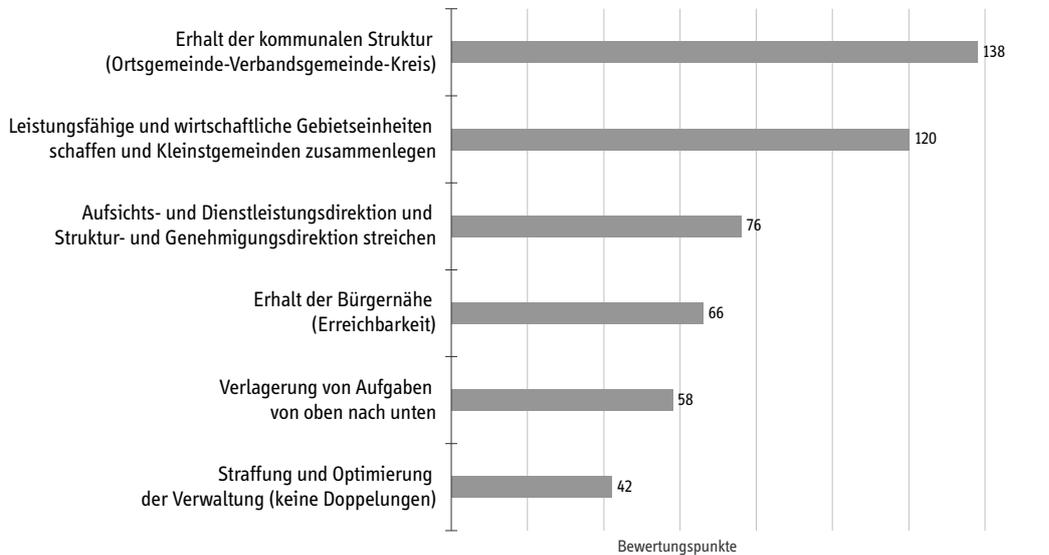
AE13/14: Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?



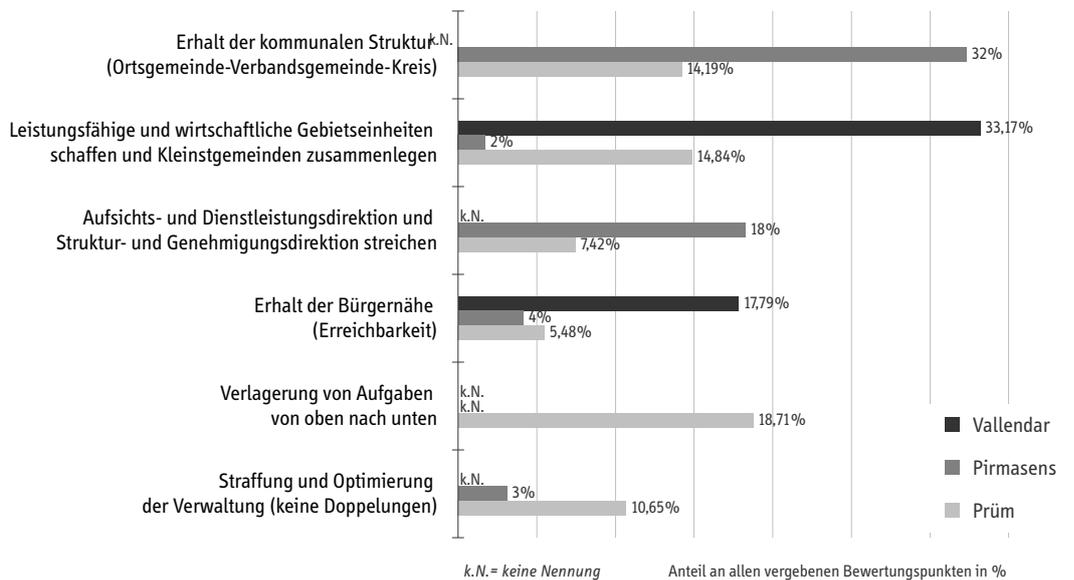
Mit deutlichem Abstand und standortübergreifend empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bei den vorgegebenen Wahlmöglichkeiten der Zuspitzungsfrage eine Stärkung der Verbandsgemeinde in der Aufgabenzuständigkeit, gefolgt von der Ortsgemeinde und der kreisfreien Stadt. Damit sprechen sie sich für eine Verlagerung von Aufgaben auf die unteren kommunalen Ebenen aus und zeigen in diesem Punkt große Reformwilligkeit.

Das wollen wir – Zukunftsfähige Gebietsstrukturen

AE13/14: Das wollen wir! Zukunftsfähige Gebietsstrukturen



AE13/14: Das wollen wir! Zukunftsfähige Gebietsstrukturen



Für die Gestaltung zukunftsfähiger Gebietsstrukturen im Rahmen einer Kommunal- und Verwaltungsreform empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an erster Stelle den Erhalt des aktuellen kommunalen Aufbaus mit Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen, wobei hier das Votum aus dem Standort Pirmasens die Platzierung verhältnismäßig stark beeinflusst hat.

An zweiter Stelle, durch ein deutliches Gewicht des Votums aus dem Standort Vallendar, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Schaffung leistungsfähiger und wirtschaftlich arbeitender Gebietseinheiten durch die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden und die Reduzierung der Anzahl der Landkreise. Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Kleinstgemeinden definieren sie verschiedene Mindestgrößen, die von mindestens 75 bis zu mindestens 200 Einwohnern pro Ortsgemeinde variieren. Eine Optimierung der Gebietsstrukturen muss aber, wie bereits erwähnt, weiterhin die Bürgernähe, im Sinne einer guten Erreichbarkeit und schnellen Bearbeitung, berücksichtigen.

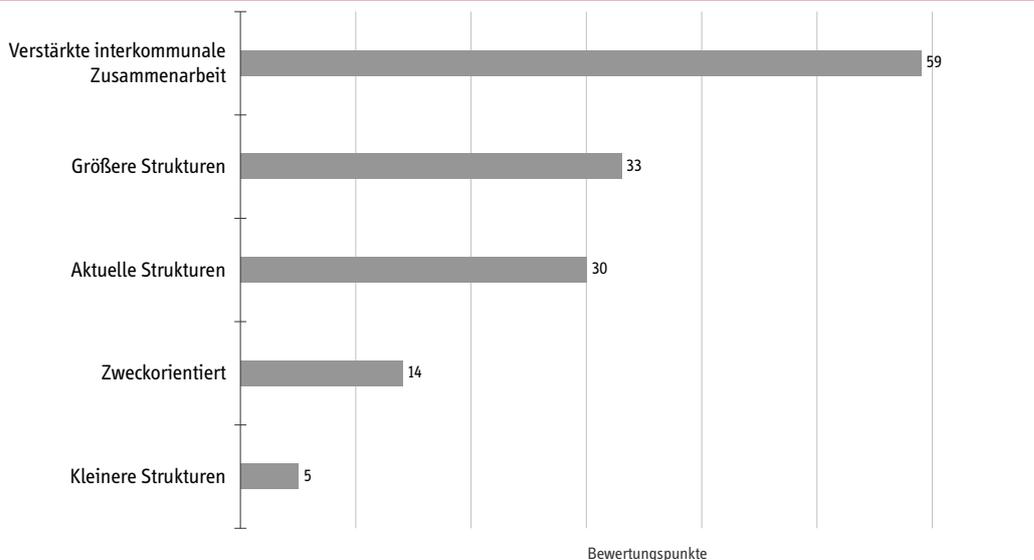
Besonders die Pirmasenser Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich eine Umstellung von einem dreistufigen auf einen zweistufigen Verwaltungsaufbau: Die Mittelinstanzen (ADD, SGD) sollen ersatzlos gestrichen und ihre Aufgabenkompetenzen auf die Kommunen verlagert werden. Hierin wird auch eine Möglichkeit gesehen, Verwaltungswege zu verkürzen und Kosten zu sparen.

Alles soll möglichst ortsnah geschehen und die Orts- und Verbandsgemeinden sollen in ihrer Aufgabenkompetenz gestärkt werden und mehr Aufgaben erhalten, das empfehlen mit starkem Votum die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter am Standort Prüm. Diese Verlagerung kann aus ihrer Sicht auch die Selbstverwaltungskompetenz der unteren kommunalen Ebene garantieren. Als weiteren positiven Effekt der Stärkung der Orts- und Verbandsgemeinden sehen sie die Bewahrung der Bürger- und Ortsnähe von Verwaltung, die aber an allen drei Standorten insgesamt als besonders wichtig angesehen wird.

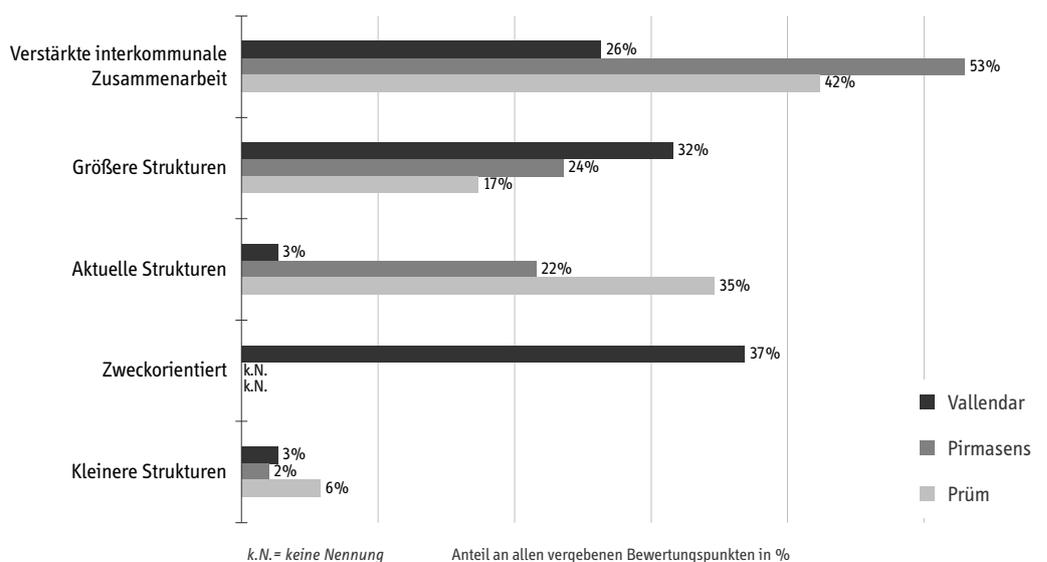
Um die Verwaltung zu optimieren empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Straffung und Bündelung von Aufgabenbereichen. Doppelungen sind abzubauen und Effizienz und Effektivität der Verwaltung sicher zu stellen.



AE13/14: Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?



AE13/14: Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?

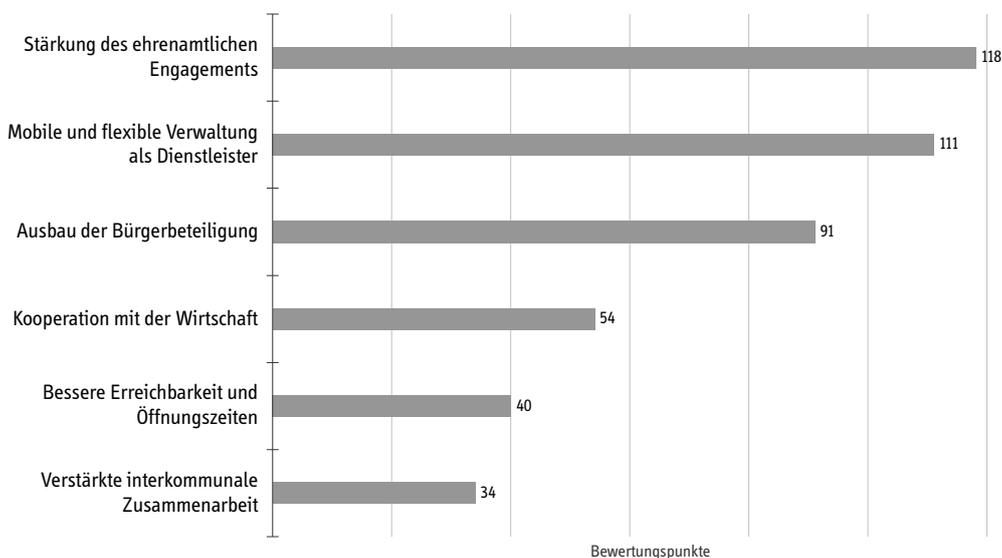


Bei den hier vorgegebenen Kategorien empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für eine zukünftige Sicherung der Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen an erster Stelle die Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. An zweiter Stelle (besonders am Standort Vallendar) sprechen sie sich für die Bildung größerer Strukturen aus. Für die Beibehaltung der aktuellen Strukturen hat besonders der Standort Prüm votiert (die Verbandsgemeinde Prüm ist von der Fläche her bereits die größte Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz).

Das wollen wir – Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

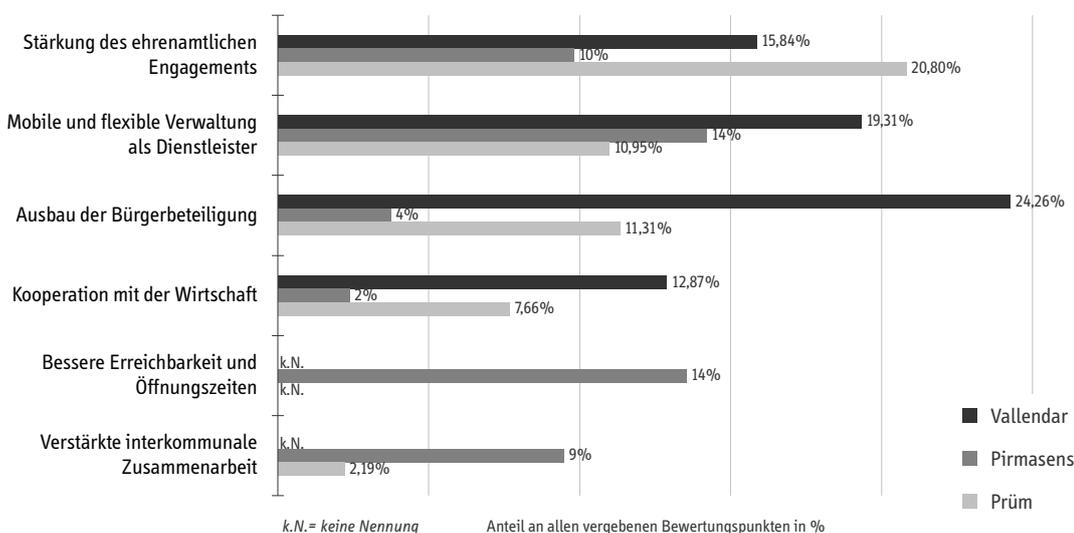
AE13/14: Das wollen wir!

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit



AE13/14: Das wollen wir!

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit



Im Rahmen einer Kommunal- und Verwaltungsreform wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vorrangig das ehrenamtliche Engagement stärken und fördern und die Bürgerbeteiligung ausbauen. Verwaltung soll mobil, flexibel und serviceorientiert werden, besser erreichbar sein und bürgerfreundlichere Öffnungszeiten bekommen. Sie empfehlen, die interkommunale Zusammenarbeit, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft, zu intensivieren.

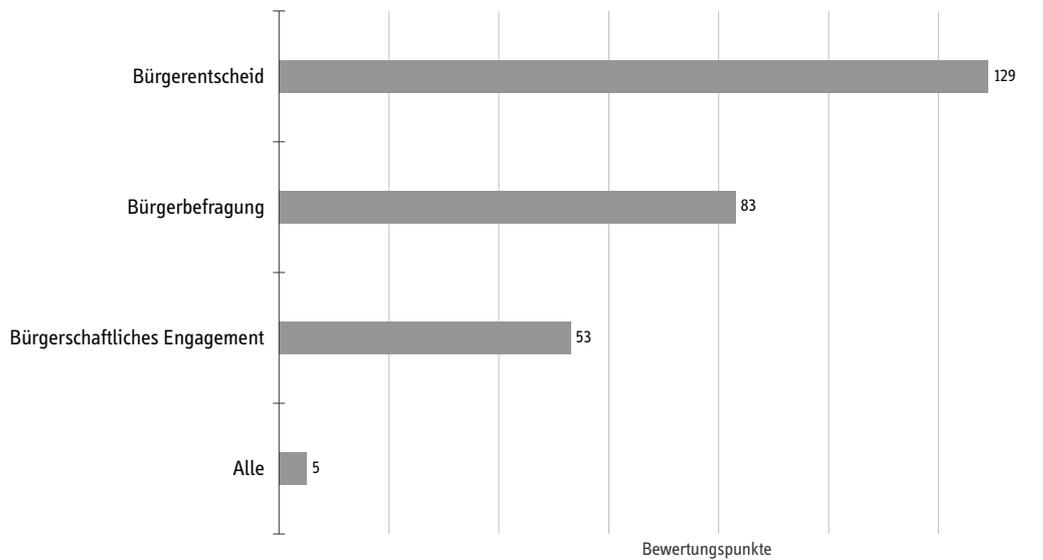
Die Stärkung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist den Bürgergutachtern und Bürgergutachterinnen besonders wichtig. Sie sprechen sich für eine verbesserte Ansprache und Unterstützung ehrenamtlich Engagierter aus, dazu gehört für sie auch eine bessere Absicherung und Versicherung und eine unkomplizierte Kostenerstattung. Parallel dazu sollen die bürokratischen Hürden für ehrenamtliche Projekte möglichst abgebaut werden.

Die Bürgerbeteiligung wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ausbauen und die zivilgesellschaftliche Infrastruktur stärken. Bürgerinnen und Bürger sollen häufiger (verbindlich) befragt werden und die Ergebnisse dieser Befragungen sollen in die politischen Entscheidungen mit einfließen.

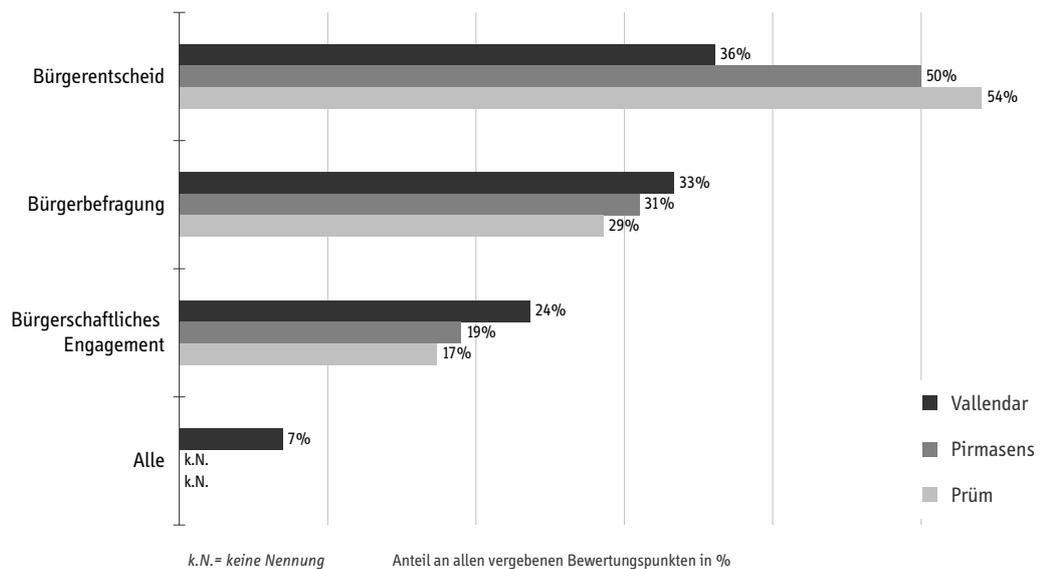
Um die Bürgernähe zu verbessern, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter den Umbau der Verwaltung zu einer modernen und flexiblen Dienstleistungseinrichtung. Sie wünschen sich im Detail eine freundliche, qualifizierte und hilfsbereite Beratung durch die Verwaltungsmitarbeiter und die Bündelung von Kompetenzen, die es möglich macht, verschiedene Behördengänge an einem Ort zu erledigen. Dies entspricht im Wesentlichen den Merkmalen eines modernen Bürgeramtes. Weiteres Verbesserungspotential sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, vor dem Hintergrund eines zukünftig größeren Anteils alter und immobiler Menschen, bei der Mobilität der Verwaltung. Sie soll durch den Einsatz von Bürgerbussen und Besuchsservice zur aufsuchenden Verwaltung werden. Ebenfalls verbesserungswürdig sind die Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren sollen. Für eine grundsätzliche Verbesserung der Erreichbarkeit der Verwaltung schlagen sie zusätzlich ein Ausweitung und Optimierung der Online-Dienste vor.

Um insbesondere den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu begegnen, sollen Gemeinden stärker interkommunal zusammenarbeiten und Kommunen und Bürgerschaft häufiger Partnerschaften mit der Wirtschaft eingehen. Bürgerschaft und Wirtschaft sollen in wirkungsorientierten Verantwortungsgemeinschaften da helfen, wo die Kommunen alleine nicht mehr handlungsfähig sind. Davon erhoffen sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch die Ausschöpfung von Einsparpotenzialen und eine Optimierung der Arbeitsabläufe. Die Wirtschaft kann in verschiedenen Bereichen auch als Sponsor auftreten, um den Erhalt öffentlicher Einrichtungen sicherzustellen. Das beinhaltet jedoch ausdrücklich keine verstärkte Privatisierung, der Staat/die Kommune soll weiterhin für diese Einrichtungen bzw. Aufgabenbereiche verantwortlich sein.

AE13/14: Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?

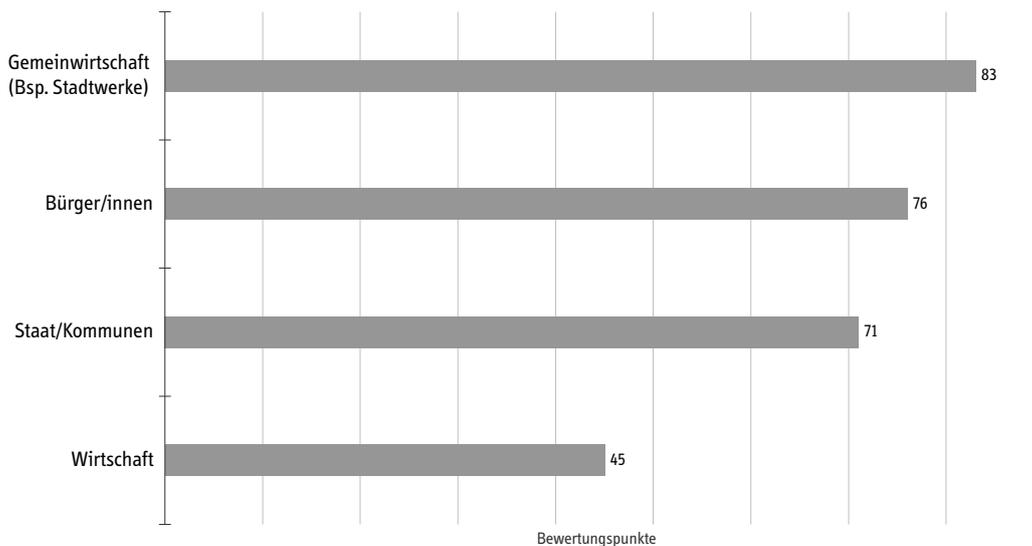


AE13/14: Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?

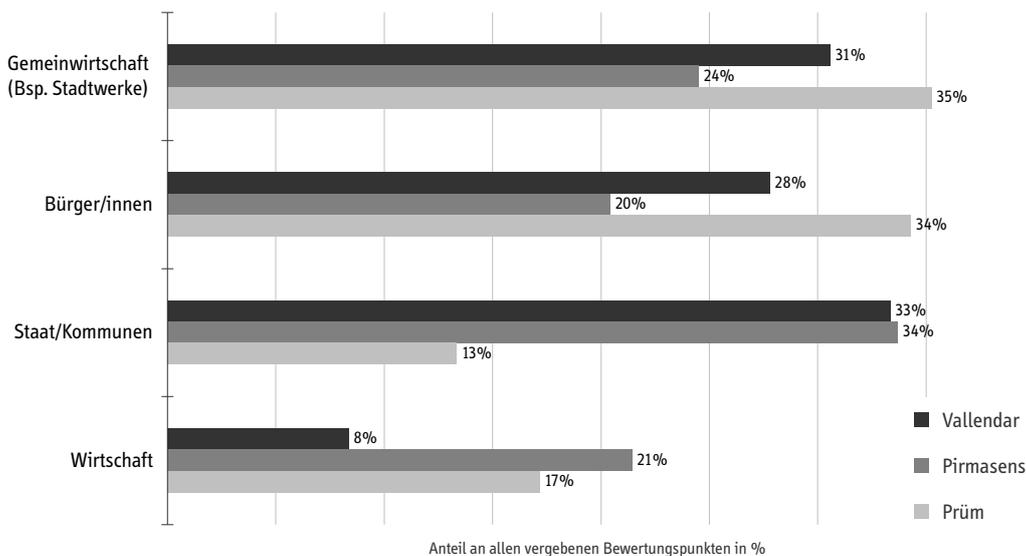


Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen stärker beteiligt werden. Von den in der Zuspitzungsfrage zur Auswahl gestellten Beteiligungsinstrumenten setzen sie dabei den Bürgerentscheid mit Abstand an die erste Stelle, gefolgt von Bürgerbefragung und bürgerschaftlichem Engagement. Damit wird auch der Wunsch nach geringeren Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, der in den Empfehlungen der Arbeitseinheit 10 enthalten ist, noch einmal nachvollziehbar, der eine Voraussetzung für den häufigeren Einsatz von Bürgerentscheiden ist.

AE13/14: Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?



AE13/14: Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?



Bei der Beantwortung der Frage nach den Sektoren, die bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen sollten, findet sich zu den vorgegebenen Kategorien eine sehr ausgeglichene Verteilung der Stimmen. Dieses Phänomen erlaubt den Schluss, dass sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Verantwortungsgemeinschaften und Kooperationen mit allen genannten Akteuren wünschen, am wenigsten jedoch mit der Wirtschaft. Gemeinwirtschaft umschreibt Unternehmen, bei denen der Nutzen für die Allgemeinheit im Zentrum ihrer Tätigkeit steht und nicht die Gewinnmaximierung. Träger solcher Betriebe können der Staat (Bsp. Stadtwerke), Kirchen, Gewerkschaften oder andere Institutionen sein.



Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept (AE13/14) kurz gefasst:

Ihre Empfehlungen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz bündeln die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zusammengefasst in folgenden Punkten:

- Kultur, Bildung und Soziales, die Gewährleistung der Grundversorgung (Infrastruktur, Ver- und Entsorgung, ÖPNV, medizinische Versorgung) und des Umweltschutzes, die Förderung der Wirtschaft und die Förderung von Familien sollen vorrangige Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung sein.
- Bildung soll da sein, wo die Menschen sind, Kindertagesstätten und Schulen sollen vor Ort bleiben und gefördert werden. Die Kommune soll Bildungsangebote für lebenslanges Lernen sicher stellen.
- Verwaltung soll ortsnah sein und sich zu einer serviceorientierten und mobilen, effektiven und effizienten Dienstleistungseinrichtung entwickeln.
- Die Verbandsgemeinden sollen in ihrer Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden.
- Verwaltungsaufgaben sollen auf die untere kommunalen Ebene, die Verbandsgemeinde und die Ortsgemeinde, verlagert werden.
- Die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen soll vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung vorrangig durch eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit gesichert werden, an zweiter Stelle durch die Bildung größerer Strukturen.

- Die Bürgernähe, insbesondere eine gute Erreichbarkeit und schnelle, unbürokratische Arbeit der Verwaltung, muss im Rahmen einer Kommunal- und Verwaltungsreform unbedingt gewährleistet werden.
 - Bei einer Gebietsneuordnung soll die dreigliedrige kommunale Struktur aus Kreis, Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde erhalten bleiben. Es sind leistungsfähige und wirtschaftliche Gebietseinheiten zu schaffen, Kleinstgemeinden können zusammengelegt und die Anzahl der Landkreise verringert werden. Ein Teil der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfiehlt die Abschaffung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und der Struktur- und Genehmigungsdirektionen.
 - Ehrenamtliches Engagement und Bürgerbeteiligung sollen gestärkt werden. Bürgerentscheid und Bürgerbefragung sollen häufiger eingesetzt und ihre Ergebnisse im politischen Handeln berücksichtigt werden. Des Weiteren wird eine repräsentative Beteiligung der Geschlechter und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in den kommunalen Gremien gewünscht.
 - Zur Sicherung der Daseinsvorsorge, auch angesichts der demografischen Entwicklung, sollen die Kommunen häufiger und intensiver mit Bürgerschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. Wirkungsorientierte Verantwortungsgemeinschaften sollen da entstehen, wo die Kommune nur noch begrenzt handlungsfähig ist. Die wichtigsten Aufgaben sollen aber in der Entscheidungshoheit der Kommunen bleiben.
-



7.4.2. Offene Themen (AE15)

In der fünfzehnten Arbeitseinheit bearbeiteten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter von ihnen selbst vorgeschlagene Themen zur Kommunal- und Verwaltungsreform. Dabei griffen sie bereits diskutierte Themen noch einmal auf oder formulierten zusätzliche Themen. Die Ergebnisse der nach Interesse gebildeten Kleingruppen wurden im Plenum präsentiert, aber nicht punktiert. Die detaillierte Dokumentation der offenen Themen findet sich im Anhang, hier folgt ein Überblick.

Offene Themen aus dem Bereich „demografischer Wandel“:

- Erhöhung der Geburtenrate
- Alternative Wohnformen
- Folgen des demografischen Wandels und Vorschläge
- Kommunikation zwischen Jung und Alt
- Familienförderung
- Was können wir für eine kinder- und familienfreundliche Region tun?

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter regen in diesem Zusammenhang verschiedene Maßnahmen wie bessere Familienförderung, Erhöhung des Kindergeldes, Begrüßungsgeld für Neugeborene, kostenfreie Kindergärten und Schulen, preiswertere Angebote für Jugendliche oder kostenfreie Nachmittage in kommunalen Einrichtungen an. Kinderbetreuung sollte auch zuhause angeboten werden, wenn beide Eltern arbeiten. Die Kommunikation zwischen Jung und Alt soll durch die Initiierung einer Kontaktbörse verbessert werden. Ziel ist es, verschiedene Aktivitäten ins Leben zu rufen wie Diskussionsnachmittage oder auch Dialekt-Nachmittage, in denen die Älteren den Jüngeren die Mundart beibringen, oder die Veranstaltung eines Generationenfestes. Hier sollen ebenfalls konkrete Dienstleistungen wie Winterdienst oder Rasenmähen bereitgestellt werden. Adoptionen sollen erleichtert und die künstliche Befruchtung für ungewollt kinderlose Paare finanziert werden. Respekt und Toleranz zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten, speziell die Förderung ihrer Kinder, sind weitere Vorschläge, um der demografischen Entwicklung zu begegnen.

Offene Themen zu Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftlichem Engagement:

- Wo kann und will sich der Bürger in die Gemeinde einbringen?
 - Integrationsteams
 - Quotenregelung (in politischen Gremien)
 - Programme zur Förderung des Ehrenamts
 - Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege
- Patenschaften, Zweckgemeinschaften zur Rekrutierung von ehrenamtlich Tätigen, Bürokratieabbau, die Einrichtung von Fonds für das Ehrenamt, Steuerfreiheit für Träger des Ehrenamts, Zuschüsse für Vereine und die Würdigung der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger durch Ehrenamtstage und Helferfeste, das sind einige der Vorschläge zur Förderung des Ehrenamts. Die Bildung ehrenamtlicher Integrationsteams, die neue Anwohner einer Gemeinde begrüßen, ihnen die örtliche Infrastruktur nahebringen

und ihnen bei der Einführung in die örtliche Gemeinschaft behilflich sind, ist eine weitere Idee.

Durch bürgerschaftliches Engagement sollen Naturschutz, Umweltschutz und Landschaftspflege unterstützt werden, z.B. durch Patenschaften, extensive Landwirtschaft, Ausweisung von Schutzgebieten und Naturlehrpfaden. Das Aufbrechen eingefahrener Strukturen in politischen Entscheidungsgremien und eine Quotenregelung zur Besetzung der Gremien und besseren Beteiligung der Bürger gehört zu den weiteren Vorschlägen. Diese Quotenregelung umfasst die gleichmäßige Besetzung mit Männern und Frauen, die Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen und die Berücksichtigung der Dauer der Wohnansässigkeit in einer Gemeinde. Eine solche Regelung soll die repräsentative Vertretung, die politische Einbindung, die Bürgernähe und das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

Offene Themen zu moderner Verwaltung:

- Bürgerbüro
- Bürgerbus/Bürgermobil
- Grundlage: Alle Verwaltungseinheiten sind technisch und organisatorisch gleich ausgestattet
- Qualitätsprüfung der Kommunalverwaltung

Ein Bürgerbüro sollte zentral in größeren Gemeinden oder Städten gelegen sein. Die Öffnungszeiten sollten sich am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger vor Ort richten. Zur Ermittlung des Bedarfs regen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Durchführung einer Umfrage an. In kleineren Gemeinden (weniger als 5000 Einwohner) könnten 3 halbe Tage ausreichend sein, in größeren Gemeinden und Städten wird eine tägliche Öffnungszeit gewünscht. Das Bürgerbüro sollte persönlich, telefonisch und über Internet erreichbar sein. Es soll kompetent besetzt sein und innerhalb eines Bürgerbüros sollen möglichst feste Ansprechpartner vorzufinden sein. Auch Ruheständler könnten in Teilzeit in ein Bürgerbüro eingebunden werden, um Beratungen durchzuführen und beim Ausfüllen von Formularen behilflich zu sein.

Ein Bürgerbus soll in ländlichen Gegenden und für Kleinstgemeinden eingesetzt werden. Er soll alle umliegenden Ortschaften abfahren und an jedem Ort jeweils ca. zwei Stunden bleiben. Bestimmte Ortschaften könnten auch nur nach telefonischer Anfrage angefahren werden. Der Bus muss mit einem Laptop und allen wichtigen Formularen ausgestattet sein. Anliegen, die ein Bürger hat, werden entweder direkt erfüllt oder notwendige Unterlagen werden beim nächsten Besuch des Busses im Ort mitgebracht, so dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge und Genehmigungen direkt vor Ort erhalten. Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Busses sind der Einsatz einheitlicher Software und Schnittstellen, die einen Datentransfer zwischen der mobilen und stationären Verwaltung erlauben. Auch Hausbesuche sind in diesem Zusammenhang denkbar.

Möglich ist auch eine Kombination von Bürgerbüro und Bürgerbus. An einzelnen Tagen ist dann das Bürgerbüro nur zu kürzeren Zeiten geöffnet, dafür fährt in der übrigen Zeit das Verwaltungspersonal mit dem Bürgerbus die abgelegenen Gemeinden an.



Bürgerbüro, aber auch Bürgerbus, sollen die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anliegen persönlich beraten und allgemeine Aufgaben wie Passwesen, polizeiliches Führungszeugnis, An- und Ummeldungen, Angelegenheiten der Ver- und Entsorgung oder Bauanträge bearbeiten. Aber auch neue Aufgaben könnten ergänzend hinzukommen wie Kraftfahrzeugzulassung, Kindergeldstelle oder Post, sowie Informationsdienste über kommunale Angelegenheiten oder Tourismus.

Offene Themen zu Gebietsstrukturen:

- Parameter für Gebietsneuordnung
Diese Arbeitsgruppe schlägt folgende Parameter für eine Gebietsneuordnung vor: Aufgaben, Einwohnerzahl und Berücksichtigung der Demografie, Fläche, Finanzkraft und verkehrsmäßige Erreichbarkeit. Sie befürwortet die Einführung von Mindestgrößen und empfiehlt für kreisfreie Städte eine Einwohnerzahl von mindestens 80.000 und für Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden von mindestens 15.000. Sie plädiert für eine deutliche Verringerung der Anzahl von Landkreisen und die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden.

Offene Themen zu Bildung, Jugendarbeit und Soziales:

- Schule/Bildung
- Politikschulung
- Jugendarbeit
- Soziale Anlaufstellen
Schulen mit kleinen Klassen von 15 bis max. 20 Schülerinnen und Schülern, einheitliche und kostenlose Lehrmittel, die Förderung von Schulfahrten, vielfältiger und häufiger Schulsport, die enge Zusammenarbeit von Eltern und Lehrenden, einen „Lehrer-TÜV“, die Möglichkeit der Versetzung von Lehrpersonal und ein vereinheitlichte Schulkleidung, das sind Vorschläge einer Arbeitsgruppe zum Thema Schule und Bildung. Sie fordert aber auch, anstelle von Darlehen, finanzielle Zuschüsse für Studierende und

Botschafter für Studiengänge und Ausbildungsberufe, die Schulabgängern einen Überblick über das jeweilige Gebiet liefern. Die Gruppe Politikschulung empfiehlt, bereits im Kindergarten mit der politischen Bildung zu beginnen. Den Kindern sollen durch Besuche des Rathauses die politischen Entscheidungsträger (Bürgermeister, etc.) bekannt gemacht werden. In der Grundschule soll die politische Bildung durch eine gezielte Vermittlung politischer Entscheidungswege fortgeführt werden. In den Oberschulen soll die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit politischen Themen durch die Einladung von Politikerinnen und Politikern oder die Durchführung politischer Beteiligungsverfahren, wie der Planungszelle, noch einmal intensiviert werden. Der Vorschlag zur Schaffung sozialer Anlaufstellen sieht eine neutrale und unabhängige Beratung durch fachliche kompetente ehrenamtlich tätige Personen vor, die über Sozialgesetzgebung, krankensicherungsrechtliche Fragen oder Fragen im Zusammenhang mit Rentenansprüchen Informationen bieten können, aber auch Unterstützungsangebote für Familien vermitteln.

Weitere offene Themen:

- Belebung der Stadtkerne (z.B. durch Förderung des Grundstückserwerbs für junge Menschen, Ausweis von Sanierungsgebieten, Verbesserung der Infrastruktur, Veranstaltungen im Stadtkern)
- Finanzierung / Umverteilung (das genügend vorhandene Geld umverteilen, z.B. durch Wegfall von Fremdleistungen etwa für Fußballstadien, Großprojekte nur nach Bürgerentscheid)
- Alibiveranstaltung (Kritik an den Planungszellen, z.B. keine ausreichende Vermittlung des Ist-Zustandes, unklare Zielvorgabe, Zeitdruck, Manipulation durch Referenten, keine Plenumsdiskussion, Fraglichkeit der tatsächlichen Berücksichtigung des Bürgergutachtens)
- Dorfladen/Wie kann man kleine Orte attraktiver machen? (z.B. durch private Kinderclubs, Hausaufgabenbetreuung durch Senioren, Bildung und Kultur, Sport und Natur, Bibliotheksbus, einen Dorfladen mit Postservice, Arzneimittelendienst und Einkaufsservice)
- Entschuldung (z.B. durch Extrasteuer auf Luxusgüter, Abbau von Subventionen, Reduzierung der Anzahl der Parlamentarier, Straßenbenutzungsgebühr, Abbau des Beamtentums, Prüfung des Sozialsystems, interkommunale Kooperation, Verkauf, Privatisierung, Schließung)
- Infrastruktur – Busverbindungen (z.B. Straßenbau, Parkplätze, medizinische Versorgung, Sammeltaxi, Schulen und Kindergärten, öffentliche Sicherheit, Jugendhaus)
- Projektentwicklung für Kooperativen (zwischen Kommune, Bürgerschaft und Wirtschaft)
- Mitfahrerbüro (mit zentraler Anlaufstelle online und telefonisch, ehrenamtlichen Mitarbeitern und Bereitschaftsdienst)



7.4.3. Verfahrensbewertung, Ausblick und Verabschiedung (AE16)

Diese Arbeitseinheit umfasste eine Rückmeldungsrunde, eine Verfahrensbewertung im Rahmen der unabhängigen Evaluation der Bürgerbeteiligung, einen Ausblick auf die Erstellung und Übergabe des Bürgergutachtens und die Verabschiedung.

7.4.4. Zusammenfassung: Bündelung der Empfehlungen zu einem Gesamtkonzept

Auch zukünftig sollen Kommunen die wichtigsten Aufgaben eines Gemeinwesens übernehmen, sie sollen sogar in ihrer Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden. Das gilt vor allem für die Verbandsgemeinde, aber auch für die Ortsgemeinde. In diesem Punkt zeigen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter großen Reformwillen.

Zu den vorrangigen Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung gehören aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die Bereiche Bildung, Soziales und Kultur, die Sicherung der Grundversorgung und die Daseinsvorsorge einschließlich des ÖPNV und der medizinischen Versorgung, die Förderung von Familien und die Wirtschaftsförderung. Verwaltung soll ortsnah bleiben und sich zu einer modernen, flexiblen, mobilen, bürger- und serviceorientierten Dienstungseinrichtung entwickeln. Dass vorrangige Aufgaben in kommunaler Hand verbleiben sollen, und die Kommune als Garant für eine hohe Qualität bei ihrer Erledigung angesehen wird, lässt auf ein großes Vertrauen in den Staat bzw. die Kommune schließen. Die Kommune muss selbständig und handlungsfähig bleiben, um die für eine zukunftsfähige Gesellschaft relevanten Aufgaben zu erfüllen. Nachdrücklich sprechen sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für einen Verbleib der Verantwortung für Kindertagesstätten und Schulen bei den Kommunen aus.

Bei einer Reform der Gebietsstrukturen empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit großer Mehrheit die Beibehaltung des aktuellen dreistufigen Aufbaus der Kommunen mit Landkreisen, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden. Die Bürgernähe der politischen Entscheidungen und der Verwaltung sehen sie in dieser Struktur am ehesten gewährleistet. Bürgernähe und Identifikation mit der Kommune müssen bei einer Gebietsstrukturreform unbedingt erhalten bleiben. Angesichts einer schrumpfenden und alternden Bevölkerungsstruktur müssen Gebietseinheiten leistungsfähig und wirtschaftlich bleiben. Zu diesem Zweck sollen Kleinstgemeinden zusammengelegt werden. Die Vorschläge gehen hier im Einzelfall über die bisher vorliegenden Vorschläge der Landesregierung hinaus, wenn etwa auch eine Reduzierung oder eine Streichung der ADD und SGD empfohlen wird, deren Aufgaben nach unten auf die Kommunen übertragen werden sollen. Vorrangig wollen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Bezug auf eine Gebietsreform aber, dass die interkommunale Zusammenarbeit verstärkt wird. Das erlaubt aus ihrer Sicht eine Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Beibehaltung der aktuellen Gebietsstrukturen. Erst an zweiter Stelle folgt die Empfehlung, größere Strukturen zu schaffen. Der Reformwille erweist sich bei der Frage der Gebietsstrukturen als eher moderat, die Bürger wünschen sich eine Optimierung ohne radikale Gebietsneuordnungen. Besonders deutlich wird die Reformbereitschaft der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter beim Thema Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit. Aufgrund der zukünftigen Herausforderungen, die im Wesentlichen durch die demografische Entwicklung geprägt sind, empfehlen sie, neue Partnerschaften zwischen dem Staat (den Kommunen), bürgerschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft einzugehen, um auch in der Zukunft die Grundversorgung sicherstellen zu können. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl einbezogen werden. Empfohlen werden die Stärkung des Ehrenamts und der Ausbau der Bürgerbeteiligung, besonders durch die Beteiligungsinstrumente Bürgerentscheid und Bürgerbefragung.



Anhang

Bürgergutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform in RLP

Planungszelle 1 Vallendar

Vallendar PZ 1

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

- Gruppe 1 Arbeitsamt -> Weiterbildung Vertrieb -> Selbstständigkeit Pos. + Weg
Bauamt -> je Ansprechpartner -> Paragraphenreiter
Kreisverwaltung KFZ Anmeldung + lange Wartezeiten + lange Warteschlangen + Personal sehr unfreundlich
- Gruppe 2 Bürger(un)freundlichkeit
eingeschränkte Öffnungszeiten
zu viele Regelungen
komplizierte Verfahren Bsp. Steuererklärung
hohe Verwaltungsgebühren
anonyme Callcenter
komplizierte elektr. Verfahren
- Gruppe 3 wenig Kontakte zur Verwaltung und Behörde (1-2 mal im Jahr)
grundsätzlich nett, freundlich, kompetent, aussagefähig
Stadt- und Verbandsgemeinde für mich bei Fragen sehr hilfreich
in Fragen an die Kreisverwaltung wird von dort nicht immer verständlich und Bürgerfreundlich geantwortet
Zuständigkeit wird hin und her geschoben (Kreisverwaltung)
positive Erfahrung als Arbeitgeber (angestellt bei Ortsgemeinde -> läuft über Verbandsgemeinde)
schnelle Beantragung und Erhalt eines neuen Personalausweises
bürgerfreundliche Verwaltung -> überwiegend
- Gruppe 4: Bürger ist Bittsteller
Transparenz der Zuständigkeiten
schlechte Informationen von Mitarbeitern
- Gruppe 5: gute Erfahrung
bessere Öffnungszeiten
bessere Besetzung

Vallendar PZ 1

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

1. mehr altersgerechte Wohnformen 26
neue Formen des Zusammenlebens
Einrichtung für betreutes Wohnen
Förderung neuer Wohnformen
Einrichtungen für Zusammenleben von jüngerer und älterer Generation
 2. Bürgernähe/Serviceorientierte Verwaltung 20
Bürgerbus
barrierefreie Behördenzugänge, Hilfsbereitschaft und Verständlichkeit
vereinfachte Verwaltung und Organisation
Verwaltung, gesund schrumpfen, zusammenlegen
flexible Arbeitszeiten, Fixzeiten, Arbeitszeit nach Bedarf + Anfrage evtl. auch vor Ort bei Kunden
mobiler Verwaltungsservice
 3. ÖPNV 10
bessere Infrastruktur
altersgerechte Nahverkehrsmittel
Ausbau ÖPNV
 4. lebendige Aufklärungsarbeit und Vorsorge + Regelungen im Alter 9
Bsp. Rente, Nachlassverwaltung
 5. Anreize für junge Paare 6
 6. mehr Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Arztpraxen 4
 7. Neue Ver- und Entsorgung 3
 8. altersgerechte Kommunikationsmöglichkeiten 2
- Weitere Vorschläge:
1. Anpassung der kommunalen Infrastruktur 12
Versorgungsverbände zusammenfassen Bsp. Wasser
 2. Reduzierung neuer Baugebiete und Stärkung der Ortskerne 10
 3. Stärkung des Ehrenamts 8

4.	gleiche Gebühren für ganz Rheinland-Pfalz auf Unterebene	4
5.	Neuausrichtung für Kinderbetreuungsstätten	0
5.	Privatisierung	0

Vallendar PZ 1

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

1.	Jugendförderung Einrichtungen für Jugendliche bereitstellen Kultur/Sport und Jugendförderung	17
2.	Bildung und Soziales Kindergartenstätten, Altersheime, Schulen sind Aufgaben der Gemeinde persönlicher Einsatz und Identifizierung Bildung (Schule, Kindergärten) Soziales	17
3.	effektive Ressourcennutzung etwas sorgfältiger in die Zukunft planen Prestigeprojekte genauer unter die Lupe nehmen	16
4.	Ver- und Entsorgung (ggf. Auftragsangelegenheit) Wasser/Abwasser/Abfall nicht privatisieren – kommunal, ökonomisch Wasser + Abwasser + Abfall	15
5.	Baurecht Baugenehmigung, Umbauten, Ausbauten, EFH, ZFH Baurecht und Schließungsbeträge	14
6.	Mobiler Außendienst	8
7.	Gemeindeübergreifend Ressourcen verwalten	6
8.	Friedhofs- und Bestattungswesen	4
9.	kommunales Bürgerbüro	3
10.	Infrastruktur sicherstellen	3
11.	einfachere Genehmigungen über Gemeinde Gewerbe und Altenwohnungen	2
12.	Gemeindeverkehrswege	2
13.	Ordnungsamt z.B. Passwesen + Ausweise+ Umweltangelegenheiten	1
14.	nach Bedarf zügige Durchführung nicht über 30 Jahre planen	0
15.	öffentlicher Ordnung mehr Beachtung schenken	0
16.	mehr Interessen wecken für die Bürger und Bürgerinnen an der Arbeit der Kommune und Verwaltung	0

Vallendar PZ 1

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben? Chancen

1.	Bürgernähe näher am Bürger Akzeptanz der Bürger Bürgernähe fordern bürgernähere Entscheidungen -> höhere Akzeptanz	31
2.	kostengünstigere Aufgabenverteilung	11
2.	Kompetenz Know-How Bildung in Kommune größere Effizienz	11
3.	größere Flexibilität	10
4.	Stärkung der Eigeninitiative	9
4.	schnelle Bearbeitung -> Kundennähe	9
5.	größere Ausschöpfung der Ressourcen	8
6.	ortsspezifische Aspekte besser berücksichtigt	7
8.	Entlastung der Landesverwaltung	4
9.	Mehr Einnahmen	3

Risiken

1.	Kostenfalle für den Bürger sachfremde (rein wirtschaftliche) Erwägungen Gefahr! neue Aufgaben als Einnahmequelle zu nutzen „Wildwuchs“ -> Einnahmequellen extrem ausschöpfen	25
2.	Kommunale Egoismen statt neutraler Sachentscheidungen	18
2.	Überforderung kein direkter Vorteil für Bürger und Bürgerinnen -> so entstehen nur Kosten Missachtung des Konexitätsprinzips Überlastung der Kommunen (personell, finanziell) schlechte Aufgabenerledigung mangels Fachwissen Überforderung (fehlende Kompetenzen)	18
2.	Willkür	18
3.	Uneinheitliche Lebensverhältnisse Gerechtigkeitsproblem durch unterschiedliche Gebührenerhebung „Verzettelung“ -> Verfahrensregeln	10
4.	weniger Akzeptanz	6
5.	„Mikrosicht“ -> kein Gesamtblick	5
6.	mehr Aufsicht durch Staat	4
6.	Übergriffe auf die Hilfspolizisten	4
7.	Nachteil: mehr Kontrolle für Bürger und Bürgerinnen	3

Vallendar PZ 1

AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur

Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?

1.	Bürgernähe Bürgernähe pers. Ansprache Bürgernähe persönlicher Kontakt (z.B. Aufgebote, Geburt) persönliche Kontakte Individuell	34
2.	Ehrenamt Stärkung des kommunalen Ehrenamtes stärkere Einbindung Ehrenamt	25
3.	kurze Wege kurze Wege Zeitfaktor kürzere Verwaltungswege	19
4.	große Identifikation große Identifikation orts- und heimatbezogen (z.B. kommunale Einrichtungen)	16
5.	größere Sachnähe	14
6.	mehr Kontrolle	7
7.	Gemeinschaftsleben wird mehr gefördert	3

Welche Vorteile haben größere Strukturen?

1.	Effizienz Effizienz größere Fachkompetenz Synergieeffekte Personal IT größeres Leistungsangebot weniger Instanzen und gleichmäßigere Entscheidungen Verringerung der Zahl der Entscheidungsträger schnelle Abwicklung (Behördengänge reduzieren sich)	37
2.	globales Denken globales Denken Bsp. Verkehrswege Wettbewerbsdenken wird eingeschränkt sinnvoller Raumordnungsplan	17
2.	Vereinfachung Vereinfachung einfachere Entscheidungswege	17
3.	Kostensparnis Kostenvorteile z.B. Personaleinsparung + Sachkosten Kostensparnis?	14
5.	gerechte Verteilung Kosten/Gewinne	12

6.	Stärkung der Leistungsfähigkeit Wirtschaftskraft Stärkung der Leistungsfähigkeit	11
7.	Objektiver kein Klüngel	9

Vallendar PZ 1

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

1.	Ehrenamt auch die Ortsgemeinde mit ehrenamtlichen Bürgermeister sollte bewahrt werden kleinere Strukturen fordern Ehrenamt	32
2.	3-stufige Strukturen Verbandsgemeinde hat sich bewährt Struktur bewahren: Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden keine Zerstörung von gewachsenen Strukturen	29
3.	Ver- und Entsorgung allgemeine Bewirtschaftung z.B. Wasser, Abwasser	24
4.	kulturelle Bindung Ortsidentität	13
5.	Bürgernähe	10
6.	Träger für öffentliche Einrichtungen soll VG bleiben	3
7.	Schulträgerschaft sollte vermehrt in die VG übertragen werden	3
8.	kommunale Vielfalt in überschaubarer Größe bewahren	3

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

1.	Territorialreform Kreise sollten reduziert werden Kleinstgemeinden zu größeren Einheiten zusammenfassen weniger Landkreise, Verwaltung reduzieren, Aufgaben an Verbandsgemeinschaft Anpassung von Anzahl u. Größe der Kreise, VG zu Gem. an Leistungsfähigkeit in Bezug auf Aufgaben	34
2.	Wirtschaftlichkeit haushalten geringer Finanzen Finanzen/Schuldenabbau Wirtschaftlichkeit	18
3.	Verbandsgemeinden optimieren Leistungskraft, Größe, Einwohnerzahl	17
4.	Aufgaben bündeln Aufgaben bündeln Straffung der Verfahrensabläufe	16
5.	Bauhöfe zentralübergreifend bewirtschaften	8
6.	Bezugspunkt/Stadt für jede Verbandsgemeinde jede gesunde Zelle braucht einen Kern	8
7.	flexible Gesetzgebung	7
8.	permanente Erfolgskontrolle Finanzen, Gesetze	4
9.	Kompetenzerweiterung	3
10.	Länderübergreifende Probleme lösen	3
11.	BBP Bürgerbetreuungspunkt	

Vallendar PZ 1

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Kostenvorteile Zusammenlegung von Versorgungen Zusammenarbeit beim Betreiben von Schwimmbädern; Krankenhäusern etc. kurzfristig finanziell günstiger (Verwaltungsgebäude)	33
2.	Flexibilität flexible, aufgabenbezogene Zusammenschlüsse Flexibilität -> aufgabenbezogen Bsp. Schulen, Kindergärten, Tourismus größere Flexibilität bei der Suche nach Kooperationspartner	31

3.	Erhaltung regionaler Identität	17
	Synergien unter Wahrung kommunaler Identität	
	Zusammenhalt der Regionen bewahren und stärken	
4.	Kompetenzzusammenlegung	8
5.	Bürgernähe	7
6.	Verwirklichung großer Projekte	6
7.	Berücksichtigungen regionaler Gegebenheiten	6
8.	optimaler Informationsaustausch	5
9.	keine Zwangszusammenarbeit	5
10.	aus Fehlern lernen, die bei bisherigen Gebietsreformen aufgetreten sind (Amtsgerichte)	3
	Was spricht für neue Gebietsstrukturen?	
1.	Globalisierung	24
	bessere Perspektiven für Industrieansiedelung	
2.	Wirtschaftlichkeit	22
	kostengünstigere Strukturen	
	größere Leistungskraft	
3.	demografischer Wandel	19
	zukünftige demografische Entwicklung	
4.	sinnvolle Zweckgemeinschaft	14
5.	bessere Grundversorgung	10
	Bsp. Kindergärten (Springer)	
6.	Konfliktbewältigung	9
	in einzelnen Ortsgemeinden	
7.	Wegfall kleinere Landkreise	7
8.	Aufgabenzuwachs	3
9.	Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger ist einzuholen	3
10.	Siedlungsentwicklung	3
11.	weniger Schnittstellen	0

Vallendar PZ 1

AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

1.	Bonus-Malus	17
	Zuweisungen streichen	
	Bonuszahlungen stärkt die Struktur der VG	
2.	Projektförderung	16
	Basis für Zuzug von Familien wird verbessert	
	Stärkung der VG -> Investition in Schule u. Kindergarten	
	Förderung des kulturellen Bereiches	
	Verbesserung des ÖPNV	
2.	Gewinne bleiben vor Ort	16
	finanzielle Einsparungen müssen bei Gemeinde verbleiben	
	Ersparnis -> Personalkosten, Sachkosten	
3.	überzeugendes Konzept	15
	Vorteile erkennbar machen	
4.	Servicegewinn	13
	kürzere Wege, Vereinfachung für den Bürger	
	Servicegewinn für Mitarbeiter	
	Vereinfachung der Verwaltung	
5.	Mehr Eigenverantwortung	12
6.	betreute Fusionierung	10
	zur Optimierung	
	begleitende Bereitstellung? Hilfestellung geben	
7.	finanzielle Anreize	8
	Fixum + z.B. 25 €/Einwohner	
	Geld -> Mitnahmeeffekt	
	wenn Geld fließen soll, dann bitte Sockelbetrag + geringer pro Kopfbetrag	
8.	Wettbewerb	8

Vallendar PZ 1

AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

1.	Beratung aus einer Hand Zusammenfassung wichtiger Leistungen (auch für andere Behörden) Serviceagentur (Bündelung) klare Kommunikation Bsp. Einfach Amtssprache flexible Arbeitsplätze (übergreifende Plätze)	18
2.	flexible Modelle Bsp. Bürgerbus (mobil/stationär) Bürgerbüros in den Gemeinden kostenfreies Bürgertelefon Bürger mobil für Ältere (Bedienung Altenheime vor Ort) angepasste Serviceleistungen für Ältere	16
3.	Kompetenz Sachverstand/Kompetenz kompetente Mitarbeiter	15
4.	Freundlichkeit Verständnis/helfen wollen freundliche Mitarbeiter	13
5.	Erreichbarkeit kein Callcenter gute Erreichbarkeit dezentrale Einrichtung	10
6.	Öffnungszeiten bessere Öffnungszeiten – Bürgerbus, Terminvereinbarung flexible Öffnungszeiten, kurze Wartezeiten, schneller Service Flexibilität	9
7.	keine parteigebundenen Bürgerbüros	9
8.	Online-Dienste ausbauen	7
9.	schnelle Bearbeitung	5
10.	auf offene Ohren stoßen Freundlichkeit, Kompetenz, Hilfsbereitschaft, Erfüllung der Aufgabe	4
11.	Vorgänge bei Umzug/Ummeldung bündeln ein Ansprechpartner	2
12.	angenehme Räumlichkeiten	2
13.	kontinuierliche Bürgerbefragung "Kummerkasten"	2
14.	Formulare vereinfachen u./o. abschaffen	1
15.	Bürgerbefragung als selbständige Entscheidungsgrundlage	1
16.	gute Informationsmöglichkeiten	0

Vallendar PZ 1

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

1.	Seniorenförderung Seniorenbetreuung Servicebereich Unterstützung von Altenheimen (Freizeitgestaltung)	21
2.	Jugendförderung Jugendbetreuung Ferienbetreuung	20
3.	Unterstützung durch ältere Personen (Kinderbetreuung, Nachhilfe, Erfahrungsaustausch)	19
4.	Projektbezogene Tätigkeit zeitbezogene Projekte (Waldreinigung)	11
5.	mehr ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich	7
6.	Service-Dienste in besonderen Lebenslagen	7
7.	Freizeit und Geselligkeit	6
8.	Lebensphasenabhängig	5
9.	Patenschaften übernehmen (z.B. Nachbarschaftshilfe)	5
10.	Kultur/Sport	4
11.	AG-Angebote im Rahmen der Ganztagschule	4
12.	Beibehaltung bisheriger Strukturen	3

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?

1.	Befragung im Einzelfall spezielle Ansprache gezielt an die betroffenen Bürger schriftliche Bürgerbefragungen Zielgruppenorientierte Umfragen zu Projekten (Bsp. Spielplatz, Seniorenheim)	22
2.	zwingende Beteiligung zwingende Bürgerbeteiligung bei größeren Objekten (Befragung) direkte Bürgerbeteiligung (im kommunalen Bereich)	18
3.	Planungszellen	14
4.	kommunale Information Newsletter -> Kurzinfo für Bürger (durch Kommune) alle Themenbereiche dem Bürger nahe bringen	12
5.	mehr Bürgerversammlungen	8
6.	geringere Quoren für Bürgerentscheide	8
7.	Infoabende zu kommunalpolitischen Themen	7
8.	Ansprache (persönlich) wichtig	7
9.	formelles Instrument Bürgerbefragung	7
10.	politischer Aufklärer (Aufklärung und Animation zur Wahl)	5
11.	Sport und Touristik (Gesundheitskosten senken)	2
12.	Informationen durch Presse	2

Vallendar PZ 1

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	Schulen Schulen mit Wirtschaft (Praktikum oder Projekte an den Schulen) Ganztagsschulen, Träger Kommune, durch Betreuung von Eltern und Firmen Schulpatenschaft Bildung: Bücherei, Kita, Schule, Volkshochschule	24
2.	Kultur betreiben öffentlich. zugänglicher Einrichtungen Kultur, Theater, Museum Kultur: Theater, Museum Musikschulen	16
3.	Wohnen und Betreuung betreutes Wohnen (kann durch Wirtschaft oder Bürgerinitiativen betrieben werden) Wohnen und Betreuen (alte Kinder, jugendliche) Soziales: Jugendtel., Altenheim, Ehrenamt, Vereine	12
4.	Kita Frühstück für Kindergärten (Wirtschaft und Kiga)	8
4.	Wohnungsbau Wohnungen städtischer Wohnungsbau übertragen auf gemeinnützige Organisationen	8
4.	Freizeit und Sport Sportstätten, Spielplätze Park und Schwimmbad Sport: Schwimmbäder, Sportplätze – mit ehrenamtlichen Bürgervereinen u/o Wirtschaft	8
5.	Landschaftspflege Grünflächenbewirtschaftung	7
5.	Infrastruktur Abfall, Abwasser, Wasser, Energie, Straßenunterhaltung, Krankenhaus, ÖPNV	7
6.	Übertragung auf Bürgerinitiativen v. öffentlichen. Einrichtungen >Schwimmbad; den Gewinn dem Projekt zugute kommen	6
7.	Wirtschaft fördert Integration, um Arbeitskräfte für sich zu gewinnen	4
7.	außerschulische Bildung Bücherei Bildung: z.B. Bibliotheken – Ehrenamt oder Wirtschaft	4
8.	Gesundheit Krankenhäuser, Praxen, Universitäten	2

Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

1.	situationsbedingte Einzelfallentscheidung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien in der Gemeinschaft	19
2.	hängt von der Art der Zusammenarbeit ab (Rechtsform)	16
3.	alle Gruppen (Kommune, Bürger o. Wirtschaft) anteilig ihrer Einlage und Beitrags	6

4. Rückgriff auf Erfahrungswerte ähnlicher Konstellationen und/oder Bürgerbefragung/entscheid 5
 4. runder Tisch gleichberechtigte Entscheidungsfindung 5

Vallendar PZ 1

AE13+14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

1. Reaktion auf demografischen Wandel 31
 Förderung der Teilnahme von Senioren am sozialen Leben
 neue Formen des Zusammenlebens (generationsübergreifend, generationenspezifisch) fördern
 Förderung neuer Wohnformen
 mehr altersgerechte Wohnformen
 Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte
2. Grundversorgung soll bei den Kommunen bleiben 24
 Ver- und Entsorgung, auch gemeindeübergreifend Strom, Gas, Wasser, Abfall
 Ver- und Entsorgung kommunal
3. Hebung des Stellenwerts von Bildung und Soziales 14
 Bildung und Soziales
4. Stärkung Gemeinschaftssinn 9
 Aufklärungsarbeit über Zusammenleben und Akzeptanz
 mehr Interesse für Zusammenleben und Akzeptanz des Einzelnen und Gemeinschaft
5. Förderung ÖPNV 7
 ÖPNV, bessere Infrastruktur altersgerecht
6. Jugendförderung 8
7. Anreize zum Ehrenamt geben 5
8. einheitliche Gebühreneinteilung 4
8. mehr Bürgernähe 4
 mobiler Außendienst vom Bürgerbüro
9. bessere Informationsfluss in lokalen Bereich 1
10. effektive Ressourcennutzung 0

zukunftsfähige Gebietsstrukturen

1. leistungsfähige Einheiten 36
 kommunale Strukturen mit definierten Mindestgrößen
 Kostenersparnis und Wirtschaftlichkeit
 leistungsfähige Einheiten; Kriterien -> Einwohnerzahl, finanzielle Leistungsfähigkeit, Fläche
 Zusammenschluss von Gemeinden: Einwohnerzahl, Finanzen, Fläche
 Größe, Effizienz, Synergie, globales Denken
 Zusammenführung der Kleinstgemeinden
 Reduktion der Kreise
2. Bürgernähe in Strukturen erhalten 29
 Bürgernähe und große Identifikation soll in allen Strukturen erhalten bleiben
 kürzere Verwaltungswege
 (+)kleiner, Bürgernähe, Ehrenamt
 Bürgernähe
 Vereinfachung und kurze Wege
3. größere Strukturen bilden 18
 Effizienz, Synergieeffekt und Fachkompetenz
 größeres Leistungsangebot
 größere Fachkompetenz
4. interkommunale Zusammenarbeit 14
 Kostenvorteile, regionale Identität, wechselnde Kooperationspartner
 Flexibilität -> aufgabenbezogene Zusammenschlüsse
5. kleinere Strukturen erhalten wg. Identität 8
 größere Identifikation (Ehrenamt)

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

1. Dienstleistungsgedanke in der Verwaltung 33
 flexible Modelle: Öffnungszeiten, Bürgerbus
 Bürgerbus
 Bürgerbus
 Ausbau neuer Medien
 Erreichbarkeit – keine Callcenter
 Kompetenz
 Beratung aus erster Hand, Bündelung
 Reduzierung der "Verwaltungswege"

2.	bürgerschaftliches Engagement für Menschen in jeweiligen Lebenslagen Seniorenförderung Kinder- und Jugendförderung AG- Förderung in Schulen Betreuung einer Ganztagschule Patenschaften, Nachbarschaftshilfe, kommunale Einzelaufgaben	32
3.	Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen intensive Auseinandersetzung/Konzept erstellen -> wie z.B. Planungszelle direkte Bürgerbeteiligung bürgernähere Entscheidungen -> höhere Akzeptanz Befragung im Einzelfall- schriftliche Bürgerbefragung	28
4.	bedarfsbezogene, wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen mit anderen Trägern	15
5.	Schulträgerschaft sollte vermehrt in der VG bleiben	4
	Zuspitzungsfragen	
	Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?	
1.	Ortsgemeinde	
2.	Verbandsgemeinde	18
3.	Landkreis	
4.	Land: Mittelbehörde, untere Behörde	
5.	aktuelle Zuständigkeitsverteilung	1
	Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?	
1.	aktuelle Strukturen	1
2.	größere Strukturen	11
3.	kleinere Strukturen	0
4.	verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	7
	Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?	
1.	bürgerschaftliches Engagement	16
2.	Bürgerbefragung	12
3.	Bürgerentscheid	8
	Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?	
1.	Staat/Kommune	21
2.	Bürger/Innen	6
3.	Gemeinwirtschaft	7
4.	Wirtschaft	2

Vallendar PZ 1

AE15: Offene Themen

Erhöhung der Geburtenrate

Unterstützung bei Auslandsadoptionen

Auflagen für Adoption entschärfen

mehr Kindergeld

mehr Geld/Förderung ab dem zweiten Kind

staatl. Förderung bei künstlicher Befruchtung auch ohne Ehe

Wo kann und will sich der Bürger in die Gemeinde einbringen?

Patenschaften für kommunale Aufgaben

sich einbringen in kirchliche Einrichtungen z.B. Pfarrgemeinderat

Zweckgemeinschaften bilden um Bürger für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen

Mitarbeit in sogenannten Vereinsringen

sozialschwache Familien unterstützen

alternative Wohnformen

betreutes Wohnen (zu Hause, in Gruppeneinheiten)

alte WGs

gemischte Siedlungsformen (Berücksichtigung bei der Planung von Neubaugebieten)

Mehrgenerationenhaus

altersgerechte Formen zum Wohnen im Ortskern

barrierefreies Wohnen

Belebung der Stadtkerne

Förderung des Erwerbs von Grundstücken (Häusern) im Stadtbereich durch junge Menschen

Staffelung des Kaufpreises in Bezug zur Kinderwahl

Sanierungsgebiete ausweisen um den Bürgern Anreize zur Sanierung zu geben

Infrastruktur verbessern

Veranstaltungen im Stadtkern haben

Parameter für Gebietsneuordnung

Aufgaben

Einwohnerzahl unter Berücksichtigung Demografie

Fläche

Finanzkraft

verkehrsmäßige Erreichbarkeit

konkrete Vorschläge

kreisfreie Städte ab 80.000 Einwohner

deutlich weniger Landkreise

Richtgröße Verbandsgemeinde 15.000 ebenso verbandsfreie Gemeinden

Zusammenlegen von Kleinstgemeinden

Planungszelle 2 Vallendar

Vallendar PZ 2

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

(Personal)Führung

fehlen des Servicegedanken

Fachleute fehlen teilweise

Wirtschaftlichkeit

ineffektives Arbeiten (Vermittlung von Inkompetenz)

je kleiner die Verwaltung desto Kundennäher

Subjektivität

Vorurteile

Einbürgerungsrecht

Überheblichkeit

Vorschriften/Toleranzen

unpersönlich

abteilungsbezogen (innerhalb einer Abteilung)

teilweise Mensch als Nummer

Überheblichkeit

Hilfsbereitschaft

Freundlichkeit

selten persönliche Beratung, unqualifiziert

Zeit

Öffnungszeiten

verkürzte Wartezeiten

lange Wartezeiten/lange Bearbeitungszeiten

Schwerfälligkeit

Zeit nehmen

Bürgernähe

Belange der älteren Menschen werden zu wenig beachtet

im Rahmen der Dienstleistung z.B.

Flexibilität

nicht nur nach Vorschrift agieren

Fachleute

zu hohe Gebühren

Zuständigkeit

Rückführung

Rückführung z.B. Müllabfuhr in kommunale Hand

je kleiner Verwaltung, desto kundennäher

Information

zu wenig Informationen

Zuständigkeit

Vallendar PZ 2

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Erreichbarkeit zentral Mobile Verwaltung
Mobilität (Hausbesuche)
Behörde vor Ort
Gebäude anpassen insb. für Ältere | 16 |
| 2. | Verkehrsanbindung/Dichte!
angepasste Infrastruktur auch für ältere Menschen
öffentliche Erschließung d. Verkehrsmittel (Mobilität der älteren Menschen) | 12 |
| 3. | Generationen Begegnungen
Vermittlung/Förderung & Zusammenführung von Alt & Jung | 10 |
| 4. | Sicherung der Altersversorgung -Verstaatlichung-
Einrichtung staatlicher u. nicht gewinnungsorientierter Pflegestätten
mehr Fachpersonal für ältere Menschen | 9 |
| 5. | Bildungsmöglichkeiten verbessern | 8 |
| 6. | Stärkung des Ehrenamts (ansonsten Kostenexplosion) | 5 |
| 7. | Ausbau der Bürgerbüros | 2 |
| 8. | Dienstleistungen auf freiem Markt | 1 |
| 9. | Förderung der Wirtschaft (z.B. Infrastruktur)
Städte/Orte attraktiver gestalten | 0 |
| 9. | Altersgerechter Wohnraum bezahlbar | 0 |

Welche Aufgaben können wegfallen?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Wegfall behördlicher Instanzen
Zusammenführung von Arbeitsbereichen (z.B. Dokumentenerstellung)
Kordinierung des Bauwesens | 17 |
| 2. | Wegfall von der Finanzierung nicht öffentlicher Aufgaben | 9 |
| 3. | Feste Öffnungszeiten | 1 |
| 4. | Wegfallen? Was? | 0 |

Vallendar PZ 2

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Kultur/Bildung
Kindergärten
Kulturarbeit
Kinderbetreuungsstätte/Kindergärten
Bildung
Schulwesen
Schulträgerschaft vor Ort (Inhalte sind übergreifende Angelegenheit) | 22 |
| 2. | Infrastruktur
Wasserenergie/Müll
Wasser und Abfallentsorgung
ÖPNV
Infrastruktur Straßenbau
Wasser- und Abfallwirtschaft
Umweltschutz/Wasserversorgung
örtliche Infrastruktur
Straßeninfrastruktur -ÖPNV- | 20 |
| 3. | Soziales
soziale Einrichtungen
Gemeinschafts-/Familienförderung
Sozial-Jugend- und Altenhilfe
(Hilfe Jugendämter; Gesundheitswesen)
Kordinierungsstelle d. Generationen | 18 |
| 4. | Notfall/Versorgung
Feuerwehr
Sicherheit v. Ordnung | 9 |
| 5. | Sozialbereich in Verbindung mit Ehrenamt (Kostenfaktor)
Förderung des Ehrenamts | 8 |
| 6. | Bürgernahe Verwaltung (Familie, Freizeit, Bildung)
Ordnungsamt/Lebensmittelkontrolle
Einwohnermeldeamt | 6 |

6.	Bauwesen	6
	Bauleitplan	
	Bauleitplanung	
7.	Wirtschaftsförderung	3
7.	Finanzangelegenheiten	3
	soziale Aufgaben sowie Arbeitsamtaufgaben zusammenlegen	
	wirtschaftliche Haushaltsführung (Abfallwirtschaft)	
	Verwaltungsarbeiten nur bei wichtigen Angelegenheiten (Standesamt/Sozialamt)	

Vallendar PZ 2

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?

Chancen

1.	Bürgernähe	26
	mehr Mitsprache der Bürger	
	mehr Bürgernähe	
	kurze Wege	
2.	Kostensparnis	20
	Wirtschaftlichkeitsgewinn (Zusammenschluss)	
	Einsparungsmöglichkeit für die Landesverwaltung	
	Arbeitsbündelung	
3.	Kompetenz für die Kommunen	16
	vor Ort Entscheidung für die Gemeinde	
	mehr Kompetenz für die Kommunen	
	Finanzen vor Ort verschieben	
4.	schnellere Bearbeitung	11
	Entscheidungen schneller umgesetzt	
5.	Arbeitsplätze	6
	mehr Arbeitsplätze vor Ort (Hoffnung)	
	Schaffung von Arbeitsplätzen	
6.	Folgeabschätzung leichter	5
7.	mehr Einfluss des Bürgers auf die Verwaltung	3

Risiken

1.	Vetternwirtschaft	17
	Klüngelwirtschaft	
	Vetternwirtschaft	
2.	Abzocke/Willkür	12
	mehr Kosten für die Bürger	
	Gefahr der Willkür/Abzocke	
3.	mangelnde Qualität	11
	fehlende Fachkompetenz	
4.	Missbrauch/Kontrolle	10
	Ausnutzung von Kompetenz zum Nachteil des Bürgers	
4.	Mehraufwand/Personal	10
	fehlendes Personal aber mehr Aufgaben	
	erhöhter Personalaufwand	
	mehr Aufwand mehr Personal	
	mehr Fachpersonal (Kosten)	
5.	Bildung ungleich	7
6.	unterschiedliche Auslegung von Rechtsnormen	4
7.	Sicherstellung der Kostenfrage	4
8.	Wirtschaftlichkeitsverlust (Müll/Wasser)	3

Vallendar PZ 2

AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur

Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?

1.	Bürgernähe	21
	mehr Bürgernähe	
	Bedürfnisse der Bürger eher erkannt	
2.	Kostensparnis durch Ehrenämter	20
	Kostenoptimierung	
	hoher Stellenwert des Ehrenamtes (Wirtschaftlichkeitsprinzip)	
	evtl. Kostensparnis (Ehrenamt, Bürgeramt)	
	mehr Bürgerbeteiligung	

3.	weniger Anonymität Einflussnahme auf Entscheidungsträger (Bekanntheitsgrad)	12
3.	Kontrolle mehr Kontrolle mehr Ebenen	12
4.	Arbeitsplatzsicherung der bestehenden Strukturen	10
5.	vereinfachte Entscheidungsfindung Flexibilität schnelle Entscheidungen unmittelbar vor Ort	7
6.	Ortsgebundenheit/Ortsgebundener	5
Welche Vorteile haben größere Strukturen?		
1.	mehr Fachkompetenz gebündelte & gesicherte Fachkompetenz qualifiziertes Personal mehr Fachkompetenz	22
2.	Vereinheitlichung Synergieeffekte einheitliche Planung (Kontrolle) Antragsabwicklung in einer Hand	19
3.	Kompetenzbündelung (Fachwissen?!) Bündelung der Fachbereiche	17
4.	Kostensparnis durch rationelle Arbeit schnellere Bearbeitung weniger Verwaltungsaufwand	8
5.	Umsetzung größerer Maßnahmen (z.B. Bildung) Großprojekte möglich	6
6.	verkürzte Verwaltungswege	6
7.	mehr Transparenz	2
8.	bessere Interessenvertretung	1
8.	Schaffung neuer Arbeitsplätze	1

Vallendar PZ 2

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

1.	Kindergärten/Schulen Kindertagesstätten Grundschulen Kleinkindern die Möglichkeit vor Ort bieten Kindergärten Schulen auf kommunaler Ebene	27
2.	Ver- und Entsorgung Wasser/Abwasser (auf kommunaler Ebene) Grundversorgung sichern	17
3.	Fundamentale Verwaltung (Sozialamt; Passamt; Ordnungsamt; Bauamt) derzeitige Verwaltungsstruktur anpassen Eigenständigkeit	15
4.	Eigenverantwortung des Bürgers einfordern	9
5.	Soziale Einrichtungen behalten Jugendarbeit/Seniorenarbeit Senioreneinrichtungen	8
5.	Wirtschaftsförderung	8
6.	ortsnahe Verwaltung direkter Ansprechpartner	5
6.	Sport/Kultur (auf kommunaler Ebene)	5

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

1.	Generationen bedingtes Wohnen Familienbegleitung (Kind/Eltern/Großeltern) Mehrgenerationen Einrichtungen stadtnah Alt und Jung zusammenführen	20
2.	Jugendarbeit Integration und Randgruppen	10
2.	Infrastruktur für ältere Menschen	10
4.	selbstbestimmtes seniorenrechtliches Leben	8

5.	Verteilung/Finanzen/Verantwortung	7
5.	Arbeitsplätze vor Ort schaffen	7
5.	"Bürgerladen"	7
6.	ÖPNV	6
7.	Globalisierung/Standortwechsel	5
7.	Ehrenamt wieder zum alten Status erheben	5
8.	Einrichtungen für Demenzkranke	4
9.	Demografischer Wandel	3
10.	Infrastruktur verbessern	2
10.	Begegnungsstätten nationalitätsübergreifend	2

Vallendar PZ 2

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Koordination der Verwaltungen leichterer Austausch von Sachverständigen Profitieren von den Ressourcen + Stärken von Nachbarkommunen	21
2.	Individuelle Anpassung an die Bedürfnisse vor Ort flexiblere und bessere Arbeit für den Bürger vor Ort	15
3.	optimalere Aufgabenbewältigung u. Wahrnehmung höhere Dienstleistungsfähigkeit	9
4.	Standortsicherung/Identifikation (Schwimmbad, Schule)	7
5.	Vermögens-/Schuldenverteilung	6
5.	Flexibilität/ "Ehe auf Zeit"	6
6.	Ansprechpartner vor Ort	5
7.	Kostenminimierung (Wasser/Abfallentsorgung)	4
8.	Finanzierung von freiwilligen Aufgaben wird erleichtert	2
9.	Finanzierung + Planung sozialer Einrichtungen wird erleichtert	1

Was spricht für neue Gebietsstrukturen?

1.	Wirtschaftlichkeit (Sachkosten) wirtschaftliche Überlebensfähigkeit ökonomisches Wirtschaftlichkeitsprinzip	26
2.	Erleichterte/Kürzere Entscheidungswege Konzentration auf Verwaltungsebene Reduzierung der Verwaltungskapazität (vor Ort)	17
3.	Neue Medien Einsatz neuer Medien neue Kommunikationswege (Internet, Mobil)	13
4.	Gleichheit/Transparenz	12
5.	Großräumige Planungen möglich bei Infrastruktur/Umweltschutz etc.	9
6.	Stärke Interessenvertretung gegenüber Land/Bund/EU	8
7.	"Mut zu Neuem"/umdenken zeitgemäß	7
8.	Aufhebung von Extremen (zu kleinen zu großen Gemeinden) Wegfall kleinster Organisationseinheiten Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs einzelner Gemeinden	6

Vallendar PZ 2

AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

1.	Hilfe zur Selbsthilfe Beratungsangebote an Kommunen zur Selbstverwaltung (durch höhere Ebene, Fachexperten)	15
2.	monetäre Anreize finanzielle Anreize	14
3.	Arbeitsplätze gemeinsam Industriegebiet Anreiz f. Arbeitsplätze	13
4.	Kosten sparen/Ressourcen gemeinsam nutzen Senkung der Kosten für die Verbraucher	11
5.	Überschuss verbleibt in Gemeinde	8
6.	Kostenübernahme v. Land	5
6.	Anreize schaffen für Familien in andere Gemeinde umzuziehen	5
7.	finanzierbare Baugebiete schaffen Förderung Wohneigentum in Ortskernen	4
7.	Frühpension	4
7.	Ehrungen/Auszeichnungen >Bekanntheit	4

- | | | |
|-----|---|---|
| 8. | neue gemeinsame Freizeitangebote (Schwimmbad/Sportplatz/Museum) | 3 |
| 9. | Entlastung der Mitarbeiter, dadurch Qualitätsverbesserung | 2 |
| 10. | Neubau | 1 |

Vallendar PZ 2

AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Bürgerbeteiligung
"echte Bürgerbeteiligung"
Entscheidung durch Bürgerberatung
Ergebnis der Bürgerbefragung muss bindend sein | 17 |
| 2. | Öffnungszeiten
längere/flexible Öffnungszeiten
flexible Sprechzeiten
angemessene Wartezeiten
Optimierung der Öffnungszeiten
kurze Wartezeiten
flexible Öffnungszeiten | 13 |
| 3. | Optimierung der Arbeitsabläufe | 12 |
| 4. | Einsatz von human-denkenden Menschen | 11 |
| 5. | Außendienst
Hausbesuche f. Menschen die nicht mobil sind | 7 |
| 5. | Mobilität
Mobilität schaffen zur Erreichung der Ämter
kurze Wege -Entfernung- | 7 |
| 5. | Service
Online-Service ausbauen
24 Stunden Hotline | 7 |
| 6. | Verständlichkeit
Nachvollziehbarkeit/Transparenz/Arbeit + Vorschriften | 6 |
| 6. | Neutralität
Gleichberechtigt auf Augenhöhe | 6 |
| 6. | Vertrauen schaffen/Abbau von Ängsten | 6 |
| 7. | Bürgerämter sollen Ämterübergreifend arbeiten | 3 |
| 7. | eigenständiges Handeln vom Amt (initiativ auf Bürger zugehen) | 3 |
| 8. | Jugendparlament/Kinderparlament | 2 |
| 8. | Info-Stelle welche Leistungen (Zuschüsse/Ansprüche etc.) ich habe | 2 |
| 9. | Freundlichkeit
saubere Warteräume | 1 |
| 9. | Bürgerforum bei dem sich die Politiker den Bürgern stellen müssen | 1 |
| 9. | Bürgerbefragung via Internet | 1 |
| 9. | Personenorientierte Hilfeleistung
kompetente Beratung
Sprechstunden für Randgruppen (Migranten/Behinderte)
Beratung | 1 |

Vallendar PZ 2

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Wertewandel (Idealismus)
Gesellschaft fördern d. sich "kümmert" u. "Verantwortung" übernimmt | 19 |
| 2. | Altenheime
Altenkaffee
Verbindung von Jung u. Alt schaffen/fördern | 17 |
| 3. | Armenhilfe | 15 |
| 4. | Ferienbetreuung für Kinder
Kinder u. Jugendhilfe (Hausaufgaben/Nachhilfe/Förderung v. Sozialamt) | 13 |
| 5. | sozialer Bereich | 9 |
| 6. | Abfrage v. Kompetenzen der Bürger | 5 |
| 7. | Feuerwehr | 4 |
| 8. | Verbindung zwischen den "Randgruppen" mit der Durchschnittsgesellschaft | 3 |
| 8. | Sport
Sport | 3 |
| 9. | Umweltschutz | 2 |
| 9. | Gestaltung (z.B. Verkehr) | 2 |

10.	Kirchlich	1
11.	Politik	0
Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?		
1.	frühzeitige Information	26
	mehr Information über Vorhaben (Transparenz)	
	übersichtliche & verständliche Information	
	Information über anstehende Entscheidungen bürgerfreundlich (Internet/Zeitung)	
	Verwaltungsdeutsch in verständliche umgängliche Sprache übersetzen	
2.	Abschaffung politischer Fraktionen im kommunalen Bereich (Verhältnswahl)	19
3.	Bürgerbefragung	14
	mehr Bürgerbefragung	
	Bürgerbefragung der Ortsanliegenden, regelmäßig (Spielplatz)	
4.	Befragung der Betroffenen	13
5.	Beteiligung bei wichtigen Entscheidungen (Abstimmung)	12
	definitiver Einfluss der Betroffenen auf die Entscheidung	
6.	verpflichtende Jugendparlamente	6
6.	adäquate Entschädigung im Bedarfsfall	6
7.	bestehende Parteizugehörigkeit (Mitspracherecht)	2
7.	Gemeindeversammlung mit Bürgeramt	2
8.	öfter Sprechtag der Politiker vor Ort	0

Vallendar PZ 2

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	Gestaltung	19
	Gestaltung der öffentlichen Plätze	
	Stadtentwicklung (runder Tisch)	
	Stadtsanierung: Infrastruktur/Kommune/Privat	
	Wohnungsbau	
	Verkehr/Kommune/Netz/Bürger/Ordnung	
2.	Kinderbetreuung	14
	Kindergarten-Kommune-Träger-Wirtschaft-Einrichtung	
3.	Kultur	12
	Werbung/Sponsoring	
	Schwimmbäder	
	kulturelle Einrichtungen	
	Bücherei	
4.	Jugendarbeit	8
	Kommune: stellt zur Verfügung/Bürger: ausführend/Wirtschaft: finanziert	
	Schule-Kommune-Träger-Wirtschaft-Lehrmaterial	
4.	Wirtschaft in Schulen --> Praxisbezug	8
5.	Schwimmbäder (ggfs. Beteiligung der öffentlichen Hoheitsträger)	7
6.	Bildung: Staat + Unternehmen+ Bürger	6
6.	Fördervereine: Anforderungen von Interessengruppen zu unterstützen	6
7.	Bekanntmachung der Region (Besichtigung von Unternehmen)	3
7.	Hochschulen?	3
7.	"Einrichtung" & Nutzung (z.B. Einrichtung eines Kindergartens in Firmen für Mitarbeiter >Synergieeffekte)	3
8.	Altenbetreuung (ehrenamtlich)	2
	Altenheime (durch Kommune + Gruppen)	
9.	Zusammenlegung von Arbeitsplätzen (gemeinsame Ressourcenentwicklung)	1
9.	qualifizierte Ausbildung der Ehrenamtlichen	1

Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

1.	Vertreter jeder Interessengruppe (Bürger, Kommune, Wirtschaft)	18
2.	Der Idealfall wäre, wenn die Entscheidung im Einvernehmen aller getroffen werden könnte, alternativ sollte der entscheiden, dem die Neutralität obliegt = Kommune	14
3.	Demokratisches Prinzip	9
	Mehrheitsbeschlüsse: Es müssen eine gewisse Zahl an Entscheidungsträgern bei der Entscheidungsfindung anwesend sein	
	Beschlussfähigkeit bei 3/4-Mehrheit	
4.	Bildung eines Entscheidungsgremiums mit gleicher Stimmenzahl der Beteiligten. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende/Bürgermeister. Bei großen Projekten/Aufgaben sollte eine Bürgerbefragung vorangehen.	8

- | | | |
|----|--|---|
| 5. | z.B. Schule
Kommune vermittelt Allgemeinwissen
Wirtschaft bringt ihre beruflich erforderlichen Bedürfnisse in den Lehrplan ein
Kommune behält Aufsicht
Kommune: allgemeiner
Wirtschaft: Spezialwissen | 4 |
|----|--|---|

Vallendar PZ 2

AE13+14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

- | | | |
|--|--|----|
| 1. | Infrastruktur
Bauwesen
Grundversorgung (Wasser + Müll + Strom) | 21 |
| 2. | Kultur & Bildung
Bildung
Bildungseinrichtungen fördern + vor Ort halten | 17 |
| 3. | Soziales (ausbauen)
Soziales (Alter, Jugend, Kinder, Familie) | 13 |
| 4. | Notfall/Versorgung
Notfallversorgung | 11 |
| 5. | Verkehrsanbindung/Mobilität | 8 |
| 5. | Risiko Vetterwirtschaft/Willkür wird größer | 8 |
| 6. | Förderung Ehrenamt | 6 |
| 6. | Integration von Mensch mit Migrationshintergrund | 6 |
| 7. | Förderung der familiären Gemeinschaft | 5 |
| 7. | Wohnen + Arbeiten + Infrastruktur muss so beschaffen sein, dass Generationenverbindung möglich wird | 5 |
| 8. | Wirtschaftsförderung | 3 |
| 9. | Verstaatlichung der Altersvorsorge | 0 |
| zukunftsfähige Gebietsstrukturen | | |
| 1. | Förderung des Ehrenamtes
Förderung des Ehrenamtes u. der familiären Gemeinschaft
Vereinsförderung | 12 |
| 2. | Transparenz als Grundprinzip der Veränderung | 11 |
| 3. | "Flexibilität"
Bürgernähe + Kostenminimierung | 10 |
| 4. | Wirtschaftlichkeit als Grundprinzip d. Veränderung | 8 |
| 5. | Wirtschaftlichkeit
Kostensparnis
geordnetes Finanzwesen (Kostenverringerung) | 7 |
| 5. | Bedürfnisse erkennen und dem gerecht werden | 7 |
| 6. | Nachhaltigkeit als Grundprinzip d. Veränderung | 5 |
| 6. | Integration | 5 |
| 7. | Bürgernähe muss Grundprinzip der Veränderung sein | 4 |
| 7. | soziale Fachkompetenz als Grundprinzip der Veränderung | 4 |
| 7. | Fachkompetenz (gebündelt)
groß: Qualität des Personals | 4 |
| 7. | zeitlose strukturelle Offenheit | 4 |
| 7. | Aufgabenorientiertes Handeln (Müll, Wasser, Abwasser) | 4 |
| 7. | klein: Bürgernähe | 4 |
| 7. | Soziales | 4 |
| 8. | offenere Politik (Verwaltung/flexiblerer größerer Weitblick) | 3 |
| 9. | Bauwesen | 2 |
| 9. | individuelle Effektivität | 2 |
| 10. | mehr Kontrolle | 1 |
| 10. | Einsatz neuer Medien | 1 |
| 10. | Zentralisierung
einheitliches Handeln
Umsetzung von Großprojekten | 1 |
| Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit | | |
| 1. | Bürgerbeteiligung
stärken und fördern der Bürgerbeteiligung
Beteiligung muss bindend sein
"echte" Bürgerbeteiligung | 21 |

2.	wirtschaftliche Zusammenarbeit (insb. Im sozialen und Sicherheitsbereich z.B. Feuerwehr)	11
	Einsparmöglichkeiten	
	Optimierung der Arbeitsverhältnisse des Sachbearbeiters	
3.	Eigenverantwortung des Bürgers	8
3.	Optimierung und Vereinfachung/Verwaltungsverfahren	8
4.	Kompetenzbündelung	7
5.	Informationspflicht	6
5.	verpflichtendes Kinder- + Jugendparlament	6
5.	Vertrauen und Menschlichkeit	6
5.	Mobilität schaffen (Erschließung der Nähe zum Amt)	6
6.	Grundversorgungen sichern (z.B. Wasser, ÖPNV, Abwasser, Notfall)	5
7.	Neutralität u. Gleichstellung	2
8.	Beibehaltung d. Wahlrechts (u.a. Kommulieren + Panaschieren)	2
9.	für alles offen (entsprechende gesetzl. Vorgaben)	1
9.	soziales und Sicherheit (Zusammenarbeiten)	1
	Zuspitzungsfragen	
	Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?	
1.	Verbandsgemeinde	10
2.	Stadt/Ortsgemeinde	6
3.	Land	2
4.	Mittelbehörde /ADD/SGD Nord Süd)	0
4.	Kreis	0
4.	aktuelle Zuständigkeitsverteilung beibehalten	0
	Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?	
1.	zweckorientiert	14
2.	verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	3
3.	kleinere Strukturen	1
3.	größere Strukturen	1
4.	aktuelle Strukturen	0
	Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?	
1.	Bürgerentscheid	18
2.	Bürgerbefragung	12
3.	alle	5
4.	bürgerschaftliches Engagement	1
	Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?	
1.	Gemeinwirtschaft	15
2.	Bürger/innen	14
3.	Wirtschaft	4
4.	Staat/Kommunen	3

Vallendar PZ 2

AE15: Offene Themen

Finanzierung/ Umverteilung

Geld ist (genug) da!

Wegfall von Fremdleistungen (z.B. Fußballstadien)

Großprojekte nur per Bürgerentscheid

Ansatz: über 20 % EK

bindend: über 50 % Wahlbeteiligung

zum Beispiel BUGA

Demografischer Wandel, die Folgen + Vorschläge

Migrationsgesellschaft > wie werden sie integriert

Singlegesellschaft > Wie werden Ihren speziellen Bedürfnissen Rechnung getragen?

Kleinraumwohnungen

Beerdigungen

Familienförderung > Innenstädte attraktiv gestalten + Lebensmittelmärkte

behinderte Menschen wieder in Alltags- und Arbeitsleben integrieren

Egoismus + Anonymität entgegenwirken

Begegnungsstätten + Gemeinschaftshäuser

Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten: Betriebskindergärten

Bildung für Migrantenkinder: Förderkurse,

Respekt + Toleranz zwischen den gesellschaftlichen Gruppen (Alt + Jung+ Migranten + Behinderte) fördern

Alibiveranstaltung

Vorstellungsrunde nicht gewünscht?
Vermittlung Ist-Zustand nicht erfolgt!
unklare/fehlende Zielvorgabe (d. Auftraggeber)
Zeitdruck in Fachvorträgen
keine wertfreie Darstellung der Themen durch Referenten (Manipulation)
Plenumsdiskussion nicht gewollt?
Zeitpunkt der Bepunktung schlecht gewählt!
repräsentative Auswahl der Teilnehmer?
Kosten – Nutzen?
> tatsächliche Berücksichtigung des Bürgergutachtens?
>>Alibiveranstaltung !!

Planungszelle 1 Pirmasens

Pirmasens PZ 1

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

Gruppe 1: unklare Zuständigkeiten

- Bereitstellung von Informationen
- unflexible Öffnungszeiten
- telefonische Erreichbarkeit (teure 01805)
- weite Wegstrecken (Kindergeld in KL)
- Kommunikation zwischen den Ämtern (mehr Kommunikation)
- Organisation (Finanzamt -> Formular)
- Dienstleisterverständnis (Thema Freundlichkeit)
- Umgang mit persönlichen Daten (Aufruf im Arbeitsamt)

Gruppe 2: Öffnungszeiten nicht bürgerfreundlich

- Zuständigkeit unklar
- Präsenz der Ordnungshüter
- Datenschutz einhalten (Informationsschutz)
- Angestellte/Beamte des öffentlichen Dienst fühlen sich nicht als Dienstleister
- "gut Will" der Entscheidungsträger gegenüber "Bittsteller"
- Verwaltung früher (Bild Pyramide) Verwaltung heute (Pyramide auf dem Kopf)
- Verständlichkeit Gesetze/Verordnung EU
- Landwirtschaft zunehmende Bürokratie

Gruppe 3: Heirat

- Datenschutz? Datensammler
- willkürliche Gesetzesauslegung
- Untertan?
- unfreundlich
- unverhältnismäßige Bußgelder
- freie Wirtschaft <-> Beamtentum
- generelle Erfahrung: "Pass-Wesen" (Führerschein usw.)
- generelle Erfahrung: KFZ-Zulassung
- Namensänderung nicht möglich

Gruppe4: Erfahrung der Mitarbeiter nicht immer gegeben

- Verantwortungsbereich nicht immer klar abgesteckt
- Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter nicht immer gegeben
- Flexibilität der Mitarbeiter in der Verwaltung wechselnd
- Kompetenz nicht immer klar abgesteckt
- Führungsstil entscheidend
- Einheitlichkeit der Verwaltung unterschiedlich

Gruppe 5: sehr gute Erfahrungen mit der Stadt Pirmasens Abfallwirtschaft

- nicht immer freundliche Mitarbeiter (Diskussionen)
- lange Wege in Pirmasens (Ps) zeitaufwendig!
- sehr gute und freundliche Behandlung von VG Pirmasens-Land

Pirmasens PZ 1

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

- | | | |
|-----|---|----|
| 1. | Ansiedlung von diversen Industriebetrieben, keine Monokultur
"moderne" Arbeitsplätze | 27 |
| 2. | mobiler Bürgerservice
Sprechstunden in den einzelnen Gemeinden vor Ort
Verwaltungsaußendienst für ältere, nichtmobile Bürger
Nahversorgung (Verwaltung zum Kunden) | 26 |
| 3. | Grundversorgung ältere Menschen (Post, Lebensmittel, Arzt) | 21 |
| 4. | gezieltes Marketing für die Regionen
perspektive Arbeit Fremdenverkehr
Tourismus fördern! Programme für jung und alt | 19 |
| 5. | Verbesserung der Infrastruktur als Grundlage | 15 |
| 6. | Familienförderung, Kinderbetreuung | 14 |
| 7. | ÖPNV
öffentlichen Nahverkehr und Infrastruktur deutlich verbessern
ÖPNV anpassen an Veränderungen | 13 |
| 8. | Sport und Gesundheit fördern (in Vereinen)
Angebote zur geistigen und körperlichen Fitness, Gesundheit | 12 |
| 9. | Antragswesen und Formulare im Internet anbieten | 5 |
| 9. | zielgruppenorientierte Kulturveranstaltungen | 5 |
| 10. | soziales Netzwerk | 4 |
| 11. | Einrichtungen für jüngere und ältere Personen schaffen | 2 |
| 12. | Jugendbeauftragter | 1 |
| 13. | neue Wohnformen, besseres Wohnklima | 0 |
| 13. | attraktive Freizeitangebote Spielplatz jung/alt | 0 |

Welche Aufgaben können wegfallen?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Optimierung
keine! Jedoch Optimierung in Prozessen, Vernetzung, Struktur etc.
Verwaltungsaufgaben verschlanken
Verwaltungsaufgaben vereinfachen (Stichwort: Selbstständigkeit) | 44 |
| 2. | Koordination von Baumaßnahmen verbessern | 28 |
| 3. | Gebührenreduktion
Gebührenreduktion bei reinen Verwaltungsakten (z.B. Personalausweis, Geburtsurkunde)
teure Gebühren | 27 |
| 4. | weniger Beamte für weniger Bürger | 19 |
| 5. | Restrukturierung ÖPNV (Stichwort: klein statt groß) | 18 |
| 6. | verschiedene Aufgaben wie z.B. Bauabteilung, Schulamt zentralisieren zugunsten Bürgernähe | 12 |

Pirmasens PZ 1

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Bildung und Kitas
Bildungsträger
Kinderbetreuung (Kindergarten/Schule) | 29 |
| 2. | Müllentsorgung
Abfallentsorgung
Abfallentsorgung (Müllabfuhr)
Abfallentsorgung | 18 |
| 3. | allgemeine Verwaltungsaufgaben
Pass und Meldewesen
Bürgerverwaltung (Einwohnermeldeamt, Finanzamt) | 16 |
| 4. | Wasserwirtschaft
Wasserwirtschaft
Wasserver- und /Entsorgung
Wasserwirtschaft | 14 |
| 5. | Arbeit/Soziales
Sozialwesen (Zuschüsse, Grundsicherung)
soziale Angelegenheiten | 13 |
| 6. | Jugendförderung (z.B. Freizeitangebot) | 12 |

7.	Krankenversorgung	11
7.	Sicherheit und Ordnung Polizei-Präsens vor Ort	11
8.	Energiesicherung Energieversorgung	10
9.	Umweltschutz Umwelt Gesundheit (Bildung)	9
10.	Kultur und Sport	5
10.	Infrastruktur Bau und Planungswesen Bau und Infrastruktur (Planung) Bauwesen Hoch -/ Tief	5
10.	Feuerwehr	5
11.	Wirtschaftsförderung (Ansiedlung)	4
12.	mobiler Bürgerservice	3
13.	ÖPNV	2

Pirmasens PZ 1

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?

Chancen

1.	Bürgernähe kürzere Wege für den Bürger (= vor Ort Service) evtl. "kurze" Anfahrwege	29
2.	Fachkompetenz vor Ort höher qualifiziertes Personal	23
3.	zentrale Aufgabenverteilung gleiche Ämter zusammenlegen zum Bürgerbüro zentrale Müllentsorgung zentrale Wasserwirtschaft für Kreis und Landkreis	20
4.	effektivere Verwaltung effektivere /schnellere Bearbeitung schnellere Verwaltungsentscheidungen	18
5.	Arbeitsplätze in der Region	14
6.	bessere Übersicht über Dienstleistung und Verantwortungen	12
7.	zus. Einnahmen	11
8.	weniger Gebühren für Bürger	10
9.	Kostenreduzierung	8
10.	Bessere Präsenz von Ordnungskräften	7
11.	Rücksicht auf Region	6
12.	kein Kompetenzgerangel	4

Risiken

1.	Qualitätsverlust nicht ausreichend qualifiziertes Personal Zeitdruck führt zu weniger Kundenfreundlichkeit	30
2.	Arbeitsplatzverlust in der Verwaltung Arbeitsplatzabbau reg. höhere Arbeitslosigkeit durch Stellenabbau	23
3.	neue Verlagerung, keine Einsparungen, keine Verbesserungen	21
4.	Arbeitsbelastung: weniger Verwaltungsangestellte für mehr Bürger (ältere Bürger)	18
5.	unterschiedliche Entscheidungspraxis	14
5.	Folgekosten	14
5.	längere Wege/Wartezeiten längere Warte- und Genehmigungszeiten	14
6.	Objektivität geht verloren	8
7.	Kompetenzgerangel (Stichwort Ordnungsamt vs. Polizei)	6
8.	Lokalitäten evtl. längere Wege	5
9.	Zuständigkeiten unklar während Umstellung	4

Pirmasens PZ 1

AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur

Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?

1.	Ortsbezogenheit	44
	ortsnahe Entscheidungen	
	Verständnis örtlicher Bedürfnisse	
	bessere Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten	
	lokale Bedürfnisse finden bessere Beachtung	
2.	fördert Bürgerengagement	38
	Mitsprache der Bürger	
3.	Bürgernähe	34
	Bürgernähe	
	Bürgernähe	
	persönlicher	
4.	Effizienz und Effektivität	33
	kürzere Wege und effektive Bearbeitung	
	schnelle Bearbeitung der Bürgeranliegen	
	schnellere Entscheidungen auf kommunaler Ebene	
	Flexibilität (schneller)	
5.	gezielte Verteilung der Mittel	8
6.	Unabhängigkeit	7
7.	größeres Engagement der Beteiligten	5

Welche Vorteile haben größere Strukturen?

1.	höhere Kompetenz	32
	übersichtliche Kompetenz	
	höhere Kompetenz	
	Kompetenzbündelung	
	einheitliche Verfahren für größere Gebiete -> ADD	
2.	Einheitlichkeit	20
	einheitliche Verordnungen	
	einheitliche Strukturen und Entscheidungsverfahren	
2.	Einsparungen	20
	Einsparungen von Sach und Personalkosten	
	bei größeren Strukturen eventuell Kostenersparnis	
3.	stärkere Durchsetzungskraft	17
	Gewichtung der Anliegen erhöht	
3.	größere Objektivität	17
	weniger Vetternwirtschaft	
4.	mehr Mittel	16
	bessere Ausstattung	
5.	kürzere Verwaltungswege	14
6.	moderne Nutzung/Einrichtung neuer Medien (EDV)	9
7.	leichteres Erledigen mehrerer Aufgaben (Bürger)	7

Pirmasens PZ 1

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

1.	Bürgernähe	37
	Bürgernähe	
	Ortsgemeinde -> Bürgernähe	
	Ortsgemeinde zur Wahrung der Bürgernähe	
2.	Grundversorgung in ländlichen Regionen sichern (Anreize schaffen für Geschäfte)	29
3.	Förderung und Entwicklung Region	21
4.	Schule/Kitas, Kindergärten und Schulen	15
5.	Stärkung der Aufgaben der Polizei (anstatt hin zum Ordnungsamt)	13
6.	Identität	12
	Identität	
7.	Bewährtes erhalten und optimieren	10
8.	entsprechende finanzielle Ausstattung der Kommunen	7
8.	Kultur	7
	Kultur	
9.	Sportstätten	6
	Sportstätten	
9.	Jugend- und Seniorenarbeit	6
10.	historische Grenzen	5

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

1.	Kundenorientierung Bürger-> Kunde mobiler Bürgerservice (Stichwort: Altersstruktur, Landflucht)	25
2.	keine finanzielle Mehrbelastung der Bürger	23
3.	moderne Technologien EDV Anbindung (Datenschutz) Vernetzung von Verwaltungsstellen und Bürgern (IT) EDV	22
4.	Ergebniskontrolle – ob Maßnahmen noch wirtschaftlich und erforderlich sind-	21
5.	Arbeitsplätze schaffen (Verselbstständigung erleichtern)	13
6.	flexiblere Öffnungszeiten	12
7.	Berücksichtigt Zusammenlegung die Voraussetzung für EU-Gelder	10
8.	Zusammenfassung von Verbandsgemeinde und Kreisverwaltung schnelle Abwicklung (Wegfall von Briefträgerstellen)	9
9.	Seniorenfürsorge, Generationenhaus	7
9.	Teilprivatisierung -> Bürokratieabbau	7
10.	Integrationsarbeit fördern	6
11.	Pläne Leergebäude	1
11.	überregionale Verbünde (z.B. KFZ-Zulassung, Wasserversorgung)	1

Pirmasens PZ 1

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Grundversorgung gewährleisten sinnvolle Zusammenlegung der Abwasserentsorgung medizinische Versorgung ÖPNV kommunaler Vollzugsdienst wie z.B. Lebensmittelkontrolle, Gewerbeaufsicht	39
2.	besseres Marketing der Region Kommunen arbeiten zusammen für gemeinsame Aktivitäten	32
3.	Autonomie Selbstständigkeit bleibt erhalten	30
4.	Synergieeffekte größere Leistungsfähigkeit durch mehr/größere Mittelzuweisung Kostensparnis	22
5.	Erhaltung der eigenen Identität Identität	19
6.	Verwaltungsvereinfachung Servicebündelung	18
7.	Akzeptanz der Beteiligten	7

Was spricht für neue Gebietsstrukturen?

1.	Leistungsfähigkeit durch mehr Mittel Kostensparnis durch Zentralisierung bessere Preise mehr finanzielle Mittel Freisetzung von Ressourcen für andere Zwecke	41
2.	klare Zuständigkeiten bzgl. weniger Stellen schnellere Bearbeitungszeiten Kompetenzbündelung	30
3.	mehr Einfluss größere Gewichtung bei Abstimmung Stärkung des Mitspracherechts gegenüber Land	25
4.	sozialer Lastenausgleich	18
5.	Erhalt von öffentlichen Einrichtungen	17
6.	bessere Verteilung der öffentlichen Pflichten	14
6.	langfristige Planungssicherheit	14
7.	Koordination der Gewerbegebiete	8

Pirmasens PZ 1

AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

1.	"Anreize" "Warum"?	55
	finanzieller Anreiz nicht sinnvoll	
	erwartetes Ergebnis als Anreiz	
	soll pos. Effekte haben	
2.	Schaffung neuer Arbeitsplätze /Industrie	23
	eine Außenstelle einer Behörde	
3.	Freiwilligkeit	17
4.	finanzielle Anreize -> wiederkehrend (z.B. Zinserlass (Schulden))	15
	Steuererleichterung, Steuerbefreiung für gewissen Zeitraum, Kostenersparnis	
5.	Mitspracherecht	14
6.	grenzüberschreitende Zusammenarbeit	8
6.	vereinfachte Gesetzgebung Ent-/Verschlankung	8
6.	finanzielle Einmalzahlung	8
	Anschubfinanzierung für Gemeinden	
	Pro- Kopf Prämie	
6.	Garantierte Verkehrsanbindung (B 10)	8
7.	Garantie der Identität	4
7.	Förderprogramme (Freizeit, Tourismus)	4
8.	Vorruhestandsregelung bei Doppelbesetzung	3
	Altersruhewohnsitz auf einer Insel	

Pirmasens PZ 1

AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

1.	Bürgerfreundliche Öffnungszeiten	24
	2* bis "20 Uhr" /Woche oder 1 * "22 Uhr" /Woche Schichtmodell	
	flexible Öffnungszeiten: Mittagszeit, Dienstleistungsabende, Samstagsvormittags	
	ortsübliche Öffnungszeiten, auch Samstags	
	Schichtbetrieb (7 – 23 Uhr; 1-2 mal Samstag)	
2.	Komplettservice an einer Stelle	21
	Austausch Formulare zwischen Ämtern (Doppelausfüllung)	
	Qualifizierung zur Kundenberatung	
	Sachverstand; Engagement der Mitarbeiter	
	Zusammenfassung wichtiger Leistungen (Pass, Abfall)	
	mehr Kompetenz in Bürgerbüros verlagern z.B. Kfz-Zulassung -> "universelles" BB	
3.	Effizienz und Prozesskontrolle	20
	mehr politisches Verständnis für Bürger	
	Mitspracherecht bei unsinniger Gesetzesauslegung	
	Prozesskontrolle= regelmäßige Überprüfung nach Sinnhaftigkeit von Verordnungen/ Durchführung	
	Bürokratieabbau (z.B.. Namenänderung)	
4.	kostenlose telefonische Erreichbarkeit mit Rückrufservice	18
	telefonische Erreichbarkeit verbessern (kostenlos ->01805)	
4.	freundliche Serviceorientierte Mitarbeiter + deren ständige Fortbildung	18
	Freundlichkeit	
	Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Dienstleistungsverständnis	
	Hilfe beim Ausfüllen von Formularen	
5.	Mitbestimmung des Volkes (Volksentscheid für Bürgerbeteiligung)	17
6.	Datenschutz!!!! (Diskretion)	12
	unabhängige Kontrolle über sensible Bürgerdaten + Einblick für Bürger	
7.	Kreis und stadtunabhängige Bürgerbüro um Anfahrwege zu minimieren	9
8.	Verständlichkeit der Gesetze, Formulare etc. Verbessern	8
	allgemein verständliche Formulare – kein Beamtendeutsch	
	klare und einfach Formulare	
9.	mobiler Bürgerservice (nach telefonischer Absprache (Heimservice))	6
	flexible Hausbesuche nach Absprache (anstatt fixer Anfahr-Termine pro Ort)	
9.	transparente Erfolgskontrolle:	
	Statistik: Anzahl der beim ersten Anlauf erledigten Aufgaben + Aushang im Amt	6
10.	qualifizierte Internetangebote (FAQ-Listen)	5

11.	Kostenexplosion vermeiden -> EDV (Hard- und Software IT Spezialisten)	1
11.	Wartezeit bis 5 Minuten	1
11.	promptere Bearbeitung der Anliegen (z.B. E-Mail Verkehr)	1
12.	Möglichkeiten für Ältere zur EDV + Arme	0

Pirmasens PZ 1

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

1.	Bürgerlotse "Patenschaften" für ältere Mitbürger (Einkauf, Behördengänge) Fahrdienst für Ältere und Bedürftige Sozialbeauftragter (Bürgerlotse für hilfsbedürftige Menschen)	33
2.	Jugendarbeit politische und soziale Anlaufstelle für Jugendliche Förderung von Kindern und Jugendlichen (Bildung, Moral, soziales Verhalten)	25
3.	Generationsübergreifende Hilfe (jung <-> alt) (Einkauf- Kinderbetreuung)	25
4.	Bürgeraufsicht – Sicherheit durch Bürger Beobachtungen über Missstände an Behörde weitermelden freiwillige Aufsichtsperson auf Spielplätzen (Kinderschutz) Bürgerwehr Feldschütz/Gemeindemitarbeiter	23
5.	Umweltschutz	16
5.	Bürgerbeauftragter (zur Vermittlung von Informationen)	14
6.	bereits in der Familie alte Werte aktivieren (Ordnung, Sauberkeit und Respekt)	10
6.	Integrationshilfen durch Begleitung Integrationshilfe z.B. Randgruppen, Zuwanderer Integration von ausländischen Mitbürgern	10
7.	persönlicher Einsatz bei Ortsverschönerungen (gießen, z.B. im Neufferpark auf Sauberkeit achten)	6
8.	Seniorenturnen, bzw. -treffs	2

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?

1.	Bürgerbefragung als Bürgerbeteiligung mit Feedback Befragung vor kostenintensiven Entscheidungen Bürgerbefragung (zu regionalen und überregionalen) Bürgerbefragung, Ergebnis fließt in Entscheidung ein) zeitnahe Umsetzung der Ergebnisse von Bürgerbefragung über diverse Medien (Fragebogen) regelmäßige Fragebögen Internet und Amtsblatt als Entscheidungshilfe Bürgerbefragung inkl. Feedback, Gründe für Zustimmung bzw. Ablehnung	55
2.	Erfolgs- und Qualitätskontrolle Bürger in der Erfolgs- und Qualitätskontrolle (Schöffe) gläserne Politik, nicht nur Endergebnis sondern auch Prozess	43
3.	Erleichterung des Verfahrens Bürgerbegehren/Bürgerentscheid Bürgerbegehren (Bild: Pfeil nach unten dahinter 10%, Bürgerentscheid (Bild: Pfeil nach unten dahinter 20% Quotenreduzierung) Volksentscheidung bzw. Bürgerentscheid	24
3.	bessere Informationen und Transparenz für den Bürger (Info-Abend, Amtsblatt) Infos über "Bürgerfernsehen" mehr Infos durch die verantwortlichen Politiker Informationen durch politische Vorträge (Hintergrundwissen)	24
4.	Voraussetzungen schaffen dafür: Auslagen – Rückerstattung; Freistellung durch Arbeitgeber	16

Pirmasens PZ 1

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	Jugendarbeit Kooperationen zw. Jugend und Wirtschaft (z.B. Praktika und Berufsvorstellung) Verein/Schule Jugendarbeit Jugend- und Kinderbeauftragter (Ehrenamt -> Kommune) ganztags Schülerbetreuung durch engagierte Mitbürger Busbegleiter durch Schulbusse Schulunterricht durch Politikerim Sozialkunde (ohne Anwerbung)	39
2.	Familienhilfe Netzwerk jung/alt	26

3.	Kfz-Zulassungen	16
	Kfz-Zulassungsstelle und die welche die Schilder machen	
	Partnerschaften zw. Wirtschaft und Behörden z.B. Kfz-Zulassungen direkt im Autohaus	
4.	Gestaltung der Umwelt	12
	Objekt und Landplanung (Material von Stadt, Ausführung von Anwohnern)	
	Garten und Landschaftspflege	
	Umwelt Obst- und Gartenbau	
	Kommune/Wirtschaft Baugebiete	
5.	Seniorenarbeit	11
	Seniorenbeauftragter (Kommune – bürgerschaftliche)	
	"Animateure" (Hilfe) in Altersheimen	
6.	mobiler Bürgerservice, aktive Hilfe von pensionierten Beamten	10
7.	Steuer + Schutz für Hunde	7
	Hundesteuer zum Tierschutzverein	
	Tierschutz	
7.	Kommune/Wirtschaft, Ortskern beleben	7
8.	kulturelle Veranstaltungen	6
8.	regelmäßige Auditierung der Aufgaben hinsichtlich Optimierung/Notwendigkeit	6
9.	Verein/Gemeinde Sportstätten	5
10.	ÖPNV privatisieren (aus groß mach klein, flexiblere Zeiten)	4
10.	Schwimmbäder privatisieren + ggf. zusammenfassen (aus 3 mach 1)	4
11.	Beglaubigungen und Standesamt	3
12.	Ausländerbeauftragter (ehrenamtlich -> Kommune) als Vermittler zwischen Bürger und Stadt,	
	Land	2
12.	Kommune und Wirtschaft Kläranlage	2
12.	Kommune/Wirtschaft Kläranlage	2
13.	Monopolabschaffung bei Schornsteinfeger	1

Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

Anmerkung: Die Teilnehmer dieser PZ haben alle Vorschläge für identisch befunden und deshalb nicht gepunktet, d.h. hier wurde volle Punktzahl für den Cluster aus allen fünf Vorschlägen gegeben.

Gremium aus den 3 Beteiligten in verschiedenen Zusammensetzungen
demokratische Abstimmung aller drei Gruppen

unabhängige Kontrolle: Gruppe zusammengesetzt aus allen beteiligten Betrachtern

jeweils "betroffene" Bürger aus Kommunen (paritätischer Ausschuss)

paritätischere Zusammensetzung der jeweiligen Projektbeteiligten

Pirmasens PZ 1

AE13: Das wollen wir

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

1.	Arbeit mit Jugendlichen und Jugendförderung	32
	Jugendarbeit und Förderung	
	Kinder und Jugendförderung, Familie Bildung	
	Bildung Kita und Schule	
2.	Wirtschaftsförderung/Infrastruktur	25
	Industrieansiedlung: – reduzierte Gewerbesteuer; – Zuschuss von Lehrlingsvergütung	
	gezieltes Marketing z.B. Industrieansiedlung und Tourismus	
3.	Bündelung von Aufgaben: – Standesamte zusammenlegen; – Kfz-Zusammenlegung; – Passamt	
	zusammenlegen	21
	allgemeine Verwaltungsaufgaben	
	Abschaffung von Doppelbehörden z.B. SGD, Stadtrat nach Einkreisung d. kreisfreien Städte	
4.	Grundversorgung (Wasser, Energie, Abfall)	18
5.	tatsächliche Wahrnehmung der Bürgeranliegen – Ansprüche	16
5.	Zurückübertragung von Zuständigkeiten z.B. Ordnungsamt an Polizei, geschultes Personal	16
6.	ortsnaher Service durch Bürgerbüros: – fix oder mobil je nach Anforderung/Gemeindegröße	12
	Bürgerbüro Ort mit allen Funktionen	
7.	Bürokratieabbau, unnötige Gesetze abschaffen	11
8.	moderne Technik; EDV, Internet, Formulare	9
	Ermöglichung von Erledigungen per EDV z.B. Ummeldung nach Umzug	
9.	Umweltschutz	6
10.	Sozialwesen	5
11.	ÖPNV	3
12.	Kostenreduktion Personal, Gebühren von z.B. Meldewesen etc.	1

zukunftsfähige Gebietsstrukturen

1.	ADD und SSD/NSD abschaffen und deren Aufgaben herunter delegieren	23
2.	Identität bewahren	20
	Erhaltung der Identität	
	Ortsgemeinden sollen erhalten bleiben (Denkmalpflege)	
2.	Stärkung der unteren Ebene, Hierarchiestruktur; Land-VG/Stadt-OG	20
3.	durch Gebietsstrukurreform keine finanziellen Mehrkosten	17
4.	Bürgernähe	11
5.	Synergieeffekte z.B. Leistungssteigerung durch Mittelzuweisung	9
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Zusammenlegungen durchführen	
6.	einheitliche Verordnungen und Gebühren	6
6.	alle kreisfreien Städte einkreisen	6
6.	Verbandsgemeinden stärken	6
6.	Entscheidungen über neue Strukturen durch Freiwilligkeit (Bürgerentscheid)	6
7.	Mindestgröße von Ortsgemeinden zw. 200-500	5
8.	Kreisfreiheit für Städte erst ab ca. 100.000 Einwohnern bzw. einer bestimmten Wirtschaftskraft	4
8.	Grundversorgungsgewährleistung	4
9.	Abschaffung von Verbandsgemeinden hin zu Landkreisen	3
9.	höhere Kompetenz	3
	Effizienz/Effektivität/ Flexibilität	
9.	Kreise vergrößern wegen Wirtschaftlichkeit und Kompetenz	3

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

1.	Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Vereinen/Kommunen	24
	verstärkte Kinder und Jugendarbeit z.B. Streetworker	
	Jugendarbeit	
2.	mobiler Bürgerbus	23
	Service mit zentralem Anlaufpunkt z.B. Sprechstunde im Dorfgasthaus (auch im Ehrenamt möglich)	
	Bürgernähe, Bürgeramt, mobiler Bürgerservice ab 10.000 Einwohnern ein Amt	
	Verwaltung in Kundennähe z.B. die Möglichkeit zur Erledigung sollte ortsnahe bleiben, im Hinblick auf sozial schwache die finanziell und mobil nicht in der Lage sind, weitere Entfernungen...	
3.	Transparenz/gläserne Politiker- Bonsai- Bund der Steuerzahler (im Kleinformat)	21
4.	transparente Erfolgskontrolle	19
	Kennzahlen veröffentlichen (Customer first pass yield)	
	regelmäßige Erfolgskontrolle und Qualitätskontrolle der Verwaltung und Bekanntgabe der Ergebnisse + ggf. Anpassung	
5.	Bürgerlotse	17
	Bürgerlotse ehrenamtlich/hauptamtlich	
	Bürgerlotse: – flexibel, mobil, bürgerorientiert, evtl. privat/ehrenamtlich – zur Unterstützung bei Behördengängen	
6.	flexible Öffnungszeiten, Schichtmodell, temporär bis 20 Uhr; auch Samstags	15
	Öffnungszeiten von Behörden am Abend und am Wochenende! Flexibilität	
7.	Prozesskontrolle, regelmäßige Überprüfungen ob Verordnungen noch sinnvoll sind	11
8.	Marketing der Regionen	10
9.	moderne Medien mit Technik (mit Datenschutz)	7
10.	Gewerbegebiete in Zusammenarbeit	5
11.	Synergieeffekte	3
12.	Sicherheit und Ordnung in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen	2
13.	Wasser- und Abfallentsorgung in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen	2

Grundsatzfrage

Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?

1.	kreisfreie Stadt/Kreis	9
2.	Verbandsgemeinde	8
3.	Ortsgemeinde	5
4.	Land (mittlere und untere Behörde)	1

Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?

1.	verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	14
2.	Größere Strukturen	10
3.	Aktuelle Strukturen	2
4.	Kleinere Strukturen	0

Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?

1.	Bürgerentscheidung	33
2.	Bürgerbefragung	13

3.	bürgerschaftliches Engagement	6
	Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?	
1.	Staat – Kommune	17
2.	Bürger/innen	13
2.	Wirtschaft	13
3.	Gemeinwirtschaft	8

Pirmasens PZ 1

AE15: Offene Themen

Schule/Bildung

vereinheitlichte Schulkleidung, modern und zeitgerecht
 kleinere Klassen von 15 bis max. 20 Schülern
 enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern
 einheitlich vorgeschriebene und kostenlose Lehrmittel
 mehr und vielfältigerer Schulsport (Motoriktraining)
 Lehrer-TÜV

es muss möglich sein Lehrer "umzusetzen"

Förderung von schulischen Bildungsfahrten

Studentenförderung durch Zuschuss statt Darlehen

Botschafter für Studiengänge und Ausbildungsberufe

Soziale Anlaufstellen

neutrale, unabhängige Beratung

ehrenamtlich, fachlich kompetent

Beratung nach SGB und Auslegung der Gesetzestexte

z.B. krankensicherungsrechtliche Fragen, wann, wie und wie lange kann ich welche Leistung beanspruchen u.a. Hilfsmittel; ebenso im Rentenanspruchsrecht sowie für berufliche und medizinische Rehammaßnahmen

Entscheidungshilfen zum Erhalt oder Wiedererlangung der finanziellen Selbstversorgung

Familienhilfe:

z.B. unbürokratische Vermittlung (bei plötzlichem Ausfall des Erziehungsberechtigten/ Versorgers) einer Ersatzmama, -papa bei kurzfristigem Bedarf incl. Datenbank

Integrationsteams (s. Grafik)

Bürgerbüro/Bürgerbus

Bürgerbüro:

> 2000 – 5000 Einwohner (3x halbtäglich); größere Gemeinde/Stadt (tägliche Öffnung)

Bürgerbus:

kommt in den Ort, je nach Bedarf 3x2 Stunden die Woche; ländliche Gegenden; Kleinstgemeinden

Aufgaben/Angebot:

*"Tagesgeschäft" (z.B. Passwesen, polizeiliches Führungszeugnis, Müll-, Ab-, Wasserangebote, Bauanträge, An-/Ummeldung
 Beratung allgemein, persönlich,
 Neue Aufgaben: KFZ-Zulassung, Post, Kindergeldstelle
 Informationsstelle (politisch, kommunal, etc.), Leitfaden (Was finde ich wo?)
 Tourismus-Info*

Dorfladen/Wie kann man kleine Orte attraktiver machen?

kleine Orte attraktiver gestalten:

priv. Kinderclub

Hausaufgabenbetreuung durch Senioren

Anlaufstelle für vom Schulbus kommende Kinder (keiner zu Hause) von Senioren oder Hausfrauen

Bildung und Kultur (z.B. Theatergruppen, Vorträge, Malkurse, Kochkurse, Pannenhilfskurse, Reiseberichte, Bastelkurse, Vorleseabende, Hauswirtschaft, Spielabende

Sport und Natur (z.B. Gruppenwanderungen, Walkinggruppe, Pfortentreff)

Bibliotheksbus

Unterhaltungsabende z.B. Tanz + Disco

priv. PNV für alle

Dorfladen:

Postservice priv.

Arzneimitteldienst

falls kein Kaffee vorhanden = Treffpunkt

Einkaufsservice

Politikschulung

Beginn im Kindergarten (z.B. Rathausbesuch...)

"Wer ist verantwortlich, dass ich kein Spielzeug habe?", "Wie sehen die aus?" (Bilder zeigen)

Grundschule:

Entscheidungswege (Was machen die?)

sehr pragmatisch (mit z.B. Namensnennung, wie der OB heißt)

Haupt-, Realschule, Gymnasium:

ähnlich wie dieses Bürgerforum

Einladen von Politikern

Politische Gruppierungen

Planungszelle 2 Pirmasens

Pirmasens PZ 2

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

Ansprechpartner

engagierter Einsatz

Rückrufe von Sacharbeitern

gestresste Bedienstete

gute Beratung

Anlaufstelle ("Rotztöne")

Wunsch nach mehr: kompetente Ansprechpartner

mehrere Ansprechpartner

keine kompetenten Ansprechpartner am Empfang

mangelnde Beratung/Aufklärung

Kompetenz/Fortbildung hat sich verbessert

unbürokratische Entscheidungen

Personalmangel

Zuständigkeit

Zuständigkeitsbereich unklar

Zuständigkeit oft nicht transparent

unklare Zuständigkeit

weite Wege/verschiedene Zuständigkeiten

Verwaltungswege zu lang

Bündelung der Aufgaben

Doppelverwaltung

Anlaufstelle mit Filterfunktion

Entscheidungskompetenzen zielgenauer

Kompetenzgruppen

telefonische Erreichbarkeit

angenehme Öffnungszeiten

Öffnungszeiten

flexible Terminvereinbarungen

starre Öffnungszeiten

Bürgernähe

Bedienstete öffnen sich Thema Bürgernähe

Bürgersprechstunde 1. Anlaufstelle für ältere Bürger

Eigeninitiative sollte gefördert werden

fehlende Ansprechpartner vor Ort

Dienstleistung vor Ort, zu lange Wege

kurze Wege bei Beantragung Personalausweis

unverständliche Vorschrift

überfrachtete Bescheide

Gebührenneuordnung

Freundlichkeit

Achtung + Höflichkeit

Unflexibilität

Machtdemonstration

Ethik

"Bittsteller"

Behandlung nach "Nummer"

Verwaltung bremst Kommune

Pirmasens PZ 2

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | mobile Verwaltung
Verwaltungsbus | 28 |
| 2. | Bereitstellung vor Ort (Ärzte, Ämter etc.)
Sicherung der medizinischen Versorgung (größere Anforderungen an die Kommunen) | 25 |
| 3. | Altersgerechtes Wohnen/Bauen
gemischte Wohnformen (Anstöße)
"Altershausmeister"
Förderung altersgerechtes Bauen mit Versorgung des täglichen Lebens | 21 |
| 4. | Familien + Kinderbetreuung
Investitionen in Ausbildung + Anreiz zur Ansiedlung junger Familien
Kinderbetreuung (< 3 Kiga) | 19 |
| 5. | betreuende Einrichtungen
Förderung betreuender Einrichtungen in den Kommunen
Schaffung von Alters- und Kindergerechten Einrichtungen z.B. Innenstadt | 15 |
| 6. | Leerstände beseitigen (z.B. durch Rückbau) | 12 |
| 7. | Bürgernähe
Bürgernähe aufrecht erhalten und erweitern durch personelle Zusammenfassung
verstärktes Personal als Ansprechpartner für Senioren | 10 |
| 7. | Kultur für Jung und Alt
Angebote für Kultur + Freizeit für Jung und Alt | 10 |
| 8. | Infrastruktur
Leistungsgebundene Einrichtungen müssen aufrecht erhalten bleiben
Kontrolle/Ausbau ÖPNV | 7 |

Welche Aufgaben können wegfallen?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Konzentration
Konzentration der Verwaltungstätigkeiten (spart Personal- u. Verwaltungskosten)
Konzentration von überschneidenden Aufgaben durch Zusammenlegung der einzelnen Verwaltungen
Zusammenarbeit (Kooperation) von Stadt- und Landkreis | 43 |
| 2. | Zulassungsstellen (Zusammenlegung) | 27 |
| 3. | Gemeinsame kulturelle Veranstaltungen organisieren (erspart Kosten für einzelne) | 18 |
| 4. | Konsolidierung der Verwaltungsgebäude | 15 |
| 4. | Es darf nichts wegfallen! | 15 |
| 5. | Schulwesen (Abbau regionaler Schulen bzw. Konzentration von Schulen) | 5 |
| 6. | Auslagerungen oder Privatisierung von nichtkommunalen Abteilungen (Energie, Nahverkehr, VHS, Soziales) | 3 |

Pirmasens PZ 2

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Schulen/Bildung
Bildung von jung bis alt
Bildungswesen/Schulträgerschaft/Volkshochschulen
Schule + Förderung | 25 |
| 2. | öffentliche Sicherheit und Ordnung
öffentliche Sicherheit
öffentliche Sicherheit und Ordnung | 19 |
| 2. | Wasser/Abwasser/Abfall, Umweltschutz
Abfall + Gebühren
Wasser/Kanal/Abfall
Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Müll)
Trinkwasser/Abwasserbeseitigung/Wasserversorgung | 19 |
| 4. | Wirtschaftsförderung
Arbeitsplatzsicherung
regionale Förderung/Verbesserung der Standortfaktoren
Wirtschaftsförderung/Infrastruktur/Ausbau + Erhalt | 18 |

5.	Gesundheitssystem Beschleunigung der garantierten Mindestversorgung Voraussetzung für flächendeckende medizinische Versorgung schaffen Sicherstellung sozialer + medizinischer Versorgung Gesundheitswesen	17
6.	Kinder u. Familie fördern Kinderbetreuung	11
6.	Meldewesen KFZ-Zulassungen Zulassung/Meldewesen	11
7.	Altenpflege/Jugendpflege Integration der Senioren zur Vermeidung der Einsamkeit/persönliche Ansprache Amt für soziale Angelegenheiten	9
8.	öffentlicher Personennahverkehr (mehr Mitspracherecht der Bürger)	6
9.	Umweltschutz Umwelt- und Katastrophenschutz	4
10.	Kultur kulturelles Angebot	3
10.	Bau-Verwaltung Bauen + Genehmigung Bauaufsicht + Straßenbauwesen	3

Pirmasens PZ 2

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?

Chancen

1.	schnellere Bearbeitung kürzere Wege, die kürzere effektivere Bearbeitung gewährleisten Bürgernähe/kurze Wege/schnelle Entscheidung schnellere Bearbeitung möglich	41
2.	Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten näher am Problem lokale Begebenheiten sind bekannt und vereinfachen Prob.-Lösungen	33
3.	Bürgernähe Bürgernähe und Ortskenntnis bessere Bürgernähe	28
4.	Regelung vor Ort unbürokratisch	18
5.	Rationalisierung geringerer Aufwand möglich einheitliche Arbeitsabläufe Verwaltungskosteneinsparung durch Konzentration	16

Risiken

1.	Qualitätsverlust Gefahr der nicht Qualifikation gleiches Personal mehr Aufgaben? Qualitätsverlust	37
2.	Datenschutz Unbefangenheit kann verloren gehen Anonymität geht verloren	35
3.	Machtmissbrauch/kommerzielle Interessen	22
4.	Kosten Geld fehlt an anderer Stelle (wenn Aufgaben übertragen werden) ineffektives Arbeiten ohne Gewinnorientierung (Privatisierung) unter Umständen führt es zu höherem Personalaufwand	20
5.	Personalverlust	11
6.	Vorteile gegenüber Regionen Ungleichbehandlung der Bürger von Kommune zu Kommune	8
7.	mangelnde Übersichtlichkeit für Bürger Einheitlichkeit der Verwaltung könnte darunter leiden	6
7.	Manche Aufgaben erfordern eine Bündelungsfunktion	6

Pirmasens PZ 2

AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur

Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Bürgernähe | 31 |
| | Bürgernähe | |
| | Bürgernähe | |
| 2. | Erhaltung bestehender Strukturen | 28 |
| | Erhaltung der Eigenheiten & Strukturen | |
| | kleinteilige Strukturen sind Ortsgemeinden und sollten erhalten bleiben | |
| 2. | Ortskenntnis | 28 |
| | besserer Überblick | |
| | Gemeinderat ortskundig | |
| | Ortskenntnisse der zuständigen Personen | |
| 4. | Selbstbestimmung | 21 |
| | Festlegung bestimmter Modalitäten im Ort | |
| | mehr (Keine Vorschläge) aufs Ortsgeschehen | |
| 5. | Ansprechpartner vor Ort | 11 |
| 6. | gewählte Person aus dem Ort hat mehr Akzeptanz | 8 |
| 7. | Vielfalt (Topographie, Nutzung) | 4 |
| 8. | Identifikation | 3 |
| 9. | unbürokratisch | 2 |

Welche Vorteile haben größere Strukturen?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Verkürzung der Verwaltungsabläufe | 36 |
| | kürzere Wege | |
| | schnellere Bearbeitung | |
| | schnellere Entscheidung mit weniger Personaleinsatz möglich | |
| 2. | vereinfachte Planungsstruktur | 28 |
| | leichtere Planfeststellung | |
| | "en-bloc-Entscheidungen" | |
| | Bündelungen von Aufgaben (Schule-Kultur-Sport) | |
| | einheitlicher Zuständigkeitsbereich | |
| 3. | Kostensparnis | 21 |
| | Personaleinsparung | |
| | kleinerer Verwaltungsapparat | |
| 4. | mehr Fachkompetenz | 20 |
| | größere Fachkompetenz | |
| 5. | jeder Ortsbürgermeister sollte direkt als Verbandsgemeinderatsmitglied eingesetzt werden | 12 |
| 6. | Neutralität | 10 |
| 7. | größeres Gewicht der Anträge | 2 |
| 7. | Sozial Kosten effizient (größere Lastenverteilung) | 2 |
| 8. | einfache Kandidatenfindung | 0 |

Pirmasens PZ 2

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Bürgernähe | 35 |
| | Bürgernähe | |
| | Ansprechpartner vor Ort | |
| | Bürgernähe ist mehr garantiert (vertrauter Ansprechpartner) | |
| 2. | gewachsene Strukturen | 32 |
| | gewachsene Strukturen sollen erhalten bleiben | |
| | funktionierende Strukturen (Verfahrensabläufe, Anlaufstellen) | |
| 3. | Selbstverwaltung | 23 |
| | Ortsgemeinden | |
| | Eigenständigkeit durch Ortsbürgermeister | |
| 4. | Orts- und Verbandsgemeinden bewahren/Kreise vergrößern | 14 |
| 5. | Standards erhalten | 5 |
| 6. | Vorbilder | 4 |

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Kostensparnis bei Reform | 23 |
| | Reduzierung der Energiekosten | |
| | bei Strukturveränderung sinnvolle Aufteilung (Kosten beachten) | |
| 2. | Bürokratieabbau | 20 |
| 3. | technische Möglichkeiten (z.B. Internet) | 18 |
| | Stärkung der Online-Dienste | |

3.	Sicherstellung der örtlichen Versorgung bessere öffentliche Verkehrsmittel u. Anbindungen	18
4.	neue Geldquellen erschließen	16
5.	demografische Entwicklung neue Wohnformen (z.B. Generationenhäuser) Seniorenfürsorge	14
6.	VG sollen zumindest übergreifend zusammenarbeiten einheitliche Formular- und Bescheidgebung bei VGs	12
7.	Ausbau mobiler Dienstleistungen	10
8.	Ortsbürgermeister vollwertiges Mitglied im nächsthöheren Gremium	7
8.	Finanzausgleich an Kommunen	7
9.	neue Gesetzgebung um Finanzierung zu gewährleisten	6

Pirmasens PZ 2

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Beibehaltung der bestehenden Strukturen/bestmögliche Zusammenarbeit Eigenständigkeit bleibt im Prinzip erhalten basiert auf Freiwilligkeit + Zweckmäßigkeit	34
2.	Kosteneinsparung Kostenverteilung + Reduzierung Finanzierung wird leichter Maschinenring Effizienz	31
3.	Bürgernähe Bürgernähe	29
4.	Tourismus Tourismusbesonderheiten in der bestehenden Kooperation verbessert anbieten durch Zusammenarbeit	16
4.	Wissenstransfer gemeinsames Know-how kann genutzt werden	16
5.	gemeinsame Ausweisung von Standorten	13
6.	Arbeitsplatzbeschaffung (durch Ausgründung)	6

Was spricht für neue Gebietsstrukturen?

1.	Kostenersparnisse möglich steigende Energiekosten Maschinenring auf Dauer Einsparungen von Personal + Technik somit Kosteneinsparung	28
2.	demografischer Wandel sinkende Einwohner	21
2.	Nichts!	21
3.	Verwaltungsvereinfachung Chancen neue Einheitlichkeit zu schaffen alte verkrustete Strukturen können aufgelöst werden	20
4.	Spezialisierung übersichtlicher und leistungsfähiger mehr Fachkompetenz	17
5.	größere Finanzausweisung	14
6.	Wohn- & Arbeitsverhalten der Bevölkerung	12
7.	Finanzierungsprobleme sozialer Leistungen	2

Pirmasens PZ 2

AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

1.	Verbesserung des Wirtschaftsstandorts (Standortfaktoren) Strukturförderung gemeinsame Messeaktivitäten (Marketing) Bezuschussung von Gewebeansiedlungen	34
2.	Ausbau Infrastruktur Verbesserung der Infrastruktur	24
3.	keine (keine Bestechungen)	19
4.	Konzentration von Sport & Kultur Kostenübernahmen für kulturelle und sportliche Einrichtungen	17
5.	Entschuldung	11

5.	Einmalzahlung der jährlichen Einsparung prozentualer Anteil des Geldes das eingespart wird als Bonus über gewissen Zeitraum dauerhafter Bonus aus Einsparungen	11
6.	Förderprogramme Kostenübernahme der Fortbildung der Mitarbeiter	9
7.	Ausstattungen/Einrichtungen Konzentration der Technik (z.B. Maschinen) Standortverbesserung/Verwaltung	7
8.	Ausbau der DSL-Netze im ländlichen Bereich	6
9.	Freizeitausgleich/Sonderurlaub für Mitarbeiter pos. Auswirkung auf Beförderung Kulturfahrten um Land + Leute kennen zu lernen	2
10.	königliche Staatsbesuche o.ä. sichern	1
10.	Auffangen von sozial Schwachen	1
10.	Änderung Bebauungsplan	1
10.	Finanzielle Anreize finanzielle Unterstützung bei Umorganisation	1

Pirmasens PZ 2

AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

1.	kompetente & freundliche Mitarbeiter fachliche Kompetenz gute Beratung durch qualifiziertes Personal umfassende, kompetente Beratung Freundlichkeit freundliche, aufgeschlossene und kompetente Mitarbeiter Eingehen auf individuelle Fragen/Hilfsbereitschaft	32
2.	Öffnungszeiten freundliche Öffnungszeiten Öffnungszeiten (8-20 Uhr) bürgerfreundliche Öffnungszeiten (individuelle Termine/Dienstleistungsabende) verbesserte Öffnungszeiten	24
3.	schnelle Bearbeitung kurze Wartezeiten instantive (sofort) Ergebnisse	20
4.	Erreichbarkeit kurze Wege Barrierefreiheit zentrale Lage des Bürgerbüros + flexible Öffnungszeiten Ortsnähe + gute Erreichbarkeit	17
5.	Bürgerberater Bürgerberater vor Ort der Hilfestellung im Umgang mit Behörden leistet Bürgerbüro + Bürgerbus Verwaltungsangestellte stellen in ihrem persönliche Bereich Service bereit Einrichtung von fehlenden Bürgerbüros evtl. mobiler Dienst	16
6.	Online-Nutzung Ausschöpfung technischer Möglichkeiten (Online-Nutzung) ansprechende Weitergabe von Informationen (Internetauftritt)	10
7.	Verständlichkeit + Transparenz Verständlichkeit + Transparenz von Verwaltungsabläufen und Formularen Gebührenbescheide sollen verständlich formuliert sein	8
8.	feste Ansprechpartner Standardleistungen sollen von mehreren Mitarbeitern angeboten werden	4
8.	unbürokratische Lösungen	4
9.	Ausbau des DSL Netzes (benutzerfreundliche Internetportale)	3
9.	Bürgerbefragung (vermehrte Einbeziehung bei kommunalen Entscheidungen) Kommunalbefragung der Bürger nach deren Bedürfnissen (regional)	3
10.	örtliche Bedürfnisse berücksichtigen	2
11.	gute Erreichbarkeit (Telefon, keine Warteschleifen, Internet, kurze Anfahrtswege, Verwaltungsbus)	1
12.	zentrale Anlaufstelle für Unternehmensgründer (Einstiegshilfe)	0

Pirmasens PZ 2

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

1.	Vereine	30
	gemeinnützige Einrichtungen (Feuerwehr, Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung)	
	Mitglied bei einer bürgernahen Organisation (Kirche, Vereine, Stiftungen)	
2.	sozialer Bereich	27
	Hilfe bei sozialem Familienbedarfsfall	
	Hilfestellung für Gebrechliche, Alte etc. Mitbürger (Ausfüllen von Formularen Behördengänge etc.)	
3.	Sport & Jugendarbeit	21
4.	Pflege der Gemeindeanlagen	17
	Patenschaften	
	Umgestaltungen (Bepflanzung) Patenschaft für Bäume	
5.	Nachbarschaftshilfe	14
	Hilfe bei Verrichtungen des täglichen Nachbarschaftsbedarfs	
6.	kirchlicher Bereich	8
6.	Kultur	8
6.	Wettbewerbe (z.B. Blumenschmuck, Sauberkeit)	8
7.	Kinderbetreuung durch Senioren/Erfahrung an junge Menschen weitergeben	6
	kurzfristige Hilfe bei Betreuung von Kindern und Senioren	
8.	offen für alles/Aufgabe je nach Veranlagung	1

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?

1.	Umfragen	27
	Meinungsumfragen	
	Bürgerbefragungen	
1.	Bürgerversammlung	27
	Bürgerfragestunde	
	Hilfe bei Entscheidungsfindung	
2.	Mitbestimmung	26
	Bürger wollen ernst genommen werden	
3.	Transparenz	20
	parteineutrale Informationsmöglichkeit	
	bessere Information durch Politiker	
4.	Jugendarbeit	14
5.	Angebotskatalog für Senioren oder andere Freiwillige (Stellenbörse)	12
6.	Bürgerinitiative	8
	als Mitglied einer Organisation	
7.	organisatorische Wahlhilfe	5
7.	Beratung über Ausschüsse in Gemeinden bei Sonderthemen	5

Pirmasens PZ 2

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	alle(s) Aufgaben	24
2.	Kunst/Kultur	23
	Sponsoring von kulturellen Veranstaltungen	
	Kunst, Kultur, Theater	
3.	Verschönerungsaktionen	20
	Pflege kommunaler Einrichtungen durch Bürger	
	Garten- und Friedhofsamt	
	Pflege und Verschönerung von Anlagen und Gebäuden	
4.	Kindergärten	13
	Beteiligung von wirtschaftlichen Unternehmen bei der Kinderbetreuung	
	finanzielle Hilfe bei der Einrichtung von KITA	
5.	Sponsoring	11
	Sponsoring durch "veraltete" techn. Geräte	
	Kommune stellt Material Bürger übernimmt Arbeitskraft z.B. Spielplatz (Pflege und Unterhaltung)	
6.	Umweltschutz	9
6.	Schulwesen	9
7.	Energieversorgung	5
8.	Senioren + Pflegeheime (Hospizen)	4
8.	Abfallentsorgung	4
9.	"Suppenküche" für sozial Schwache	2

10.	Bereitstellung von Räumlichkeiten	1
11.	Bereitstellung von Arbeitskräften	0
Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?		
1.	verbleibt bei der Kommune! Die bürgerschaftlichen Gruppen haben beratende Funktion Die Rahmenbedingungen + Eckpunkte werden gemeinsam festgelegt. Die finanzielle + technische Ausführung obliegt der Wirtschaftsüberwachungsfunktion	25
2.	gleichberechtigtes, entscheidungsberechtigtes Gremium aus allen beteiligten Gruppen (Planer/ Entscheider/Moderator) Planer/Wirtschaft/Kommune/Bürgergruppen	20
3.	gewähltes Gremium unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften	13
4.	Kommune muss unbedingt Oberhand behalten da sie die Bürger vertritt Entscheidungen durch Beratung mit allen 3 Gruppen (Kommune, bürgerrechtliche Gruppen, Wirtschaft) nächsthöhere Verwaltungsebene muss Mitspracherecht haben Gremium aus allen 3 das Förderungskatalog erstellt	11
5.	sog. PPP-Modell (Privat-Public-Partnership) Kontrolle der gem. Aufgabe durch Schiedsstelle (besteht aus Vertretern aller Beteiligten)	10
6.	Internetportal Stiftungen z.B. Thyssen/Firmen/Vereine/Kirchen/Kommune	1

Pirmasens PZ 2

AE13+14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

1.	Wirtschaftsförderung Standorterhaltung u. Erschließung neuer Wirtschaftszweige Wirtschaftsförderung + Infrastruktur	27
2.	Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung auf dem Land Sicherstellen ärztlicher Versorgung Gesundheitssystem	20
2.	Bürgerbüro qualifizierte Leistung Fachkompetenz Bürgerservice verstärken Freundlichkeit mobile Verwaltung (Verwaltungsbus)	20
3.	Bildung/Schule Schule, Bildung, Kultur	18
4.	Verwaltung als Dienstleister (Bürgernähe)	11
5.	Stärkung ÖPNV	8
6.	Ver- u. Entsorgung (Umweltschutz) Umweltschutz	7
6.	Altersgerechtes Wohnen + mobile Betreuung	7
6.	öffentliche Sicherheit öffentliche Sicherheit + Ordnung	7
7.	gemeinsame Schnittstellen Datenbanken und Technik (gemeindeübergreifend)	6
8.	Onlinedienste/Homeoffice für Verwaltungsmitarbeiter (Voraussetzung DSL)	5
9.	Meldewesen vor Ort verbleiben und in Hand der öffentlichen Verwaltung (Datenschutz)	3
9.	Familien + Kinderbetreuung	3
10.	Information ,Beratung, Förderung von erneuerbaren Energien	2
11.	Anpassung d. komm. Infrastruktur an die durch den demografischen Wandel geänderten Bedürfnisse	0
11.	Bauverwaltung	0

zukunftsfähige Gebietsstrukturen

1.	Mittelinstanzen (ADD,SGD)abbauen Abschaffung der Mittelbehörde (ADD,SGD) Auflösung ADD,SGD verkürzte Verhaltenswege/Wegfall der ADD/SGD /Entscheidung auf Gemeindeebene	30
2.	Beibehalt der Ortsgemeinden Erhalt der Selbstverwaltung der Ortsgemeinden mehr Fachkompetenz Entscheidungsbefugnis für die untere Ebene	29
3.	Erhalt der gewachsenen Gebietsstrukturen mit vermehrt interkommunaler Zusammenarbeit Beibehalten der bisherigen Strukturen (OG, VG, LK, Städte) gewachsene Strukturen bewahren	26
4.	Erhalt der Verbandsgemeinden	13

5.	wirtschaftliche + soziale Zusammenarbeit grenzüberschreitend kommunale Kooperation (Energie, Wasser etc.) Verfahrensabläufe durch freiwillige Kooperationen/interkommunale Zusammenarbeit	11
6.	bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden, damit diese ihre Aufgaben und die Selbstverwaltung wahrnehmen können	10
7.	Optimierung der Zuständigkeit/keine Doppelverwaltung/klare Abgrenzung	9
8.	Selbstbestimmung (Mitbestimmung der Bürger)	6
9.	Kostensparnis	3
9.	Veränderungen können wachsen durch Vorgaben eines Zeitrahmen und Vorbereitung (erst Entflechtung v. Aufgabenzuständigkeiten)	3
10.	Einkreisung der kreisfreien Städte	2
10.	Ausgliederung von Aufgaben (Outsourcing)	2
11.	Bürgernähe/Ortskenntnis	1
12.	Kreisverwaltungen zusammenlegen/Aufgaben sinnvoll zwischen KV, VG und Land verteilen	0

Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit

1.	Erweiterung des Ehrenamtes Vereinfachung der Bürokratie für ehrenamtliche Bestrebungen Partnerschaften/Ehrenamt/Förderung Förderung + Anreize für bürgerliches Engagement im Hinblick auf die demografischen Änderungen Patenschaften durch Bürger (Nachhilfe, Gießen...)	29
2.	Erreichbarkeit Öffnungszeiten kürzere Wege/geringe Wartezeit/freundliche Öffnungszeiten Online-Nutzung	25
3.	Interkommunale Zusammenarbeit Wissenstransfer zwischen Kommunalverwaltungen	19
3.	mobile Verwaltung (Verwaltungsbus) Grundvoraussetzung Bürgerbüro Bürgerbüro/Bürgerbus	19
4.	"Schwarzes Brett" (Amtsbildung, Gemeindehaus ...) Voraussetzungen schaffen zur Information für interessierte Bürger (Plakate, Flyer, Ansprache...)	13
5.	mehr Bürgerumfragen Bürgerversammlung/Mitbestimmung/Umfrage	11
6.	Effizienz (kein Kostenzuwachs)	8
7.	Kooperation mit Wirtschaft (Sponsoring)	7
8.	gewachsene Gemeindestrukturen erhalten	5
9.	Beratungsgremium von Bürgern, Verwaltung + Wirtschaft	1

Zuspitzungsfragen

Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?

1.	Verbandsgemeinde	15
2.	Kreisfreie Stadt	5
3.	Ortsgemeinde	3
4.	Kreis	1
5.	Land (mittlere und untere Landesbehörden)	

Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?

1.	verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	13
2.	aktuelle Strukturen	9
3.	größere Strukturen	2
4.	kleinere Strukturen	1

Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?

1.	Bürgerbefragung	18
2.	Bürgerentscheid	17
3.	bürgerschaftliches Engagement	13

Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?

1.	Staat – Kommune	16
1.	Gemeindewirtschaft	16
2.	Wirtschaft	8
3.	Bürger/innen	7

Pirmasens PZ 2

AE15: Offene Themen

Entschuldung

Extrasteuer auf Luxusgüter

Abbau von Subventionen
Reduzierung d. Parlamentarier
Straßenbenutzungsgebühr (z.B. Vignette)
Abbau Beamtentum
Erschließung von Baugebieten nur nach Bedarf
Sozialsystem auf Prüfstand stellen
Geld zweckgebunden verwalten (z.B. Rentenkasse)
mehr Verantwortungsbewusstsein bei Ausgaben von öffentlichen Mitteln
Solidaritätszuschlag überdenken

Verdienen

1% MwSt..
Verkauf v. Grundstücken/Gebäuden
Wald/Holz
Wind/Solarkraft
eigene Wasserquellen nutzen
Stausee --> Tourismus

Sparen

Etatkürzung (10%)
Verschiebung von Ausgaben
Miete statt Kauf
interkommunale Kooperation (z.B. Maschinenring)
Privatisierung
Schließung

Grundlage: Alle Verwaltungseinheiten sind technisch und organisatorisch gleich ausgestattet

Deckblatt:

Welche Behörde erlässt
Für welchen Antrag/Leistung
Für wen
Was/Wie viel ggfs. Warum nicht
An wen
Zeitumfang
Hinweis auf Anlage

Anhang:

Der Entscheidung (auf Deckblatt) zu Grunde liegende Gesetzeslage
RECHTSBEHELFSBELEHRUNG
BESCHEIDEVEREINFACHUNG

Bürgerbüro

angestellt in zentraler, größerer Stadt/Gemeinde
Bürgerbus wird von MA gefahren
Tag an dem BB unterwegs reduzierte Öffnungszeiten
Öffnungszeiten nach Bedarf/(Umfrage)
Erreichbarkeit auch über Telefon + Internet
festen Ansprechpartner

Bürgerbus:

fährt BB umliegende Orte ab
Ausstattung mit Laptop
wichtige Formulare im Bus
1-2h pro Ort
bei nächstem Besuch werden beantragte Unterlagen mitgebracht
Voraussetzung einheitliche Software bzw. Schnittstelle

Aufweichen der Stabstelle

Bürgermeister VG

Oberabteilungsleiter Vertreter des Bürgermeisters
Wissensmanager VG1
Abteilungsleiter
Wissensmanager VG2
Abteilungsleiter
Sachbearbeiter mit hoher Qualifikation/Kultur
Sachbearbeiter Passant
Sachbearbeiter Personal
Sachbearbeiter Gewerbesteuer
Sachbearbeiter mit hoher (Abwasser) Qualifikation
Sachbearbeiter Bürgerbüro usw.

Planungszelle 1 Prüm

Prüm PZ 1

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

Positives

Freundlichkeit und Höflichkeit

Beispiel der Bürgerinfo im Finanzamt in Prüm

Bisherige Erfahrungen sind insgesamt gute Erfahrungen

Auf dem Land eigentlich kurze Wartezeiten in den Behörden

Verbesserungsbedarf

zu wenig Diskretion

Forderung nach mehr Flexibilität in den Behörden

schlechte Öffnungszeiten/ nicht zeitgemäße Öffnungszeiten/ sollten flexibler und abgestimmt

auf den Berufsalltag sein

Bessere ärztliche Versorgung

Einführung von Sammel- und Ruftaxi (für Alte und die Jugend)

Kinder und Jugend-Aktivitäten

Schlechte Erfahrungen im Rahmen der Kreisreform (1970)

Akzeptanzprobleme zwischen den ehemals getrennten Verwaltungen Prüm und Bitburg (dadurch

fehlt die persönliche Nähe)

Zuständigkeitsprobleme in der Verwaltung/ bzw. Kompetenzprobleme/ Abstimmungsprobleme

fehlende räumliche Nähe zur Verwaltung (dabei auch fehlende Busverbindungen)

ungleiche Begünstigungen durch die Verwaltungen

Entscheidungsunfreudigkeit der Verwaltung

zu wenig Mitbestimmung bei den Gemeindesitzungen, Entscheidungen werden nur noch

präsentiert

Klage über 90% muss der Bürger bezahlen, aber er kann nur über 10% mitbestimmen

zu wenige und zu unzureichende Bürgeraufklärung

schlechte Erfahrungen mit wiederkehrenden Beiträgen

Kontakt zum Bürger sollte von den Verwaltungen gesucht werden

Zu hohe Kosten für Verwaltungsakte für Bürger (Familien), bspw. bei Reisepass

fehlende Ansprechpartner

Forderung nach einfachen Formularen

Vorschläge

Sorgenbriefkasten

Weiteres

Diskussionsbedarf zum Schulsystem

Prüm PZ 1

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Seniorenprogramm | 28 |
| | Ausbau der Alterspflege | |
| | Organisation von Betreuung | |
| | auf ältere Menschen abgestimmtes Freizeitprogramm – dezentralisiert | |
| 2. | Mobile Verwaltung | 27 |
| | mobile Beratung vor Ort | |
| | mobile Versorgung versch. Bereiche | |
| | raus und hin zum Bürger | |
| 3. | Bürgerbeteiligung | 19 |
| | höhere und generationenübergreifende Bürgerbeteiligung (Ehrenamt) | |
| | Seniorenhelfer in Verwaltung und Kommunen | |
| 3. | Kostensenkung für Familien | 19 |
| 4. | mehr Aufgaben Online verfügbar | 10 |
| 4. | veränderter Wohnraumbedarf (dezentrale ärztliche Versorgung, veränderter Transportbedarf) | 10 |
| 4. | Verbesserung des Wirtschaftsstandortes | 10 |
| | Familien stärken | |
| 5. | Bürgernähe (Pendlerbus) | 8 |
| 5. | gute Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze ab 50 Jahre | 8 |
| 5. | Verbesserung ÖPNV | 8 |
| 6. | Internetoffensive für die Bürger (zentrale Computer) ähnlich Bankautomaten | 4 |
| 6. | finanzielle Unterstützung für betreutes Wohnen | 4 |

6.	zukunftsorientierte Leitbilder für die Gemeinden	4
7.	Dorfgemeindehäuser (keine Kosten)	2
Welche Aufgaben können wegfallen?		
1.	Verschlankeung der Verwaltung weniger Ortsgemeinden Wegfall von Dienststellen (Bsp.: KFZ-Zulassung) Wegfall einer Verwaltungsebene	40
2.	Bürokratieabbau (Benchmarking)	24
3.	Ehrenamt stärken	22
4.	Selbstverwaltung (z.B.: mit Blick auf das Rechnungsprüfungsamt)	18
5.	Reduzierung gemeindlicher Pflegemaßnahmen (bspw. Parkanlagen) und evtl. Übernahme durch Bürger	8
6.	Ausgliederung, bzw. Privatisierungsmaßnahmen bei der Verwaltung	6
7.	Wegfall Reduzierung der Bauabteilungen, Zusammenführung im Kreis	3
8.	Beglaubigung von Urkunden kann wegfallen	3

Prüm PZ 1

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

1.	Bildung Bildungswesen (Schule und Kindergarten) besseres Schulsystem (spätere Aufteilung in den Grundschulen) Förderung von Kleinkindern (Mehrsprachiger Kindergarten)	28
1.	Altersversorgung Seniorenprogramm (medizinische Versorgung) Altenpflege (Betreuung)	28
2.	Umweltschutz Umweltfreundliche Energiegewinnung Umweltschutz (Abwasser)	18
3.	Familie Familienbetreuung (Beratungen, Geldsachen) Unterstützung von Familien	13
4.	Standortförderung Aktive Wirtschaftsförderung (Standortwerbung) Touristische Vermarktung	11
5.	ÖPNV-Verbesserung kurze Schulwege mit ÖPNV Mitfahrerbüro kleine Busse	10
6.	Infrastruktur Infrastruktur verbessern Erhaltung und Förderung der Infrastruktur	8
7.	Soziale Sicherung Grundsicherung (Energie, Miete, Lebenshaltung)	7
8.	Wirtschaftlichkeit der Verwaltung	4
9.	Mehr Verantwortung für die Gemeinden	3
9.	Bürgereinbindung (z.B.: bei der Seniorenhilfe Kinderbetreuung)	3
10.	Dorfentwicklung/ Dorfkernentwicklung	5
11.	Unterstützung bei medizinischer Versorgung	3
12.	Meldewesen bei den Verbandsgemeinden	1
12.	Ausbau des Online-Angebotes der Verwaltung	1
13.	Vereinfachung des grenzüberschreitenden Arbeitens	0

Prüm PZ 1

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?

Chancen

1.	Bürgernähe Bürgernahe Verwaltung Bürgernahe Verbandsgemeinde (kurze Wege, Ansprechpartner) "Bürgernähe?"	42
----	---	----

2.	Vereinfachung	33
	Kurze Entscheidungswege	
	kürzere Wege/ vereinfachte Verfahren	
	Vereinfachung der Verwaltungsabläufe	
3.	Stärkung des Standortes	16
4.	Behörde als Dienstleister	14
5.	Regionale Arbeitsplätze (Erhalt/Schaffung)	13
6.	Mehr Mitsprache und Interesse der Bürger	12
6.	Reduzierung der Ortsgemeinden	12
7.	Effizienz/ Wirtschaftlichkeit	6
	effiziente Verwaltung/ Kostenersparnis	
	<i>Risiken</i>	
1.	Keine wirkliche Kosteneinsparung	40
	Kostenverteilung nach unten	
	Aufgaben werden intensiver (Kosten)	
2.	Benachteiligung des ländlichen Raumes	21
3.	Klüngel	19
	Begünstigung	
	mangelnde Objektivität	
4.	Mangelnde Kompetenz	17
	Fachliche Inkompetenz	
	Kompetenzen (wird wenig weitergebildet)	
5.	Überforderung der Kommunalbeschäftigten	16
6.	Personalprobleme	10
	Arbeitskräftemangel auf kommunaler Ebene	
	Personalabbau	
7.	Besitzstandswahrung	3
	Reform wird von den Mitarbeitern nicht mitgetragen	
	Prüm PZ 1	
	AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur	
	<i>Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?</i>	
1.	Bürgernähe	34
	Ansprechpartner vor Ort (Bürgernähe)	
	Bürgernähe	
	Bürgernähe	
2.	Demokratie vor Ort	33
	Stärkung des Bürger-Engagements	
	mehr Mitspracherechte für den Bürger	
	Eigeninitiative (in einer kleinen Gemeinde sind die Bürger eher zu Engagement bereit)	
3.	Persönliche Bindung	31
	besserer Zusammenhalt, Ehrenamt, besseres Gefühl, Vereine & Kultur	
	persönliche Bekanntheit	
	keine Anonymität (gefühlte Selbstverwaltung)	
4.	Orts- und Geschichtskennntnis	16
	Förderung der kulturellen Identität	
5.	kurze Wege (kostengünstiger)	11
5.	kleine Gemeinden achten mehr auf Geldausgaben	11
6.	Überschaubarkeit	4
	Überschaubarkeit	
	<i>Welche Vorteile haben größere Strukturen?</i>	
1.	Bündelung von Aufgaben	35
	direkter Ansprechpartner/ kurze Wege	
	weniger Zuständigkeit bei einer Bündelung v. Aufgaben	
	weniger Wege und deswegen effektiver Genehmigungen an einer Stelle	
2.	Neutrale Verwaltung	34
	keine Vetternwirtschaft (Klüngel)	
3.	Kostenersparnis	29
	Kostenersparnis bei der Zusammenlegung von Ortsgemeinden	
	Kostengünstiger durch Straffung der Verwaltung	
	höhere Effizienz	
	Kostenersparnis	
4.	Stärkung von Fachkompetenzen	13
4.	Bündelung von Wegen	13
	bei Arzt, Schul- und Einkaufsbesuchen, auch bei der Verwaltung	

5.	besser Steuerbar	10
6.	Aufwertung z.B. von Grundstücken	4

Prüm PZ 1

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

1.	Bürgernähe Bürgernähe der Verwaltung Bürgernähe Bürgernähe Bürgernähe	42
2.	Brauchtum ländliche Atmosphäre erhalten kulturelles Leben erhalten (Vereine) kulturelle Identität vor Ort bewahren Identifikation mit der Gemeinde soll erhalten bleiben Regionale Identifikation erhalten Identität	40
3.	Selbständigkeit der Ortsgemeinden keine Zusammenlegung	21
4.	Ehrenamt	14
5.	Kompetenz der Verwaltung vor Ort (Bsp. Bleialf), Kompetenz der Mitarbeiter vor Ort	9
6.	Kommunale Zusammenarbeit	7
7.	Aktive Bürgerbeteiligung (Ortsgemeinderat)	5

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

1.	Vermeidung von Versorgungslücken Konzentration von Stützpunkten der Verwaltung und anderer, Bsp.: Arzt und Feuerwehr	28
2.	Straffung Straffung der Zuständigkeiten Verwaltung rationalisieren	25
3.	Kinderfreundlichkeit	24
4.	Kleinstortsgemeinden zusammenfassen	13
5.	Eigeninitiative des Bürgers über die Gemeindegrenzen unter Mithilfe der Verbandsgemeinde	10
6.	Aktionen zur Einbindung der älteren Bevölkerung	7
6.	Virtuelles Rathaus umsetzen	7
6.	Bei Zusammenlegungen, anteilmäßige Berücksichtigung eines jeden Ortes	7
7.	Mobile Versorgung durch Verwaltung (Bürgermobil)	6
7.	Zentrierte Energieversorgung (Sammelbestellungen, von zum Beispiel Heizöl)	6
8.	Gerechte und effizienter Umgang/ Umverteilung mit geringeren finanziellen Mitteln	4
9.	Weiterer Infrastrukturausbau (DSL etc.)	3
10.	Überalterung (weniger Mobilität bei der älteren Bevölkerung)	2

Prüm PZ 1

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Synergieeffekte bei Erhalt der Eigenständigkeit Effektivität steigern z.B. Wasserversorgung weniger Verwaltung bessere Zusammenarbeit zwischen Verbandsgemeinden Gründung von Zweckverbänden (Verteilung von Aufgaben)	40
2.	Erhaltung der Infrastruktur vorhandene Strukturen bleiben bestehen	26
3.	Kostenreduzierung größere Projekte verwirklichen Zusammenarbeit in der Finanzlage Kostensparnis im Bereich der Investitionen (z.B. Kläranlagen)	23
4.	Erhaltung der Arbeitsplätze	16
5.	Bessere Identifikation mit der Region	10
6.	Besseres Marketing	8

7.	Outsourcen von Aufgaben	3
7.	Bedürfnisse sammeln (z.B. Abfallentsorgung)	3
7.	Stärkung der regionalen Interessen	3
8.	Bevölkerungsschwund (z.B. Überschuss an Schulen und Kindergärten)	2
9.	Dialog zweier Meinungen/ Erfahrungsaustausch	0
Was spricht für neue Gebietsstrukturen?		
1.	Verschlinkung des Verwaltungsapparates weniger Verwaltungsaufwand Bündelung von Aufgaben flexiblere Steuerung	32
2.	Finanzierungsmöglichkeiten Umlagemöglichkeiten (z.B. Straßenbau) Finanzausgleich von oben nach unten	16
3.	sehr kleine Gemeinden zusammenlegen	15
4.	Stärkung der Gesamtregion	13
4.	mehr Mitspracherecht	13
5.	Kostensenkung- Ersparnis finanzielle Situation	11
5.	Verbesserung des Infrastrukturangebotes z.B. Schwimmbäder, Museen	11
5.	Demografische Entwicklung Ausgleich der Alterspyramide	11
6.	Weniger politische Grenzen	10
Prüm PZ 1		
AE8: Anreize für neue Strukturen		
Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?		
1.	Ausbau/ Verbesserung von ÖPNV höhere Förderung der ÖPNV verbesserte Anbindungsmöglichkeiten der ÖPNV bessere Infrastruktur des ÖPNV	22
2.	finanzielle Anreize Geld finanzieller Aspekt Kostensparnis	19
3.	DSL für alle mehr Online flächendeckender Internet-DSL-Anschluss	16
4.	weniger Abgaben (Sinnerfassung) dafür Strom mal geschenkt, mal kein Winterdienst	14
5.	Dienstleistungen der Verwaltung verbilligen	13
6.	Sanierung von Straßen	9
7.	bessere Nutzung der Ressourcen (Kultur, Freizeit, Umwelt)	8
7.	Förderung für Rückbau (für Ortskernbelebung)	8
8.	Bebauungsplan/ Erschließung	5
8.	Entschuldung für zukünftigen Handlungsspielraum	5
8.	Parteinneutral	5
9.	mehrere Abteilungen zusammenlegen	4
9.	festgeschriebenes Mitbestimmungsrecht für die Ortsgemeinden	4
10.	Ausbau der Präsenz in der Fläche durch frei werdendes Personal	3
10.	Strukturveränderungen durch den Bürger (Direktentscheid)	3
10.	Wettbewerb à la "Benchmarking zwischen Gemeinden"	3
11.	Strukturstärkung	2
11.	Übergangsgelder + Beihilfen Beschäftigte	2
Prüm PZ 1		
AE9: Was heißt Bürgernähe heute?		
Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?		
1.	Fachkompetenz und Freundlichkeit Bürgerbüro/ Ämter: Kompetenz fachlich und menschlich Kompetenz der Sachbearbeiter kompetenter Ansprechpartner vor Ort	38

	kompetente Mitarbeiter	
	Freundlichkeit	
	Unterstützung (Beim Ausfüllen verwaltungsfremder Formulare)	
	persönliche Beratung (Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen)	
	Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft (Kontakt mit anderen Behörden wenn Unterlagen fehlen)	
	zentrale Besetzung mit einer Person, die alle Abläufe in der Verwaltung ausführlich kennt	
2.	Erreichbarkeit	35
	Öffnungszeiten der Verwaltung auch Samstags	
	Öffnungszeiten an Einzelhandel vor Ort anpassen	
	flexible Öffnungszeiten	
	gute Erreichbarkeit (Abends evtl. bis 22 Uhr)	
	kostenfreie Hotline (bspw. zum Finanzamt)	
	Terminvereinbarung mit den Bediensteten	
3.	Mobilität	27
	mobile Mitarbeiter	
	Mobilität (Bürgerbus)	
	in Zukunft mobile Dienste anbieten und um andere Funktionen erweitern bspw. Post, Müllmarken, etc.	
4.	Information & Service	8
	Ortsgemeinden sollten bereit sein bei Behördengängen zu helfen	
	Beratung bei Angelegenheiten, die über die Verwaltung hinausgehen (Bsp. Rente)	
	mehr Bürgerinformation	
5.	ärztliche Nähe	7
5.	Bürgerbüro	7
6.	Bürgerbeteiligung	6
	mehr Bürgerbeteiligung (Sorgenbriefkasten, Transparenz)	
	Kummerkasten	
7.	Öffentlichkeitsarbeit	5
	Arbeit der Verwaltung erklären, bspw. in Schulen	
8.	Organisation von Kultur, Freizeit (Touristik)	4
9.	gute Infrastruktur (z.B. Straßen, Winterdienst)	3
10.	bessere Entsorgung von Grüngut	2
11.	regionaler Bezug	0

Prüm PZ 1

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

1.	Engagement im sozialen Bereich	34
	Seniorentreff mit Jugend	
	Besuchsdienste bei Alleinstehenden/ Alten oder in Altenheim	
	Einkaufshilfe für Ältere, Kranke	
	Engagement im sozialer Bereich (Kinder- und Altenbetreuung)	
	Nachbarschaftshilfe	
	Zeit für Gespräche, vorlesen usw. für Menschen die krank oder alleine sind	
2.	Engagement für Kultur	25
	Fördervereine (Gemeindezeitung, Einrichtungen, Freizeitgestaltung)	
	Kultur- und Geschichtsinformationen, Fremdenführungen	
3.	Gemeindeengagement	14
	Aktion saubere Landschaft (Pflege und Reinigung der Grünanlagen Spielplatz, Patenschaften)	
4.	Gemeindegremien (Mitarbeit)	13
5.	Betreuung von Behinderten und Demenzkranken	12
	(im gesetzlichen Sinne)	
6.	Wohnen für Generationen	11
6.	Engagement im Sport	11
7.	Börse für Kinderbetreuung	10
8.	Vereine (Mitgliederverein, Sportverein, etc.)	5

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?

1.	Bessere Information	36
	Information über das Internet (evtl. auch mit der Möglichkeit zur Abstimmung über das Internet)	
	Informationen über die kommunale Arbeit	
	Information zu getroffenen Entscheidungen im Mitteilungsblatt veröffentlichen	
	bessere Information vor neuen Projekten in der Gemeinde	
	mehr Integration der Betroffenen im Vorfeld	

2.	Jugendrat (Gelebte Politik in der Schule einbringen als Vorlage für einen solchen Rat)	19
3.	Quotenregelung Frauenquote Repräsentanz aller Altersgruppen im Gremien (z.B. Gemeinderat)	16
3.	Ehrenamt Junge stärken offensiv bewerben	16
4.	Bürgerbeauftragter für alle Anliegen der BürgerInnen	14
5.	Eigeninitiative des einzelnen Bürgers ... nutzen was da ist	11
5.	Bürgerbefragung zu allen Themen	11
6.	Quoren absenken	6
7.	Bürgerwille soll mehr zum tragen kommen	5
8.	Ehrenamtsvertreter aktiv in der Kommunalpolitik berücksichtigen	4

Prüf PZ 1

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	Ortsbildgestaltung Gestaltung öffentlicher Anlagen Friedhof, Marktplatz, Blumenbeete) gemeinsame Pflege/Erhaltung von Spielplätzen	20
2.	Beibehaltung/Ausbau sozialer Einrichtungen die Tafel Tafel	18
3.	Sammeltaxi ehrenamtliche Fahrer, Zuschuss von der Gemeinde	15
4.	Interessengemeinschaft für ökologische und energiewirtschaftliche Fragen	14
5.	Ausbau der Jugendarbeit z.B. Jugendtaxi	12
6.	Kinderbetreuung Kindertagesstätten in großen Betrieben Trägerschaft Kindergarten offene Betriebskindergärten	11
7.	Kommunen das Engagement der Unternehmen unterstützen	9
8.	Brauchtum Kommune-Bürger	8
9.	Bildung Ausbildungsförderung Bildung und spezielle Förderung	7
9.	Mehrgenerationenhaus Kopplung zwischen Bürgern und Wirtschaft	7
10.	Ehrenamtsbörse	6
10.	betreiben von Schwimmbädern, Museen und Bibliotheken Betreibermodell	6
11.	Kinderbetreuung (außerhalb Schule/ Kindergarten)	5
12.	Förderverein z.B. Erhalt von Krankenhaus	3
12.	Kulturarbeit	3
13.	Gemeinsame Vermarktung der Region	0

Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

1.	Ausschuss zu gleichen Teilen Gremien zu gleichen Teilen vertreten	21
2.	Zweckverband Förderverein	20
3.	Entsprechend der Satzung Gemäß der gemeinsam aufgesetzten Satzung, der Verantwortung entsprechend nach Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführer + Aufsichtsrat	17
4.	Örtlicher Rat Mandatsträger Ausschuss	6

Prüm PZ 1

AE13+14: Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

1.	Familienprogramme und Förderung aktive Familienförderung (<i>Organisation von Kindertagesbetreuung, Kleinkindergarten Ganztagsschule und Ferienprogramme</i>) Familienförderung Familien stärken Familienunterstützung/ Beratung Familienpolitik, finanzielle Förderung	23
2.	Jugendprogramme Jugend (Rahmenbedingungen, Jugendräume (keine Bushaltestellen)) Jugend und junge Erwachsene enger beteiligen Jugend (politische Bildung, Jugendgemeinderäte, Sozial, Spaß, Selbstwertgefühl)	20
3.	Seniorenprogramme Senioren Lösungen Altersversorgung Seniorenprogramme (Freizeitprogramme, Freizeiten) Seniorenprogramme	19
4.	Verwaltung als Dienstleister Mobilität der Verwaltung (<i>themenumfassende, Eingangsverwaltung von der Lohnsteuerkarte, bis hin zum Bauantrag</i>) Flexibilität der Verbandsgemeinde, Verwaltung, Hilfsbereitschaft, Öffnungszeiten, auch Samstags, Service-Hotline	17
5.	Erhaltung der Infrastruktur Mobilität der Bürger durch ÖPNV, Sammeltaxi, öffentlichen Einrichtungen (Bibliothek, Schwimmbad und Museen) Behindertengerechtigkeit Daseinsvorsorge der Infrastruktur	12
6.	Ehrenämter stärken	8
7.	Lust auf Kinder wecken (Imagekampagne)	7
8.	Kontaktbörse Senioren – Familien	6
9.	Arbeitsbeschaffung – Förderung	4
9.	Umweltschutz	4
10.	wirtschaftliches Denken	2
11.	soziale Verantwortung (Schulsystem)	1
zukunftsfähige Gebietsstrukturen		
1.	Verwaltungsstraffung Bündelung der Verwaltung (unter Beibehaltung der kleinen Gemeinden, Sparen von oben her) Abteilungen bündeln Schlanke Verwaltung Verschlankung von Ministerien, SGDs + ADDs, OLGs Straffung (Arbeit bündeln, Kostensenkung und sinnvolle Umverteilung)	33
2.	Zusammenlegung von Kleinstgemeinden keine Kleinstgemeinden 111 Einwohner Ratio bei der Zusammenlegung von Kleinstgemeinden unter 75 Einwohner Kleinstgemeinden freiwillig zusammenfügen	23
3.	Bürgernähe erhalten Verlagerung der Aufgaben von oben nach unten (z.B. Führerschein)	16
4.	Berücksichtigung von gewachsenen Strukturen gewachsene Strukturen sollen erhalten bleiben	13
5.	ÖPNV	11
6.	Identifizierung muss erhalten bleiben Bürger/ Verwaltung/ Gemeinwesen und Zusammenhalt	7
7.	Vermeidung von Versorgungslücken keine Versorgungslücken in Richtung Verwaltung	4
8.	Kostensparnis	3
8.	vernünftige VG-Größen (Prüm-Arzfeld, Hillesheim-Oberkyll)	3
8.	keine Einkreisung der kreisfreien Städte	3
9.	Tourismus fördern	2
9.	Stärkung der Gesamtregion	2
10.	neutrale Verwaltung (Klüngel)	1
10.	Finanzausgleich zwischen Stadt und Land	1

10. Stärkung der Fachkompetenz vor Ort	1
Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit	
1. Bürgerbüro	25
Bürgerbüro und den Ortsbürgermeister dabei einbinden	
Bürgerbüro mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten	
Öffnungszeiten	
Bürgervertreter und mobiles Bürgerbüro	
Verlagerung von Kreisaufgaben zur Verbandsgemeinde	
2. Stärkung Ehrenamt	21
Ehrenämter	
Nachbarschaftshilfe	
Plattform für bürgerliches Engagement	
3. Mehrgenerationenhaus (Bürger-Wirtschaft-Rat)	12
4. Bürgerbegehren	11
Quoren für Bürgerbegehren-Entscheid	
Bürgerbegehren, Reduzierung der Quoren	
5. Online Verfügbarkeit	9
6. Erhalt der Demokratie vor Ort	8
7. Partnerschaft Rat-Bürger-Unternehmer	7
Unternehmer mehr in soziale Verantwortung nehmen	
mehr Unterstützung durch Unternehmen (Kooperationen für KITA, KIGAs)	
8. mehr Bürgerbeteiligung	5
(Kummerkasten, Umfragen, Sorgentelefon)	
8. Mobiler Dienst	5
9. Quotenregelung in Gremien	3
9. Bürgerbeauftragter in der Verbandsgemeinde	3
9. bessere Information	3
persönlich	
Zeitung	
Internet	
9. Seniorenprogramm	3
10. Deregulierung	1
Stärkung der Eigenverantwortung	
Beschleunigung des Verwaltungsablaufes	
Zuspitzungsfragen	
Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?	
1. Verbandsgemeinde	16
2. Ortsgemeinde	5
3. Kreisfreie Stadt	1
4. Kreis	0
4. Land	0
Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?	
1. verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	13
2. aktuelle Strukturen	5
3. größere Strukturen	4
4. kleinere Strukturen	0
Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?	
1. Bürgerentscheid	30
2. Bürgerbefragung	7
3. Bürgerschaftliches Engagement	6
Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle spielen?	
1. BürgerInnen	15
2. Gemeinwirtschaft	12
3. Staat-Kommune	11
4. Wirtschaft	6

Prüm PZ 1

AE15: Offene Themen

Kommunikation zwischen Jung und Alt

Kontaktbörse zwischen den Generationen durch Einladung über Wurfsendung an alle Haushalte
 Ansprechpartner/Organisator soll die Gemeinde/die Kirche oder der Verein sein, um
 längerfristigen Erhalt zu sichern (u.a. Versicherungsschutz, Koordinierung/Kontaktstelle)
 Treffen organisieren: erster Kontakt, Bedürfnisse ausloten, Liste erstellen, wer bereit ist was zu
 tun

Ergebnisse auswerten und bündeln und Bedingungen (Satzung/Entgeltbedingungen) festlegen
Wie können wir unser Projekt mit Leben füllen:

Oma/Opa Dienst f. Kinderbetreuung

Internet/Handy: die Jungen bringen den Alten die mod. Kommunikation näher

Dialekt Nachmittag

Generationenfest

Diskussionsnachmittage

Winterdienst, Rasenmähen, Gartenarbeit, Fahrdienst, z.B. Arzt

Quotenregelung (in politischen Gremien)

Quotenregelung als (Pflicht-)Forderung:

Gruppen:

1. Altersgruppen 61+/22-60/14-21 (10%)

2. Männlich – Weiblich (z.B. 50%/50%)

3. Wohnsitzdauer (< 5 Jahre) (mind. 10%)

> Können Quoten nicht erfüllt werden, dann kein Zwang

fordern von politischem Engagement

aktive, dynamische, bürgernahe Politik

Auflösen/Aufbrechen von eingefahrenen/festgefahrenen Strukturen in den

Entscheidungsgremien

Image

Bürgerinnen und Bürger sind repräsentativ vertreten und damit politisch eingebunden

(Bürgernähe – Zufriedenheit)

auch Quoten auf Kreis- und Landesebene > Interessenvertretung kleiner, ländlicher Regionen

Jugendarbeit

Rahmenbedingungen:

Etat

Räumlichkeiten/Örtlichkeiten

Jugendbeauftragter

Impulsgeber

> *Hilfe zur Selbsthilfe!*

Aktivitäten:

Events

Brauchtum

Traditionspflege

Veranstaltungen

Spaß

Gemeinschaftssinn

Verantwortung

Sozialverhalten

Infrastruktur – Busverbindungen

Straßenbau

Parkplätze

medizinische Versorgung

Sammeltaxi: einfache Rufnummer, auf Bestellung, Dalmus Türku

Schulen/Kindergärten

Öffentliche Sicherheit: Polizei, Ordnungsamt

Jugendhaus, Freizeiteinrichtungen

Öffentliche Toiletten: Wartung

alternative Energien

Familienförderung

Kinderbetreuung zu Hause: wenn beide Eltern arbeiten, gestaffelt nach Einkommen

Kostenfreier Kindergarten oder gestaffelt nach Einkommen

Öffnen der Kindergärten auch für Senioren

Kostenfreie Schulbusse, Schulbücher, Schulbetreuung/Hausaufgabenbetreuung

freier Nachmittag in kommunalen Einrichtungen (z.B. Schwimmbad, Kino)

Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten (z.B. Strom, Wasser/Abwasser, Müllgebühren, Kfz-

Steuer)

spezielle Beratung für Familien in den Kommunen, Hilfe bei Anträgen/Fördergeldern

Planungszelle 2 Prüm

Prüm PZ 2

AE1: Erfahrung mit Kommune und Verwaltung

Welche Erfahrungen haben Sie mit Kommunen und Verwaltung gemacht?

1. Örtliche Verwaltungen, im allgemeinen Zufriedenheit
kommunal hohe Bürgernähe
kurze Wartezeit
kurze Wege
2. ab Kreisebene wird es schwieriger
Anlaufstelle im Ort fehlt
dezentral
zentral – bürgerferner
3. Zuständigkeiten sind nicht eindeutig
Pontius zu Pilatus
fehlende Transparenz
4. Öffnungszeiten nicht Arbeitnehmergerecht
5. Oft fehlende (Un-)Freundlichkeit
wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus
Gleichgültigkeit
6. Fehlende Qualifikation
keine Ahnung
mangelnde Info/Beratung
fehlende Hilfe und Zuschüssen
Vettern-Wirtschaft
7. Minimierung der Entscheidungsgremien
Doppelbesetzung von Stellen (Verwaltungsgemeinden -> Kreisebene)
Beteiligung vieler verschiedener Stellen an einen Verfahren
8. Kostengünstiger Arbeiten
effektivere Nutzung persönliche Ausstattung
lange Verfahrenswege
9. Sinn-Erklärung von Vorschriften müssen verbessert werden
10. Pos./Neg. Auslegungen der Vorschriften und Gesetze
11. Ständige Änderungen
Unsicherheit beim Behördengang
12. Arbeitgeber
13. Altersstruktur wird nicht berücksichtigt (Internet)

Prüm PZ 2

AE2: Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform jetzt?

Was für neue Aufgaben bekommen Verwaltung und Kommunen in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft?

- | | |
|---|----|
| 1. Erhaltung von Kitas und Schulen im ländlichen Gebieten | 28 |
| 2. Finanzielle Anreize für Ärzte und andere wichtige Daseinsversorgung | 26 |
| 3. Örtlicher Ansprechpartner
mobile Verwaltung | 24 |
| 3. Dienstleistungen für Senioren
zunehmend Ansprechpartner für Senioren
Dienstleistungen
altersgerechte Versorgung | 24 |
| 4. Unterstützung bei Pflege
bezahlbarer Pflegedienst
Ausbau sozialer Sicherheit (Pflegeeinrichtungen verbessern) | 23 |
| 5. Weniger Struktur darf nicht sein
weniger Bewohner = weniger Wähler
Infrastruktur verbessern | 22 |
| 6. ÖPNV
Fahrdienste (evtl. Taxis auf öffentl. Kosten) für Gehbehinderte und alte Leute | 17 |
| 7. Pflege
mobile Service Dienste | 13 |
| 8. Verwaltung des Gebäudebestandes | 9 |
| 9. Behinderten und altersgerechter Zugang | 8 |

Welche Aufgaben können wegfallen?

1. Bürgernähe muss bleiben	31
2. Aufgabenverschiebung Kreisebene -> VBG	29
3. Kein Wegfall nur Reduzierung	27
4. Auflagen bei Altbauten verringern (Ortskernerhaltung)	25
5. ? effizienter werden	16

Prüm PZ 2

AE3: Aufgaben von Kommunen und öffentlicher Verwaltung

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben, die von den Kommunen und der Verwaltung zukünftig erbracht werden müssen?

1. Erziehung und Bildung z. B. Schulen, Kitas, VHS	21
Erhaltung von Schulen und Kindergärten ortsnah	
gesicherte Bildung (Förderung Schwacher, Lernmittelfreiheit)	
2. ÖPNV Alternativen (Taxi, Bus)	17
intelligenter ÖPNV	
3. Versorgung/Entsorgung	15
Vers- und Entsorgung z. B. Wasser, Müll, Abwasser	
Abfallentsorgung	
4. Umweltschutz	14
Umweltaufgaben (Wasser Abwasser)	
Renaturierung	
5. Allg. weniger Bürokratische Hürden	13
Verschlanung der Verwaltung (von oben!)	
6. Gesundheit	10
Haus und Fachärzte ansiedeln	
6. Arbeitsplätze	10
7. Rettungsdienste/Feuerwehr	8
7. Soziale Absicherung	8
Soziale Einrichtungen	
soziale Grundsicherheit (Jugend- u. Altenhilfe, Sozialstationen)	
8. Öffentliche Sicherheit + Ordnung	7
8. Dorferneuerung	7
Erhaltung Dorfstruktur	
8. Kinderbetreuung	7
Kinderbetreuung /Bildung/Sport	
9. Allg. Daseinsvorsorge (Medizin, Wasserversorgung)	6
bedarfsgerechter Erhalt der öffentlichen Einrichtungen	
9. Lenkungsaufgaben im Jugendbereich	6
10. Seniorenbüro auch von Haus zu Haus unterwegs	5
11. Weniger Privatisierung (Bahn, Post, u.ä.)	4
11. Stärkung des Ehrenamtes (Kostenerstattung etc.)	4
11. Verkehrsinfrastruktur (Straßenbau, Radwege, ÖPNV)	4
11. Tourismusförderung (Kultur, Sport, Freizeit)	4
Fremdenverkehr	
Freizeitangebote (Sport, Kultur)	
12. Bauverwaltung	3
Bauleitplanung und Bauwesen	
13. Seniorenbetreuung (Pflegeheime, Betreutes Wohnen)	2
13. Hilfestellung des Bürger im Verwaltungs-/Rechtswirrwarr	2
umfassende und bedarfsgerechte Information	
Rechte/Pflichten	

Prüm PZ 2

AE4: Aufgabenverlagerung und Zuständigkeitsverteilung

Worin liegen die Chancen und Risiken einer kommunalen Erledigung von Aufgaben?

Chancen

1. Bürgernähe	43
Bürgernähe kürzere Anfahrtswege	
Bürgernähe	
bürgernahe Verwaltung	
mehr Bürgernähe	
2. Kurze Wege/Schnelle Erledigung	40
schnellere Bearbeitung	
verkürzte Verfahrensabläufe, Bearbeitungswege	

3.	Besser Ortskenntnis	27
	bessere regionale Kenntnis	
4.	Erhalt Arbeitsplätze vor Ort	26
	Arbeitsplätze auf kommunaler Ebene	
	mehr kommunale Arbeitsplätze vor Ort	
5.	Bürgerbeteiligung	12
6.	Einsparpotenzial (personell, finanziell)	6
6.	Steigerung der Lebensqualität	6
7.	Verbesserung der Stellenbewertung	4

Risiken

1.	Über(be)lastung	40
	Überlastung/Überforderung des Verwaltungspersonals	
	Überlastung der Kommunen (wenn keine zus. Kräfte)	
2.	Fachkompetenz ?	26
	Gefahr der fehlenden Fachkompetenz	
3.	Vetternwirtschaft	25
4.	Unterschiedliche Umsetzung	22
	unterschiedliche Behandlung von Vorgängen	
5.	Fehlentscheidungen	13
5.	Entfremdung (Bürger)	13
6.	Risiko: Finanzierung im Bezug auf Aufgabenverteilung	11
7.	Finanzielle Verteuerung des Verwaltungsapparates	9

Prüf PZ 2

AE5: Gegenwärtige Gebietsstruktur

Welche Vorteile haben kleinteilige Strukturen?

1.	Eigenständigkeit bleibt erhalten	36
	bessere Wahrnehmung kleinerer Einheiten	
	politische Eigenständigkeit	
2.	bessere Ortskenntnisse	34
	regionale Besonderheiten finden stärker Beachtung	
	regionale Kenntnisse	
	Ortskenntnisse	
3.	Bürgernähe	32
	Bürgernähe	
	Bürgernähe	
	Bürgernähe ist gewährleistet	
4.	Kosteneffizienter	22
	Effizienz	
	kostengünstig	
5.	Größeres Engagement	16
6.	Kurze Wege (Anfahrt)	16
7.	Gewachsene Strukturen sind vertraut	10
8.	Wir- Gefühl	9
8.	Schnelle Bearbeitung bei Kompetenz- und Entscheidungsgewalt	9

Welche Vorteile haben größere Strukturen?

1.	Erweiterte Fachkompetenzen	40
	qualifiziertes Personal	
	mehr Fachpersonal	
2.	Effizienz?	27
	straffe Verwaltung (Kostensparnisse)	
	geringere Kosten	
	Personalkosten (???)	
3.	Einheitlichkeit	26
	einheitliche Bearbeitung	
	einheitlichere Entscheidungen	
3.	Objektivere Betrachtung	26
	neutralere Entscheidungen (denkbar)	
4.	Schnellere Verfahrensabwicklung (bei Großprojekte)	19
	kürzere Verfahrensabläufe	
5.	Geregelte Zuständigkeiten	12

Prüm PZ 2

AE6: Gewachsene Strukturen: Bewahrenswertes und neue Aufgaben

Was sollte unbedingt bewahrt werden?

1.	Eigenständigkeit der Ortsgemeinden	30
	Eigenständigkeit	
2.	Bürgernähe	23
	Bürgernähe	
2.	Struktur	23
	Struktur bewahren (Kreis, VG, OG)	
	die bisherigen Verwaltungsstrukturen	
3.	Das Wohl der Bürger	21
4.	Schulstandorte sichern	19
5.	Aufgabenorientierung nach bürgerl. Bedürfnissen	18
6.	Bewahrung des natürlichen Lebensraumes	10
7.	Bewährtes fortsetzen	8

Welche Anforderungen müssen unbedingt berücksichtigt werden?

1.	Demografischer Wandel	29
	Bedingungen schaffen um Überalterung entgegen zu wirken	
	Alterung der Gesellschaft	
2.	Erhalt/Optimierung der VG	23
	Veto-Recht der VGs erhalten	
3.	Förderung der Ehrenamtes	20
4.	Ausbau/Umstrukturierung des ÖPNV	15
	Mobilität (Bus, Bahn)	
5.	Interkommunale Zusammenarbeit	14
	freiwillige Zusammenarbeit	
6.	Bildung	13
6.	Jugendpflege	13
6.	Umweltschutz/-technologien	13
6.	Grundversorgung (Post, Telekom etc.)	13
7.	Mentalitäten/Identitäten berücksichtigen	11
8.	Individuelle Gegebenheiten berücksichtigen	9
9.	Chancengleichheit (DSL für alt und jung)	8
10.	Bürgerbüro	4
11.	weniger finanzielle Mittel	3

Prüm PZ 2

AE7: Neue Strukturen und/oder interkommunale Zusammenarbeit

Was spricht für interkommunale Zusammenarbeit?

1.	Stärkung der Region (im Wettbewerb)	35
	Bündelung gemeinsamer Interessen	
	Imagesteigerung	
2.	Kosteneinsparungen durch Schaffung gem. Einrichtungen	31
	Einsparung – finanziell – personell	
	Kostenreduzierung	
3.	Stärke durch Aufgabenteilung	22
	Arbeitsteilung/Bündelung der Kräfte	
4.	Erfahrungen anderer nutzen	20
4.	Fremdenverkehr fördern	20
	Tourismusförderung	
5.	Übergreifende Projekte angehen – Schwimmbäder	19
	Betrieb öffentlicher Einrichtungen z. B. Schwimmbäder, Entsorgung, Kitas...	
6.	Selbstständigkeit bleibt erhalten	7
7.	Vorstufe für Gebietsstrukturen	4
7.	Nutzung des Internet	4
8.	Bessere Möglichkeiten auf der Höhe der Zeit zu bleiben	3

Was spricht für neue Gebietsstrukturen?

1.	Leistungsfähigkeit	48
	effektive Arbeit d. Gemeinden, VG	
	schlankere Verwaltung	
	Vereinfachung der Verfahrenswege	
2.	Fachpersonal	28
3.	Kostenreduzierung	25
	Kosteneinsparung	
	finanzielle Einsparung	

4.	Mindestgröße (Einwohnerzahl, Höchstgrenze der Fläche)	20
5.	Transparentere Verwaltung	10
5.	Kleine Strukturen = größere Vielfalt	10
6.	Kleinere Strukturen = Bürgernähe	9
	aber auch Kleinkariertheit (Kommentare eines TNs, als Zusatz notiert)	
7.	Demografischer Wandel	7
8.	Veränderungen machen das Leben interessanter	5
8.	Globalisierung	5
9.	Kulturelle Identität	4

Prüm PZ 2

AE8: Anreize für neue Strukturen

Welche Anreize finden Sie besonders wirkungsvoll?

1.	Personal	21
	Kostenübernahme für Qualifizierung/Bildung	
	Weiterbildungsmaßnahmen	
	Bereitstellung von Fachkompetenz	
	Entwicklungsperspektiven	
2.	Bessere Einflussnahme in Politik und Gesellschaft (Landesebene)	20
	bessere Durchsetzbarkeit gemeinsamer Interessen	
3.	Finanzielle Anreize	19
	finanzielle Anreize	
4.	Vermarktung	17
	attraktive Region schaffen	
	Stärken gemeinsam nutzen (siehe Marke Eifel)	
4.	Zuschüsse für Projekte zur Akzeptanz der Strukturen	17
	Anreize für eine Mehr-Gemeindliche Photovoltaikanlage	
	Zuschüsse für ÖPNV-Entwicklung	
	Naturschutzgebiet für Tourismus	
5.	Effektivere Verwaltung	14
	Effizienz	
	effizientere Nutzung von Zuschüssen/Mitteln	
6.	Unterstützung bei z. B. Gewerbeansiedlungen	13
	Anreize für neue Arbeitgeber	
6.	Kein direkter Personalabbau	13
7.	Imagesteigerung	7
	ökonomischer Vorteil	
	Tourismusförderung	
7.	Erhöhung der Finanzausgleichsmittel	7
8.	"Freie Verfügung" der Einsparungen	6
	mehr Geld durch Kosteneinsparung	
8.	Mehr Service für den Bürger	6
9.	Übertragung weiterer Entscheidungskompetenzen	4
10.	Zukünftigen Nachteilen ausweichen	2
11.	Einmalbetrag Pauschalbetrag	0
	Pro Kopf-Prämie	

Prüm PZ 2

AE9: Was heißt Bürgernähe heute?

Welche Ansprüche an Bürgernähe haben Sie?

1.	Ernst genommen werden	28
	Ehrlichkeit bei der Berücksichtigung der Bürgerinteressen	
	Verständnis für den Bürger	
	Beteiligung bei wichtigen kommunalen Entscheidungen	
	Mitspracherecht der Bürger	
2.	Bürgergerechte Öffnungszeiten	27
	längere Öffnungszeiten	
	erweiterte Öffnungszeiten	
	kundenfreundliche Öffnungszeiten	
	bürgergerechte Öffnungszeiten	
3.	Verständliche Sprache/Formulare	18
	verständliche Formulare und Veröffentlichungen	
	verständliche Formulare/Bescheide	
4.	Kompetenz	17
	kompetente Ansprechpartner	

5.	persönliche/kompetente Beratung Freundlichkeit	15
	Freundlichkeit – Vertrauen	
	freundliche und kompetente Ansprechpartner	
6.	Schnelle Bearbeitung	13
	bessere Zusammenarbeit innerhalb des Hauses	
	einfache Verfahrenswege	
6.	Gute/Schnelle Erreichbarkeit/ÖPNV	13
	gute Erreichbarkeit	
	ausreichende Parkmöglichkeiten	
	gute Erreichbarkeit	
	gute Erreichbarkeit – ÖPNV	
7.	Dialekt reden	8
7.	Aufgabendelegation (nach unten), nähere Wege	8
	nähere Wege	
8.	Angemessene Gebühren	7
	z. B. für Bescheinigungen	
9.	Barrierefreies Internet	5
10.	Bürgerbüro (auch mobil)	4
	kurze Anfahrtswege (mobiles Büro)	

Prüm PZ 2

AE10: Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wo sehen Sie für sich und andere mögliche Felder bürgerschaftlichen Engagements?

1.	Soziales Engagement	31
	Sozialarbeit	
	Altenbetreuung	
	Prümer Tafel	
	DRK	
	Jugendarbeit	
	Seniorenarbeit	
	Gesundheit	
	Behindertenarbeit	
	Berufsberatung	
2.	Bildung	21
3.	Patenschaften	18
	Übernahme von Patenschaften	
4.	Tätigkeiten in Gemeinnützigen Gruppierungen	16
5.	Jugendarbeit/Vereinsarbeit	15
6.	Seniorenbetreuung	12
6.	Umweltschutz	12
6.	Mithilfe in Arbeitskreise/Aktionsgruppen/Gemeinschaftsprojekten	12
7.	Sport/Kultur Freizeit	10
8.	Wanderverein	6
9.	Hilfe beim Betreiben öffentlicher Einrichtungen	3
	Schwimmbad, Skilift	

Wie möchten Sie als Bürger/Bürgerin in Zukunft an der Kommunalpolitik beteiligt werden?

1.	Bürgerbefragung	38
	Bürgerbefragung	
	Bürgerbefragung fordern	
	Bürgerbefragung bei wichtigen Entscheidungen	
2.	Mehr und genauere Informationen im Vorfeld	30
	frühzeitig Information bei anstehenden Entscheidungen	
	mehr Information aus dem Bereich Kreisebene (auch bevor Entscheidungen getroffen werden)	
3.	Mitbestimmung	24
	Vereinfachung Bürgerbegehren	
4.	Bürgerbeteiligung bei Grundsatzentscheidungen/Veränderungen	23
	mehr Eigeninitiative von politischen Körperschaften zu mehr Bürgerbeteiligung	
5.	Bürgerversammlung (Information/Mitsprache)	18
	Bürgerversammlung	
6.	Ich möchte in ein bequemes Amt gewählt werden	11
	Bereitschaft, öffentlicher Aufgaben zu übernehmen	
7.	Engagement in Vereinen und Verbänden	8
7.	Integration	8

Prüm PZ 2

AE11: Kooperation und Partnerschaft für die kommunale Daseinsvorsorge

Welche Aufgaben können in Zukunft durch neue Partnerschaften erfüllt werden?

1.	Landschaftspflege	32
	Landschaftspflege	
	Tag der Umwelt	
	Bachpatenschaften	
	Patenschaften Bäche, Park, Bäume	
1.	Instandsetzung/Pflege von Einrichtungen	32
	Bau- und Unterhaltung öffentlicher Gebäude	
	Gebäude- und Anlagenbau und Pflege	
	Betreuung von Gemeinschaftseinrichtungen/-anlagen	
2.	Privat-/ Häusl. Kinderbetreuung	16
	Jugendbetreuung Beratung Projekte	
3.	Senioren Betreuung Beratung Mobilität	14
	betreutes Wohnen	
	Altenpflege, Altenhilfe	
3.	Bürgerbüro	14
	Beratungsbüro für Anträge etc.	
	KFZ An-/Abmeldung	
4.	Betrieb von öffentlicher Einrichtungen	13
5.	Wasserversorgung/-entsorgung	10
6.	Fahrdienste	6
6.	Servicezentrum, Poststelle, etc.	6
7.	Personalabrechnung der Verwaltung	5
8.	Entscheidung aus der Situation	1
9.	Imageverbesserung	1

Wer soll entscheiden, wenn Kommune, bürgerschaftliche Gruppen und Wirtschaft Aufgaben zusammen erledigen?

1.	Vertragsrechtlich nach Beteiligung gemeinsam	22
2.	Die Kommune als Träger für Aufgaben soll entscheiden, wobei Interessen der Partner zu berücksichtigen sind	21
3.	Eine Zusammenarbeit ist grundsätzlich in allen Bereichen denkbar. Eine Kontrolle sollte jedoch bei der Kommune bleiben	17
4.	Die Kommune entscheidet was (und wer). Das "Wie" wird zusammen erarbeitet	15
5.	Mitbestimmung für alle Beteiligten	14

Prüm PZ 2

AE13+14 Das wollen wir!

Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung

1.	Bürgerbeteiligung/-befragung	36
	Bürgerbegehren vereinfachen 25%	
	Bürgernähe behalten und verstärken (mit gesunden Menschenverstand)	
2.	Erziehung/Bildung	26
	Schulreform	
	wohnnaher Kitas- und Schulstandorte erhalten	
	Jugendhilfe	
	Kinderbetreuung vor Ort, Kindergarten, Kinderkrippe, Grundschule bis 6. Schuljahr	
3.	Ärztl. Grundversorgung flächendeckend fördern	18
4.	ÖPNV	15
	ÖPNV Aufgaben Optimierung, Neue Ideen, Mitfahrervermittlung, effizienter ÖPNV	
5.	Sicherung der Grundversorgung	14
	soziale Absicherung Grundversorgung/ Seniorenbetreuung, medizinische Vers., Feuerwehr	
6.	Förderung von Ehrenämtern (z. B. durch Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt)	12
7.	Freundlicher und kompetenter Service in verständlichen Worten	11
	Dienstleister für den Bürger	
	seniorenrechtliche Aufgabenerledigung	
8.	Dienstleistungen für Jugend (Sportplatz, Spielplätze, Jugendraum, Jugendtreff)	10
8.	Tourismusförderung	10
9.	Arbeitsplätze	9
9.	Entbürokratisierung	9
10.	Stärkung der kommunale Willensbildung (Bedeutung Räte)	6
10.	Klare Zuständigkeitsregelungen	6
	klare Verantwortlichkeit (Transparenz)	
11.	Ver- und Entsorgung + Umweltschutz	5

12.	Gute Erreichbarkeit (ÖPNV/Internet)	2
13.	Betreuung von Senioren auf ehrenamtlicher Basis	0
zukunftsfähige Gebietsstrukturen		
1.	Beibehaltung Kreis – VG – OG	28
	Beibehaltung der Strukturen Kreis – Vgl – OG	
	Erhalt der vorh. Strukturen Kreis – VG – OG auch "Kleinstrukturen"	
	bewährte Strukturen erhalten, individuelle Lösungen (Besonderheiten beachten)	
1.	Aufgaben nach unten verlagern	28
	Verlagerung von Aufgaben (angepasste) von Kreis zu VG	
	mehr Bürgernähe (durch Aufgabenverlagerung von oben nach unten)	
2.	SGD + ADD streichen (komplett)	23
3.	Zusammenlegung kleiner OG	20
	VG Mindest- und Höchstgröße in der Fläche	
	VG Mindestgröße in der Einwohnerzahl	
3.	Erziehung und Bildung vor Ort sichern	20
4.	Ortsgemeinde stärken	14
	Ziel – Bürgernähe durch Kleinste stärken	
5.	Wohnortnahe Verwaltung (mobiles Büro/Ansprechpartner)	13
	gute Erreichbarkeit für alle, behindertengerecht	
6.	Finanzierbare Lösungen (Akzeptanz und Nachhaltigkeit)	7
6.	Kreise vergrößern	7
6.	Modell (Einheitsgemeinde) "Morbach" 7	7
7.	Zwischenmodell Kreis – VG – OG/Morbach	6
8.	Regionen stärken	5
8.	"Wir"-Gefühl erhalten	5
9.	Kompetenz/Ortkenntnis Mentalität	4
Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit		
1.	Ehrenamtliches Engagement	36
	Ansprache/Förderung/Unterstützung von ehrenamtlichen Mitarbeitern	
	öfter den Bürger ansprechen (Bsp. 60+)	
	Ehrenamtliche stärken	
	Stärkung/Anreize für Ehrenamt – Absicherung , Unkostenerstattung	
2.	Gemeinsame Stärke	25
	Erfahrungen anderer nutzen	
	kooperativ. gemeinsames Ziel leichter erreichbar ?	
	neue Ideenentwicklung (Zusammenführung von Wissen/Kompetenz)	
3.	Kooperation mit der Wirtschaft	21
	Backoffice an Unternehmen abgeben/zentralisieren	
4.	Region stärken – Tourismus	19
	Imagesteigerung – Tourismusförderung – Arbeitsplatzschaffung	
5.	Mitspracherecht – Fragestunde – Bürgerversammlung – Bürgerentscheid	18
	Bürgermeinung ernst nehmen	
6.	Bürgerteam "begleitet" Kommunalreform	15
7.	Patenschaften	8
8.	Interkommunale Zusammenarbeit	6
	übergreifende Projekte	
	Kooperation der Bauhöfe	
9.	Stärkung der Zusammenarbeit – von Staat – Kommunen – Bürger – Wirtschaft	5
9.	Informationspolitik verbessern	5
10.	Effizienter (Zusammenarbeit)	0
Zuspitzungsfragen		
Welche Ebene sollte in der Aufgabenzuständigkeit gestärkt werden?		
	Verbandsgemeinde	22
	Ortsgemeinde	7
	Kreisfreie Stadt	2
	Kreis	1
	Land (Mittlere + untere Landesbehörde)	1
Wie sollten die Gebietsstrukturen gestaltet werden?		
	aktuelle Strukturen	13
	verstärkte interkommunale Zusammenarbeit	9
	größere Strukturen	5
	kleinere Strukturen	3

Welche Dimension der Bürgerbeteiligung sollten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform gestärkt werden?

Bürgerentscheid	23
Bürgerbefragung	21
bürgerschaftliches Engagement	11

Welche Sektoren sollten bei der Daseinsvorsorge eine größere Rolle bekommen?

Gemeinwirtschaft	25
BürgerInnen	21
Wirtschaft	12
Staat/Kommunen	3

Prüm PZ 2

AE15: Offene Themen

Bürgerbüro/Bürgermobil

Bürgerbüro:

zentral gelegen

Besetzung durch kompetente Leute, eventuell Ruheständler-Teilzeit

Öffnungszeiten (wöchentlich 2x?)

Aufgabe: Beratung und Hilfe für Senioren! Eventuell Hausbesuche?

Bürgermobil:

Bedarf abklären/telefonische Vereinbarungen treffen

Projektentwicklung für Kooperativen (Kommune/Bürger/Wirtschaft)

Wirtschaft > Interesse besteht seitens der Verwaltung > Ausschreibung > Angebot/Auslese > Vertrag, was und wie

Hausreinigung, Instandhaltung

Verwaltung und Wirtschaft profitieren

Bürger > Interesse besteht > A vom Bürger > aus Notwendigkeit, aus Hobby > Anlaufstelle >

B > von der Verwaltung > Notwendigkeit > Werbung, Medien >

Runder Tisch, Absprache: Wie / Was

Beispiele

Patenschaften, Neunutzung öffentlicher Gebäude

Verwaltung und Bürger profitieren

Kommune > Interesse besteht interkommunal > kommunal > Wirtschaftlichkeit > Runder Tisch, Absprache: Wie / Was

Lohnbuchhaltung

andere Aufgaben zusammenlegen

Verwaltung Bürger und (Wirtschaft) profitieren

Mitfahrerbüro

zentrale Anlaufstelle:

online

Telefon (Ortstarif)/neutrale Nummer mit Weiterschaltung

ehrenamtliche Mitarbeiter

Bereitschaft (zu Hause)

Vorteil:

Kostensparnis

Mobilität (unabhängig von ÖPNV-Buslinien u. Fahrzeiten

Knüpfung sozialer Kontakte

Vergütung: ja > wie? (Erfahrung bewährter Systeme bedienen)

Anlaufphase

Was können wir für eine kinder- und familienfreundliche Region tun?

Kinder besuchen, bzw. helfen Senioren

Straßen, Straßenverkehr

Busse

Jugendtaxi

Familientage

Umwelt/Freizeit > gegenseitiger Nutzen

Rabatte für Familien

Jugendparlamente

Vermittlung von Respekt/Höflichkeit gegenüber Älteren

Börse für gegenseitige Hilfe

Angebote, die an Jugendliche gemacht werden sind zu teuer

Angebote

Lehrmittelfreiheit

Begrüßungsgeld für neue Erdenbürger

Pflege und Gestaltung der Einrichtungen und Sicherheit

Hausaufgabenbetreuung
mehr Zeit mit Kindern verbringen
medizinische Versorgung
Persönlich einbringen Beaufsichtigung/Babysitting
Vorleser

Programme zur Förderung des Ehrenamtes

Bürokratieabbau für Vereine: Steuervorschriften
Einrichtung von Fonds: Kommune/Gemeinde/Spenden
Steuerfreiheit für Träger eines Ehrenamtes: Funktionsträger im Verein
Veranstaltung von Ehrenamtstagen: Ehrung der Träger, "Helferfest"
Zuschüsse für Vereine: Personalkosten, Jugendarbeit Übungsleiter, Betreuer

Natur-, Umweltschutz, Landschaftspflege

Ziele:

Erhaltung der Artenvielfalt
Erhaltung der Kulturlandschaft

Maßnahmen:

Patenschaften (Bach, Baum und ähnliches)
extensive Landwirtschaft
Ausweisung von Mountainbike-Wegen
Anregung zur Schaffung von Schutzgebieten
Schaffung von Naturlehrpfaden
Lehrwanderungen mit Förstern u.ä.
Pflanzung von heimischen Gehölzen

Qualitätsprüfung der Kommunalverwaltung

nur möglich, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind

Intern: Zeitraum: alle 2 Jahre

Wer führt durch: Übergeordnete kontrolliert untergeordnete Ebene
Behörde lässt sich von den Bürgern bewerten, z.B. durch Fragebogen

Extern: Zeitraum: alle 4 Jahre

Wer führt durch: Zertifizierung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer

Ziel: Leistungsfähigere Strukturen

Impressum

Auftraggeber:

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Schillerplatz 3–5
55116 Mainz
Telefon: 06131·16 0
Telefax: 06131·16 35 95
E-Mail: poststelle@ism.rlp.de

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
Tel. 0 61 31 / 16 – 0

Unabhängiger Durchführungsträger und Herausgeber

nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH
Geschäftsführer: Dr. Hans-Liudger Dienel
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin
Telefon: +49 (0)30·318 054 63
Telefax: +49 (0)30·318 054 60
email: mail@nexus-berlin.com

Projektleitung

Dr. Hans-Liudger Dienel

Verfasser

Dr. Birgit Böhm
Nicolas Bach
Ansgar Düben (Grafiken)

Layout und Satz:

Dirk Böing, www.dboeing.de

Druck:

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn
Töpchiner Weg 198/200
12309 Berlin

Berlin 2008

www.planungszellen.rlp.de



HABEN SIE FRAGEN ZUR KOMMUNAL- UND VERWALTUNGSREFORM:

Hubert Stubenrauch

E-Mail: kommunalundverwaltungsreform@ism.rlp.de

HABEN SIE FRAGEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG:

Dr. Frank Heuberger

E-Mail: frank.heuberger@stk.rlp.de